

Roger Engelmann und Paul Erker
Annäherung und Abgrenzung

Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 66

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Norbert Frei und Hans Woller

R. Oldenbourg Verlag München 1993

Annäherung und Abgrenzung
Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen
1956-1969

Von Roger Engelmann und Paul Erker

R. Oldenbourg Verlag München 1993

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Annäherung und Abgrenzung : Aspekte deutsch-deutscher
Beziehungen 1956 - 1969 / von Roger Engelmann und Paul
Erker. - München : Oldenbourg, 1993

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 66)

ISBN 3-486-64566-8

NE: Engelmann, Roger; Erker, Paul; Vierteljahrshefte für
Zeitgeschichte / Schriftenreihe

© 1993 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: Hofmann-Druck Augsburg GmbH, Augsburg

ISBN 3-486-64566-8

Inhalt

Einleitung	7
<i>Roger Engelmann</i>	
Brüchige Verbindungen	
Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956-1966	13
I. Annäherungs- und Aufweichungsversuche:	
Die Gespräche des Jahres 1956	17
II. Die Einheit der Nation rückt in die Ferne:	
Ergebnislose Bemühungen und Desillusionierungen 1957-1961	49
III. Vom Primat der deutschen Frage zur Normalisierungspolitik:	
Kontakte und kleine Schritte über die Mauer hinweg 1961-1966	91
<i>Paul Erker</i>	
„Arbeit nach Westdeutschland“	
Innenansichten des deutschlandpolitischen Apparates der SED 1959-1969 ...	133
I. Konföderationsphase und Mauerbau 1958-1962	135
II. Die deutschlandpolitische Tauwetterphase 1963-1965	149
III. „Westarbeit“ und deutschlandpolitische Wende 1965-1969	165
IV. „Westarbeit“ am Vorabend des Grundlagenvertrages 1970/71	191
Quellen und Literatur	197
Abkürzungen	203
Personenregister	205

Einleitung

In den Jahren zwischen 1956 und 1969 schwanden bei den deutschlandpolitisch engagierten Kräften der Bundesrepublik Deutschland die Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung. An ihre Stelle trat die Überzeugung, daß ein „geregeltes Nebeneinander“ der beiden deutschen Staaten anzustreben sei. Nach den unruhigen Jahren des kalten Krieges gewann die Auffassung an Boden, daß eine innerdeutsche Entspannung und damit zumindest die De-facto-Anerkennung des deutsch-deutschen Status quo unvermeidlich geworden sei. Dies ergab sich in erster Linie aus dem internationalen Entspannungsprozeß, in dem der „deutsche Sonderkonflikt“ (Löwenthal) mehr und mehr zu einem Störfaktor wurde. Gerade bei vielen ehemaligen Verfechtern einer offensiven Wiedervereinigungspolitik setzte sich die Meinung durch, daß „gesamtdeutsche Substanzerhaltung“ nur noch auf der Basis von geregelten Beziehungen zum anderen deutschen Staat möglich sei.

Der durch den Zusammenbruch der DDR und die Aufarbeitung ihrer diktatorischen Vergangenheit bedingte Perzeptionswandel in Öffentlichkeit und Wissenschaft hat bewirkt, daß die Entspannungspolitik heute wieder vielfach kritischer gesehen wird, als das vor 1989 der Fall gewesen war. Die Konfrontation mit der gesellschaftlichen und materiellen Hinterlassenschaft des SED-Regimes und die Erkenntnisse, die sich durch den weitgehend freien Zugang zu den Aktenbeständen der ehemaligen DDR ergeben, erzwingen Korrekturen an dem vor der „Wende“ vorherrschenden DDR-Bild, das von einer weithin wohlwollenden Betrachtungsweise geprägt gewesen war. Im Zuge dieser Revision zeigen sich Tendenzen, die deutsch-deutschen Beziehungen und die Kontakte zu Funktionsträgern des SED-Regimes insgesamt ins Zwielicht zu setzen, zumal wenn es sich um solche auf informeller Ebene handelte; diese erscheinen dem rigoristischen Betrachter heute leicht als prinzipienlose Kumpanei. Seit 1989/90 gelten bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Wirklichkeit wieder innenpolitische Maßstäbe. Die außenpolitische Perspektive, die sich in den sechziger Jahren im Zuge der beginnenden innerdeutschen Entspannung langsam durchsetzte, ist heute von der Geschichte gewissermaßen überholt worden.

Eine geschichtswissenschaftliche Betrachtung der deutsch-deutschen Beziehungen in der zweiten Hälfte der fünfziger und in den sechziger Jahren muß allerdings ihren Gegenstand in den historischen Kontext einbetten. Das Denken und Handeln der politischen Protagonisten muß aus der Zeit heraus verstanden werden, freilich ohne daß die Reflexion auf den Horizont der damaligen Akteure beschränkt bleibt. In diesem Spannungsfeld von Hermeneutik und kritischer Analyse sind die beiden Themen des vorliegenden Bandes angesiedelt.

Die „Arbeit nach Westdeutschland“, das heißt der massive und systematische Versuch der DDR, die Politik in der Bundesrepublik in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist bisher wenig beachtet worden. Ihre Wirksamkeit hielt sich freilich bei näherer Betrachtung in engen Grenzen. So aufwendig und geschickt sie zuweilen auch war, eine wirkliche „Unterminierung“ Westdeutschlands hat sie niemals erreicht. Auch wenn dies in den Akten bezeichnenderweise kaum thematisiert wird, war die Geschichte der „Westarbeit“, gemessen an ihren Zielen, letztlich eine Kette von Mißerfolgen. Agitprop-Rezepte aus der DDR-Innenpolitik funktionierten im Westen nicht, wo sie sich in einer ganz anderen Art von Öffentlichkeit hatten bewähren müssen und nicht mit Repression flankiert werden konnten.

Die „Westarbeit“ der DDR stellte sich besonders in den sechziger Jahren als eine Art politische „Dauerbaustelle“ dar. Der Apparat wurde permanent umgebaut, die Konzeptionen wurden ständig verändert. Rastloser Aktivismus und ein unermüdlich zelebrierter Pflichtoptimismus kennzeichneten die gesamtdeutschen Aktivitäten der DDR. Dabei wechselten sich Phasen, in denen ideologiegeleitetes Vorgehen und das propagandistische Element dominierten, mit Phasen ab, in denen eine pragmatische Kontaktpolitik bestimmend war. Formen und Zielrichtung der „Westarbeit“ wurden auf der Basis der von der SED-Führung dekretierten allgemeinpolitischen Vorgaben entwickelt; sie richteten sich daher einerseits nach dem „Stand der gesellschaftlichen Entwicklung“ in der DDR (und der Bundesrepublik), waren aber andererseits abhängig von den jeweiligen deutschland- und weltpolitischen Interessen der Sowjetunion und des Ostblocks. Hieraus ergaben sich für die Deutschlandpolitik der DDR kleinere und größere Zäsuren und Kehrtwendungen, die vom Apparat der „Westarbeit“ jeweils nachvollzogen werden mußten. Das letzte Amtsjahr Chruschtschows 1963/64, in dem die DDR eine außergewöhnlich entspannungsfreundliche und pragmatische Politik betrieb, und das Jahr 1967, als auf dem 7. Parteitag der SED das Ende der gesamtdeutschen Strategie verkündet wurde, stechen in diesem Sinne heraus.

Ungeachtet ihrer wechselnden Inhalte und Formen hielten sich die Erfolge der „Westarbeit“ in engen Grenzen. Die ideologischen Grundkonstanten veränderten sich nicht, und diese waren ebenso realitätsfern wie die DDR-Realität für den Bundesbürger unattraktiv. Die Erfolglosigkeit der „Westarbeit“ hatte letztlich hier ihre Ursache. Sie funktionierte nur dort einigermaßen, wo sie im Einklang mit den Zeittendenzen stand. Die von der SED ersehnte „Normalisierung“ der zwischenstaatlichen Beziehungen wurde erreicht, aber dabei spielte die „Westarbeit“ nicht die Hauptrolle; entscheidender waren politische Prozesse auf der internationalen Ebene.

Die Beziehungen der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) zur FDP waren aus der Sicht der SED ein Teil der DDR-Westarbeit. In der Praxis waren sie aber mehr. 1956 wagte die FDP als erste bundesdeutsche Partei den offiziellen Kontakt über die Zonengrenze zur ehemaligen Schwesterpartei. Damit war ein erster zaghafter Schritt in Richtung Anerkennung der DDR getan, was sowohl Befürwortern als auch Gegnern dieser Politik damals schon bewußt gewesen ist. Doch schon

hier zeigte sich, daß die DDR-Forderung „Deutsche an einen Tisch“, sobald sie ernst genommen wurde, für das SED-Regime große Risiken barg. Die Annäherung führte zu „Aufweichungstendenzen“, denen die DDR-Seite mit Abgrenzung begegnen mußte. Dieses Dilemma zog sich wie ein roter Faden durch die Beziehungen zwischen FDP und LDPD. Immer wieder sah sich die SED veranlaßt, politische „Illusionen“ in den Reihen der LDPD zu neutralisieren, denn die „Aufwertung“, die von der Kontaktpolitik erzeugt wurde, vertrug sich nur schlecht mit der von ihr beanspruchten „führenden Rolle der Arbeiterklasse“. Doch völlig verzichten mochte die SED auf die Westbeziehungen der LDPD nicht, waren sie doch von 1956 bis 1966 ein wesentliches Instrument ihrer Deutschlandpolitik.

Für die FDP hatten die Kontakte zur LDPD einen zwispältigen Charakter. Auf der einen Seite bestanden die FDP-Vertreter immer wieder vehement auf den Sonderbeziehungen zu ihrem ostdeutschen Pendant – eine Haltung, die sich letztlich auf die Hoffnung gründete, man habe es mit einem Partner zu tun, der potentiell zu einer gewissen Abgrenzung gegenüber der SED fähig sei. Diese Hoffnung, für die es 1956 noch Ansatzpunkte gab, erwies sich aber als unbegründet. Die LDPD war fest in das „Transmissionssystem“ des SED-Regimes eingebunden und hatte gerade in ihren Westbeziehungen keinen nennenswerten politischen Spielraum. Das führte dazu, daß die engagiertesten „Ostkontakter“ der FDP dazu übergingen, vor allem in politisch entscheidenden Situationen Beziehungen zu SED-Funktionsträgern anzuknüpfen. Die Bedeutung der Sonderbeziehungen zwischen FDP und LDPD schwand, bis sie 1967 von der SED völlig unterbunden wurden, nachdem diese auf ihrem 7. Parteitag die Abkehr von jeglicher gesamtdeutschen Strategie verkündet hatte.

Auf der anderen Seite wandelte sich von 1956 bis 1967 die Deutschlandpolitik der FDP grundlegend. Aus einem anfangs fast nationalistischen Wiedervereinigungsstreben wurde eine Politik, die auf ein geregeltes Nebeneinander, auf Normalisierung der Zweistaatlichkeit zielte. Die meist geheimen Beziehungen zur LDPD und darüber hinaus zur SED spiegeln diese Entwicklung in ihrer Widersprüchlichkeit. Im kleinen wird hier sichtbar, was die deutsch-deutschen Beziehungen in der „Inkubationsphase“ der neuen Ostpolitik charakterisierte: Annäherung und Abgrenzung.

Der vorliegende Band ist das Ergebnis eines Forschungsvorhabens des Instituts für Zeitgeschichte, das von der Volkswagen-Stiftung im November 1989, also während des Umbruchs in der DDR, bewilligt wurde. Es war als methodisches Pilotprojekt konzipiert, in dem die Validität des Instrumentariums von Zeitzeugen-Interviews überprüft werden sollte. Von Anfang an konzentrierte sich die Arbeit dabei thematisch auf die deutsch-deutschen Beziehungen in den sechziger Jahren, denn unmittelbar nach der „Wende“ lag es nahe, die DDR-Geschichte einzubeziehen. Einschneidende Konsequenzen für die Anlage des Projekts ergaben sich, als viele Aktenbestände der ehemaligen DDR, auch diesseits der üblichen Dreißig-Jahres-Sperrfrist, zugänglich wurden. Es konnten und mußten somit umfangreiche schriftliche Überlieferungen einbezogen werden, was zu einer Verschiebung des methodischen Schwerpunkts führte.

Die beiden vorliegenden Studien basieren – anders wären diese Themen nicht zu bearbeiten gewesen – auf eingehendem Aktenstudium, das allerdings an einigen Stellen durch Befragungen nicht unwesentlich ergänzt und zuweilen sogar „gebrochen“ werden konnte. Es zeigte sich, daß Zeitzeugen-Interviews vor allem für die Erforschung politischer Strukturen in der DDR nützlich sind, denn gerade hier hat man es mit einem stark stilisierten und normierten Aktenmaterial zu tun, das viele Realitätsbereiche nicht oder nur äußerst verzerrt erfaßt.

In der Geschichtswissenschaft steht man der Methode der Befragung meist skeptisch gegenüber. Es sind vor allem fünf Hauptpunkte der Kritik, die gegenüber Interviews als Methode zur Quellenproduktion erhoben werden: Die *Erinnerung* der Zeitzeugen wird als ungenügend und unzuverlässig, ihr Hang zur *Selbststilisierung* als übermächtig und hochgradig realitätsverzerrend angesehen. Die ausgeprägte *Subjektivität* der im Interview zutage tretenden Sichtweise wird betont. Außerdem wird eingewandt, daß in der Erinnerung eine *Rückprojizierung* heutiger Erkenntnisse und Sichtweisen sowie die *Vermischung von selbst Erlebtem und später Gelesenem* stattfindet.

Das Problem der mangelnden Erinnerungsfähigkeit bzw. des selektiven Gedächtnisses der Interviewpartner ist in der Tat auch nach den Erfahrungen des Institutsprojekts erheblich. Bei dem Versuch der detaillierten Rekonstruktion von bestimmten Vorgängen versagt das Langzeitgedächtnis der Zeitzeugen in der Regel. Dabei spielt es eine ziemlich untergeordnete Rolle, ob das Geschehen 15, 25 oder 35 Jahre zurückliegt; auf wirklich frische Erinnerung, die es erlauben würde, politische Vorgänge zuverlässig, umfassend und detailliert nachzuvollziehen, trifft man nur unmittelbar nach dem Geschehen oder gerade noch bei einem zeitlichen Abstand von wenigen Jahren.

Als entscheidend für die Gedächtnisleistung der Zeitzeugen erwies sich, ob die Rolle des Interviewten seinerzeit aktiv oder rezipierend war und ob es sich um einen besonderen oder um einen Routinevorgang handelte. Vorgänge, die sehr lange her sind, aber am Anfang der Karriere des Interviewten lagen und noch nicht als Routine erlebt wurden, werden oft auffallend gut erinnert. Darüber hinaus lassen sich bestimmte „Typen“ von Zeitzeugen identifizieren, die sich durch signifikant unterschiedliche Gedächtnisleistung auszeichnen. Der Typus des „*Überblickers*“ (Presse Sprecher, Spitzenpolitiker und leitende Redakteure) vermag in der Regel im Abstand von 20 bis 40 Jahren keine ausreichend dichten Detailinformationen über bestimmte Ereignisse zu geben, obwohl er an ihnen federführend beteiligt gewesen war. Der Typus des „*Sachbearbeiters*“ hingegen (Experten, Referenten und Abteilungsleiter) hat meist noch eine relativ gute und vollständige Erinnerung.

Ihren besonderen Wert hat die Befragungsmethode naturgemäß bei informellen Vorgängen, die keinen Niederschlag in den Akten fanden. Dies trifft für das Thema der deutsch-deutschen Beziehungen in hohem Maße zu: Das deutschlandpolitische Umdenken vollzog sich oft in informellen Zusammenhängen, und auch die deutsch-deutschen Kontakte fanden zu einem erheblichen Teil auf der informellen Ebene statt. Mit Hilfe der Befragungen ließ sich eruieren – und auch das ist eine ihrer

wichtigen Funktionen –, daß über diese Sondierungen kein nennenswertes Schriftgut in den staatlichen Akten zu erwarten ist, übrigens auch nicht über informelle Kontakte staatlicher Funktionsträger, weil deren Berichte entweder sofort vernichtet oder zu den privaten Unterlagen genommen wurden. Besonders ergiebig sind Zeitzeugen-Interviews gewöhnlich bei der Rekonstruktion nicht formalisierter Strukturen. Sie werden, wie alles über einen gewissen Zeitraum Bestehende oder immer Wiederkehrende, ungleich besser erinnert als Einzelvorgänge, allerdings mit einem erhöhten Grad an Subjektivität.

Zum Thema deutsch-deutsche Beziehungen wurden 27 zumeist ausführliche Interviews, sieben „Hintergrundgespräche“ und ein multilaterales Interview in Form eines Round-table-Gesprächs mit vier westdeutschen und vier ostdeutschen Experten und Protagonisten geführt. Nur ein Teil dieser Befragungen und hier jeweils auch nur einzelne Aspekte waren für die beiden vorliegenden Spezialstudien im engeren Sinn von Bedeutung. Der Wert der Interviews für die beiden Beiträge läßt sich allerdings nicht allein an der Zahl der entsprechenden Quellenbelege messen. Als Fazit ist zu formulieren: Durch die Befragungen wurde der Zugang zur Thematik erleichtert, zentrale Aspekte beleuchtet, die außerhalb der Aktenperspektive liegen, und dem Gegenstand oftmals ein Mehr an „Atmosphäre“ und Plastizität verliehen.

*

Die Autoren danken Dr. Klaus-Dietmar Henke, Dr. Norbert Frei und Dr. Hans Woller, die das Projekt geleitet und zu seinem erfolgreichen Abschluß maßgeblich beigetragen haben. Zu danken ist auch den studentischen Hilfskräften Constanze Werner und Tobias Wunschik, die mit viel Engagement an der Realisierung der Projektvorhaben mitgewirkt haben. Nicht unerwähnt bleiben soll die zuvorkommende Unterstützung durch die Mitarbeiter des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED in Berlin, des Bundesarchivs in Potsdam und des Archivs des Deutschen Liberalismus in Gummersbach. Vor allem aber geht unser Dank auch an unsere Interviewpartner, die uns ihre kostbare Zeit geopfert und die vielen Fragen geduldig und kompetent beantwortet haben.

Roger Engelmann

Brüchige Verbindungen

Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956-1966

Verschiedene Entwicklungsstränge mündeten in den Prozeß der innerdeutschen Entspannung und Normalisierung, der nach einem hürdenreichen und verschlungenen Weg mit der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens 1971 und des Grundlagenvertrags 1972 eine rechtliche Basis fand. Von entscheidender Bedeutung war sicherlich der von den Supermächten bestimmte internationale Entspannungsprozeß, in dem der „deutsche Sonderkonflikt“¹ zunehmend zu einem lästigen Störfaktor wurde. Eine große Rolle spielte auch die politisch-konzeptionelle Innovation, die von der Gruppe um den Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt auf der Grundlage der besonderen Probleme der „Inselstadt“ entwickelt wurde und vor allem in den Passierscheinverhandlungen ihre praktische und „modellbildende“ Anwendung fand².

Auch die Liberalen hatten einen nicht unerheblichen Anteil an dem, was man die Inkubationsphase der deutsch-deutschen Entspannung nennen könnte. Die FDP war die einzige Partei, die noch vor dem Beginn der neuen Ostpolitik kontinuierliche, zuweilen sogar offizielle Beziehungen in die DDR unterhielt, wo ihr „geborener“ Partner, die ehemalige Schwesterpartei LDPD, bereitstand, um auf Geheiß der SED, aber auch aus eigenem Antrieb den Dialog zu führen³. Freilich war der Weg, der von den offiziellen Gesprächen des Jahres 1956 bis zum Vorabend der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition führte, keineswegs gradlinig. Gräben und Illusionen waren zu überwinden. Beeinflussungsversuche scheiterten, das zunächst anvisierte Ziel, die Wiedervereinigung, rückte in weite Ferne. Statt dessen mußte man „kleine Schritte“ machen, sich damit abfinden, daß die LDPD fest in das Transmissionssystem der DDR eingebunden war und immer dann, wenn sie bei den Kontakten ein wenig Selbständigkeit bewies, in Schwierigkeiten geriet. Als der deutschlandpolitische Selbstfindungsprozeß der FDP 1968/69 mit der Erarbeitung des zukunftsweisenden Generalvertragsentwurfs zu einem vorläufigen Endpunkt kam, hatten die Beziehungen zur LDPD längst an Bedeutung verloren. Doch auf dem Weg dahin war auf beiden Seiten der Zonengrenze so manches bewegt worden, was ohne dieses

¹ Löwenthal, *Kalter Krieg*, S. 645-673.

² Bender, *Ostpolitik*, S. 123-129.

³ Zusammenfassend dazu Juling, *Dialog*; ders., *Offen und überall*; Mischnick, *Zähflüssiger Prozeß*; Tessmer, *Innerdeutsche Parteienbeziehungen*, S. 106-122.

besondere Verhältnis zwischen den beiden Parteien schwerlich möglich gewesen wäre. Ein nicht unerheblicher Teil der Protagonisten der sozialliberalen Ostpolitik, etwa Scheel, Genscher, Mischnick und Flach, hat auf diesem Weg deutschlandpolitische Erfahrungen gesammelt. Erkenntnisprozesse waren gefördert, „gesamtdeutsche Substanzerhaltung“ versucht und zuweilen auch erreicht worden. Mehr war unter den gegebenen Verhältnissen wohl auch nicht möglich gewesen.

Wenn man die FDP-LDPD-Beziehungen an ihren konkreten politischen Resultaten mißt, könnte man geneigt sein, von deutschlandpolitischen Sandkastenspielen⁴ zu sprechen. Doch der Maßstab der „hohen Politik“ wird diesem Thema nicht gerecht: Die FDP hatte als Oppositionspartei und später als Juniorpartner der CDU ohnehin nie die Chance, die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik grundlegend zu beeinflussen⁵. Noch schwächer war die Rolle der LDPD, die sich – trotz einiger Restelemente von Selbständigkeit – im wesentlichen darauf beschränken mußte, die Politik der SED in einer spezifischen, auf „liberale Kreise und das nationalgesinnte Bürgertum“ zugeschnittenen Form in den Westen zu tragen. Allein schon aus diesem Grund war – aus heutiger Sicht – ein substantieller Erfolg der Kontakte ausgeschlossen. Trotzdem handelte es sich um bemerkenswerte Vorgänge. In einer Zeit, als der kalte Krieg in den deutsch-deutschen Beziehungen die beherrschende Größe war, führten FDP- und LDPD-Politiker eine direkte Auseinandersetzung, in der zuweilen das gemeinsame Bemühen um Entspannung und konstruktive Deutschlandpolitik, zuweilen aber auch die Absicht der wechselseitigen ideologischen Aufweichung dominierte.

Mit den Beziehungen zwischen FDP und LDPD war sehr viel mehr verknüpft, als ihre kargen Resultate ahnen lassen. Für die FDP – oder wenigstens für einen maßgeblichen Teil ihrer führenden Politiker – verbanden sich damit seit 1956 die Hoffnungen auf einen Durchbruch in der Wiedervereinigungspolitik und später immerhin noch das Bestreben, zu einer grundlegenden Verbesserung im innerdeutschen Verhältnis zu kommen. Für die LDPD bedeuteten die Kontakte eine Aufwertung gegenüber den anderen DDR-Parteien, die – einschließlich der SED – Westbeziehungen dieses Ranges nicht vorweisen konnten. Gleichzeitig erlaubten sie ihr, eine Politik zu betreiben, die punktuell von den Vorstellungen der SED-Spitze abwich⁶. Schritte in Richtung Wiedervereinigung und innerdeutsche Entspannung konnten die Bedeutung und den politischen Spielraum der LDPD nur erhöhen, und so verwundert es nicht, daß nicht nur an der Parteibasis, sondern auch unter den führenden Funktionären im Zusammenhang mit den Kontakten zur FDP politische Hoffnungen eine Rolle spielten, die von der SED als gefährliche deutschlandpolitische

⁴ Schwarz, Ära Adenauer 1949-57, S. 311, spricht im Zusammenhang mit den Gesprächen 1956 von einem „deutschlandpolitischen Pfadfinderspiel“.

⁵ Vgl. als Überblicksdarstellungen zur Deutschlandpolitik der FDP in dieser Phase Glazeder, Deutschlandpolitik; Schollwer, Suche nach neuen Wegen.

⁶ Zum (begrenzten) Eigenleben der LDPD allgemein s. Mleczkowski, LDPD in der DDR; ders., Bewegung im Monolith; Suckut, Eigensinn; Lapp, Konfliktbereitschaft.

völlig kappen.

Der LDPD waren freilich enge Grenzen gesetzt. Wenn sie aus dem Ruder lief, wurde sie hart zurückgepfeifen, und über weite Strecken verrichtete sie die „Arbeit nach Westdeutschland“ so, wie sie ihr aufgetragen war oder wie sie – in vorausseilendem Gehorsam – aus Ulbricht-Reden oder ZK-Beschlüssen abgeleitet werden konnte. Gleichzeitig führte die Spitze der LDPD einen Dauerkampf gegen ideologische Aufweichungstendenzen, die durch die Kontaktpolitik naturgemäß gefördert wurden. Sie präsentierte sich über weite Strecken als völlig gleichgeschaltete Satellitenpartei – mit der Folge, daß die FDP-Kontaktpolitiker zeitweise das Interesse an den Beziehungen verloren und gerade politisch besonders wichtige Anliegen direkt mit SED-Vertretern verhandelten. Doch die aus den gemeinsamen Wurzeln erwachsene Sonderbeziehung zwischen den beiden Parteien überlebte letztlich alle Rückschläge und Desillusionierungen. Sie war ein nicht unwichtiges Element der deutsch-deutschen „Verklammerung“⁷ in einer Zeit, als auf der offiziellen politischen Ebene alle Brücken zwischen Ost und West abgebrochen waren.

⁷ Der Begriff wurde von Schollwer in seiner Denkschrift von 1962 geprägt, in: Benz/Plum/Röder, Einheit, S. 185-204.

I. Annäherungs- und Aufweichungsversuche: Die Gespräche des Jahres 1956

Nach dem Zerwürfnis zwischen Ost- und Westliberalen im Jahre 1948¹ kam es erstmals wieder 1956 zwischen FDP und LDPD zu einer Reihe von Begegnungen. Die politischen Koordinaten im Westen wie im Osten schienen in Bewegung geraten. Die Öffentlichkeit nahm großen Anteil an diesen Vorgängen. Grenzen, aber auch Chancen einer Annäherung wurden sichtbar, und die hier gemachten Erfahrungen beeinflussten nachhaltig die späteren Beziehungen zwischen den beiden ungleichen „Schwesterparteien“.

Beide Seiten hatten sich um Kontaktaufnahme bemüht. Den Anfang machte die LDPD, als sie – uneingeladen – im März 1955 eine Delegation zum Oldenburger FDP-Parteitag entsandte, um den Delegierten eine Adresse ihres Parteivorsitzenden, Hans Loch, zu überbringen. Darin wurde die FDP aufgefordert, sich im Sinne einer kurz zuvor verabschiedeten Proklamation der Volkskammer für eine Volksbefragung zu der Alternative: Pariser Verträge oder gesamtdeutsche freie Wahlen einzusetzen und offizielle Gespräche mit der LDPD aufzunehmen². Die Initiative war zwischen Walter Ulbricht, dem im Politbüro für Blockparteien zuständigen Hermann Matern und dem Generalsekretär der LDPD, Manfred Gerlach, abgesprochen³ und sollte offensichtlich die ohnehin schon aufgebrochenen deutschlandpolitischen Differenzen zwischen der FDP unter ihrem Vorsitzenden Thomas Dehler und Adenauer⁴ vertiefen. Doch der Vorstoß mißlang auf der ganzen Linie. Die FDP fühlte sich überrumpelt; die Befürchtungen, durch die LDPD-Initiative kompromittiert zu werden, waren so stark, daß die Parteileitung sich nicht anders zu helfen wußte, als die Delegation unsanft vor die Tür zu setzen⁵.

Von diesem wohl nicht ganz unerwarteten Mißerfolg ließ sich die LDPD-Führung aber nicht entmutigen. Der deutschlandpolitische Dissens führender FDP-Politiker zu Adenauers Politik trat immer deutlicher zutage und wurde von der SED mit Interesse beobachtet⁶. Der LDPD brachte dies die Chance, sich auf dem Feld der

¹ Grundlegend hierzu Krippendorff, LDP, S. 138-154.

² Die „Adresse des Parteivorsitzenden der LDPD, Dr. Hans Loch, an die Delegierten des FDP-Bundesparteitages“ enthält die Aufforderung an die FDP, Wortlaut in: Der Morgen vom 2.4.1955, S. 2.

³ Vgl. Interview mit Gerlach am 21.3.1991.

⁴ Vgl. Glazeder, Deutschlandpolitik, S. 68; Benz/Plum/Röder, Einheit, S. 60.

⁵ ADL, LDPD 28819, Bericht von Harald Werthmann vom 28.3.1955.

⁶ Vgl. Gerhard Dengler im Round-table-Gespräch am 28.10.1991.

Kontakte mit der FDP zu profilieren. In Tuchfühlung mit der SED begann die LDPD-Leitung Ende 1955 eine eigene Abteilung für „Westarbeit“ aufzubauen. Zum zuständigen Sekretär wurde der stellvertretende Oberbürgermeister von Dresden, Helmuth Speer, berufen. Vorgesehen waren außerdem ein Abteilungsleiter, ein Redakteur für eine eigene Monatszeitschrift, mit der die Mitglieder der FDP und „Kreise des Bürgertums“ im Westen angesprochen werden sollten (die späteren *Ost-West-Informationen*), weiteres Personal und Valuta für monatlich etwa zehn Reisen in die Bundesrepublik⁷. Als Ziele der geplanten Aktivität wurden niedergelegt:

„Durch die Westarbeit der LDPD sollen Bundestagsabgeordnete der FDP, Mitglieder des Bundesvorstandes und der Landesvorstände sowie der Kreisvorstände der FDP, aber auch bekannte parteilose Angehörige des westdeutschen Bürgertums und der Intelligenz angesprochen werden. Grundlage der Gespräche ist die Regierungserklärung an das deutsche Volk und die Genfer Außenministerkonferenz. Ziel dieser Arbeit ist, mit verständigungsbereiten Persönlichkeiten in der FDP und im westdeutschen Bürgertum das gesamtdeutsche Gespräch über die Einheit Deutschlands zu pflegen. Zum anderen sollen die westdeutschen Gesprächspartner mit dem einzig möglichen Weg zur Wiedervereinigung (Regierungserklärung) vertraut gemacht werden mit dem Ziel, daß sie sich in den ihnen zugängigen [sic] Kreisen für die Verwirklichung dieser nationalen Forderungen einsetzen.“⁸

Die LDPD bekam somit die Aufgabe, auf den Willensbildungsprozeß innerhalb der FDP Einfluß zu nehmen und darüber hinaus – in Analogie zu ihrer Transmissionsrolle innerhalb der DDR – den bürgerlich-mittelständischen Kreisen in Westdeutschland die Deutschlandpolitik der SED zu vermitteln. Propagiert werden sollten gemäß der Regierungserklärung der DDR vom 31. Oktober 1955 die gleichberechtigte Einbeziehung der beiden deutschen Regierungen in die Viermächteverhandlungen, die Integration beider deutscher Staaten in ein zu schaffendes kollektives Sicherheitssystem, die Bildung eines gesamtdeutschen Rates aus Vertretern der gesetzgebenden Körperschaften beider deutscher Staaten, „wirklich freie Wahlen“, die Entmachtung der „Militaristen“ in Wirtschaft und Verwaltung sowie eine Bodenreform auch im Westen und die Erhaltung der „sozialen Errungenschaften“ der DDR im Falle der Wiedervereinigung⁹.

Auch auf seiten der FDP hatten die Kontakte des Jahres 1956 eine längere Vorgeschichte. Für den Geschäftsführer des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und Sprecher der Düsseldorfer „Jungtürken“, Wolfgang Döring, einen gebürtigen Leipziger, war die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein zentrales

⁷ ADL, LDPD 28819, Plan für den Beginn der Westarbeit vom 20.11.1955; Plan für die Westarbeit im Jahre 1956 vom 9.12.1955. Zur „Westarbeit“ der LDPD vor 1955 Suckut, Gespräche, S. 86-92. Diese unmittelbar vor der Drucklegung des vorliegenden Bandes erschienene Darstellung, die über weite Strecken dieselben Vorgänge beleuchtet wie das erste Kapitel der vorliegenden Studie, konnte leider nur noch punktuell berücksichtigt werden.

⁸ ADL, LDPD 28819, Plan für die Westarbeit im Jahre 1956 vom 9.12.1955.

⁹ Dokumente zur Deutschlandpolitik III/1, S. 551-560.

politisches Anliegen¹⁰. Der „national“ und gleichzeitig ausgesprochen pragmatisch eingestellte Döring wurde zunächst auf Landes-, dann auch auf Bundesebene zur treibenden Kraft einer offensiveren Deutschlandpolitik. Auf diesem Feld trafen sich die Intentionen der „Jungtürken“ mit denen von Dehler, der immer ungeduldiger ostpolitische Initiativen anmahnte¹¹. Nachdem in der Vergangenheit der „nationale“ und der „demokratische“ Flügel in einem latenten Dauerkonflikt zueinander gestanden hatten¹², begannen sich jetzt im Zuge der Distanzierung von der Adenauerschen Außen- und Deutschlandpolitik die alten Fronten zu verwischen. Während die ehemalige „Mitte“ in der Bundestagsfraktion um Blücher und Schäfer der Adenauerschen Politik grundsätzlich verpflichtet blieb, drängten ab 1954 sowohl ehemalige Protagonisten der „Rechten“ wie der „Linken“ auf eine eigenständige Deutschlandpolitik¹³.

In der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion wurde auf Initiative von Döring schon 1955 das Vorhaben diskutiert, offizielle Kontakte zur LDPD aufzunehmen. Dieser Vorschlag fand vor allem Unterstützung bei Ernst Achenbach und Lothar Steuer¹⁴, den führenden Vertretern der „Nationalen“ in der Landtagsfraktion¹⁵. Am Ausgangspunkt der deutsch-deutschen Bemühungen der nordrhein-westfälischen Liberalen stand also offensichtlich ein handfester Nationalismus. Daß es sich hier aber – vor allem bei den „Jungtürken“ – nicht mehr um einen „rechten“ Nationalismus klassischer Prägung handelte, erwies sich im folgenden Jahr beim Koalitionswechsel der nordrhein-westfälischen FDP zur SPD, bei dem deutschlandpolitische Differenzen mit der CDU eine entscheidende Rolle spielten, auch wenn die Auseinandersetzungen um das „Grabenwahlrecht“ offiziell im Vordergrund standen¹⁶.

Die Düsseldorfer Vorgänge, der nachfolgende Austritt der FDP aus der Regierungskoalition in Bonn und die Trennung vom „Ministerflügel“ um Blücher und

¹⁰ Das betont Wolfram Dorn, der zu dieser Zeit ein sehr enges Verhältnis zu Döring hatte, im Interview vom 21.6.1991.

¹¹ Vgl. Klingl, *Das ganze Deutschland*, S. 167-170.

¹² Vgl. Gutscher, FDP, S. 134-164; Rütten, *Liberalismus*, S. 226-256.

¹³ Symptomatisch ist, daß die profilierten Exponenten der beiden „Flügel“, Friedrich Middelhaue (NRW) und Willy Max Rademacher (Bremen), in diesem Punkt in das gleiche Horn stießen. Vgl. Glazeder, *Deutschlandpolitik*, S. 68.

¹⁴ Interview mit Wolfram Dorn am 21.6.1991.

¹⁵ Achenbach war von 1936 bis 1944 im Auswärtigen Dienst, zuletzt als Gesandtschaftsrat an der Botschaft in Paris, tätig, nach dem Krieg machte er sich in rechten Kreisen als Verteidiger bei den Nürnberger Prozessen und in vielen Spruchkammerverfahren einen Namen. Er stand in direktem Kontakt mit Werner Naumann; ob er dessen Unterwanderungsabsichten gedeckt hat, ist abschließend nie geklärt worden. Nach der Affäre verlor er seinen Sitz im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und erhielt bei den Bundestagswahlen 1953 keinen Platz mehr auf der Landesliste. Steuer war ehemaliger DNVP-Reichstagsabgeordneter; er kam über die Gruppierung „Nationale Rechte“, mit der die nordrhein-westfälische FDP bei den Landtagswahlen 1950 eine Listenverbindung eingegangen war, zur FDP. Vgl. Gutscher, FDP, S. 149-164; Rütten, *Liberalismus*, S. 226-256; *Handbuch des Landtags NRW*, 2. Wahlperiode, S. 265, 333.

¹⁶ Fleck, *Liberale an einen Tisch?*, S. 68; erschöpfend dazu Papke, *Unser Ziel, passim*.

Euler stürzten die Liberalen in eine schwere Krise, sie schufen aber auch Raum für größere politische Bewegungsfreiheit. Es bestanden jetzt die Chance und der Zwang zu verstärkter Profilierung auf dem Feld der Deutschlandpolitik. Hinzu kamen Hoffnungen auf größere Beweglichkeit im Osten, die nicht zuletzt der 20. Parteitag der KPdSU genährt hatte¹⁷. Eine Folge war, daß Erich Mende Anfang März 1956 im baden-württembergischen Landtagswahlkampf mit seinen „Grundzügen eines Deutschlandplanes zur Wiedervereinigung“ erstmals parteioffiziell ein alternatives deutschland- und sicherheitspolitisches Konzept vorstellte. Wie schon bei Pfleidersers Plan von 1952, der von der Bundes-FDP damals weitgehend abgelehnt worden war, bestand der Angelpunkt des Mende-Plans in der Berücksichtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen. Als sicherheitspolitische Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen nannte Mende den Rückzug der westalliierten Truppen hinter den Rhein und der Roten Armee hinter die Oder-Neiße-Linie, die Entlassung der Bundesrepublik und der DDR aus den jeweiligen Militärblöcken sowie die Schaffung eines Deutschland überwölbenden europäischen Sicherheitssystems¹⁸. Mit diesem Plan ging die FDP einen wesentlichen Schritt auf die östliche Seite zu.

Wenige Wochen nach der Publikation des Mende-Plans, Ende Mai oder Anfang Juni 1956, forcierte Döring die Kontaktaufnahme durch einen persönlichen Besuch in der Ostberliner Parteizentrale der LDPD. Er hatte wohl schon längere Zeit Kontakt zu Harald Werthmann, dem persönlichen Referenten des LDPD-Vorsitzenden; Werthmann spielte als Vertrauensmann und Informant der SED und sowjetischer Stellen die Rolle einer „grauen Eminenz“ der Partei¹⁹. Der LDPD-Führung kam die Initiative Dörings sehr gelegen, konnte sie doch die ohnehin schon anvisierten Gespräche sogleich auf einer unverhofft hohen Ebene führen. Bei einem zweiten Treffen in der LDPD-Zentrale, an dem auch Walter Scheel teilnahm, waren die FDP-Vertreter ausgesprochen entgegenkommend und schlugen vor, über eine konkrete Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien zu verhandeln²⁰. Man einigte sich darauf, im Juli in Garmisch-Partenkirchen inoffizielle Gespräche zu führen.

Nur ein kleiner Kreis in der FDP-Führung, nicht der Bundesvorstand als Ganzes, wußte über diese Aktivitäten Bescheid. Der Parteivorsitzende Dehler war informiert und billigte die Vorstöße²¹, obwohl er noch im April 1956 den Vorschlag des LDPD-Vorsitzenden Loch, offizielle Beziehungen zwischen den Parteien aufzunehmen, barsch zurückgewiesen hatte:

„Die Tatsache, daß die LDP unter Ihrer Führung seit Jahren die kommunistische, gegen 17 Millionen Deutsche gerichtete Terrorherrschaft vorbehaltlos unterstützt und Sie, Herr Dr. Loch, wie auch die Mitglieder Ihres Vorstandes, den kommunisti-

¹⁷ Vgl. Mende, *Neue Freiheit*, S. 376.

¹⁸ *Dokumente zur Deutschlandpolitik III/2*, S. 154-158.

¹⁹ Gerlach, *Mitverantwortlich*, S. 80, 91, und Interview mit ihm am 21.3.1991.

²⁰ ADL, LDPD 31734, undatiertes Bericht über das Treffen in Garmisch, S. 1.

²¹ Ebenda, S. 29; vgl. auch Klingl, *Das ganze Deutschland*, S. 275; Dorn/Wiedner, *Freiheit*, S. 55.

schen Sicherheitsbehörden der sogenannten DDR bei der Verhaftung zahlreicher aufrechter Liberaldemokraten stets behilflich gewesen sind, macht es einem verantwortungsbewußten deutschen Politiker unmöglich, an Veranstaltungen Ihrer Partei teilzunehmen oder Delegationen der LDP-Parteiführung im freien Teil Deutschlands zu empfangen.“²²

Es ist unwahrscheinlich, daß bei Dehler innerhalb von wenigen Wochen ein grundsätzlicher Sinneswandel stattgefunden hatte. Vielmehr war er wohl einfach nicht bereit, der LDPD eine „kostenlose“ Aufnahme offizieller Kontakte und damit einen Punktegewinn im propagandistischen deutsch-deutschen Schlagabtausch zu offerieren.

Wenig später ging Dehler dann mit eigenen Initiativen in die Offensive. Ende Mai 1956 lancierte er in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* den Plan einer gesamtdeutschen Volksbefragung über die Zugehörigkeit des wiedervereinigten Deutschland zu einem kollektiven Sicherheitsbündnis, der ihm mehr Beifall aus Ost-Berlin als aus dem Westen eintrug²³. Wirkungsvoller war sein Vorschlag einer gesamtdeutschen Amnestie für politische Straftaten, mit der die LDPD gezwungen werden sollte, Farbe zu bekennen. Am 19. Juni 1956 unterbreitete er in einem offenen Brief an den Vorsitzenden der LDPD-Volkskammerfraktion, Rudolf Agsten, den Vorschlag, beide Parteien sollten in ihren jeweiligen Parlamenten ein Amnestiegesetz für politische Straftaten einbringen. Die FDP-Bundestagsfraktion war für diese Initiative zuvor schon gewonnen worden, und so konnte Dehler dem Schreiben gleich den fertigen FDP-Entwurf beilegen²⁴. Ein Zufall erleichterte es der LDPD, auf diesen Vorstoß zu kontern, denn ausgerechnet am folgenden Tag verkündete das DDR-Pressamt eine Amnestie-Regelung, die 20 000 politische Häftlinge betraf²⁵. In einer zusammen mit Dehlers Schreiben im Zentralorgan der LDPD veröffentlichten Antwort konnte Agsten daher behaupten, das von Dehler angestrebte Ziel sei in der DDR in der Praxis schon verwirklicht. Die von der FDP beabsichtigte Schaffung eines einklagbaren Rechtsanspruchs auf Amnestie lehnte Agsten jedoch mit der Feststellung ab, bei dem „weitaus größten Teil der jetzt von uns entlassenen Häftlinge“ handle es sich um „bezahlte Beauftragte terroristischer Organisationen“, denen man dieses Recht nicht gewähren könne²⁶. Die LDPD konnte in dieser heiklen Frage keine Position beziehen, die sich auch nur in der Diktion von der SED-Linie unterschieden hätte.

Trotz dieses geplatzen Versuchsballons trafen sich vom 20. bis 23. Juli 1956 Wolfgang Döring, Walter Scheel und Erich Mende (zu einem kurzen Good-will-

²² ADL, 2382, Loch an Dehler vom 10.4.1956, Dehler an Loch vom 13.4.1956.

²³ Vgl. Klingl, *Das ganze Deutschland*, S. 262f.

²⁴ Dokumente zur Deutschlandpolitik III/2, S. 479-481.

²⁵ Ebenda, S. 575, Anm. 4.

²⁶ Ebenda, S. 493f. Die FDP brachte ihren Gesetzentwurf in erweiterter Form dann trotz der Absage der LDPD am 23.10.1956 im Bundestag ein und scheiterte damit; ebenda, S. 480f., Anm. 1.

Besuch auch Willi Weyer)²⁷ mit den LDPD-Vertretern Rudolf Agsten, Harald Werthmann und Manfred Gerlach²⁸ im Garmischer Hotel „Sonnenbichel“. Sie waren als „Nylon-Strumpf-Fabrikanten“ getarnt, „die eine Produktionsumstellung beraten wollten“²⁹. Döring und Scheel – Mende stieß erst später zu der Runde – zeigten sich zunächst deutlich reservierter als beim letzten Gespräch in Ost-Berlin. Scheel sagte gleich zum Auftakt, man müsse zunächst prüfen, ob es überhaupt noch Berührungspunkte zwischen den beiden Parteien gebe, die als Voraussetzung für eine offizielle Verbindung angesehen werden könnten. Wohl nicht zu Unrecht mutmaßten die LDPD-Vertreter, diese atmosphärischen Veränderungen seien auf Gespräche zurückzuführen, die Döring und Scheel zwischenzeitlich „innerhalb und außerhalb ihrer Partei geführt hätten“³⁰. In der Tat gab es im Bundesvorstand sowie vor allem im LDP-Bundesbeirat und im Ostbüro der FDP zum Teil erhebliche Vorbehalte gegen Gespräche mit Mitgliedern der LDPD-Führung; von vielen ehemaligen LDP-Mitgliedern in der FDP wurden sie als skrupellose Handlanger des Ulbricht-Regimes angesehen³¹.

Nachdem die LDPD-Vertreter aber ein Gesprächsprogramm vorlegten, das den FDP-Vertretern entgegenkam, und Gerlach von vornherein feststellte, daß das vereinigte Deutschland nicht kommunistisch sein solle, entwickelte sich die Gesprächsatmosphäre schließlich doch positiv. Diese Aussage widersprach zwar nicht der zu diesem Zeitpunkt gültigen offiziellen Position der DDR, doch bedeutete die besondere Hervorhebung dieses Punktes schon ein Überschreiten der zuvor mit Ulbricht und Matern abgesprochenen Linie³². Das außergewöhnlich selbstbewußte Vorgehen Gerlachs wurde durch die relativ fluide Situation nach dem 20. Parteitag der KPdSU ermöglicht. Zumindest in den Monaten bis zum Ungarn-Aufstand war die Position Ulbrichts und der Hardliner im Politbüro durchaus nicht unangefochten. Gerlach hatte einen guten Draht zum Ulbricht-Rivalen Karl Schirdewan, der damals im Politbüro für die Westkontakte zuständig war und anscheinend keinen Hehl aus seiner flexibleren Haltung in der Deutschlandpolitik machte. Gerade im

²⁷ Döring war damals Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag und Bundeswahlkampfleiter der FDP, Scheel Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses der FDP, Mende stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender, Weyer FDP-Landesvorsitzender und stellvertretender Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Alle außer Döring waren Bundesvorstandsmitglieder.

²⁸ Agsten war Sekretär der LDPD-Parteileitung und LDPD-Fraktionsvorsitzender in der Volkskammer, Gerlach LDPD-Generalsekretär, beide waren sie Mitglieder des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes, des höchsten politischen Gremiums der Partei; Werthmann war persönlicher Referent des Parteivorsitzenden Loch und einfaches Mitglied des Zentralvorstandes.

²⁹ Der Spiegel vom 10.10.1956, S. 14.

³⁰ Ebenda.

³¹ Vgl. Interview mit Wolfgang Schollwer am 21.2.1991; Interview mit Wolfgang Mischnick am 1.11.1991. Zur Stimmung im LDP-Bundesbeirat s. auch ADL 6949-15, Kurzprotokoll der Sitzung vom 27.10.1956.

³² ADL, LDPD 31734, undatierter Bericht über das Treffen in Garmisch, S. 3.

Blick auf die anzustrebende politische und soziale Ordnung Gesamtdeutschlands scheint Schirdewan wesentlich kompromißbereiter als Ulbricht gewesen zu sein³³. Nachdem auch aus der sowjetischen Botschaft ähnliche Signale kamen³⁴, fühlte sich Gerlach stark genug, den politischen Spielraum der LDPD großzügig auszulegen.

So verlief in Garmisch die Diskussion über die Verfassungsgrundsätze für ein wiedervereinigtes Deutschland erstaunlich problemlos. Über freie, gleiche und geheime Wahlen, Chancengleichheit für alle Parteien, soweit sie sich nicht die Beseitigung der Demokratie zum Ziel gesetzt hätten, feste Legislaturperioden, die Möglichkeit zur Regierungsneubildung und die Ablehnung einer starken Präsidialgewalt einigte man sich auf Anhieb. Bei der Frage des Plebiszits und der Gewaltenteilung klangen Meinungsverschiedenheiten an, führten aber zu keiner nachhaltigen Kontroverse.

Es ist schwer zu beurteilen, ob die LDPD-Vertreter in dieser Diskussion wirklich ehrlich waren, denn es handelte sich um ein unverbindliches Gespräch, und es entsprach seit 1952 der offiziellen deutschlandpolitischen Haltung der DDR-Führung, „freie Wahlen“ für den Fall der Wiedervereinigung verbal zu akzeptieren. Allerdings waren die Aussagen der LDPD zum politischen System eines vereinten Deutschland ganz ungewöhnlich konkret. In diesem Zusammenhang ist es aufschlußreich, daß sich diese Positionen deutlich vom Standpunkt der NDPD-Vertreter Günter Hofé und Skorla abhoben, mit denen Döring zuvor ähnliche Fragen besprochen hatte³⁵. Es steht so durchaus nicht im Widerspruch zu den Quellen, wenn Gerlach im Rückblick feststellt:

„Wenn auch in der offiziellen Politik der SED damals kein einheitliches kommunistisches Deutschland angestrebt wurde, war natürlich intern klar, und das wußte ich nun aus der Teilnahme an Blocksitzungen und anderen Begegnungen mit Ulbricht und anderen Politbüromitgliedern, Grotewohl und anderen, daß natürlich angestrebt wurde, zumindest eine volksdemokratische Ordnung in ganz Deutschland, also auch in Westdeutschland zu errichten, im Zusammenhang mit der Einheit Deutschlands. Demzufolge war es, so prononciert zu sagen, auf keinen Fall ein kommunistisches Deutschland, sondern ein demokratisches Deutschland – und das noch ein bißchen ausgestaltet – schon ein wesentliches Abgehen von der vereinbarten Linie.“³⁶

³³ Vgl. Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991. Die Ausführungen Gerlachs werden in gewisser Weise von dem im Bericht des Politbüros an das 35. ZK-Plenum enthaltenen, sicherlich maßlos übertriebenen Vorwurf bestätigt, Schirdewan habe „die Einheit Deutschlands um jeden Preis“ herbeiführen wollen; Neues Deutschland vom 8.2.1958, S. 5. Der Tenor der Stellungnahme zu seiner Verteidigung vom 1.1.1958 in: BZG 32(1990), S. 498-512, spricht eher gegen eine prinzipiell alternative deutschlandpolitische Position Schirdewans, ist aber angesichts ihres Rechtfertigungscharakters auch nicht zuverlässig.

³⁴ Vgl. Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

³⁵ ADL, LDPD 31734, undatierter Bericht über das Treffen in Garmisch, S. 8.

³⁶ Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

Als am nächsten Tag konkretere politische Fragen behandelt wurden, zeigte sich aber dann doch, wie weit die Grundpositionen beider Parteien voneinander entfernt waren. Die LDPD-Vertreter versuchten im Sinne der Stamokap-Theorie nachzuweisen, daß in der Bundesrepublik die „Monopole“ herrschten; Döring und Scheel bestritten das heftig und legten dar, daß der Einfluß der Konzerne auf die konkrete Politik gering sei. Gemäß der DDR-offiziellen Interpretation, derzufolge die „Monopolisten“ für die zunehmende Aggressivität des „BRD-Imperialismus“ verantwortlich seien, versuchten die LDPD-Vertreter ihren Gesprächspartnern eine entsprechende Aussage zu entlocken. Auf ihre Frage, „welche Interessengruppe in Westdeutschland ihren maßgeblichen Einfluß zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht [...] geltend gemacht habe“, erhielten sie zur Antwort, daß die Großindustrie hier keineswegs die treibende Kraft sei. Im Gegenteil, betonte Scheel, sei die gesamte Wirtschaft ein ausgesprochener Gegner der Rüstung, weil dadurch die Exporte gestört und ihr die Arbeitskräfte abgezogen würden³⁷.

Nun ging Döring zum Gegenangriff über, obwohl die LDPD-Funktionäre zunächst den Plan Erich Mendes – Mende war am Abend des 21. Juli eingetroffen – und hiermit im Zusammenhang die internationalen Aspekte der Wiedervereinigung besprechen wollten. Döring drängte, erst die Situation in der DDR und die Stellung der LDPD zu diskutieren. Er warf die Frage auf, ob die LDPD angesichts ihrer Mitgliedschaft in Block und Regierung überhaupt noch in der Lage sei, eine eigenständige Politik zu betreiben. Die LDPD-Vertreter verteidigten die Mitgliedschaft im Block; die Blockpolitik sei eine Notwendigkeit gewesen, weil die DDR den wirtschaftlichen Aufbau ohne Marshall-Plan habe meistern müssen. Der Block schließe die Selbständigkeit der einzelnen Parteien nicht aus und die Eigenständigkeit der LDPD zeige sich darin, daß sie kritisch zur Entwicklung der DDR und zu Maßnahmen der Regierung Stellung nehme. Dies sei vor allem in der letzten Zeit im Zentralorgan der Partei des öfteren der Fall gewesen. Als Scheel die Frage stellte, ob die LDPD in einem künftigen gesamtdeutschen Parlament im Falle einer SPD/SED-Koalition dieser ebenfalls beitreten oder zusammen mit der FDP in die Opposition gehen würde, wich die LDPD-Seite einer Antwort aus. Auf Scheels eigene Position zur Koalition in Nordrhein-Westfalen verweisend, betonte sie, eine Opposition gegen die sozialistische Partei „um jeden Preis“ sei auch vom liberalen Standpunkt aus unhaltbar³⁸.

Bemerkenswert war in Garmisch die Rolle von Erich Mende. Der Aufzeichnung der LDPD-Vertreter zufolge diskutierte er wesentlich kompromißbereiter als Döring und Scheel und zeigte sich für den Fall der Wiedervereinigung gerade auch im Hinblick auf gesellschaftspolitische Fragen konzessionsbereit. Ausdrücklich erkannte er die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens als geltendes Völkerrecht an; eine Revision der in der SBZ/DDR durchgeführten Bodenreform schloß er aus.

³⁷ ADL, LDPD 31734, undatierter Bericht über das Treffen in Garmisch, S. 16.

³⁸ Ebenda, S. 22.

Außerdem bezeichnete er die Verstaatlichung von Großbanken und Großbetrieben der Grundstoffindustrie auch im Westen als denkbar, wenn damit ein Hindernis für die Wiedervereinigung aus dem Weg geräumt werde³⁹. Diesen Ausführungen Mende, die ja nicht gerade im Einklang mit der offiziellen FDP-Linie standen, widersprach Scheel heftig, was darauf schließen läßt, daß die Gesprächsstrategie zwischen den FDP-Vertretern nicht oder nur mangelhaft abgeprochen war.

Wenig kontrovers vollzog sich die Diskussion über den Mende-Plan und die Begrenzung der Truppenstärke in beiden deutschen Staaten. Die LDPD-Vertreter wiesen darauf hin, daß die DDR erst kürzlich ihre Streitkräfte auf 90 000 Mann begrenzt habe⁴⁰. Mende, der als Sicherheitsexperte seiner Partei sprechen konnte, äußerte sich positiv zu dieser Initiative und stellte fest, daß eine analoge Maßnahme der Bundesrepublik, im Verhältnis zur höheren Bevölkerungszahl, die Begrenzung der Truppenstärke auf 250 000 Mann bedeuten würde, also auf eine Halbierung der geplanten 500 000 hinausliefe⁴¹. Von den LDPD-Vertretern auf die Frage der Anerkennung der DDR angesprochen, erklärten sowohl Mende als auch Döring, daß sie zwar persönlich den zweiten deutschen Staat als eine Realität betrachteten, offiziell eine solche Position aber nicht vertreten könnten. Verhandlungen mit den Stalinisten Ulbricht und Benjamin – so betonte Mende – seien in jedem Fall ausgeschlossen⁴².

Erich Mende verabschiedete sich am Abend des 22. Juli mit der Bemerkung, daß er viel Neues erfahren habe und es sich unbedingt lohne, dieses Gespräch fortzuführen. In der verbleibenden Zeit sprachen die LDPD-Vertreter jenen Themenkreis an, der in der offiziellen DDR-Propaganda unter dem Stichwort „Refaschisierungstendenzen in der Bundesrepublik“ behandelt wurde: das drohende KPD-Verbot durch das Bundesverfassungsgericht, das schon erfolgte Verbot kommunistisch gelenkter Organisationen (FDJ, Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, Nationalrat), das Wirken neonazistischer Organisationen und Publizisten. Döring und Scheel reagierten auf dieses Pflichtprogramm ihrer Gesprächspartner lustlos-ausweichend. Zu einem KPD-Verbot werde es sicher nicht kommen, sagten sie, und für die „kommunistischen Tarnorganisationen“ könne sich die FDP wegen der in der Bundesrepublik herrschenden antikommunistischen Stimmung nicht einsetzen. Politisch bedeutender war die Erörterung des Problems „Ostbüro“, das vor allem wegen seiner Ballonaktionen, mit denen es antikommunistisches Propagandamaterial in die DDR einschleuste, für die LDPD-Seite ein Ärgernis ersten Ranges darstellte. Die LDPD-Vertreter stellten fest, daß sie zwar keine Vorbedingungen für

³⁹ Ebenda, S. 19. Hiernach soll Mende gesagt haben, daß „unsere Generation sich nicht um jeden Preis vor die Pfeffersäcke stellt und schon gar nicht dann, wenn es um die Frage der Wiedervereinigung geht“. Vgl. auch Gerlach, Mitverantwortlich, S. 94. Dieser schöpft aber bei seinen Ausführungen ganz offensichtlich aus der gleichen Quelle.

⁴⁰ Dokumente zur Deutschlandpolitik III/2, S. 496, Ministerratsbeschuß vom 28.6.1956.

⁴¹ ADL, LDPD 31734, undatierter Bericht über das Treffen in Garmisch, S. 21.

⁴² Ebenda, S. 23.

weitere Gespräche stellen wollten, die geplante Zusammenarbeit zwischen den Parteien werde aber durch die Existenz und die Arbeit des Ostbüros der FDP erschwert. Döring, offensichtlich darauf gefaßt, daß dieses Thema zur Sprache kommen würde, erklärte, er könne das Anliegen verstehen, und versprach, seine Partei werde sich mit dem Problem beschäftigen⁴³.

Das hohe Maß an sachlicher Übereinstimmung in wichtigen Bereichen der Sicherheitspolitik und bei den Fragen einer künftigen gesamtdeutschen Verfassung sowie – was Mende angeht – die bemerkenswerten Berührungspunkte auch in gesellschaftspolitischen Fragen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hinter der Fassade einer relativen Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit tiefes Mißtrauen und eine gehörige Portion taktisches Kalkül verbargen. So lagen die LDPD-Teilnehmer sicherlich nicht falsch, wenn sie in ihrer Gesamteinschätzung festhielten: „Das Gespräch in Garmisch hatte von seiten der FDP-Vertreter das Ziel zu prüfen, ob unter dem Deckmantel der gemeinsamen Berührungspunkte Möglichkeiten bestehen, die LDPD aus dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien herauszubringen und sie als Opposition gegen die DDR zu benutzen. [...] Zu einer offiziellen Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien werden sie erst bereit sein, wenn sie durch weitere Gespräche mit uns den Mitgliederkreisen in der FDP und ihrer Wählerschaft nachweisen können, daß solche Kontakte zu für die FDP günstigen Ergebnissen führen.“⁴⁴ Entsprechend der in der DDR auch für Vertreter der Blockparteien verbindlichen Stamokap-Sprachregelung wurde Scheel als „typischer Vertreter des deutschen Monopolkapitals“ und Döring als „ausführende[s] Organ der herrschenden Monopolkreise“ bezeichnet. Nur Mende wurden „erstaunlich brauchbare Gedanken und Vorschläge“ attestiert, die darauf zurückzuführen seien, daß er „nicht unmittelbar mit dem Monopolkapital liiert“ sei⁴⁵. Das Papier hielt außerdem fest, es sei „fast unmöglich“, diese Gesprächspartner zu überzeugen. Als Ziel des verabredeten zweiten Gesprächs in Weimar wurde lediglich die offizielle Kontaktaufnahme zwischen den beiden Parteien anvisiert⁴⁶; für weitergehende Vereinbarungen reichte das von der SED erteilte Mandat ohnehin nicht aus.

Abgesehen von den erwähnten Eigenmächtigkeiten in der Diskussion über das politische System eines wiedervereinigten Deutschlands blieben die LDPD-Emissäre in Garmisch im großen und ganzen im Rahmen der deutschlandpolitischen Gesamtstrategie der DDR. Sie versäumten es auch nicht, sich sowohl bei den Gesprächen selbst als auch bei der Analyse auf den unvermeidlichen „Klassenstandpunkt“ zu

⁴³ Ebenda, S. 29. Döring gab deutlich zu verstehen, daß auch ihm die Arbeit des Ostbüros nicht gefiel. Im Bericht heißt es wörtlich: „Er wies darauf hin, daß ihm jetzt in seiner Eigenschaft als Leiter des Wahlkampfstabes auch das Ostbüro der FDP unterstellt worden sei. Wir meinten ironisch, daß es wohl für ihn schwer sein wird, mit Herrn Naase [Leiter des Ostbüros] auszukommen. Darauf meinte Döring, es würde umgekehrt Herrn Naase schwer werden, mit ihm auszukommen.“

⁴⁴ Ebenda, S. 33f.

⁴⁵ Ebenda, S. 32f.

⁴⁶ Ebenda, S. 34.

stellen. Alle LDPD-Vertreter, auch Gerlach, dem Mende selbst im Rückblick zugesteht, seine Darlegungen hätten erkennen lassen, „daß die LDPD-Führung noch auf eine gewisse Selbständigkeit und Abgrenzung gegenüber der SED bedacht war“⁴⁷, waren ja als „zuverlässige“ Blockpolitiker und prinzipielle Anhänger des Sozialismus ausgewiesen. Bei Werthmann und Agsten kam eine besondere Nähe zur SED hinzu; der erste war, wie schon erwähnt, Zuträger, und letzterer im geheimen sogar Mitglied der Staatspartei⁴⁸.

Der einzige „authentische“ LDPD-Vertreter war also Manfred Gerlach, den Döring später als denjenigen der drei Gesprächspartner charakterisierte, dem es gestattet sei, selbständig zu denken⁴⁹. Daß seine grundsätzliche Loyalität dem DDR-System gegenüber nicht unkritische Linientreue bedeutete, ist aktenkundig: Parallel zu den innerdeutschen Bemühungen unternommene interne Aktivitäten weisen darauf hin, daß er im Rahmen seiner Möglichkeiten auf eine Entstalinisierung der DDR hinarbeitete. So forderte er mit dem Hinweis auf die Vorgänge in Polen innerhalb der LDPD-Führung und gegenüber Parteistellen der SED „eine kühnere Entfaltung der Demokratie“ sowie eine stärkere Beteiligung der LDPD an der Regierung⁵⁰, die Schaffung eines Verteidigungsausschusses in der Volkskammer und die gleichberechtigte Belieferung des Einzelhandels. Die im ZK-Apparat der SED für die Kontrolle der Blockparteien zuständige Stelle konnte nur mit Mühe verhindern, daß diese als „Ergebnis revisionistischer Einwirkung“ betrachteten Vorstellungen durch einen Beschluß des Zentralvorstandes zur offiziellen Politik der LDPD erhoben wurden⁵¹.

Gleichzeitig versuchte die LDPD, sich auf der Ebene der internationalen Beziehungen von der SED etwas zu emanzipieren. Sie wollte zu den liberalen Parteien des westlichen Auslands Verbindung aufnehmen und die Kontakte zur Demokratischen Partei Polens intensivieren. Beides, so wurde der LDPD-Führung von der SED kundgetan, sei unerwünscht, was praktisch einem Verbot dieser Initiativen gleichkam⁵². Gleichwohl wird hier deutlich, daß sich die LDPD-Führung – zumindest bis zum Aufstand in Ungarn – in Erwartung von liberalisierenden Wirkungen des

⁴⁷ Mende, *Neue Freiheit*, S. 377. Ganz ähnlich scheint der Eindruck von Döring gewesen zu sein, Interview mit Wolfram Dorn am 21.6.1991; Interview mit Wolfgang Schollwer am 21.2.1991.

⁴⁸ Vgl. Suckut, *Gespräche*, S. 104.

⁴⁹ ADL, 6965-95, S. 166, Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer über den Bericht Dörings in der LDP-Bundesbeiratssitzung vom 27.10.1956.

⁵⁰ Die LDPD beanspruchte vor allem das Kulturministerium, was Grotewohl schroff zurückwies; Gerlach, Mitverantwortlich, S. 101.

⁵¹ ZPA, IV 2/15/2, Bericht des Sektors „Befreundete Organisationen“ vom 12.11.1956; Irene Köhler (Sektorenleiterin „Befreundete Organisationen“) an Hermann Matern vom 12.1.1962 (Rückblick).

⁵² ZPA, IV 2/15/2, Berichte des Sektors „Befreundete Organisationen“ an Hermann Matern vom 15.8. und 22.9.1956. Als Beleg für die Gefährlichkeit dieser Kontakte führte die Sektorenleiterin die Bemerkung des Generalsekretärs der Demokratischen Volkspartei Polens, Leon Chajm, an, welche in einem Gespräch mit Agsten gefallen sein soll: „Was wird mit Walter Ulbricht und Frau Benjamin? Alle Genossen, die den harten Stalin-Kurs mitgemacht hätten, mußten überall gehen.“

20. Parteitags der KPdSU auf die Binnenverhältnisse der DDR politisch ein wenig freizuschwimmen versuchte – dies freilich unter Wahrung einer grundsätzlichen Loyalität zur „Arbeiter- und Bauernmacht“ und stark behindert durch die SED. Die LDPD-Führung versuchte dabei, ihre gute Position auf dem Felde der Westkontakte und die Tatsache, daß sie hier für die SED unentbehrlich war, in politische Positionsgewinne umzumünzen. Im Rückblick äußert sich Gerlach über das hier noch wirksame Selbstbewußtsein der LDPD-Führung wie folgt:

„Ich [hatte] noch gut in Erinnerung, daß Hamann und Kastner in unserem Führungskreis, zu dem ich ja damals auch schon gehörte, immer sagten: Also die SED hat dermaßen abgewirtschaftet im Westen, das ist überhaupt kein Gesprächspartner mehr, die Nationale Front, die kann man vergessen. Beide Staaten sind Provisorien, auch die DDR ist Provisorium, und wir, die LDPD, sind die einzigen, die im Westen noch ernst genommen werden, und unser natürlicher Partner ist die FDP. Zu dieser Zeit war weder Kastner noch Hamann mehr da, aber ich hatte das noch gut in Erinnerung, und es leuchtete mir nach wie vor ein.“⁵³

Die FDP-Seite, hier vor allem Wolfgang Döring, schätzte diese Interessenlage der selbstbewußteren LDPD-Funktionäre wie Gerlach richtig ein und versuchte, sie in seiner Strategie zu berücksichtigen. Er verfolgte aber gleichzeitig das Ziel, die LDPD-Führung von der Basis her unter Druck zu setzen. Von Anfang an visierte Döring deshalb die Institutionalisierung eines Redneraustausches zwischen den beiden Parteien an, die zwangsläufig eine katalytische Wirkung auf die latente politische Unzufriedenheit der LDPD-Basis haben mußte. Nach einem Bericht des „Sektors Befreundete Organisationen“ des ZK der SED vom November 1956 lehnten „breite Kreise“ der LDPD-Mitglieder „die führende Rolle der Arbeiterklasse“ ab, im Bezirk Leipzig waren 70 Prozent der Mitglieder sogar mit der Mitarbeit im Block nicht einverstanden. Etwa die Hälfte der Mitglieder versprach sich von einer Verbindung zur FDP „eine neue Orientierung in Richtung ‚Eigenständigkeit‘“⁵⁴. Wie noch genauer zu zeigen sein wird, bildeten diese Stimmungen, die der FDP in etwa bekannt waren⁵⁵, einen wichtigen Faktor in den FDP-LDPD-Beziehungen des Jahres 1956.

Unmittelbar nach dem Garmischer Treffen begann unter der persönlichen Leitung von Döring die Schulung einer FDP/DJD-Delegation, die sich im August 1956 in LDPD-Veranstaltungen in der DDR bewähren sollte; auf längere Sicht schwebte Döring vor, innerhalb des Landesverbands Nordrhein-Westfalen eine kleine, gut geschulte Rednergruppe für den Einsatz in der DDR aufzubauen⁵⁶. Die Delegation, die vom Landtagsabgeordneten und Döring-Vertrauten Wolfram Dorn geleitet

⁵³ Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991; vgl. auch Gerlach, Mitverantwortlich, S. 48.

⁵⁴ ZPA, IV 2/15/2, Bericht vom 12.11.1956.

⁵⁵ Die Verbindungsleute des Ostbüros der FDP stellten die Stimmung an der LDPD-Basis als eher noch kritischer dar; s. etwa ADL, 6949-15, Willert an das Ostbüro vom 5.11.1956 über ein Gespräch mit LDPD-Angehörigen aus Weimar und Erfurt.

⁵⁶ Vgl. Dorn/Wiedner, Freiheit, S. 57.

wurde und der der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen Jungdemokraten Ernst Günter Herzberg, ihr Landessekretär Joachim Schulz-Tomale und Karl Warnke angehörten, setzte sich vor der Reise intensiv mit den „Handreichungen“ auseinander, die in der DDR für die Vorbereitung auf die Auseinandersetzung mit westlichen Besuchern verwendet wurden⁵⁷. Die Delegation absolvierte vom 25. August bis zum 1. September 1956 ein dichtes Besuchsprogramm im Bezirk Karl-Marx-Stadt, das den Gästen nicht viel Raum für eigene Initiative und Gespräche über verfängliche Themen bot⁵⁸. Bezeichnenderweise ergaben sich aber trotz der ausgeklügelten Regie der Gastgeber Probleme: Zu einer Diskussionsveranstaltung über „Grenzen und Möglichkeiten gesamtdeutscher Politik“ hatte der Bezirksverbandsvorsitzende Helmut Müller alle 24 Kreisvorsitzenden des Bezirks eingeladen, obwohl vom Sekretär der Parteileitung Speer eine strengere Auswahl verlangt worden war. Müller konnte oder wollte gegenüber seinen Kreisvorsitzenden aber kein Mißtrauen demonstrieren. Er rechtfertigte sein Verhalten gegenüber Gerlach mit der Feststellung: Es „wäre ohne Zweifel bei der nächsten Sitzung des Bezirksverbandes von den Kreisvorsitzenden die Vertrauensfrage gestellt worden, und unsere ohnehin nicht leichte Parteiarbeit würde erschwert werden“⁵⁹. Obwohl Müller betonte, er habe den Kreisvorsitzenden vor der Veranstaltung „die Linie gegeben“, die auch eingehalten worden sei, war der Diskussionsverlauf offensichtlich nicht nach dem Geschmack der SED, denn Gerlach mußte in der folgenden Sitzung des zentralen Blocks einräumen, daß „beim Besuch einer FDP-Delegation im Bezirk Karl-Marx-Stadt einige unangenehme Erscheinungen auftraten, die darauf zurückzuführen sind, daß man sich nicht prinzipiell mit den Vertretern der FDP über die Grundlagen unseres Staates und, wie Dr. Dehler sagt, die klerikalfaschistische Entwicklung in der Bundesrepublik auseinandergesetzt hat“⁶⁰.

Offensichtlich hatte man, obwohl die Position der FDP-Vertreter wenige Tage nach dem KPD-Verbot in der Bundesrepublik⁶¹ nicht gerade optimal war, zu freundlich mit der Dorn-Delegation diskutiert. Nach der Erinnerung von Wolfram Dorn zeigten die LDPD-Vertreter außerordentliches Interesse an den Kontakten zur FDP; anscheinend akzeptierten sie ohne Vorbehalte die von der Westdelegation

⁵⁷ Vgl. Interview mit Wolfram Dorn am 21.6.1991.

⁵⁸ Auf dem Terminplan standen unter anderem ein Krankenhausbesuch in Aue mit anschließender Diskussion über soziale Einrichtungen, ein Talsperrenbesuch bei Sosa mit anschließender Diskussion über Wasserversorgung und Energiepolitik, ein Besuch im Rathaus Plauen mit Gespräch über Kommunal- und Wirtschaftspolitik, ein Besuch der Horch-Automobilwerke in Zwickau mit Gespräch über Exportpolitik, eine Besichtigung des Privatbetriebs Rema in Stollberg mit Gespräch über die Bedeutung von Privatunternehmen in der sozialistischen Gesellschaft, eine Diskussion über Agrarpolitik in Marktleberg und die Teilnahme an der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse; Terminübersicht dem Verf. von Wolfram Dorn freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

⁵⁹ ADL, LDPD 5422/3, Müller an Gerlach vom 7.9.1956.

⁶⁰ ZPA, IV 2/15/22, Sten. Ber. der Blocksitzung am 15.10.1956, S. 6.

⁶¹ Das Urteil des Verfassungsgerichts erging am 17.8.1956.

vorgebrachte, politisch nicht unproblematische Idee des Redneraustausches⁶². Gerade auch Helmut Müller kam bei den westdeutschen Gästen gut an, was ihm den Vorwurf eintrug, er habe die FDP-Delegation „mit offenen Armen empfangen“⁶³. Ernst Günther Herzberg bewertete die Reise sehr positiv; in einem Brief an Müller schrieb er: „Vor allem bin ich glücklich, daß wir gemeinsam begonnen haben, jenen Scherbenhaufen von Vorurteilen zu beseitigen, der gemeinsamen Gesprächen immer im Wege stand.“⁶⁴ Ein solches Einvernehmen mußte bei der SED Argwohn hervorrufen, und so haben die Erfahrungen mit der Dorn-Delegation in Karl-Marx-Stadt dazu beigetragen, daß sich die LDPD in den Weimarer Gesprächen mit der FDP nicht mehr auf eine Vereinbarung über einen Redneraustausch auf Parteiebene einlassen durfte⁶⁵.

Am 31. August 1956 wurde das Problem der LDPD-Kontakte auf der FDP-Bundesvorstandssitzung besprochen⁶⁶. Scheel hielt darüber ein ausführliches Referat, in dem er aber weder über die Ostberliner noch über das Garmischer Treffen berichtete⁶⁷. Er schlug vor, den gesamten Fragenkomplex der LDPD-Beziehungen von der Zentrale aus in die Hand zu nehmen. Prinzipielle Einwände gegen Beziehungen zur Führung der LDPD brachte der Berliner stellvertretende Landesvorsitzende Hucklenbroich vor, aber die Stimmung war für derartige Initiativen insgesamt positiv. Schützenhilfe bekamen Döring und Scheel vor allem von den Vertretern des hessischen Landesverbandes Kohut und Mischnick. Der Bundesvorstand setzte schließlich einen Ausschuß zur Prüfung der „Möglichkeiten der politischen Verbindung mit den Menschen der Sowjetzone“ ein und bestimmte den rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Wilhelm Nowack zum Vorsitzenden. Nowack stand den Kontakten eher kritisch gegenüber und sollte – so das Kalkül der Kontaktbefürworter – in ihre Politik eingebunden werden⁶⁸. Als Mitglieder berief der Vorstand Mende, Will, Leverenz, Mischnick, Scheel und Döring, also gemäßigte bis dezidierte Anhänger der Kontaktpolitik. Als Sekretäre der Kommission fungierten die „LDP-Flüchtlinge“ Hans-Dietrich Genscher, damals wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion, und Wolfgang Schollwer, der stellvertretende Leiter des Ostbüros, der von der Kontaktpolitik überhaupt nichts hielt⁶⁹, auf diese Weise aber

⁶² Vgl. Interview mit Wolfram Dorn am 21.6.1991.

⁶³ ADL, LDPD 5422/3, Müller an Gerlach vom 14.11.1956.

⁶⁴ Ebenda, Herzberg an Müller vom 21.9.1956.

⁶⁵ Auffällig ist außerdem, daß die beiden Verantwortlichen, der LDPD-Bezirksverbandsvorsitzende von Chemnitz, Helmut Müller, und der LDPD-Bezirkssekretär Rolf Unger, nicht mehr unter den „Parteibeauftragten“ auftauchen, die für die „gesamtdeutsche Arbeit“ abgestellt wurden; ADL, LDPD 28819, Arbeitsplan vom 1.9.1956.

⁶⁶ Vgl. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 193f.

⁶⁷ ADL, 6965-95, Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer, S. 161.

⁶⁸ Das jedenfalls äußerte Mende gegenüber den LDPD-Gesprächspartnern; ADL, LDPD 31734, undatiertes Bericht über das Weimarer Treffen, S. 39.

⁶⁹ ADL, 6965-95, Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer, S. 162. Der Leiter des Ostbüros, Naase, hielt sich gerade für längere Zeit in den USA auf.

ebenfalls eingebunden war. Ganz im Sinne Dörings war es dann auch, daß der Hamburger Landesvorsitzende Willy Max Rademacher vorschlug, der Ausschuß solle sich auch mit der Tätigkeit des Ostbüros befassen; hier handelte es sich ja um eines der Hauptprobleme im Verhältnis zur LDPD.

Trotz der in den Augen der Kontaktbefürworter günstigen Zusammensetzung des Ausschusses und der relativ positiven Stimmung im Bundesvorstand ging Döring vorsichtig vor. Er ließ die LDPD-Seite hinsichtlich der Abstimmung über die Einzelthemen der für Anfang Oktober vereinbarten Weimarer Aussprache so lange im unklaren, daß Harald Werthmann am 26. September 1956 eigens nach Bonn fuhr, um herauszufinden, ob die FDP überhaupt noch willens war, die Gespräche weiterzuführen⁷⁰. Nachdem Mende in der Zwischenzeit öffentlich angekündigt hatte, die FDP beabsichtige, Redner zu LDPD-Versammlungen in Döberitz, Leipzig und Erfurt zu entsenden, mußte Döring diese Pläne gegenüber Werthmann bestätigen, fügte aber abwiegend hinzu, dies sei nur vorgesehen, wenn man darüber in Weimar Einigkeit erzielen könne⁷¹.

Am 28. September, anlässlich einer Tagung des FDP-Bundesvorstandes unmittelbar vor dem geplanten Treffen in Weimar, lancierte der LDPD-Vorsitzende Hans Loch in Ost-Berlin eine gezielte Indiskretion. Gegenüber einem Journalisten der *Süddeutschen Zeitung* gab er bekannt, daß „Delegierte“ von FDP und LDPD in der folgenden Woche „zu einer ersten offiziellen Konferenz“ zusammentreffen würden. Er behauptete, „Ziel dieser Besprechungen sei die Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses der beiden Parteien“⁷². Letzteres war frei erfunden und wurde von der FDP umgehend dementiert, doch die schon erfolgte Kontaktaufnahme und die ins Auge gefaßte Fortsetzung dieser Kontakte „mit Wissen des Bundesvorstands“ wurden bestätigt, obwohl dieser gar nicht offiziell informiert worden war⁷³.

Döring, der sich von der LDPD hintergangen fühlte, hatte schon vor der Bundesvorstandssitzung den noch in Bonn weilenden Werthmann angerufen und erklärt, daß durch Lochs Äußerungen eine völlig neue Lage entstanden sei. Bis nach der Sitzung des Bundesvorstands könne er nunmehr über die Gespräche in Weimar keine konkrete Mitteilung machen. Werthmann hielt ihm vor, auch FDP-Politiker, vor allem Dehler, hätten sich entgegen der vereinbarten Vertraulichkeit öffentlich zu den Kontakten geäußert, und erreichte, daß Döring sich bereitfand, trotz dieses Zwischenfalls an der Weimar-Reise festzuhalten⁷⁴. Die vagen Andeutungen Dehlers⁷⁵ zu den Ostkontakten der FDP waren freilich in keiner Weise mit der Indiskretion des

⁷⁰ ADL, LDPD 31734, Bericht von Harald Werthmann vom 30.9.1956, S. 1.

⁷¹ Ebenda, S. 3.

⁷² Süddeutsche Zeitung vom 29./30.9.1956, S. 2.

⁷³ ADL, 6965-95, Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer, S. 161.

⁷⁴ ADL, LDPD 31734, Bericht von Harald Werthmann vom 30.9.1956, S. 6f.

⁷⁵ Nach den Angaben von Werthmann hatte Dehler am 10.9.1956 in einer Versammlung in Gelsenkirchen erklärt, die FDP sei die einzige Partei, die in Mitteldeutschland wirkliche Gesprächspartner habe; ebenda, S. 7.

LDPD-Vorsitzenden auf eine Ebene zu stellen, die in durchsichtiger Weise darauf zielte, die FDP-Kontaktleute unter Druck zu setzen und im Vorfeld der Begegnung propagandistische Pluspunkte zu sammeln.

Wie schon erwähnt, wurde der Bundesvorstand auch am 28. September nicht offiziell über die vergangenen und geplanten Gespräche mit der LDPD-Führung informiert⁷⁶. Allerdings sah sich Dehler nach dem Bekanntwerden der Äußerungen Lochs gezwungen, im Bundesvorstand eine Erklärung verabschieden zu lassen, in der es hieß, daß „die Möglichkeit eines Meinungs-austausches mit Parteien der sowjetischen Zone außer der SED [...] in nächster Zeit abgeklärt“ werde⁷⁷. Ein Hinweis auf die LDPD-Kontakte unterblieb, um einer konkreten Stellungnahme aus dem Weg zu gehen⁷⁸. Nowack berichtete im Bundesvorstand über die Arbeit des sogenannten „Kontaktausschusses“, der unter anderem die Beschlüsse gefaßt hatte, in etwaigen Kontaktgesprächen nicht über den Komplex Wiedervereinigung zu verhandeln, die Kontaktaufnahme mit der LDPD offensiv zu führen, „um die Dinge in die Hand zu bekommen und propagandistisch in der Zone erfolgreich wirken zu können“, und die Kontakte nach Möglichkeit auf öffentliche Veranstaltungen in Ost und West zu konzentrieren⁷⁹. Hinsichtlich des Ostbüros wurde die Umbenennung in „Referat Wiedervereinigung der Bundesparteileitung“ und die Einstellung der Finanzierung durch ausländische Stellen beschlossen. Damit waren die Verbindungen zu amerikanischen Geheimdienststellen gekappt⁸⁰. Die Propagandaarbeit in der DDR sollte zwar, nunmehr von der Partei finanziert und der Bundesgeschäftsstelle unterstellt, vorläufig weitergeführt, aber „mit der übrigen Tätigkeit des Referats koordiniert“, das heißt auf die Deutschlandpolitik der FDP-Führung zugeschnitten werden⁸¹. Im Falle einer Zulassung des Vertriebs von FDP-Zeitungen in der DDR sollte es zur völligen Einstellung der Propagandaarbeit kommen⁸².

Diese Vorstandsbeschlüsse bedeuteten eine endgültige Abkehr von den bisher praktizierten, weitgehend vom Klima des kalten Krieges bestimmten Methoden in den Beziehungen zwischen FDP und LDPD. An ihre Stelle trat das Konzept einer zentral gesteuerten Kontaktpolitik, die von der Parteiführung ausgehen und für alle Parteistellen verbindlich sein sollte; Döring ging in der Sitzung des Bundesvorstandes so weit, hinsichtlich der LDPD-Kontakte das Verbot jedweder Einzelaktion und Disziplinarmaßnahmen im Falle von Eigenmächtigkeiten zu fordern, ein bemerkenswerter Vorschlag angesichts seiner eigenen Alleingänge. Schollwer vermutete nicht zu Unrecht, hier sei mit „gespaltener Zunge“ gesprochen wor-

⁷⁶ Der Wortlaut des Protokolls gibt darüber keinen Aufschluß; vgl. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 201-103.

⁷⁷ Ebenda, S. 203.

⁷⁸ So Döring zu Werthmann; ADL, LDPD 31734, Bericht von Harald Werthmann vom 30.9.1956, S. 7f.

⁷⁹ FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 201.

⁸⁰ Information von Wolfgang Schollwer vom 14.5.1991.

⁸¹ Information von Wolfgang Schollwer vom 2.3.1992.

⁸² Vgl. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 202.

den⁸³. Bemerkenswerterweise bezieht sich der Vorstandsbeschluss ausdrücklich auf das Prestigebedürfnis der LDPD-Funktionäre, auf ihren „Wunsch nach Anerkennung ihrer Bedeutung durch Besatzungsmacht und SED“⁸⁴, um daran anknüpfend eine Aufweichungsstrategie ins Auge zu fassen, die an der LDPD-Basis ansetzen sollte. Döring verlangte – offensichtlich von den Erfahrungen der Dorn-Delegation ausgehend –, „sich bei der Vereinbarung von Versammlungen von der LDP Sicherungen dafür geben zu lassen, daß die LDP-Mitglieder und nicht nur ein begrenzter Kreis eingeladen werde“, und „nur in solchen Veranstaltungen zu reden, bei denen in die LDP wirklich hineingewirkt werden kann“⁸⁵.

Es ist wahrscheinlich, daß Döring den Aspekt der Aufweichung besonders betont hat, um vom Bundesvorstand grünes Licht für die Kontaktpolitik zu bekommen. Denn seine Haltung beim Treffen in Weimar zeigt, daß es ihm keineswegs allein darum ging, Gelegenheiten zur Einwirkung auf die LDPD-Basis zu schaffen. Als Auftakt der Gespräche, die vom 4. bis 7. Oktober 1956 im Hotel „Elefant“ stattfanden, teilte er seinen LDPD-Gesprächspartnern mit, daß der Bundesvorstand seiner Partei die Auflösung des Ostbüros beschlossen habe. Beibehalten werde lediglich eine Betreuungsstelle für Flüchtlinge aus der DDR und ein neugegründetes Referat Wiedervereinigung, das sich nur mit politischen Fragen beschäftigen solle. Jegliche Subversion und Agententätigkeit gegen die DDR höre für seine Partei auf⁸⁶. Döring versprach damit sehr viel mehr, als durch die Beschlüsse gedeckt war. Schließlich hatte der Bundesvorstand eine vorläufige Weiterführung der Propagandaarbeit beschlossen. Da aber ohne amerikanische Zuschüsse die finanziellen Mittel etwa für die Ballonaktionen zur Verbreitung von Propagandamaterial fehlten und die Bundesgeschäftsstelle unter dem maßgeblichen Einfluß von Döring keine Anstrengungen unternahm, für die Propagandatätigkeit im Osten neue Finanzquellen zu erschließen, lief die Entwicklung in der Praxis auf die Liquidierung des Büros hinaus⁸⁷.

Auf der Tagesordnung der Weimarer Gespräche (die aufgrund von Lochs Indiskretionen und dem anschließenden Durchsickern von Informationen auch von FDP-Seite her als offizielle geführt wurden) stand, dem Wunsch der FDP-Teilnehmer entsprechend, an erster Stelle die Erörterung der inneren Situation der DDR. Döring und Scheel (Mende traf erst am zweiten Tag ein) versuchten dabei herauszubekommen, was die Politik der LDPD von jener der SED unterscheide. „Wenn es keine Unterschiede gibt, können wir auch mit Herrn Matern reden“, provozierte Döring die LDPD-Funktionäre. Die Darlegungen der LDPD-Seite sind im einzelnen quellenmäßig nur schwer zu erfassen, weil der LDPD-Bericht vor allem die Ausführungen

⁸³ ADL, 6965-95, Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer, S. 159.

⁸⁴ FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 201.

⁸⁵ Ebenda, S. 202f.

⁸⁶ ADL, LDPD 31734, undatiertes Bericht über das Weimarer Treffen, S. 3.

⁸⁷ Information von Wolfgang Schollwer vom 2.3.1992; vgl. auch Glazeder, Deutschlandpolitik, S. 80.

der Freidemokraten wiedergibt⁸⁸. So gut wie sicher ist aber, daß sich die LDPD-Vertreter in Weimar noch deutlicher als in Garmisch zum Aufbau des Sozialismus bekannten – möglicherweise, weil sie davon ausgehen mußten, daß die Gespräche hier vom Staatssicherheitsdienst abgehört wurden. Als ihnen entgegengehalten wurde, ihre wirtschaftspolitischen Auffassungen hätten mit dem Begriff liberal nichts mehr zu tun, verwahrten sie sich entschieden gegen die Bindung der liberalen Tradition an das kapitalistische Wirtschaftssystem⁸⁹. In diesem Zusammenhang fiel die später an die Presse weitergegebene Bemerkung Dörings, der die LDPD-Vertreter als „Liberalsozialisten“ charakterisierte.

Einmal mehr zeigte sich, daß es wirtschafts- und gesellschaftspolitisch nahezu keine Berührungspunkte zwischen FDP und LDPD mehr gab. Beide Seiten betonten aber, nachdem die LDPD-Vertreter nochmals jede Spekulation über eine Änderung ihrer Grundeinstellung zurückgewiesen hatten, daß diese gegensätzlichen Auffassungen kein Hinderungsgrund für weitere Gespräche und für die Annäherung in den „Hauptfragen der Wiedervereinigung“ zu sein brauchten. Nach einer ausführlichen Darlegung der Entwicklung der LDPD und ihrer Stellung in der DDR durch Agsten, Werthmann und Gerlach bemerkte Scheel, mit diesen Auffassungen würde die LDPD in der Bundesrepublik nicht einmal 50 Prozent der KPD-Stimmen erhalten. Eine Wiedervereinigung sei völlig ausgeschlossen, wenn sich nicht beide Seiten von ihren Vorstellungen trennten. Er sprach sich für einen gesellschaftspolitischen Kompromiß aus, der eine freie Konkurrenz beider Wirtschaftsformen im gesamtdeutschen Rahmen ermöglichen solle. Dann werde sich zeigen, welche Wirtschaftsform die bessere sei⁹⁰.

Völlig konträr verlief auch die Diskussion über die Rechte und Freiheiten der Bürger in den beiden deutschen Staaten. Die FDP-Leute prangerten das Meinungsmonopol und die Uniformität der Presse in der DDR an, und die LDPD-Vertreter versuchten darzulegen, daß die Westpresse durch die Besitzverhältnisse und die Praxis der Inseratenvergabe von den großen Konzernen gesteuert sei und oppositionelle Stimmen systematisch mundtot gemacht würden. In diesem Zusammenhang schlugen die Freien Demokraten einen Zeitungsaustausch zwischen den beiden Parteien vor. Hiermit könne ein Anfang gemacht werden, ohne den Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern⁹¹.

Wie schon in Garmisch wurde auch in Weimar die Frage von Gesprächen auf Regierungsebene diskutiert. Döring bezeichnete es als sachlich und taktisch falsch, mit Regierungstreffen anzufangen. Spräche die FDP eine solche Forderung auch nur ein einziges Mal aus, wäre alles, was an Positivem bisher erreicht worden sei, zunichte

⁸⁸ Es kommt hinzu, daß die LDPD-Teilnehmer ein Verlassen der offiziellen Linie, das in einigen Punkten erfolgt sein mag, natürlich nicht im Protokoll festhalten konnten.

⁸⁹ ADL, LDPD 31734, undatierter Bericht über das Weimarer Treffen, S. 11.

⁹⁰ Ebenda, S. 13-15.

⁹¹ Ebenda, S. 16-18.

gemacht⁹². Scheel fügte hinzu, daß ein solches Ansinnen das beste Mittel sei, Adenauer bei den nächsten Wahlen eine absolute Mehrheit zu verschaffen, worauf die LDPD-Seite erklärte, daß die Entwicklung zu Verhandlungen zwischen beiden Staaten selbstverständlich nicht forciert werden könne, man müsse die Dinge heranreifen lassen. Scheel und Döring sagten zu, sich bei anderen westdeutschen Parteien für eine Verbreiterung der politischen Basis der Kontakte einzusetzen. Um dies zu erreichen, betonte Döring, müsse der westdeutschen Öffentlichkeit als Ergebnis der FDP-LDPD-Gespräche aber sachlich etwas geboten werden. Dies vorausgesetzt, sei es denkbar, daß – so der Wortlaut des Berichts – „gewisse mit Autorität ausgestattete Gremien in der Zukunft sich zusammenfinden und sich verbindlich unterhalten“⁹³. Hier zeigt sich, daß Döring durchaus auch ein langsames Herantasten an offizielle deutsch-deutsche Verhandlungen im Auge hatte. Es ist zwar nicht völlig auszuschließen, daß er lediglich einen taktischen Köder auswarf, um die LDPD und die DDR-Führung zu größerer Konzessionsbereitschaft zu veranlassen, im Zusammenhang mit den späteren Initiativen Dörings ist diese Annahme jedoch unwahrscheinlich.

Nachdem am Abend des 5. Oktober 1956 auch Erich Mende in Weimar eingetroffen war, standen vor allem die äußeren und sicherheitspolitischen Aspekte der Wiedervereinigung auf der Tagesordnung. Mende trug nochmals den mit seinem Namen verbundenen Plan vor und betonte, auch die FDP sei der Meinung, daß freie Wahlen nicht am Anfang, sondern am Ende des Prozesses stehen müßten⁹⁴ – ein Punkt, über den in der Runde Konsens herrschte. Hinsichtlich der Remilitarisierung der Bundesrepublik versuchte Mende die Gesprächspartner zu beruhigen. Die Zulassung von Offizieren der Waffen-SS zum Dienst in der Bundeswehr⁹⁵ hätte zwar vermieden werden sollen, man dürfe die Dinge aber nicht dramatisieren, da noch kein einziger Stabsoffizier der SS seinen Eintritt beantragt habe und der Personalgutachterausschuß nur solche Personen akzeptiere, die ihre absolute Loyalität zur Demokratie erklärt hätten. Was die Truppenstärke angehe, so würden aus volkswirtschaftlichen Gründen sicherlich nicht mehr als 300 000 Mann aufgestellt. Die FDP sei im Bundestag gegen die Einführung der Wehrpflicht aufgetreten, und die DDR tue gut daran, auf die Initiative Adenauers nicht mit einem eigenen Wehrpflichtgesetz zu reagieren, weil das die Chancen verringere, diese Entscheidung nach der Bundestagswahl 1957 rückgängig zu machen. Hinsichtlich der Truppenstärke wiederholte er seine Überlegungen von Garmisch, denen zufolge die Bundesrepublik auf die

⁹² Ebenda, S. 18.

⁹³ Ebenda, S. 19.

⁹⁴ Ebenda, S. 31.

⁹⁵ Hier handelt es sich zu diesem Zeitpunkt um eines der Hauptthemen der östlichen Propaganda in der Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik. Unmittelbar vor den Weimarer Gesprächen hatte der LDPD-Vorsitzende Loch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Ausschusses für Deutsche Einheit“ einen Appell an den UN-Generalsekretär Hammarskjöld gerichtet, er möge den Sicherheitsrat mit dem Problem der „Bewaffnung von Angehörigen der verbrecherischen Waffen-SS“ befassen; Süddeutsche Zeitung vom 29./30.9.1956.

Begrenzung der DDR-Streitkräfte auf 90 000 Mann mit einer ebenfalls auf 0,5 Prozent der Bevölkerung, also auf 250 000 Mann, limitierten Truppenstärke reagieren könne; die Überwachung dieser Regelung solle Sache der UNO sein. Nach Dörings Eindruck wurden diese Vorschläge von der Gegenseite positiv aufgenommen⁹⁶.

Zu einem regelrechten Tauziehen kam es bei der Abfassung des Abschlußkommuniqués in der Frage des Redneraustausches. Die Fronten waren hier sofort verhärtet: Die LDPD besaß keinen Verhandlungsspielraum. Einige Tage vor dem Weimarer Treffen hatte der für die „gesamtdeutsche Arbeit“ zuständige Sekretär der LDPD, Speer, auf einer Tagung des Zentralvorstandes noch zwei Voraussetzungen für das Auftreten von FDP-Mitgliedern in Versammlungen der LDPD genannt, nämlich eine Vereinbarung zwischen den beiden Parteileitungen über eine „gemeinsame Grundlage“ der Veranstaltungen und eine grundsätzliche Einigung über den Weg zur deutschen Wiedervereinigung. Wie der ZK-Sektor Befreundete Organisationen in einem Bericht an das Politbüromitglied Hermann Matern feststellte, war hieraus „zu erkennen, daß in der LDPD noch keine genügende Orientierung besteht, solche Versammlungen im Rahmen der Nationalen Front durchzuführen“⁹⁷. Offensichtlich war es dann jedoch kurz vor dem Weimarer Treffen zu einer entsprechenden „Orientierung“ gekommen, denn von Speers Bedingungen war nun keine Rede mehr; ein Redneraustausch im Parteirahmen wurde von den LDPD-Vertretern nicht mehr in Erwägung gezogen. Sie schlugen statt dessen einen Redneraustausch von Bundestags- und Volkskammerabgeordneten möglichst aller Parteien vor und bestanden für die DDR in jedem Fall auf öffentlichen Versammlungen im Rahmen der Nationalen Front.

Die FDP-Vertreter konnten sich darauf nicht einlassen, weil das eine Anerkennung der Blockpolitik bedeutet hätte. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik, so Döring, würde eine solche Übereinkunft niemals akzeptieren. Die Freien Demokraten bestanden auf einem Redneraustausch im Rahmen von Parteiversammlungen unter anderem auch mit dem Argument, in der Bundesrepublik seien bei öffentlichen Versammlungen etwaige Provokationen nicht zu verhindern⁹⁸. Die Auseinandersetzung über diese Frage eskalierte, und die FDP-Vertreter drohten mit dem Abbruch der Verhandlungen, falls die LDPD nicht zum Einlenken bereit sei. Die LDPD-Teilnehmer blieben aber hart, weil sie wußten, daß die FDP sich ein völliges Scheitern der Begegnung angesichts der in der Bundesrepublik entstandenen politischen Erwartungen nicht leisten konnte. Zuletzt einigte man sich in diesem Punkt auf die neutrale Formulierung:

„Erörtert wurden u.a. [...] Anregungen und Vorschläge zu einem verstärkten Meinungs Austausch und zu Begegnungen der Deutschen untereinander. In diesem

⁹⁶ Diese Details sind im LDPD-Bericht nicht erwähnt, sie sind dem in der Süddeutschen Zeitung vom 13./14.10.1956 publizierten Artikel von Jörg Andrees Elten entnommen, der ganz offensichtlich von den FDP-Teilnehmern der Weimarer Gespräche ausgesprochen gut informiert wurde.

⁹⁷ ZPA, 2/15/2, Bericht vom 23.10.1956 über die LDPD-Zentralvorstandssitzung vom 1./2.10.1956.

⁹⁸ ADL, LDPD 31734, undatiertes Bericht über das Weimarer Treffen, S. 35.

Zusammenhang kamen die Vertreter beider Parteien überein, den öffentlichen Meinungsaustausch zwischen beiden Teilen Deutschlands über die inneren Voraussetzungen der Wiedervereinigung zu unterstützen. Sie gelangten zu der gemeinsamen Auffassung, die Besprechungen *auf jeder Ebene* fortzusetzen, und sie werden ihren Parteivorständen Bericht erstatten.⁹⁹

Der Text des Kommuniqués wurde von Döring am Ende noch telefonisch dem FDP-Parteivorsitzenden Dehler, der sich auf einer als privat deklarierten Reise ebenfalls in der DDR aufhielt, übermittelt. Dehler war mit dem Text im Prinzip einverstanden, veranlaßte aber die Streichung der Worte „auf jeder Ebene“, um der Interpretation vorzubeugen, hier seien auch Gespräche auf Regierungsebene gemeint. Da die Formulierung von Döring stammte und auf die Parteiebenen gemünzt war, konnte die LDPD der Änderung ohne Probleme zustimmen¹⁰⁰.

Obwohl die LDPD sich in der Sache – aus der Sicht der DDR – ganz gut gehalten hatte, schlug ihr von seiten der SED Mißtrauen entgegen. Regierung und ZK befaßten sich sehr kritisch mit den Gesprächen. Gerüchteweise wurde bekannt, Grotewohl habe die LDPD-Unterhändler Gerlach und Agsten zu sich zitiert und dabei die von LDPD-Seite geäußerte Anschauung, eine gesamtdeutsche Regierung müsse „ein Spiegelbild der politischen Kräfte zwischen Rhein und Oder sein“, ebenso kritisiert wie die Tatsache, daß die LDPD-Vertreter die Frage der Wahrung der DDR-Errungenschaften in einem wiedervereinigten Deutschland nicht diskutiert hätten, was eigentlich die Voraussetzung für jedes Gespräch sei¹⁰¹. Auf der Tagung des Zentralkomitees am 10. Oktober 1956 betonte Schirdewan, die wirkliche Diskussion über die Wiedervereinigung müsse von Arbeitervertretern geführt werden, da man „von bürgerlichen Politikern wohl kaum verlangen [könne], daß sie hundertprozentig für das Wohl der Arbeiterklasse, für Bodenreform, Verstaatlichung und Entmilitarisierung sprechen“¹⁰². Die Berichterstattung über die Weimarer Gespräche im *Neuen Deutschland* war äußerst karg; ganz offensichtlich wollte man die LDPD nicht zu sehr ins Rampenlicht stellen¹⁰³. Angesichts dieser negativen Haltung der SED scheint die LDPD über die sowjetische Botschaft versucht zu haben, einen größeren Spielraum für Kontakte mit der FDP zu erlangen. Doch auch dieser Vorstoß brachte nichts. Die sowjetischen Ansprechpartner verwiesen angeblich darauf, daß dies Fragen seien, die die Parteien der DDR unter sich ausmachen müßten. Im Klartext hieß das, die LDPD solle sich den Wünschen der SED unterordnen¹⁰⁴.

Am 15. Oktober 1956 wurde eine Blocksitzung zum Thema Weimarer Gespräche einberufen - formal auf Antrag der LDPD, die sich aber eigentlich in der Defensive

⁹⁹ Dokumente zur Deutschlandpolitik III/2, S. 780f.; Hervorhebungen durch den Verf.

¹⁰⁰ ADL, LDPD 31734, undatierter Bericht über das Weimarer Treffen, S. 38.

¹⁰¹ ADL, 2636, Der Leitartikel, Nr. 239, vom 13.10.1956, S. 1.

¹⁰² Ebenda, S. 2.

¹⁰³ Neues Deutschland vom 9., 10. und 16.10.1956, jeweils S. 2.

¹⁰⁴ ADL, 2636, Der Leitartikel, Nr. 239, vom 13.10.1956, S. 2.

befand. Gerlach sah sich deshalb veranlaßt, in seinem Bericht über die Gespräche sogleich darauf hinzuweisen, die Initiative der LDPD sei auf der Grundlage der Regierungserklärung Grotewohls am 29. Mai 1956 erfolgt, die „Gespräche und Kontakte zwischen den Parlamenten, den Parteien und Organisationen beider Teile Deutschlands über Fragen der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“ vorgesehen habe¹⁰⁵. Dann analysierte er die Motive, die die FDP seiner Meinung nach zu den Gesprächen veranlaßt hatten, und demonstrierte dabei gleichzeitig die „politische Wachsamkeit“ der LDPD. Erstens stünden die westdeutschen Liberalen unter dem Druck ihrer Mitglieder und Wähler, die praktische Schritte in der Wiedervereinigungspolitik erwarteten. Zweitens wolle die FDP mit dieser Politik in den kommenden Bundestagswahlen neue Wähler gewinnen. Drittens stünden hinter ihr „bestimmte wirtschaftliche Machtgruppen“, die sich von einer Entspannung im Ost-West-Verhältnis die Erschließung neuer Märkte im Osten versprächen, und viertens gebe es „bestimmte Kreise in der FDP“, die bestrebt seien, mit solchen Kontakten in die LDPD und überhaupt in die DDR einzudringen, „die Geschlossenheit der demokratischen Kräfte des Blocks aufzuweichen“ und das sich auch in den Kreisen des Mittelstandes entwickelnde DDR-Staatsbewußtsein aufzuhalten. Die Bestrebungen dieser Kreise seien letztlich darauf gerichtet, „den Demokratischen Block zu spalten und zu versuchen, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in eine Oppositionsstellung gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik zu bringen“¹⁰⁶.

Nach diesen Ausführungen, die offensichtlich die Funktion hatten, der zu erwartenden Kritik vorzubeugen, referierte Gerlach die Gesprächsergebnisse im ganzen zutreffend. Er betonte den unüberbrückbaren Gegensatz in der Frage der Gesellschaftsordnung, die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich „der Anerkennung der Realität zweier deutscher Staaten“ und des Redneraustausches. Insgesamt bewertete er die Gespräche aber positiv. Er hob die Übereinstimmung in den Fragen der Truppenbegrenzung, des Atomwaffenverzichts und eines kollektiven Sicherheitssystems hervor und erwähnte auch die Zustimmung „eines Gesprächspartners“ (Mendes) zur „Enteignung der großen Monopole [...], wenn damit ein Hindernis auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands weggeräumt wird“¹⁰⁷. Besonders betonte er, daß auch nach Ansicht der FDP-Vertreter die Wiedervereinigung Deutschlands in erster Linie Sache der Deutschen selbst sei. Gesamtdeutsche Wahlen seien nach der Auffassung beider Parteien der letzte Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung, und es sei notwendig, zuvor „die Voraussetzung für die Durchführung wirklich freier Wahlen in ganz Deutschland zu schaffen“¹⁰⁸.

¹⁰⁵ ZPA, IV 2/15/22, Sten. Ber. der Blocksitzung vom 15.10.1956 (unkorrigiert), S. 2; Wortlaut der Regierungserklärung in Dokumente zur Deutschlandpolitik III/2, S. 390-408. Gerlach bezieht sich auf den achten Punkt des am Ende dargelegten Achtpunktevorschlages.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 4f.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 9.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 8.

Es ist bemerkenswert, daß Gerlach hier Formulierungen wählte, die zwar dem Wortsinn nach die Position der FDP-Vertreter ungefähr wiedergaben, hinter denen aber im Sprachgebrauch der DDR-Nomenklatura ganz andere politische Inhalte standen. Für diese implizierte die Formel „Wiedervereinigung als Sache des deutschen Volkes“ unausgesprochen die Anerkennung der DDR und Verhandlungen auf Regierungsebene, „wirklich freie Wahlen“ die Entmachtung der „Militaristen und Monopole“ in Westdeutschland. Gerlach hingegen, das ist aus dem Kontext eindeutig zu erkennen, verwendete diese Begriffe gerade nicht in diesem Sinn. Gewollt oder ungewollt verwies er damit auf den Punkt, an dem er seinen Spielraum in Garmisch und Weimar großzügig ausgelegt hatte.

Grotewohl, der sofort nach Gerlach das Wort ergriff, befand sich in einer schwierigen Situation. Er mußte die LDPD in die Schranken weisen, ohne eine wirkliche Abweichung der LDPD-Vertreter von der offiziellen deutschlandpolitischen Linie der DDR behaupten zu können. Obwohl Gerlach die Blockpolitik der DDR mit keinem Wort in Frage gestellt und abschließend auch noch eigens betont hatte, die LDPD-Vertreter seien in Weimar „konsequent als Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik aufgetreten“, setzte Grotewohl mit grundlegenden Ausführungen zu Wesen und Geschichte der Blockpolitik ein, die er mit der Feststellung beendete:

„Aus dieser Tatsache der historischen Entwicklung gilt es für uns, Schlüsse zu ziehen und Klarheit zu vermitteln, damit vor allem, was jetzt kommen könnte, von vornherein klar und deutlich ausgesprochen werden muß, d.h. die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands liegt in der Deutschen Demokratischen Republik in der Geschlossenheit des Demokratischen Blocks und der Nationalen Front, ohne daß dieses Prinzip irgendwie angetastet werden könnte. In dem Augenblick, wo diese bei uns entwickelte politische Konzeption auch nur gedanklich angetastet wird, wird die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands aus innerpolitischen Gründen eine Erschwerung erfahren und die ganze deutsche Nation würde weit zurückgeworfen.“¹⁰⁹

Grotewohl mußte zwar konzedieren, daß die LDPD im Prinzip den richtigen Weg gegangen sei, weil „in der gegenwärtigen Situation nicht zu erwarten [ist], daß sich in Deutschland etwa gleichausgerichtete Delegationen auf höchster Ebene, wie der Volkskammer oder der Regierung, zu Verhandlungen zusammenfinden“. Es dürfe sich dabei aber lediglich um Kontakte handeln, denn „eine einzelne Gruppe“ könne die Einheit Deutschlands nicht verwirklichen¹¹⁰. Bei diesen Kontakten müsse man unbedingt verlangen, daß „bei uns der Block und seine politische Idee [...] mit am Tisch sitzt, gedanklich“, denn der Gegner beabsichtige, „in der DDR weiche Stellen zu suchen“. An dieser Stelle formulierte Grotewohl die erste, noch relativ zurückhaltende Warnung an die Adresse der LDPD:

¹⁰⁹ ZPA, IV 2/15/22, Sten. Ber. der Blocksitzung vom 15.10.1956 (unkorrigiert) S. 12f.

¹¹⁰ Ebenda, S. 16.

„Daß in der Einschätzung der westdeutschen Parteien, in ihrer Auffassung, die LDPD die weiche Stelle ist, muß uns natürlich zu der Auffassung bringen, daß wir die Freunde der LDPD, wenn sie solche Verhandlungen weitermachen – und ich halte sie für erwünscht – nicht alleinlaufen lassen, sondern, daß sie die politisch moralische Unterstützung erfahren, sonst kommt dabei nichts heraus [...]. Aber die LDP wird bei diesen Verhandlungen eines wissen – das möchte ich ganz klar sagen: Eine solche positive moralisch-politische Unterstützung hängt natürlich von der Tatsache ab, wie die LDP verhandelt. Würde die LDP etwa in die Lage kommen, eine solche Vorstellung bei sich zu entwickeln: Wir sind die – wie sagen wir doch so schön – politisch Aufgewerteten, die eigentlichen Fahnenräger der Vereinigung in Deutschland, dann muß das in seinen Auswirkungen nachteilige Folgen haben. Das muß verhindert und vermieden werden.“¹¹¹

Das Entscheidende sei, fuhr Grotewohl fort, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur über eine Annäherung der beiden Staaten herbeigeführt werden könne. Das anzustrebende Ziel seien Verhandlungen zwischen „Organen der Volkskammer oder der Regierung“. Jede andere Verhandlung sei nur ein Vorspiel. Grotewohl gab sich überzeugt, daß „in zwei oder drei Jahren, nach dem Abschluß der Wahlen, das Wettrennen zwischen denen beginnen [wird], die die Verhandlungen mit der DDR und auch mit der SED führen wollen“¹¹². Man solle daher, „ohne Eile und Hast, diese Verhandlungsbasis [zu] verbreitern“ suchen. Und nun folgte eine Warnung, die in ihrer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ:

„Man kann die Freunde aus der LDP bitten, sich diese Gesichtspunkte, die wir hier besprechen, genau zu überlegen und sich völlige Klarheit über die Notwendigkeit der Einsicht zu verschaffen, daß jede Isolierung in diesen Dingen – entschuldigen Sie, wenn ich das jetzt ganz grob sage – zur Vernichtung der LDP führt, während das andere dazu führt, die gemeinsame Sache zu stärken. Warum sage ich: ‚zur Vernichtung führt‘? – Wir wollen natürlich niemanden vernichten, insbesondere nicht unsere Freunde von der LDP. Aber das würde zu einer inneren Auflösung führen. Das ist die große Gefahr. Wenn jemand kommt und eine weiche Stelle sucht und in diese weiche Stelle eindringen will, dann sind natürlich sehr ernste Gefahren vorhanden. Dort sitzen nicht wie in einer Arbeiterversammlung Menschen, die jahrzehntelang politisch erzogen sind, sondern es ist doch ganz klar – wie könnte es auch anders sein –, daß es neben den fortschrittlichen und sehr bewußten Einsichten der Parteileitungen bei Ihnen Kräfte gibt, die nicht beiseite stehen wollen und auch hier mitarbeiten, in deren Herzen ganz unten noch viel Unverdautes sitzt. Wenn nun diese Sorte, die hier als Unterhändler aufgetreten ist, in Ihren Mitgliederversammlungen sitzt und redet, da braucht gar nichts zu geschehen. Von Ihren Mitgliedern braucht keines auch nur ein einziges Wort zu sagen. Aber die Freude im Innern, daß nun endlich ihren wirklichen Anschauungen entsprechend geredet wird, das ist

¹¹¹ Ebenda, S. 17f.

¹¹² Ebenda, S. 19.

Zersetzung, die innere Zersetzung, und die Arbeit, die Sie in zwölf Jahren geleistet haben, um den Teil des Bürgertums, den Sie um sich versammelt haben, zu fortschrittlichen Menschen zu machen und in die aufbauende Arbeit unseres Staates einzugliedern, löst sich auf. Da können Sie machen, was Sie wollen. Es wird ja keiner auftreten und das sagen. Das haben die gar nicht nötig. Allein die Tatsache, daß diese negativen Tendenzen gestärkt und beflügelt werden, bedeutet die politische Auflösung der LDP. Das ist die Gefahr, die für eine Partei dabei sein könnte. Ich will keine Schwarzmalerei treiben, sondern ich will das sagen, weil ich wünsche, daß sich jetzt und in Zukunft die Stärke unseres Blocks und unserer Arbeit unter Beweis stellt. Es wird eine Zeit kommen, wo von uns unter Beweis zu stellen sein wird, ob unsere Zusammenarbeit wirklich fest und dauerhaft ist.“¹¹³

Nach diesen klaren Worten Grotewohls beeilte sich der LDPD-Vorsitzende Loch, sogleich seine „hundertprozentige“ Zustimmung zum Ausdruck zu bringen. Werthmann, sein persönlicher Referent, fühlte sich bemüßigt, noch einmal zu unterstreichen, wie geschickt und unnachgiebig die LDPD in Weimar gerade in der Frage des Redneraustausches und bei der Abfassung des Kommuniqués verhandelt habe¹¹⁴. Auch Agsten beteuerte, die LDPD-Vertreter seien sich bei der Vorbereitung der Weimarer Gespräche der Tatsache, daß die FDP bei der LDPD eine „weiche Stelle“ suche, völlig bewußt gewesen. Als Ertrag der Gespräche wertete er, daß die Führung der LDPD „die Theorien, mit denen die Vertreter der FDP ins Feld ziehen,“ jetzt besser kennengelernt habe. Hier ging er vor allem auf die Ausführungen Scheels über die moderne antizyklische Konjunkturpolitik ein. Die FDP-Vertreter glaubten, „es sei ihnen gelungen, alle Segnungen des kapitalistischen Systems den Menschen zu offenbaren und alle Schädlichkeit zu vermeiden“. Es sei „natürlich klar, daß eine solche Theorie für Menschen, denen das Aroma des Kapitalismus gut schmeckt, etwas Bestechendes hat“, kommentierte Agsten die Gefährlichkeit dieser Vorstellungen. Man müsse jetzt, wo man sie kenne, „Mittel und Wege finden, um die geistige Auseinandersetzung unserer Mitglieder besser zu wappnen, ihnen Material und konkretes Wissen zu geben, mit denen sie auch in der Lage sind, diese Theorie zu zerschlagen“¹¹⁵.

¹¹³ Ebenda, S. 21f., vgl. die korrigierte (und gekürzte) Fassung, die in einem Auszug der LDPD zur Verfügung stand; ADL, LDPD 28819: „Man kann die Freunde der LDPD bitten, die Gesichtspunkte, die wir hier aussprechen, klar zu überlegen, um zu der Einsicht zu gelangen, daß jede Isolierung in diesen Dingen zur Vernichtung der LDPD führt. Das würde zu einer inneren Auflösung führen, das ist die große Gefahr. Es ist doch klar, daß es bei Ihnen Kräfte gibt, in deren Herzsack ganz unten es noch vieles Undeutliche gibt. Wenn diese Kräfte in Ihren Mitgliederversammlungen reden, dann braucht gar keiner von Ihren Mitgliedern etwas sagen. Aber die Freude, daß nun endlich ihren Vorstellungen Platz geschaffen wurde, das ist die innere Zersetzung und Ihre 12jährige Arbeit löst sich auf. Da können Sie machen, was Sie wollen, denn Sie finden ja niemanden, der auftritt und das sagt. Allein die Tatsache, daß sie bestärkt und befestigt werden im Wachstum dieser Tendenz, bedeutet die politische Auflösung der LDPD. Jetzt wird die Zeit kommen, wo von uns die Tatsache unter Beweis gestellt wird, ob unsere Zusammenarbeit wirklich fest und dauerhaft ist.“

¹¹⁴ Ebenda, S. 27-31.

¹¹⁵ Ebenda, S. 31f.

Die LDPD-Vertreter versuchten sich, einer nach dem anderen, mit Äußerungen, die ihren Bewußtseinsstand und ihre Zuverlässigkeit dokumentieren sollten, gleichsam zu übertreffen. Auch Gerlach entzog sich diesem Ritual nicht, allerdings war seine Wortwahl nicht ganz so anbiedernd. Außerdem setzte er als einziger einen anderen Akzent: Eine Bemerkung Grotewohls aufnehmend, „daß solche Verhandlungen zu einer Nivellierung weltanschaulicher Auffassungen führen könnten“, betonte er, daß mit Vertretern der FDP wie Erich Mende, der „eine gewisse politische Konzeption“ habe, eine „wirklich konkrete und sachliche Diskussion fruchtbringend sein“ könne. Das gelte aber nicht für andere – gemeint waren in erster Linie Döring und Scheel –, die überhaupt keine Konzeption hätten und auf Argumente nur mit „läppischen, unsachlichen, satyrischen [sic!] und zynischen Bemerkungen“ antworteten¹¹⁶.

Wie negativ Wolfgang Döring und seine Politik von der SED-Führung bewertet wurden, zeigte ein Ausfall Materns in aller Deutlichkeit: „Ich bilde mir nicht ein, daß ich den Döring, dieses moralisch verkommene Schwein, irgendwie beeindrucken kann; das ist doch Gesindel, das sind gekaufte Subjekte, die entsprechend der Bezahlung ihre Pflicht erfüllen.“ Nicht der Einfluß auf die, die mit am Tisch sitzen, sei entscheidend, sondern „auf die Kreise in Westdeutschland“. Die Verhandlungen hätten nur das Ziel zu beweisen, „wir sind die treibenden Kräfte in der Richtung der demokratischen und friedlichen Einigung Deutschlands“¹¹⁷. Bei den „Kreisen“, die die SED wirklich interessierten, handelte es sich natürlich um die Arbeiterschaft. Hermann Matern und der FDGB-Vertreter Rudolf Kirchner machten das in der Blocksitzung ganz deutlich: Dort sei „die weiche Stelle“ in der Bundesrepublik, und deshalb hätten die Sozialdemokraten auch sofort jegliches Gespräch abgelehnt¹¹⁸.

Die Vorgänge in der Blocksitzung vom 15. Oktober 1956 zeigen, daß die LDPD, obwohl es ihr gelungen war, die DDR-Forderung „Deutsche an einen Tisch“ erstmals auf der Ebene von Parteiführungen zu verwirklichen, von der SED mit äußerstem Mißtrauen betrachtet wurde. Grotewohl war die Rolle zugefallen, die LDPD mit deutlichen Worten in die Schranken zu weisen. Schon das Streben nach politischer „Aufwertung“ durch Westkontakte stellte eine Sünde dar, weil es gegen den Geist der Blockpolitik verstieß; die LDPD maßte sich damit eine herausgehobene Rolle an, die ihr nicht zustand. Bei einem Redneraustausch mit der FDP auf Parteiebene, der von der LDPD-Führung unter bestimmten Voraussetzungen zunächst in Erwägung gezogen worden war, daran wurde kein Zweifel gelassen, wäre der Rubikon überschritten gewesen. Ein solches demonstratives Ausscheren aus der Gemeinsamkeit des Blockes, wie es die FDP gefordert hatte, gepaart mit den unkalkulierbaren Risiken, die ein Auftritt von FDP-Politikern in Parteiversammlungen an der LDPD-Basis und in Kreisen untergeordneter Parteifunktionäre hervorrufen

¹¹⁶ Ebenda, S. 33.

¹¹⁷ ZPA, IV 2/15/22, Sten. Ber. der Blocksitzung vom 15.10.1956 (unkorrigiert), S. 46.

¹¹⁸ Ebenda, S. 42

konnte, erschien der SED-Führung offensichtlich politisch als so gefährlich, daß die Drohung mit der „Vernichtung“ der LDPD gerechtfertigt erschien.

Interessant im Hinblick auf das Vorgehen der SED-Führung ist die Rollenverteilung, die bei der Abmahnung der LDPD zu beobachten war. Grotewohl, sicherlich nicht der größte Scharfmacher im Politbüro der SED, spielte den Part des Drohenden, während Matern – als das für die „befreundeten Parteien“ zuständige Politbüromitglied für das Verhalten der LDPD verantwortlich – viel sanfter mit seinen „Schützlingen“ umging. Kennzeichnend für die generell in den politischen Gremien der DDR geübte totalitäre Praxis sind die Bekenntnisrituale, bei denen nicht nur die LDPD-Vertreter ihre Linientreue bekundeten¹¹⁹, sondern gleich auch der Generalsekretär der Ost-CDU, Gerald Götting, nachdem Matern das Schweigen der anderen Blockparteienvertreter getadelt hatte. Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang aber die Haltung von Lothar Bolz, dem NDPD-Vorsitzenden und DDR-Außenminister, der sich seinen Auftritt bis zum Schluß der Blocksitzung aufsparte, um nochmals einen Angriff auf die LDPD zu reiten. Mit der völlig ungläubwürdigen Behauptung, er und die NDPD hätten sich nur durch die Berichterstattung der Westpresse über die Weimarer Gespräche informieren können, und er sei daher von der Vereinbarung eines FDP-LDPD-Redneraustausches ausgegangen, was in seiner Partei zu „ausgedehnten Erörterungen“ geführt habe, konstruierte er einen Vorwand, der LDPD schlechte Informationspolitik und fehlende Abstimmung mit den anderen Partnern im Block vorzuwerfen¹²⁰. Bolz absolvierte hier einen offensichtlich mit der SED abgesprochenen Auftritt. Die NDPD diene der SED bekanntlich schon seit ihrer Gründung 1948 als zuverlässigere Konkurrenzpartei zur LDPD, und auch in diesem Fall erfüllte ihr Vorsitzender die ihm zugedachte Rolle mit Bravour. Die erwähnte Entsendung des NDPD-Emissärs Günter Hofé zu Döring war wohl auch schon ein Störmanöver von Bolz – und wahrscheinlich auch des Staatssicherheitsdienstes¹²¹ – gegen die FDP-LDPD-Gespräche gewesen; die LDPD-Vertreter jedenfalls hatten in Garmisch und Weimar dem Bericht Dörings über diese Kontakte eine bemerkenswert große Aufmerksamkeit geschenkt. In der Blocksitzung spielte Bolz den Ball noch einmal Grotewohl zu, der dann das Fazit ziehen konnte, man hätte das Problem der FDP-LDPD-Gespräche früher besprechen sollen, „damit in den einzelnen Parteien keine Irrtümer auftreten können“¹²². Damit war die beabsichtigte Lehre aus den FDP-LDPD-Gesprächen gezogen, und es hatte keine Bedeutung mehr, daß Gerlach sich zum Schluß in einem Anflug von Stolz gegen die aus der Luft gegriffene Kritik von Bolz zur Wehr setzte.

¹¹⁹ Ebenda, S. 47-50. Otto Nuschke war als einziger Blockpartei-vorsitzender nicht anwesend oder hat nicht das Wort ergriffen.

¹²⁰ Ebenda, S. 53.

¹²¹ Zur Rolle Hofés vgl. Posser, *Anwalt im Kalten Krieg*, S. 408f.

¹²² Ebenda, S. 56.

Die Blocksitzung vom 15. Oktober 1956 ist so ausführlich dargestellt worden, weil sie exemplarisch zeigt, wie Mitte der fünfziger Jahre Auseinandersetzungen in den politischen Gremien der DDR ausgetragen wurden, obwohl in dieser Zeit vom politischen Anspruch her grundlegende Differenzen gar nicht mehr bestehen durften. Es wurde auf zwei Ebenen diskutiert: Auf der einen erfolgte die rituelle Darlegung der geltenden politischen Linie und die Exemplifizierung ihrer praktischen Anwendung, obwohl vordergründig dazu gar kein Bedarf bestand, da man ja davon ausging, daß ein Dissens über das Gesagte ausgeschlossen war. Auf der Ebene der Anspielungen dagegen wurde den anwesenden Vertretern der LDPD vermittelt, daß sie bei ihrer politischen Gratwanderung in die Versuchung geraten waren, die Grundlage der Blockpolitik zu verlassen. Obwohl niemand in der Runde behaupten konnte, daß sie tatsächlich von der geltenden Linie abgewichen waren – das Gegenteil war ja der Fall –, reichte die von der SED-Seite diagnostizierte Gefährdung schon aus, daß der LDPD gleichsam vorbeugend die „Vernichtung“ vor Augen geführt wurde. Diese „Prophylaxe“ zielte aber zweifellos nicht nur auf die LDPD, sondern zumindest auch auf die vor „Schwankungen“ ebenfalls nicht ganz gefeierte Ost-CDU.

Nach der Blocksitzung war klar, daß sich die LDPD auf einen Redneraustausch mit der FDP auf Parteiebene in keinem Fall einlassen konnte – auch nicht, wie zunächst ins Auge gefaßt, unter der Voraussetzung eines Entgegenkommens der FDP bei anderen Fragen. Damit bestand aber im Grunde keine Basis mehr für eine Einigung, denn Döring und die anderen Befürworter der Kontakte innerhalb der FDP hätten diesen Punkt, selbst wenn sie gewollt hätten, nicht zur Disposition stellen können. Eine Politik, die zu einer Aufwertung der LDPD – und damit zwangsläufig auch der DDR – geführt hätte, ohne Chancen zur politischen Auflockerung jenseits der Zonengrenze zu eröffnen, war in der FDP zu dieser Zeit nicht mehrheitsfähig und wäre auch der westdeutschen Öffentlichkeit kaum zu vermitteln gewesen. Döring operierte, was die Rückendeckung durch die FDP-Führung anging, ohnehin auf einer sehr labilen Grundlage. Er war nicht ohne Grund so lange davor zurückgeschreckt, den FDP-Bundesvorstand in seine Pläne einzuweihen – wahrscheinlich um dem Risiko eines vorzeitigen Vetos zu entgehen, vielleicht aber auch, wie er später behauptete, um eine Kompromittierung der Partei im Falle eines Scheiterns der Gespräche zu vermeiden¹²³. Rechtzeitig und umfassend informiert hatte er dagegen Rudolf Augstein und Paul Sethe, die sich bereit erklärten, seinen Initiativen publizistischen Flankenschutz zu geben¹²⁴. Die Reaktion auf die Weimarer Gespräche war dann allerdings sowohl in der FDP als auch in der politischen Öffentlichkeit günstiger als erwartet, so daß der schon zuvor zwischen Döring und Augstein abgesprochene, äußerst stilisierte *Spiegel*-Bericht, der den Eindruck er-

¹²³ ADL, 6965-95, Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer, S. 166.

¹²⁴ Ebenda, S. 167.

wecken sollte, Döring und Scheel seien mit ihren LDPD-Gesprächspartnern gleichsam wie Schuljungen umgesprungen, sich als deplaziert erwies¹²⁵.

Von den westdeutschen Parteien reagierten der BHE, der kurz darauf selbst Kontakte mit der LDPD anknüpfte, und die SPD verhalten positiv, die CDU und vor allem die FVP entschieden negativ¹²⁶. Im FDP-Bundesvorstand entwickelte sich die Stimmung trotz des mageren Ergebnisses der Gespräche zunächst durchaus günstig, die Befürworter von Ostkontakten hatten jedenfalls keinen Grund zur Unzufriedenheit. Auf der Bundesvorstandssitzung am 18. Oktober 1956 berichtete Mende über die Gespräche von Garmisch und Weimar, und nach einer ausführlichen Aussprache wurde der „Ausschuß für die Wiedervereinigung“, wie der „Kontaktausschuß“ nunmehr genannt wurde, beauftragt, ein Programm für die Fortführung der LDPD-Kontakte aufzustellen¹²⁷. Obwohl der Ausschuß – wie übrigens auch ein Großteil der westdeutschen Presse – das Block-Kommuniqué vom 15. Oktober 1956 fälschlicherweise so interpretierte, als habe man sich dort prinzipiell gegen einen Redneraustausch – auch auf der Ebene der Nationalen Front – ausgesprochen¹²⁸, ließ man sich nicht entmutigen. Die Ausschußmitglieder stellten einmütig fest, daß es keinen Sinn habe, mit Vertretern der LDPD-Führung über die Verhandlungen zum Redneraustausch und dem Problem der inhaftierten Liberaldemokraten hinaus politische Gespräche, etwa über die Wiedervereinigung, zu führen; dies bedeutete, gemessen an der Praxis der bisherigen Gespräche, eine starke Einschränkung. Als Taktik künftiger Verhandlungen wurde festgelegt, „daß die FDP-Vertreter die Genehmigung des Redneraustausches zum Ausgang aller eventuell einmal möglich werdenden Gespräche über andere Probleme machen“. Konkret faßte man die Bildung von fünf Diskussionsteams à drei Personen für den Einsatz in den 15 Bezirken der DDR sowie

¹²⁵ Vgl. Der Spiegel vom 10.10.1956, S. 13-16. Döring mußte sich gegenüber Werthmann für diesen Artikel rechtfertigen; ADL, LDPD 31734, Bericht von Werthmann über das Gespräch mit Döring am 19.12.1956.

¹²⁶ Vgl. Fleck, Liberale an einen Tisch?, S. 72.

¹²⁷ FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 210.

¹²⁸ ADL, 2381, Anhang zum Sowjetzonen-Spiegel vom 17.10.1956 (ADN-Meldung vom Vortag). Im Block-Kommuniqué heißt es: „Der Block nahm darum zustimmend zur Kenntnis von dem Kommuniqué, das die Vertreter der LDP und der FDP am 6.10.56 veröffentlicht haben, insbesondere die erzielte Übereinstimmung in folgenden Punkten: 1. die Wiedervereinigung Deutschlands kann nur erreicht werden, wenn das deutsche Volk die Sache der Wiedervereinigung in seine eigenen Hände nimmt; 2. eine Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen in beiden Teilen Deutschlands trägt wesentlich zur innerdeutschen Entspannung bei; 3. in ganz Deutschland muß der öffentliche Meinungsaustausch über die Fragen der inneren Voraussetzung zur Wiedervereinigung Deutschlands unterstützt werden. *Keine Übereinstimmung* [Hervorh. im Original] wurde erzielt über den Vorschlag der Vertreter der LDP, in der DDR öffentliche Versammlungen durch die nationale Front einzuberufen, in denen demokratische Persönlichkeiten aus Westdeutschland sprechen, wie in Westdeutschland in der gleichen Zahl öffentliche Versammlungen durchzuführen, in denen politische Persönlichkeiten der DDR sprechen.“ Der mit „keine Übereinstimmung“ beginnende Satz wurde allgemein auf die Blocksitzung bezogen, war aber – wie die vorangehenden Punkte – auf die Weimarer Gespräche gemünzt.

eine Rundfunkdiskussion eines führenden Freien Demokraten mit Manfred Gerlach ins Auge, die im Westen wie im Osten ausgestrahlt werden sollte¹²⁹.

Auch die LDPD ließ nicht locker. In dem vom Block gesteckten Rahmen entwickelte sie neue Aktivitäten. Generalstabsmäßig wurde eine „Sonderaktion“ geplant, bei der 15 „führende Parteibeauftragte“ die Reaktion der FDP-Landesverbände auf die Weimarer Gespräche erkunden sollten. Gleichzeitig sollten die FDP-Gesprächspartner von den Vorteilen eines Redneraustausches im Rahmen von öffentlichen Versammlungen – gemeint waren Veranstaltungen der Nationalen Front – mit dem Argument überzeugt werden, damit werde eine größere „Breitenwirkung“ erreicht. Ferner sollten Verhandlungen zwischen Bundestag und Volkskammer über einen Zeitungsaustausch propagiert werden¹³⁰, wobei es sich um den durchsichtigen Versuch handelte, dieses FDP-Anliegen in einen Anerkennungsgegnis für die DDR umzumünzen.

Es ist quellenmäßig nicht genau nachzuvollziehen, ob diese „Sonderaktion“ wie geplant durchgeführt worden ist. Sicher ist aber, daß der Besuch des LDPD-Bezirksverbandsvorsitzenden von Schwerin und späteren Parteivorsitzenden Max Suhrbier in Stuttgart in diesen Zusammenhang gehört. Suhrbier sprach mit dem FDP-Landesgeschäftsführer Hermann Hummel und dann auch mit Reinhold Maier und Wolfgang Haußmann, der als Justizminister sogar amtierendes Mitglied der Landesregierung war. Bemerkenswerterweise empfand Haußmann das „offene Gespräch“ als „durchaus zufriedenstellend“ und machte sich gegenüber Dehler dafür stark, das nächste offizielle FDP-LDPD-Kontaktgespräch in Stuttgart stattfinden zu lassen¹³¹.

Mit den ungarischen Ereignissen des Herbstes 1956 trat jedoch eine völlige Kehrtwendung in den Beziehungen zwischen FDP und LDPD ein. Nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands war die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik nicht mehr empfänglich für entspannungspolitische Initiativen, und die Stimmung in der FDP-Führung kippte schlagartig um. Zwar hielten Döring und Dehler an der eingeschlagenen Politik fest – Dehler sogar öffentlich –, aber die große Mehrheit der führenden Freidemokraten sah jetzt keine Grundlage mehr für weitere Gespräche. Symptomatisch ist hier die Position von Mende, der am 9. November 1956 erklärte, die FDP könne sich nicht mit Leuten an einen Tisch setzen, die – hier spielte er auf Äußerungen von Rudolf Agsten an – das „Blutbad von Budapest“ begrüßt hätten¹³². Ähnlich dachte Scheel, der jetzt zu weiteren Gesprächen nicht

¹²⁹ Anwesend waren Nowack (Vorsitzender), Will, Döring, Stephan, Mischnick, Genscher, Flach, Naase und Schollwer; ADL, 2636, Kurzprotokoll der Sitzung am 24.10.1956; ADL, 6965-95, Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer, S. 164.

¹³⁰ ADL, LDPD 31694, „Plan für die Durchführung einer Sonderaktion zur Vorbereitung der nächsten Verhandlungen zwischen LDPD und FPD“ vom 19.19.1956.

¹³¹ ADL, N1-2228, Haußmann an Dehler vom 27.10.1956.

¹³² ADL, 6965-95, Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer, S. 172.

mehr bereit war¹³³, und auch Haußmann, der noch vor wenigen Wochen so positiv reagiert hatte, war anderen Sinnes geworden. Auf der FDP-Bundesvorstandssitzung am 1. Dezember 1956 brachte er im Namen des baden-württembergischen Landesverbandes einen Antrag ein, der darauf hinauslief, alle Kontakte zur LDPD bis auf weiteres zu untersagen¹³⁴.

Auf der folgenden Bundesvorstandssitzung am 15. Dezember 1956 gelang es Döring mit Unterstützung von Weyer, die Mehrheit der Vorstandsmitglieder von einem formellen Beschluß zum Abbruch der Beziehungen abzubringen¹³⁵. Er hielt weiter Kontakt zur LDPD und machte dabei seinen Gesprächspartnern Werthmann und Gerlach deutlich, daß ihre Partei gut daran tue, keine propagandistischen Schritte zu unternehmen, die es unmöglich machen würden, die Frage weiterhin in der Schwebe zu halten. Es sei keineswegs zweckmäßig, eine Stellungnahme des FDP-Bundesvorstandes zu provozieren, weil diese in jedem Fall negativ ausfallen würde, betonte er gegenüber seinen Kontaktpartnern¹³⁶. Die LDPD hielt sich an den Rat Dörings, obwohl die SED einen offiziellen Abbruch der Beziehungen durch die FDP gar nicht so ungerne gesehen hätte. In ihren Augen wäre damit hervorgehoben worden, daß es die Regierung und die Parteien der DDR seien, die im Gegensatz zu den politischen Kräften Westdeutschlands „eine konsequente Politik der Entspannung und Sicherung des Friedens“ führten¹³⁷. Doch trotz dieser partiellen Erfolge Dörings rissen die offiziellen Kontakte zur LDPD Ende 1956 ab. Für seine Hoffnung, daß der von ihm mit aller Kraft aufrechterhaltene Schwebezustand kurz- oder mittelfristig von einer neuen Kontaktoffensive abgelöst werden könnte, gab es in der Ära Reinhold Maier, in die die FDP mit ihrem Berliner Parteitag im Januar 1957 eintrat, keine Basis mehr. Riskante deutschlandpolitische Experimente waren, zumal nach dem für die FDP enttäuschenden Ausgang der Bundestagswahl, nicht mehr durchzusetzen, und so fanden Gespräche zwischen FDP- und LDPD-Vertretern in den folgenden Jahren nur noch auf der informellen Ebene statt.

¹³³ Das geht aus einem Gespräch zwischen Döring und Werthmann am 19.12.1956 hervor; ADL, LDPD 31734, Bericht von Harald Werthmann.

¹³⁴ Vgl. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 219.

¹³⁵ ADL, LDPD 31734, Bericht von Harald Werthmann über das Treffen mit Döring am 19.12.1956, S. 3.

¹³⁶ ADL, LDPD 31734, Bericht über das Treffen von Döring mit Gerlach und Werthmann am 12.1.1957, S. 3.

¹³⁷ Das läßt sich herauslesen aus: ZPA, IV 2/15/2, ZK-Abteilungsleiter für gesamtdeutsche Fragen, Paul Verner, an Ulbricht vom 17.12.1956.

II. Die Einheit der Nation rückt in die Ferne: Ergebnislose Bemühungen und Desillusionierungen 1957-1961

Im Jahr der Bundestagswahl 1957 war das Klima für Beziehungen zwischen FDP und LDPD ausgesprochen schlecht. Nach der blutigen sowjetischen Intervention in Ungarn galt die Mitte 1956 von „Intermarket“ ermittelte relativ positive Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung hinsichtlich politischer Kontakte in die DDR nicht mehr. Vor dem Hintergrund einer wieder aufgeflamten Angst vor den Kommunisten waren riskante deutschlandpolitische Experimente nicht angebracht. Schon der für die FDP enttäuschende Ausgang der Kommunalwahlen in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die am 18. Oktober 1956, also nach den Weimarer Gesprächen, aber noch vor den Ungarn-Ereignissen, stattfanden, hatte gezeigt, daß die deutsch-deutschen Vorstöße der „Jungtürken“ keine sichtbaren positiven Auswirkungen auf das Wahlverhalten hatten¹. Ein Teil der liberalen Stammwählerschaft war offenbar von der starken Betonung einer Außen- und Deutschlandpolitik, die in einem unüberbrückbaren Gegensatz zur Adenauerschen Konzeption stand, und den anhaltenden parteiinternen Zwistigkeiten abgeschreckt worden, die die FDP unter der Führung Dehlers kennzeichneten. Eine pragmatische Wende, die das Bild der Zerfahrenheit, das die Partei in der Öffentlichkeit hatte, wieder etwas glätten sollte, wurde jetzt gerade auch von den „Jungtürken“ angestrebt. Bezeichnenderweise betrieben Döring und Mende mit Nachdruck die Ablösung Dehlers, der zwar ihren Ostkontakten innerparteilich den entscheidenden Rückhalt gegeben hatte, aber wegen seiner unberechenbaren Streitbarkeit und seines polarisierenden Agierens als Hauptverantwortlicher für die mißliche Lage der Partei angesehen wurde². Anders als der wenig von taktischen Rücksichten geplagte Dehler hatten die „Jungtürken“ verstanden, daß eine scharfe Profilierung der FDP als Partei der ostpolitischen Entspannung und der deutschlandpolitischen Alternative bei den anstehenden Wahlen wohl kaum gewürdigt werden würde³. Der von ihnen ausersehene neue Kandidat für den Parteivorsitz, der baden-württembergische Landesvorsitzende Reinhold Maier, war aus der damaligen Sicht für die „Jungtürken“ deutschlandpolitisch ebenso „brauchbar“⁴, im politischen Geschäft aber ungleich geschmei-

¹ Vgl. Gutscher, FDP, S. 185.

² Vgl. Matz, Maier, S. 449f.

³ Vgl. Klingl, Das ganze Deutschland, S 280f.

⁴ Schließlich war Reinhold Maier, anders als die meisten anderen führenden Freidemokraten, der Adenauerschen „Politik der Stärke“ von Anfang an kritisch gegenübergestanden und hatte 1952 den Pfeleiderer-Plan unterstützt; Glazeder, Deutschlandpolitik, S. 54; Mende, Neue Freiheit, S. 231.

diger als der amtierende Bundesvorsitzende. Wie sich Döring gegenüber Werthmann und Gerlach freimütig äußerte, war Maier, der auf dem Parteitag schließlich auch gewählt wurde, die Aufgabe zugeordnet, „Ruhe in die Partei hineinzutragen und als ruhender Pol wirksam zu werden“⁵. Er selbst, Mende und Weyer hätten Maier mit dem Argument zur Übernahme des Parteivorsitzes überredet, daß andernfalls „die Partei zusammenbrechen würde“. Reinhold Maier sei ein sehr kluger Politiker und geschickter Taktiker, der es verstehe, die Stimmung der Bevölkerung zu analysieren und danach seine Politik auszurichten. Er sei „ein Fuchs“, der einzige ebenbürtige Gegner Adenauers; Maier allein könne den Wahlkampf mit dem Bundeskanzler bestehen⁶.

In dieser Situation war selbst der draufgängerische Döring nicht bereit, durch neue LDPD-Kontakte Unruhe zu stiften. Auf das Drängen der LDPD, jetzt die in Weimar ins Auge gefaßte Intensivierung der offiziellen Beziehungen zu beginnen, reagierte er abwehrend. Gegenüber Gerlach und Werthmann betonte Döring laut LDPD-Protokoll, nun „sein ganzes Augenmerk darauf richten [zu] müsse[n], die Partei zu formieren und für die Wahlen zu einer einheitlichen Auffassung zu bringen. Dabei könne er sich keine Experimente erlauben, weil dann die Partei gegenüber der CDU und der SPD nicht bestehen könne.“⁷ Gerlach und Werthmann versuchten erfolglos, Döring den Plan nahezubringen, Gespräche zwischen führenden Vertretern der FDP und der LDPD am Rande des bevorstehenden Berliner Bundesparteitags der westlichen Liberalen zu veranstalten. Die LDPD-Führung liebäugelte sogar mit der Vorstellung, eine hochkarätige Delegation zu entsenden, die von der FDP offiziell hätte eingeladen werden sollen⁸. Döring konnte hier selbstverständlich nur abwinken und versprach lediglich, zehn Pressekarten für Vertreter von LDPD-Zeitungen zur Verfügung zu stellen. Er betonte einerseits, er sei von der Notwendigkeit einer Fortführung der Gespräche überzeugt, und gab sich im Hinblick auf einen hierfür günstigeren Zeitpunkt sehr optimistisch; er nannte den März 1957⁹. Andererseits ließ sich Döring auf keinerlei Festlegung ein. Nach einigem Drängen mußten sich die LDPD-Leute geschlagen geben; etwas schwächlich wirkte ihr Versuch, Döring mit der Feststellung unter Druck zu setzen, bis zu einer Weiterführung der offiziellen Gespräche auf zentraler Ebene hätten etwaige Versuche der FDP, Verbindungen zu

⁵ ADL, LDPD 31734, Bericht über ein Gespräch am 12.1.1957, S. 3.

⁶ Ebenda, S. 9.

⁷ Ebenda, S. 2.

⁸ ADL, LDPD 28819, Plan für den 8. Bundesparteitag der FDP vom 20.12.1956. Der Delegation unter der Leitung des Generalsekretärs Manfred Gerlach sollten angehören: Harald Werthmann, Rudolf Agsten, Helmuth Speer und Liselotte Otting (Mitglied des LDPD-Zentralvorstands und des Bundessekretariats des DFD), außerdem die Mitglieder des Politischen Ausschusses und Bezirksvorsitzenden Harri Leupold (Berlin), Erich Rost (Magdeburg), Günter Schneider (Leipzig) und Max Suhrbier (Schwerin).

⁹ ADL, LDPD 31734, Bericht über das Gespräch zwischen Döring, Gerlach und Werthmann am 12.1.1957, S. 3.

Kreisverbänden oder Ortsgruppen der LDPD aufzunehmen, keine Aussicht auf Erfolg¹⁰.

Döring ging es offensichtlich darum, in den Beziehungen zur LDPD nichts zu verbauen, obwohl im Moment kein politischer Spielraum für eine Wiederaufnahme der Initiativen von 1956 bestand. Seine Aussagen zu den Chancen einer baldigen Wiederaufnahme der offiziellen Gespräche klingen angesichts der Stimmung in der FDP reichlich zweckoptimistisch und waren, wie sich erweisen sollte, völlig unverbindlich. Döring ging der schon für Februar 1957 mit Gerlach und Werthmann fest vereinbarten Weiterführung der informellen Kontakte¹¹ in der folgenden Zeit einfach aus dem Wege; zum nächsten Treffen mit Werthmann kam es erst im Dezember 1958¹².

Anders als der pragmatische Döring war Dehler nicht so ohne weiteres bereit, seine Überzeugungen herrschenden politischen Konjunkturen unterzuordnen. Am 19. Januar 1957, also unmittelbar vor dem Berliner Parteitag, nahm er die bereits geschilderte Initiative für eine gesamtdeutsche Amnestie für politische Häftlinge vom Frühsommer 1956 wieder auf. In einem Schreiben an den LDPD-Vorsitzenden Loch mahnte er unter Verweis auf den von der FDP am 23. Oktober 1956 im Bundestag eingebrachten Entwurf eine entsprechende Gesetzesinitiative der liberaldemokratischen Volkskammerfraktion an: Er verkenne nicht, daß in den zurückliegenden Monaten eine große Anzahl politischer Häftlinge entlassen worden sei, doch müsse er auf einer Amnestieregelung bestehen, die für politische Gefangene einen Rechtsanspruch auf Straffreiheit schaffe. Die Forderung nach einer Amnestie in der Bundesrepublik, die in Zuschriften an die FDP-Bundestagsfraktion aus Kreisen der LDPD und anderer Organisationen der Nationalen Front erhoben werde, zeige ja, „daß die Absender dieser Briefe durchaus den Wert einer Amnestie im Gegensatz zu Einzelbegnadigungen zu würdigen wissen“. Einer großen Zahl von politischen Häftlingen werde in der DDR nach wie vor die Freiheit vorenthalten. „Meine Gedanken gehören bei diesen Ausführungen ganz besonders meinem Parteifreund William Borm“, schrieb Dehler mit Blick auf das Schicksal des ehemaligen stellvertretenden Berliner Landesvorsitzenden, der seit 1950 in der DDR eine zehnjährige Zuchthausstrafe verbüßte. Dann betonte Dehler den politischen Stellenwert seiner Initiative: „Dieser Vorschlag ist nach Auffassung meiner Freunde ein Prüfstein für die Möglichkeit einer innerdeutschen Zusammenarbeit auf dem Wege zur Deutschen Einheit.“¹³

Es ist schwer zu beurteilen, wieviel Erfolgshoffnungen Dehler bei dieser Initiative hatte. Unzweifelhaft ist jedoch, daß er den Beziehungen zur LDPD-Führung immer

¹⁰ Ebenda, S. 7.

¹¹ Ebenda, S. 3 und 10.

¹² ADL, LDPD 28688, Bericht von Werthmann über das Treffen mit Döring und Weyer am 1.12.1958. Hieraus ist zu entnehmen, daß in der Zwischenzeit kein Kontakt stattgefunden hat.

¹³ ADL, LDPD 13478, Dehler an Loch vom 19.1.1957.

noch eine gewisse Bedeutung in der deutschlandpolitischen Strategie der FDP zubilligte. Allerdings mußte angesichts der Stimmungen in der westdeutschen Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch in der FDP selbst ein substantielles Zugeständnis von der anderen Seite noch vor der eigentlichen Weiterführung der Kontakte präsentiert werden können, damit man dem Eindruck entgegentreten konnte, hier werde lediglich ein „dilettantisches“, nutzloses oder gar schädliches Palaver mit den „Steigbügelhalter[n] Pankows und damit Moskaus“ veranstaltet¹⁴.

Für die Amnestie-Initiative Dehlers war aber der Zeitpunkt noch wesentlich ungünstiger als bei seinem ersten Vorstoß im Juni 1956. Die Ereignisse in Ungarn hatten Ulbricht den Rücken gestärkt. Auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED am 30. Januar 1957 verkündete dieser: „Viele Bürger, die früher leichtfertig die ‚Liberalisierung‘ gefordert haben, sind heute dankbar, daß bei uns solche Ereignisse wie in Ungarn oder gewisse Vorgänge wie in Polen nicht möglich waren.“¹⁵ In den Augen der Stalinisten in der SED-Führung, die jetzt wieder Auftrieb hatten, war die „revolutionäre Wachsamkeit“ in der DDR seit dem 20. Parteitag der KPdSU sträflich vernachlässigt worden. Nach den Worten Ulbrichts gab es selbst im Parteiapparat der SED „Genossen, die oft nicht imstande waren, die feindliche Propaganda und die Wirkung der bürgerlichen Ideologie zu erkennen“¹⁶. Angebliche „konterrevolutionäre“ Aktivitäten der „Gruppe Harich“ – die Verhaftung von Harich und Janka war gerade acht Wochen her¹⁷ – mußten als Beleg für die bis in die Partei hineinreichenden Unterminierungsversuche „westlicher Agenturen“ herhalten¹⁸.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Initiative Dehlers chancenlos war. Offensichtlich war zu diesem Zeitpunkt nicht einmal – als Zeichen des guten Willens – eine Entlassung William Borms möglich, der immerhin schon fast zwei Drittel seiner Strafe abgessen¹⁹ und den Dehler in seinem Brief sicherlich nicht ohne Hintergedanken erwähnt hatte, so wie es mit Karl Haman und dessen Tochter Liv während der Weimarer Gespräche geschehen war. Bezeichnend dafür ist, wie Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, der sicherlich zu jenen hohen DDR-Funktionären gehörte, die für solche Probleme noch am ehesten ansprechbar waren²⁰, Dehlers Brief intern kommentierte: „Er [Dehler] setzt mit Biedermannsmiene

¹⁴ Tenor und Wortwahl sind einem Artikel des Deutschland-Union-Dienstes vom 14.12.1956 entnommen; zit. nach FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 226f., Anm. 2.

¹⁵ Neues Deutschland vom 5.2.1957, S. 3.

¹⁶ Ebenda, S. 4.

¹⁷ Der Chefredakteur der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, Wolfgang Harich, wurde am 30.11.1956, Walter Janka, der Leiter des Aufbau-Verlages, am 6.12.1956 verhaftet. Die Beschuldigung lautete auf „Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe“. Beide waren Mitglieder der SED. Zu den Vorgängen s. Janka, Schwierigkeiten; ders., Spuren, S. 249-396; Just, Zeuge.

¹⁸ Ulbricht-Rede auf der 30. ZK-Tagung am 30.1.1957 in: Neues Deutschland vom 5.2.1957, S. 4.

¹⁹ Borm wurde erst im August 1959 freigelassen.

²⁰ Zu Dieckmanns Persönlichkeit und Rolle s. Mleczkowski, Bewegung im Monolith; Gerlach, Mitverantwortlich, S. 116-119.

die bundesrepublikanischen ‚Politischen‘ den Verbrechern gleich, die als (meist bezahlte) ‚Kampfbund‘-Beauftragte unsere Fabriken anzünden usw.“²¹ Ganz offensichtlich fehlten den führenden LDPD-Politikern die politisch-moralische Statur und der notwendige Einfluß, zu diesem Zeitpunkt in der Frage der politischen Gefangenen etwas zu tun, was eine für die Fortführung der Gespräche mit der FDP günstigere Atmosphäre hätte schaffen können.

Es darf in diesem Zusammenhang allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß auch die damalige Praxis des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik sich zuweilen in rechtsstaatlich durchaus bedenklichen Bahnen bewegte²² und nicht geeignet war, potentiellen Befürwortern einer weichen Linie im politischen Strafvollzug in der DDR den Rücken zu stärken²³. Der Verweis auf die politischen Verfahren gegen die „Friedens- und Einheitskämpfer“ in Westdeutschland diente der SED-Propaganda als willkommene Ablenkung von der noch immer weitgehend ausgebliebenen Entstalinisierung.

Wie zu erwarten, erhielt Dehler von Loch die gleiche Antwort wie von Agsten im Juni 1956. Die bis zum Oktober 1956 in der DDR erfolgte Entlassung politischer Gefangener wurden als Demonstration der „Bereitschaft zur innerdeutschen Zusammenarbeit“ präsentiert, eine generelle Amnestie jedoch mit der Begründung abgelehnt, sie käme nur solchen Strafgefangenen zugute, die den „Friede[n] und die friedliche Arbeit aller Bürger gefährdet[en]“. Der FDP-Initiative wünschte Loch mit einer gehörigen Portion Perfidität, „daß sie hinsichtlich der Freilassung der politischen Häftlinge in der Bundesrepublik ebenso erfolgreich“ sei wie die in der DDR ergriffenen Maßnahmen. Dehler leitete das Schreiben an die führenden „Deutschlandpolitiker“ der FDP weiter und erntete fast ausschließlich negative Signale. Selbst Döring übermittelte: „Die Angelegenheit ist überholt – eine Stellungnahme erübrigt sich.“²⁴ Der Bundestag lehnte am 11. April 1957 den Amnestie-Entwurf gegen die Stimmen von FDP, SPD und des BHE ab, obwohl sich im Laufe des zurückliegenden Jahres unter anderem die Synode der EKD, das Kuratorium Unteilbares Deutschland, die CDU-Bundesminister Jakob Kaiser und Ernst Lemmer und sogar die

²¹ ADL, LDPD 13478, Notiz Dieckmanns vom 26.1.1957.

²² Hier handelte es sich in erster Linie um die ausufernde Auslegung des Hochverrats- und vor allem des 1951 geschaffenen „Staatsgefährdungs“-Paragraphen sowie um die Anwendung des Paragraphen 90 a Abs. 3 des Strafgesetzbuches, der es ermöglichte, ehemalige KPD-Mitglieder für Parteiaktivitäten zu verurteilen, die zeitlich vor dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts lagen. Der letztgenannte Paragraph wurde 1961 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Zur politischen Strafjustiz dieser Jahre s. Posser, *Anwalt*.

²³ Hier ist in erster Linie der stellvertretende Ministerpräsident und Ost-CDU-Vorsitzende Otto Nuschke zu nennen, auf dessen Ausführungen zur labilen rechtlichen Grundlage der politischen Justiz in der DDR auf dem 8. Parteitag der Ost-CDU Dehler im erwähnten Brief ausdrücklich Bezug nimmt. Nuschke hat den Aktivitäten zugunsten politischer Häftlinge in seinen letzten Lebensjahren einen erheblichen Teil seiner Arbeitskraft gewidmet; vgl. R. D., Nuschke hat vielen geholfen, in: *Neue Politik* 3 (1958), H. 4, S. 5f.

²⁴ ADL, N1-3119, Loch an Dehler vom 2.3.1957; Notiz von Döring vom 4.4.1957.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus für eine entsprechende Regelung ausgesprochen hatten²⁵. Neben dem Gedanken der Rechtsstaatlichkeit spielten bei den Befürwortern der Amnestie deutschlandpolitische Überlegungen und Hoffnungen auf positive Auswirkungen auf die Situation der politischen Gefangenen in der DDR eine entscheidende Rolle. Durch die negative Entscheidung des Bundestages war nun auch vom Westen ein deutliches Signal für eine Fortsetzung des kalten Krieges auf diesem Feld gegeben worden. Der politische Spielraum für die Anhänger der Kontaktpolitik in der FDP war damit auf ein absolutes Minimum geschrumpft.

Da auf absehbare Zeit keine Chancen bestanden, die offiziellen Beziehungen mit der FDP wieder anzuknüpfen, mußte sich die LDPD auf die gewöhnliche „Westarbeit“, das heißt auf breit angelegte Beeinflussungsversuche gegenüber einzelnen FDP-Mitgliedern konzentrieren. Als politische Zielsetzungen dieser Aktivitäten im Zeitraum vom 1. März bis 30. Juni 1957 wurde „die aktive Einwirkung auf den Bundestagswahlkampf 1957 und [...] auf die positiven und ansprechbaren Kräfte innerhalb der FDP mit dem Ziel der Differenzierung“²⁶ festgelegt. Grundlage der „Westarbeit“ der LDPD war die von Walter Ulbricht auf der 30. ZK-Tagung vorgetragene Wiedervereinigungskonzeption. Sehr viel deutlicher als zuvor hatte der Erste Sekretär der SED hier gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik nach dem Muster der „antifaschistisch-demokratischen“ Phase der SBZ/DDR 1945-52 als Voraussetzung für die Wiedervereinigung bezeichnet. Die Überführung der Schlüsselindustrien in Volkseigentum und eine „demokratische Bodenreform“ wurden nunmehr sogar als Bedingungen genannt für eine der eigentlichen Wiedervereinigung vorausgehende Konföderation beider deutschen Staaten, die die SED seit dem Jahresende 1956 propagierte²⁷. Auffällig große Aufmerksamkeit widmete Ulbricht in seiner ZK-Rede den westdeutschen „Mittelschichten und Kreisen des nationalen Bürgertums“, die die skizzierte Entwicklung als „Bündnispartner der Arbeiterklasse“ mittragen sollten. Ausdrücklich wurde in den Forderungskatalog aufgenommen: „Alle Maßnahmen des Finanzkapitals, die den Mittelstand benachteiligen, sind aufzuheben und die Rechte der Handwerksorganisationen und anderer Organisationen des Mittelstandes sind zu gewährleisten.“²⁸ Obwohl diese Passage primär in ihrer propagandistischen Funktion gesehen werden muß und ihre politische

²⁵ Vgl. Posser, *Anwalt*, S. 183-186.

²⁶ ADL, LDPD 28819, Arbeitsplan des Sekretariats D vom 16.2.1957.

²⁷ Rede Ulbrichts auf dem 30. ZK-Plenum am 30.1.1957, Abschnitt: Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3*, S. 91-94. Die Konföderationsidee, die zum ersten Mal in einer weniger elaborierten Form in einem Artikel Ulbrichts im *Neuen Deutschland* vom 30.12.1956 (in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik III/2*, S. 1002-1012) auftaucht, ist möglicherweise im Zusammenhang mit den Gesprächen des Bundesfinanzministers Fritz Schäffer mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin Puschkin und dem Generalstabschef der NVA Vincenz Müller im Oktober 1956 entstanden. Daß Schäffer damals tatsächlich die Konföderationsidee in die Diskussion eingebracht hat, kann mittlerweile als weitgehend gesichert angesehen werden. S. die Niederschrift der Unterredung in: Küsters, *Konföderation*, S. 140-149.

²⁸ *Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3*, S. 93.

Substanz weitgehend unklar blieb, zeigt sich, daß der Stellenwert der auf die westdeutschen Mittelschichten ausgerichteten „Westarbeit“ der LDPD in der deutschlandpolitischen Gesamtkonzeption der SED eine zwar untergeordnete, aber keineswegs unwichtige Rolle spielte. Wichtigstes politisches Nahziel der DDR-„Westarbeit“ war „die Niederlage der Adenauer-Partei bei den Bundestagswahlen“²⁹. Die FDP sollte für eine „konsequente Politik gegen CDU und Adenauer“ gewonnen, eine CDU/FDP-Koalition nach den Wahlen ausgeschlossen werden³⁰.

Die Beeinflussung der FDP in diesem Sinne sollte durch eine aufwendige Reisetätigkeit bewährter LDPD-Funktionäre erreicht werden. Vom zuständigen Sekretär der LDPD-Parteileitung, Helmuth Speer, wurden für den Zeitraum von März bis Juni 1957 Gespräche mit insgesamt 75, zu einem nicht unwesentlichen Teil führenden FDP-Politikern ins Auge gefaßt³¹. Wieviel hiervon realisiert wurde und vor allem welcher Einfluß mit diesen Gesprächen ausgeübt worden ist, läßt sich nicht sagen. Man kann aber vermuten, daß die Wirkung dieser Aktivitäten relativ gering war, da sich wohl auch bei den „ansprechbaren Kräften“ in der FDP im Wahljahr 1957 die Empfänglichkeit für Ratschläge aus der DDR in Grenzen hielt. Als symptomatisch kann etwa die Reaktion des damaligen Vorsitzenden der Jungdemokraten, Wolfgang Mischnick, angesehen werden, der dem LDPD-Zentralvorstandsmitglied Kurt Anclam auf sein Gesprächsersuchen Anfang September 1957 mitteilen ließ, er habe vor der Wahl keine Zeit, „sich mit jemandem zu unterhalten“³².

Die mannigfaltigen Bemühungen der LDPD, die Kontakte zur FDP zu intensivieren, liefen weitgehend ins Leere. Als die liberaldemokratische Parteiführung verschiedene FDP-Journalisten, unter anderem auch Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, zu ihrem 7. Parteitag im Juli 1957 einlud, beschloß der Bundesvorstand, lediglich einen der FDP nicht angehörenden Journalisten als Beobachter zu entsenden, nachdem Marie-Elisabeth Lüders und Willy Max Rademacher – beide nach der LDPD-Definition zu den „ansprechbaren Kräften“ zählend – dezidiert zum Ausdruck gebracht hatten, daß keine FDP-Mitglieder und unter keinen Umständen hauptamtliche Mitarbeiter der Partei nach Weimar reisen sollten³³.

Trotz solcher offenkundigen Mißerfolge der „Westarbeit“ nahm die Auseinandersetzung mit deutschlandpolitischen Fragen, der Entwicklung der Bundesrepublik und den Beziehungen zur FDP einen großen Raum auf dem LDPD-Parteitag ein.

²⁹ Ebenda, S. 92.

³⁰ ADL, LDPD 28819, Arbeitsplan des Sekretariats D vom 16.2.1957.

³¹ Ebenda. Der Plan nennt u.a. die Bundesvorstandsmitglieder Max Becker, Ewald Bucher, Edgar Engelhard, Bernhard Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Willi Max Rademacher, Hermann Schwann, Willi Weyer, Rudolf Will, die Mitglieder des Landesvorstands NRW Ernst Achenbach und Wolfram Dorn, den baden-württembergischen Landesgeschäftsführer Hermann Hummel, den Leiter der Bundespressestelle Josef Ungeheuer und seinen Stellvertreter Karl-Hermann Flach und den damaligen Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Bundestagsfraktion Hans-Dietrich Genscher.

³² ADL, LDPD 5422/2, Bericht von Kurt Anclam über eine Bundesrepublik-Reise vom 3.-10.9.1957.

³³ FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 275.

Fast ein Drittel des Referats des Parteivorsitzenden Loch befaßte sich mit diesem Themenkreis. Freilich enthielt es nicht einmal in Nuancen Hinweise auf eine eigene Meinungsbildung. Im Grunde erübrigte sich die Feststellung Lochs, daß die LDPD den Vorschlägen des 30. ZK-Plenums der SED ihre „volle Zustimmung“ gebe³⁴, denn seine Ausführungen waren in den politischen Aussagen, der Struktur der Argumentation und oft sogar im Wortlaut mit Ulbrichts Rede vom 30. Januar 1957 identisch. Als neues Element war nur die Polemik gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr zu verzeichnen, die, nachdem entsprechende Pläne Anfang April 1957 bekannt wurden, ein immer größeres Gewicht in der Westpropaganda der DDR bekam³⁵. Außerdem findet sich im Grundsatzreferat des Parteivorsitzenden natürlich eine den spezifischen Aufgaben der LDPD im Blocksystem entsprechende intensivere Behandlung von Mittelstandsfragen. Anhand von einigen statistischen Daten versuchte Loch, das „Siechtum des Mittelstandes im Bonner Staat“ nachzuweisen, um daraus die im Rahmen der ideologischen Vorgaben ebenso korrekte wie praktisch-politisch wirklichkeitsfremde Feststellung abzuleiten, die Inhaber kleiner und mittlerer Betriebe müßten „zum Verbündeten der Arbeiterklasse im Kampf um die Beseitigung der Monopolherrschaft werden, wenn sie nicht kaputt gehen wollen“³⁶.

Der FDP warf Loch vor, sie besitze nur eine „halbe Konzeption“. Positiv sei, daß sie sich gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gewandt habe³⁷. Gleichzeitig sei sie aber vor dem Druck Adenauers zurückgewichen und von „den Festlegungen des Weimarer Kommuniqués abgerückt“. Zwar offenbare die auf dem Wahlkongreß der FDP in Hamburg erstmals öffentlich abgegebene Erklärung von Leverenz, die Wiedervereinigung könne nicht in Form eines Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik erfolgen, ein langer Entwicklungsweg sei notwendig und gesamtdeutsche Wahlen seien dabei nicht erste, sondern der letzte Schritt³⁸, „wichtige Teilerkenntnisse“. Gleichzeitig könnten sich die Freidemokraten aber nicht zur Aussage durchringen, daß zur Wiedervereinigung Verhandlungen mit der DDR notwendig seien³⁹. Helmuth Speer führte später zu diesem Punkt aus, die FDP-

³⁴ 7. Parteitag der LDPD, S. 27.

³⁵ Den Startschuß hierzu gab die Regierungserklärung Grotewohls vom 3.4.1957, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3, S. 561-576. In der Erklärung auf der Bundespressekonferenz am 5.4.1957 bestätigte Adenauer, daß er die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen anstrebe. Diese seien - so die berühmte Formulierung des Bundeskanzlers, die noch lange für politischen Wirbel sorgte, - „im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie“; ebenda, S. 578.

³⁶ 7. Parteitag der LDPD, S. 23.

³⁷ Vgl. die Erklärung von Erich Mende vor dem Bundestag am 10.5.1957, in der er sich im Namen der FDP „zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auch in absehbarer Zeit“ gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr aussprach; Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3, S. 848-870.

³⁸ Die Ausführungen des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden vom 6.6.1957 werden im großen und ganzen zutreffend wiedergegeben; vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3, S. 1110-1117. Die Radikalität der deutschlandpolitischen Aussagen von Leverenz hat sogar viele Delegierte überrascht; vgl. Schollwer, Aufzeichnungen 1957-61, S. 26.

³⁹ 7. Parteitag der LDPD, S. 26.

Führung sei auf einem Irrweg, wenn sie meine, sich bei der Regierung der Sowjetunion nach dem Preis erkundigen zu müssen, den die Bundesregierung „für den Empfang der DDR“ zu zahlen habe. Auch die Sowjetunion habe diverse Erklärungen abgegeben, denen man entnehmen könne, „daß die Wiedervereinigung ohne Mitwirkung der von der Bevölkerung der DDR autorisierten Organe der Volkskammer und Regierung ausgeschlossen sei“⁴⁰.

Die deutschlandpolitischen Bekundungen auf dem Parteitag der LDPD dienten allerdings nicht in erster Linie der politischen Auseinandersetzung mit der FDP, sondern vor allem der Instruierung der eigenen „Kader“ und Mitglieder. Wie ein Leitfaden zieht sich die Kritik an „falschen“ Auffassungen der Mitgliedschaft durch die Redebeiträge der Parteiführer. Loch betonte, manche Mitglieder hätten hinsichtlich der Weimarer Gespräche „überspannte Erwartungen“ gehabt⁴¹. Vehement trat er der offensichtlich auch in Funktionärskreisen verbreiteten Auffassung entgegen, daß ein weiterer Aufbau des Sozialismus die Chancen für die Wiedervereinigung mindere⁴². Im Sinne der von Ulbricht auf der 30. ZK-Tagung entwickelten sozialistischen Magnettheorie betonte er: „Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik [wird] die Anziehungskraft unseres Staates auf die breitesten Bevölkerungskreise in Westdeutschland vergrößern und somit die beste Sache der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes sein.“⁴³ Noch deutlicher wurde der Vorsitzende des Bezirksverbandes Schwerin, Max Suhbier, der in seinem „Diskussionsbeitrag“ keinen Zweifel daran ließ, daß die Konföderation der sozialistischen DDR mit der nichtsozialistischen Bundesrepublik auf ein sozialistisches Gesamtdeutschland hinauslaufen müsse:

„Die Auseinandersetzung um diese gesellschaftliche Einheit wird also im deutschen Volk eines Tages geführt werden müssen, und wir als eine politische Partei werden da eine ganz klare Meinung zu vertreten haben. Diese Meinung kann nur dahin gehen, das deutsche Volk zu überzeugen, daß es in seiner Gesamtheit im Sozialismus seine kommende Gesellschaftsordnung erkennen und sich zu ihr bekennen muß. Das ist eine Einsicht, die wir in unserer Republik gewonnen haben. Wir sind der Meinung, daß es richtig wäre, in ganz Deutschland dasselbe zu tun. Denn was einem Teil des deutschen Volkes nützlich ist, kann dem ganzen deutschen Volk nicht schaden.“⁴⁴

Es ist unübersehbar, daß nunmehr die konzeptionellen Zweideutigkeiten überwunden waren, die die Deutschlandpolitik der DDR im Jahre 1956 noch gekennzeichnet und die es den LDPD-Vertretern in Garmisch und Weimar ermöglicht hatten, die Schaffung eines kommunistischen Gesamtdeutschland auszuschließen und ausdrücklich bürgerlich-demokratische Verfassungsgrundsätze für den wieder-

⁴⁰ Ebenda, S. 99.

⁴¹ Ebenda, S. 26.

⁴² Ebenda, S. 29. Loch zitiert hier die Meinung eines Mitglieds des LDPD-Kreisvorstandes Leipzig-Land.

⁴³ Ebenda, S. 30.

⁴⁴ Ebenda, S. 90f.

vereinigten Staat zu akzeptieren. Auch wenn die politischen Festlegungen hinsichtlich der anzustrebenden Gesellschaftsordnung nicht ohne weiteres Aussagen zur Verfassungsordnung implizierten, legten die Ausführungen der führenden LDPD-Politiker doch den Schluß nahe, daß die DDR in *jeder* Hinsicht als Modell eines künftigen Gesamtdeutschlands gelten, das heißt die Funktion eines Kernstaates übernehmen sollte.

Diese Position war in ihrer Klarheit ein gutes Stück von den Aussagen des „Dokumentes der nationalen Verantwortung“ entfernt, das auf dem 6. Parteitag der LDPD im Juli 1955 verabschiedet worden war. Gekleidet in einen Wust nationaler Rhetorik, war hier noch emphatisch die „österreichische“ Lösung der deutschen Frage propagiert worden⁴⁵, was einerseits die Verpflichtung zur Blockfreiheit, andererseits aber auch eine bürgerlich-demokratische Verfassung Gesamtdeutschlands implizierte. Die LDPD vollzog allerdings nur die taktischen und strategischen Wendungen der Deutschlandpolitik der SED nach. Als sich der harte Ulbricht-Kurs auf dem 30. ZK-Plenum durchsetzte, mußte die LDPD ohne Abstriche auf ihn einschwenken, obwohl diese Konzeption wohl nicht einmal im Politbüro der SED unumstritten war⁴⁶. Das Transmissionssystem funktionierte auch im Bereich der formal unabhängigen Blockpartei LDPD perfekt, wobei sich auch hier der enge Zusammenhang zwischen deutschlandpolitischer Verhärtung und internen Restalinisierungstendenzen zeigte. Der Generalsekretär Manfred Gerlach, der in den Gesprächen mit der FDP die vorhandenen politischen Spielräume ausgiebig genutzt und bis zum Herbst 1956 Reformen eingeklagt hatte, übernahm nun die Aufgabe, die Parteitagsdelegierten auf die offensive Linie einzuschwören:

„Bei allem Wachstum auf ideologischem und organisatorischem Gebiet zeigt es sich, daß es doch auch Fragen gibt, die bei einigen unserer Mitglieder noch nicht recht klar sind. Das sind insbesondere solche Fragen, wie die Frage der führenden Rolle der Arbeiterklasse, wie der Charakter unseres demokratischen Staates und das Wesen der Bonner Politik, und nicht zuletzt Unklarheiten, die hier und dort über den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands bestehen. Aber wir müssen erkennen, daß wir solche ideologischen Schwankungen bei diesem oder jenem Mitglied unserer Partei nicht dulden dürfen; denn jede weiche Stelle gibt dem Gegner Ansatzpunkte für seine sogenannte Aufweichungspolitik. Wenn ehrliche und loyale Mitglieder unserer Partei falsche politische Auffassungen auch in Grundsatzfragen noch vertreten, so deshalb, weil wir es nur ungenügend verstanden haben, mit ihnen politisch zu arbeiten.“⁴⁷

Die für gedeihliche Beziehungen zwischen FDP und LDPD ohnehin schon miserable Konstellation verschlechterte sich noch weiter, als Adenauer und seine

⁴⁵ 6. Parteitag der LDPD, S. 104.

⁴⁶ Vgl. Jänicke, *Dritter Weg*, S. 80-85. Wahrscheinlich handelte es sich aber nur um graduelle Unterschiede; s. Schirdewan, *Fraktionsmacherei*; Wollweber, *Erinnerungen*.

⁴⁷ 7. Parteitag, S. 129.

Partei bei der Bundestagswahl am 15. September 1957 die absolute Mehrheit errangen und die FDP empfindliche Verluste einstecken mußte. Gerade in Nordrhein-Westfalen, wo die koalitions- und deutschlandpolitischen Experimente des Jahres 1956 initiiert worden waren, erlitt die FDP eine besonders herbe Niederlage. Für den Bundeswahlkampfleiter Döring, der diesen Kurs am vehementesten vertreten hatte, war dies ein harter Schlag⁴⁸. Eine Neuauflage der Initiativen von 1956 empfahl sich mithin auch nach der Bundestagswahl nicht, obwohl Döring von der prinzipiellen Richtigkeit seines damaligen Vorgehens nach wie vor überzeugt blieb⁴⁹.

Die weitgehende Zurückhaltung der Kontaktbefürworter in der FDP in den Monaten um den Jahreswechsel 1957/58 darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es deutschlandpolitisch in der FDP weiterhin gärte. Daß die Konföderationsvorschläge der DDR bei den liberalen „Plänemachern“ nicht ganz ohne Wirkung blieben, zeigte sich erstmals, als der Hamburger FDP-Wirtschaftssenator Ernst Plate unmittelbar nach der Bundestagswahl mit einem eigenen Konföderationsvorschlag hervortrat, der auf einen gesamtdeutschen Rat als Ländergremium zielte⁵⁰. Plate gehörte zu jenen Personen in der FDP, mit denen die LDPD wohl zuvor Kontakt aufgenommen hatte⁵¹. Ob allerdings Gespräche mit LDPD-Reisekadern auf seinen Konföderationsvorschlag einen entscheidenden Einfluß ausgeübt haben, ist fraglich. Wahrscheinlicher ist, daß Plate – ähnlich wie Rademacher ein Interessenvertreter der im DDR-Geschäft stark engagierten Hamburger Hafen- und Transportwirtschaft – hier seiner im eigenen beruflichen Betätigungsfeld erwachsenen gesamtdeutschen Einstellung Ausdruck verlieh⁵². Freilich stieß sein Vorschlag außerhalb der FDP weitgehend auf Ablehnung⁵³. Die öffentliche Resonanz seines Vorschlags blieb sehr begrenzt, die Auseinandersetzung über den Plan fand fast ausschließlich in der *Welt* statt⁵⁴; innerhalb der FDP hielt man sich bedeckt⁵⁵.

⁴⁸ Vgl. Schollwer, Aufzeichnungen 1957-61, S. 30.

⁴⁹ Das geht hervor aus einem Bericht von Werthmann über ein Gespräch mit Döring am 1.12.1958; ADL, LDPD 28688 (W, Z).

⁵⁰ Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3, S. 1628-1634.

⁵¹ ADL, LDPD 28819, Arbeitsplan vom 16.2.1957. Hier ist Plate unter den Personen aufgeführt, mit denen Gespräche aufgenommen werden sollten.

⁵² Plate hat nach dem Krieg als kommissarischer Senatsbeauftragter den Hamburger Hafen wieder aufgebaut. Von 1953 bis 1957 war er Senator für Wirtschaft und Verkehr (Munzinger-Archiv).

⁵³ Negativ äußerten sich der Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck (CDU), der Senatspräsident von Bremen, Wilhelm Kaisen (SPD), der Ministerpräsident von Niedersachsen, Heinrich Hellwege (DP), und der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (CDU), verhalten positiv der Ministerpräsident von Hessen, Georg-August Zinn (SPD); Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3, S. 1660-1665.

⁵⁴ Plates Vorschlag erschien in: *Die Welt* vom 21.9.1957, die in Anm. 53 erwähnten Stellungnahmen in: *Die Welt* vom 28.9.1957.

⁵⁵ Weder die FDP-Bundesvorstandsprotokolle noch die Erinnerungen von Mende (Neue Freiheit) und Schollwers Aufzeichnungen 1957-61 enthalten einen Hinweis auf eine Auseinandersetzung über Plates Initiative in den Gremien der Bundes-FDP.

Die Konföderationsvorschläge der DDR fielen allerdings nicht nur in Kreisen der Hamburger FDP auf fruchtbaren Boden, sondern vor allem auch im nordrhein-westfälischen Landesverband. Von dieser Seite wurden Diskussionen über die Konföderationsfrage und über direkte Verhandlungen mit Ost-Berlin bis in den Arbeitskreis Außenpolitik beim Bundesvorstand und in die Bundestagsfraktion hineingetragen⁵⁶. Diese neuerliche von den „Jungtürken“ ausgehende politische Unruhe führte zum offenen Konflikt mit dem Parteivorsitzenden Maier, der nicht bereit war, mit Adenauer einen zugespitzten deutschlandpolitischen Dauerkonflikt zu führen. Anfang Februar 1958 drohte er der Bundestagsfraktion, als Parteivorsitzender zurückzutreten, falls sie seiner auf Ausgleich mit der CDU bedachten Linie nicht folgen sollte⁵⁷. Zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung kam es dann in der Bundesvorstandssitzung am 1. März 1958, in der Maier ein politisches Grundsatzreferat hielt und offen zum Angriff gegen die „Düsseldorfer“ überging. Er hielt ihnen vor, mit der gegen Adenauer gerichteten Konfrontationsstrategie auf den Themenfeldern der Außen- und Deutschlandpolitik gescheitert zu sein; das zeigten die besonders schlechten Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen, wo der „Hauptvertreter der ganz massiven Angriffe gegen Adenauer“ (gemeint war Döring) kandidiert habe⁵⁸. Den deutschlandpolitischen „Dynamikern“, zu denen er die „Jugend“ und die „Alten mit den jungen, jugendlichen Herzen und Sinnen“ zählte – eine klare Anspielung auf die „Jungtürken“ und Dehler –, warf er vor, eine elitäre Politikkonzeption zu verfolgen, die nach dem Motto verfare: „Einige Leute mit Mumm, mit Bravour, auch mit Rednergabe, stoßen vor, verkünden die neue Linie ohne Rücksicht darauf, ob sie oder von wem sie gutgeheißen ist, und diese wenigen reißen die anderen mit.“⁵⁹ Er unterstellte den Befürwortern direkter Gespräche mit der DDR, daß sie, obwohl in der klaren Minderheit, die Absicht verfolgten, der Partei ihre Auffassungen aufzuzwingen, und erreichte eine förmliche „Feststellung“ des FDP-Führungsgremiums, „daß niemand im Bundesvorstand für Verhandlungen mit Pankow eintritt“⁶⁰.

Daß man im nordrhein-westfälischen Landesverband durchaus anders dachte, zeigte nur wenige Tage später eine ADN-Meldung, nach der sich der Landtagsabgeordnete Wolfram Dorn auf der Frühjahrmesse in Leipzig für „Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen“ ausgesprochen habe⁶¹. Obwohl Dorn nach seiner Rückkehr nach Düsseldorf umgehend dementierte, verdichteten sich durch solche Meldungen die Hinweise, daß bei der FDP Nordrhein-Westfalens „die Haltung gegenüber der kommunistischen Forderung eines Gesprächs mit Pankow

⁵⁶ Vgl. Schollwer, Aufzeichnungen 1957-1961, S. 41.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 342.

⁵⁹ Ebenda, S. 347.

⁶⁰ Ebenda, S. 355.

⁶¹ Privatunterlagen Dorn: DPA-Meldung vom 9.3.1958.

heute [...] weicher ist als in allen anderen Parteien der Bundesrepublik“, wie sich Fred Luchsinger in der *Neuen Zürcher Zeitung* vorsichtig ausdrückte⁶².

Trotz des Bestrebens von Reinhold Maier, die „Düsseldorfer Richtung“ zurückzudrängen und eine allzu große Polarisierung zwischen CDU und FDP zu vermeiden, waren die ersten Monate des Jahres 1958 außen- und deutschlandpolitisch sehr bewegt. Am späten Abend des 24. Januar 1958 kam es im Bundestag zur berühmten Abrechnung von Dehler und Heinemann mit Adenauers Deutschlandpolitik, die langanhaltende publizistische Nachwehen hervorrief und den Bundeskanzler nachhaltig in die Defensive brachte⁶³. Bezeichnend dafür, wieviel Kredit die Adenauer-sche Politik innerhalb der FDP inzwischen verloren hatte, war die Reaktion Wolfgang Schollwers, der noch vor Jahresfrist im großen und ganzen zu ihren Anhängern gehört hatte, jetzt aber der Position des Bundeskanzlers kaum noch etwas abzugewinnen vermochte. Die Rundfunkreplik Adenauers auf die Angriffe Dehlers und Heinemanns empfand Schollwer als „dürftig und schäbig zugleich“. Weiter schrieb er am 3. Februar 1958 in sein Tagebuch: „Was Adenauer will ist klar: Verzicht auf alle politischen Experimente, auch um den Preis einer endgültigen Teilung Deutschlands. Dabei sieht der 82jährige nicht, daß seine Atompolitik ein viel gefährlicheres Experiment ist als alle bisher veröffentlichten Deutschlandpläne zusammengenommen.“⁶⁴

Schollwer gab mit dieser Tagebuchnotiz etwas überpointiert die in der FDP-Führung vorherrschende Stimmung wieder: Über alle sonstigen Differenzen hinweg war man sich grundsätzlich in der Ablehnung von Adenauers Atomrüstungsplänen, wie sie sich spätestens nach der Pariser NATO-Konferenz im Dezember 1957 abzeichneten⁶⁵, einig. Zu diesem Thema meldete sich die FDP immer deutlicher zu Wort. Am 6. Januar 1958 verlangte Mende, die Bundesregierung müsse Moskau, das seine Bereitschaft bekundet hatte, seine Truppen aus den Ostblockstaaten abzuziehen, „beim Wort nehmen“. Sie sei gut beraten, wenn sie der Errichtung von amerikanischen Basen für Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik „aus militärischen und politischen Gründen“ die Zustimmung versage⁶⁶. Am 23. Januar sprach er sich im Namen der FDP vor dem Bundestag für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, also für den vom Ostblock ventilierten Plan des polnischen Außenministers Rapacki, als erste Stufe für weitere Entspannungsschritte aus⁶⁷.

Diese entschiedenen Äußerungen des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion ermunterten den LDPD-Vorsitzenden Loch zu einem offenen Brief an Reinhold Maier, in dem er seine Befriedigung darüber zum Ausdruck brachte, daß die LDPD und die FDP – wie sich auch bereits 1956 in Weimar gezeigt habe – „trotz

⁶² Neue Zürcher Zeitung vom 11.3.1958.

⁶³ Vgl. Schwarz, Adenauer 1952-1967, S. 406-415.

⁶⁴ Schollwer, Aufzeichnungen 1957-61, S. 40.

⁶⁵ Zur Entschiedenheit Adenauers in dieser Frage vgl. Schwarz, Adenauer 1952-67, S. 422f.

⁶⁶ Die Welt vom 7.1.1958, S. 2.

⁶⁷ BT Sten. Ber., Bd. 39, S. 308f.

grundlegender Unterschiede auf verschiedenen Gebieten, über die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens die gleiche Meinung haben“. Er betonte, „gemeinsame Schritte unserer Parteien zur Erhaltung und Sicherung des Friedens“ würden die „Zustimmung breiter Kreise des deutschen Volkes finden“, und verwies auf den Vorschlag Grotewohls, in beiden deutschen Staaten einen Volksentscheid über die Zugehörigkeit zu einer atomwaffenfreien Zone durchzuführen⁶⁸.

Reinhold Maier bestätigte in höflicher Form den Empfang des Briefes und teilte dem LDPD-Vorsitzenden mit, daß er das Schreiben in der nächsten Bundesvorstandssitzung vorlegen werde⁶⁹, was auch tatsächlich geschah. Es wurde beschlossen, den Brief in der folgenden Sitzung zu erörtern und diese Besprechung durch einen kleinen, aus Nowack, Will und Schollwer bestehenden Ausschuß vorbereiten zu lassen⁷⁰. Doch die Diskussion über den Loch-Brief kam am 1. März 1958, als im Vorstand die erwähnte Grundsatzdebatte geführt wurde, nicht zustande und wurde auch später nicht nachgeholt. Ganz offensichtlich hatte die Auseinandersetzung mit der LDPD zu diesem Zeitpunkt bestenfalls zweitrangige Bedeutung.

Es ist unübersehbar, daß auch unter jenen FDP-Politikern, die mutige deutschlandpolitische Initiativen befürworteten, das Interesse an der Blockpartei LDPD eher ab- als zunahm, wobei das Erscheinungsbild von deren „Westarbeit“ sicherlich einiges dazu beitrug. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang der Verlauf der Unterredung von Ungeheuer, Flach und Schollwer, alle drei Mitarbeiter der FDP-Bundespressestelle, mit Werner Schuchardt, dem Leiter der Pressestelle beim Zentralvorstand der LDPD, am 10. März 1958 in Bonn. Schollwer notierte hierzu:

„Schuchardt beteuerte ein übers andere mal, wie entschlossen die LDP-Führung hinter der Politik Ulbrichts stünde. Dennoch (oder gerade deswegen?) wünsche sie Verhandlungen mit der FDP. [...] Ungeheuer und Flach versuchten vergeblich zu ergründen, ob die LDP wenigstens noch einen einzigen bescheidenen eigenen Gedanken zur Deutschlandpolitik beizutragen hat. Fehlanzeige. Dieses Gespräch bekräftigte erneut meine Skepsis hinsichtlich weiterer Kontakte mit dieser SED-Satellitenpartei.“⁷¹

Die mit der Atomdebatte in Zusammenhang stehenden Fragen waren für die FDP schon für sich genommen politisch heikel genug. Eine zusätzliche Belastung durch fragwürdige deutsch-deutsche Brückenschläge verbot sich von selbst, zumal der politische Ertrag einer Wiederaufnahme der Kontakte zur LDPD nicht erkennbar war. Es kam hinzu, daß die Anhänger einer energischen Politik gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr schon bei weniger problematischen Initiativen auf den Widerstand Reinhold Maiers stießen. Zwar war Maiers Position in der Sache gar nicht weit von der ihren entfernt⁷², und mitunter war er in der politischen Polemik

⁶⁸ ADL, LDPD 31734, Loch an Maier vom 5.2.1958. Zum Grotewohl-Vorschlag vom 22.1.1958 s. Dokumente zur Deutschlandpolitik III/4, S. 195-199.

⁶⁹ Ebenda, Maier an Loch vom 17.2.1958.

⁷⁰ FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 340f.

⁷¹ Schollwer, Aufzeichnungen 1957-61, S. 43.

⁷² Vgl. Matz, Maier, S. 470f.

zu diesem Thema sogar bereit, deutliche Akzente zu setzen – man denke an seinen Debattenbeitrag in der Bundestagssitzung vom 20. März 1958, als er Franz-Josef Strauß einen „Reichkriegsminister“ nannte⁷³. Doch grundsätzlich wollte Maier vermeiden, daß die FDP in dieser Auseinandersetzung, die ohnehin mit einer starken politischen Polarisierung einherging, sich zu sehr exponierte. Als im Bundesvorstand am 28. Februar 1958 die Frage zur Diskussion stand, ob die FDP dem Ausschuß „Kampf dem Atomtod“ beitreten solle, wollte er dies davon abhängig machen, ob „weitere Kreise der Mitte beteiligt werden“⁷⁴. Später verzichtete der FDP-Bundesvorstand sogar darauf, die Mitarbeit zu empfehlen⁷⁵, und so kam es im Endeffekt nur zu individuellen Mitgliedschaften von einzelnen führenden FDP-Mitgliedern wie Dehler und Lüders. Auch hinsichtlich einer Volksbefragung über die Stationierung von Atomwaffen vermochte Maier die Partei auf seine ablehnende Linie festzulegen, obwohl die Stimmung zunächst eher in die andere Richtung tendierte⁷⁶.

Reinhold Maier gelang es zweifellos, anders als die bewegten Bundestagsdebatten zu den Fragen der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik auf den ersten Blick suggerierten, die „Dynamiker“ innerparteilich in die Defensive zu drängen⁷⁷, was auf die deutschlandpolitischen „Stürmer und Dränger“ demoralisierend wirkte. Diese Feststellung gilt jedoch weniger für den ohnehin anpassungsbereiten Mende und die selbstbewußten Weyer und Döring mit ihrer starken nordrhein-westfälischen Hausmacht als für Thomas Dehler, dem taktische Rücksichten überhaupt nicht lagen und der so zunehmend in eine isolierte Position geriet⁷⁸. Als Max Suhrbier ihn im Mai 1958 besuchte, um mit ihm eine „Ausprache über die politischen Tagesfragen“ zu führen, wirkte er auf ihn „nicht nur reserviert, sondern geradezu resigniert“. Dehler fragte den LDPD-Abgesandten, warum er sich nicht an Reinhold Maier oder Erich Mende wende. Diese seien über die Politik der Partei und ihre Absichten viel besser unterrichtet als er. Er sei zu Erklärungen darüber nicht befugt⁷⁹. Trotzdem entwickelte sich dann ein Gespräch, das von seiten Dehlers ausgesprochen offenherzig

⁷³ BT Sten. Ber., Bd. 40, S. 895. Matz, Maier, S. 469f., sieht in dem Ton dieser Rede eine Konzession an die Delegierten des folgenden FDP-Bundesparteitags in Düsseldorf.

⁷⁴ FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 340.

⁷⁵ Ebenda, S. 366.

⁷⁶ Zur Stimmung auf dem Ende März 1958 tagenden Düsseldorfer FDP-Parteitag s. Schollwer, Aufzeichnungen 1956-61, S. 46. In der Bundestagsfraktion gab es aber wohl auch weiterhin starke Kräfte, die dafür eintraten, mit der SPD abzustimmen; vgl. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 364, Anm. 7.

⁷⁷ Vgl. Klingl, Das ganze Deutschland, S. 316f. Dem Fazit Klingls für die innerparteilichen Entwicklungen im Jahr 1958, „weite Teile der FDP waren im Begriffe, sich mit den Realitäten abzufinden und das atlantisch-europäische Konzept des Kanzlers als einzig realistische und praktikable Alternative anzusehen“, ist allerdings nicht zuzustimmen. Wie die Vorgänge im folgenden Jahr zeigen, war das Einschwenken auf die zurückhaltende Maier-Linie bei vielen führenden Freidemokraten – wie ja letztlich beim Parteivorsitzenden selbst – hauptsächlich taktisch motiviert.

⁷⁸ Vgl. ebenda, S. 318f.

⁷⁹ ADL, LDPD 28685, Bericht von Suhrbier vom Mai 1958.

geführt wurde: Er sei der Meinung, die FDP hätte den Gesetzentwurf der SPD für eine Volksbefragung über die Atombewaffnung ruhig mittragen können. Zwar müsse man gegen Volksbefragungen und Volksentscheide grundsätzlich Bedenken haben, aber in diesem Fall wäre eine Ausnahme angebracht gewesen. Er sei nicht in Bonn gewesen, als die Fraktion hierzu ihre Entscheidung gefällt habe; die FDP-Führung habe das Problem wohl anders beurteilt als er⁸⁰. Für Dehler handelte es sich bei der Atombewaffnung offensichtlich um eine Schicksalsfrage, bei der er das prinzipielle Mißtrauen des alten Liberalen gegenüber Plebisziten hintanstellte⁸¹.

Suhrbier, der gemäß der allgemeinen politischen Zielsetzung der LDPD-„Westarbeit“, auf eine „Differenzierung“ in der FDP hinzuwirken, das Gespräch vorsichtig auf die Meinungsverschiedenheiten mit dem neuen Parteivorsitzenden lenkte, mußte sich von Dehler sagen lassen, daß Maier eine „andere Art habe, die Dinge anzufassen“. Unterschiede in den politischen Auffassungen seien daraus allerdings nicht unbedingt abzuleiten. Skeptisch äußerte er sich in diesem Zusammenhang darüber, ob ein energischeres Auftreten der FDP in Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik auf eine positive Resonanz bei ihren traditionellen und potentiellen Zielgruppen stoßen würde. Dehler verteidigte damit indirekt die gemäßigte „Stuttgarter Linie“⁸². Keinen Hehl machte er aus seiner „persönlichen Meinung“, daß man unter gewissen Umständen mit der DDR sprechen sollte, auch etwa über die Frage einer Konföderation. Vorangehen müßten allerdings Verhandlungen mit der UdSSR, aus denen sich dann die Notwendigkeit zu Aussprachen mit der DDR ergeben könnte. Dies decke sich mit der Auffassung des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan, der sich in Bonn gegenüber Vertretern der FDP-Führung in ähnlicher Form geäußert habe⁸³.

Das Gespräch zwischen Suhrbier und Dehler hatte einen politisch völlig unverbindlichen Charakter. Die LDPD rechnete sich in der damaligen Situation keine spektakulären Erfolge ihrer Kontakttätigkeit aus; das ist aus dem zurückhaltenden Gesprächsverhalten des Schweriner Bezirksverbandsvorsitzenden zu ersehen, der darauf verzichtete, die Frage der offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Parteien überhaupt anzusprechen. Es war dann auch ein recht mageres Ergebnis, das Suhrbier mit nach Hause brachte. Die für die LDPD erfreuliche Nachricht, daß auch Dehler direkte Verhandlungen mit der DDR für die Zukunft nicht ausschließe,

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Vgl. Klingl, *Das ganze Deutschland*, S. 318.

⁸² ADL, LDPD 28685, Bericht von Suhrbier vom Mai 1958.

⁸³ Während seines Bonn-Besuches traf Anastas Mikojan am 27.4.1948 mit Erich Mende, Walter Scheel, Wolfgang Döring, Hans-Wolfgang Rubin, Josef Ungeheuer und Ewald Bucher zusammen; vgl. Mende, *Neue Freiheit*, S. 409f. In der Bundesvorstandssitzung vom 1.3.1958 war Dehler noch von der umgekehrten Reihenfolge ausgegangen: „Erst die falsche Politik seit der Genfer Konferenz habe Gespräche mit Pankow notwendig gemacht, da mit dem Kreml erst Verhandlungen möglich seien, wenn man in der Fühlungnahme mit Pankow die Unmöglichkeit des Vorwärtkommens festgestellt habe“; vgl. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 353f.

wurde durch die gewonnene Erkenntnis relativiert, daß er auf Entscheidungen der Partei „keinen maßgeblichen Einfluß hat“⁸⁴. Außerdem hatte Dehler keinen Zweifel daran gelassen, daß auch für ihn Verhandlungen mit der sowjetischen Führung eindeutigen Vorrang hatten und deutsch-deutsche Gespräche diesen in jedem Fall nachgeordnet sein mußten. Auch ein Mann wie Dehler gestand der DDR im deutschlandpolitischen Prozeß keine eigenständige Rolle zu, ganz zu schweigen von der LDPD, deren Rolle er mit keinem einzigen Satz gewürdigt hatte. Es war unübersehbar, daß man meilenweit von der Situation des Sommers 1956 entfernt war, als sich beide Seiten Hoffnungen auf eine bahnbrechende Bedeutung ihrer Verbindung gemacht hatten.

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 6. Juli 1958 mußten die deutschlandpolitischen „Dynamiker“ in der FDP einen weiteren schweren Schlag einstecken. Die CDU gewann die absolute Mehrheit, und die FDP verlor zehn ihrer 25 Sitze. Es war nicht nur das Konzept Dörings, die Landtagswahl zu einem Plebiszit gegen die Atombewaffnung zu machen⁸⁵, gründlich gescheitert, sondern die gesamte „Düsseldorfer Linie“ in Frage gestellt, die darauf abzielte, mit der politischen Hinwendung zur SPD und einer klaren deutschlandpolitischen Konfliktstrategie gegenüber Adenauer neue Wählerschichten an sich zu binden und die Profilierung der FDP zu einer nationalen und liberalen Volkspartei⁸⁶ zu erreichen. Die außenpolitisch gemäßigte und gesellschaftspolitisch ostentativ bürgerliche „Stuttgarter Linie“ gewann durch diesen Wahlausgang weiter an Boden. Döring gab den Posten des Bundeswahlkampfleiters ab und zog sich aus der Bundesgeschäftsstelle zurück, war aber weit davon entfernt, politisch zu kapitulieren⁸⁷.

Auch auf Dörings prinzipielle Einstellung zu den LDPD-Kontakten hatten die seit 1956 erlittenen politischen Niederlagen keine entscheidende Wirkung. Am 1. Dezember 1958, wenige Tage nach dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows, empfing er seinen alten Gesprächspartner aus dem LDPD-Zentralvorstand, Harald Werthmann, der von der Parteileitung mit dem Auftrag nach Düsseldorf entsandt worden war, die innerparteiliche Situation und die zukünftige politische Orientierung in der FDP sowie die Chancen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen beiden Parteien zu sondieren⁸⁸. In einem Marathon-Gespräch, das von

⁸⁴ ADL, LDPD 28685, Bericht von Suhrbier über ein Gespräch mit Dehler vom Mai 1958.

⁸⁵ So seine Ausführungen in der Bundesvorstandssitzung am 18.4.1958; vgl. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 365.

⁸⁶ Vgl. Dorn/Wiedner, Freiheit, S. 139-146.

⁸⁷ Bei Dorn/Wiedner, ebenda, S. 115, ist zwar davon die Rede, „daß er von dem Wahlergebnis sehr betroffen war und zeitweilig resignierte“, aber hier handelte es sich um eine sehr temporäre Erscheinung. Schollwer spricht schon am Tag nach der Wahl von „einer relativ optimistischen Betrachtung“ Dörings; Aufzeichnungen 1956-1961, S. 52. Auf der Bundesvorstandssitzung vom 11.7.1958, wo das NRW-Landtagswahlergebnis diskutiert wurde, gab er sich trotzig. Er schloß seinen Redebeitrag mit den Worten: „Ich werde nicht kapitulieren!“; vgl. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 378.

⁸⁸ ADL, LDPD 28688, Bericht von Harald Werthmann vom 5.12.1958, S. 1.

18.30 Uhr bis 6.00 Uhr früh am nächsten Morgen dauerte und an dem sich auch Weyer, Scheel, der Landesgeschäftsführer und Döring-Vertraute Alfred Rieger und der FDP-Bundestagsabgeordnete Viktor Hoven beteiligten, nahmen die FDP-Vertreter kein Blatt vor den Mund. Unverhohlen machte Döring Reinhold Maier für die unklare politische Konzeption der FDP verantwortlich. Maier habe nicht gehalten, was er zum Zeitpunkt seines Amtsantritts versprochen habe. Neben den Ereignissen in Ungarn und den schlechten Wahlergebnissen seien seine Amtsführung und die daraus resultierenden kräfteverschleißenden innerparteilichen Kämpfe die wichtigste Ursache für die Untätigkeit der Kontaktbefürworter in der FDP gewesen. Man begegne Maier mittlerweile mit großem Mißtrauen, und es sei daher heute schon klar, daß er im Frühjahr 1959 nicht wieder zum Bundesvorsitzenden gewählt werden könne⁸⁹.

Auf die Frage Werthmanns, wie sich diese Vorgänge auf die Beziehungen innerhalb der „Gruppe der jungen Leute“ ausgewirkt hätten, betonte Döring – wohl etwas beschönigend –, nach wie vor bestehe ein klares politisches Einvernehmen und ein herzliches persönliches Verhältnis zwischen ihm, Scheel, Mende und Weyer, aber natürlich sei „es nicht jedermanns Sache, ständig im Trommelfeuer solcher politischer Ereignisse zu stehen und zu sehen, wie die Kameraden rechts und links fallen“. Scheel habe sich daher etwas aus dem Kreuzfeuer zurückgezogen, woraus man aber nicht auf eine Meinungsänderung schließen könne. Auf dem kommenden Landesparteitag werde das Problem der Wiedervereinigung im Zentrum der Debatte stehen und das nach wie vor gültige Kommuniqué des Weimarer Treffens eine wesentliche Rolle spielen. Noch im Dezember werde man im Bundesvorstand im Zusammenhang mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der innerparteilichen Situation auch die Frage der innerdeutschen Kontakte behandeln. Es komme darauf an, sich hier einen klaren Standpunkt zu erarbeiten, da nicht mehr allzuviel Zeit bleibe, wirksame gesamtdeutsche Gespräche zu führen. Es habe wenig Wert, die Einzelgespräche fortzusetzen, man müsse jetzt „eine Gruppe maßgeblicher Politiker zusammenstellen“⁹⁰.

Aus dem Wortlaut des Berichtes geht nicht eindeutig hervor, ob Döring hier noch FDP-LDPD-Gespräche im Auge hatte oder schon die Beteiligung von Vertretern anderer Parteien anvisierte, wie es wenige Monate später, unmittelbar vor der Genfer Außenministerkonferenz, geschah. Ganz offensichtlich agierte er aber, als handle es sich um eine Art Torschlusssituation, in der nur noch eine gesamtdeutsche Initiative die Option auf die Wiedervereinigung offenhalten könne. Der später hinzugekommene Weyer erklärte in diesem Sinne, daß „sowohl die Amerikaner als auch die Russen nicht ernsthaft daran denken, in [sic!] diesem Zeitpunkt Deutschland wieder zu vereinigen“. Da auch die SED nicht beabsichtige, wirklich etwas für die Wiedervereinigung zu tun, müsse die LDPD endlich eine eigene Politik betreiben⁹¹.

⁸⁹ Ebenda, S. 2.

⁹⁰ Ebenda, S. 3f.

⁹¹ Ebenda, S. 4f.

Es kann fast ausgeschlossen werden, daß Döring die Illusionen teilte, die sich Weyer hinsichtlich der Autonomie der LDPD noch machte. Während der überhaupt recht unkundig wirkende nordrhein-westfälische Landesvorsitzende zu vorgerückter Stunde weiter in diese Kerbe schlug⁹², gibt der Bericht von Werthmann keine einzige Bemerkung Dörings wieder, die in diese Richtung weisen würde. Trotzdem scheinen er und der noch skeptischere Scheel wohl der Meinung gewesen zu sein, daß es auf jeden Fall nicht schaden könne, wenn man auf Parteiebene die Dinge wieder ins Rollen brächte, denn zum Schluß entwarf man ein nahezu utopisches Stufenprogramm für künftige Gespräche: Noch im Dezember 1958 sollte ein weiteres inoffizielles Gespräch geführt werden. Mitte bis Ende Januar, wenn es als Folge des sowjetischen Berlin-Ultimeatums vom 27. November zwischen den Vier Mächten zu konkreten Abmachungen gekommen sei, sollte dieses Gespräch im größeren Kreis weitergeführt werden. Als dritter Schritt wurde eine Vereinbarung zu einem Redneraustausch auf Parteiebene anvisiert und als vierter eine Zusammenkunft von Loch und Mende, der zu diesem Zeitpunkt schon zum Parteivorsitzenden gewählt sei.

Von einer Verwirklichung dieses Fahrplans konnte allerdings nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Die Bundesvorstandssitzung im Dezember 1958, auf der nach den Vorstellungen Dörings die Frage der gesamtdeutschen Gespräche wieder auf den Tisch kommen sollte, nahm einen völlig anderen Verlauf. Nicht die „Düsseldorfer“ waren in der Zwischenzeit in die Offensive gegangen, sondern die „Stuttgarter“. Nachdem in der *Stuttgarter Zeitung* ein Bericht vom außerordentlichen Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Plettenberg erschienen war, in dem Döring mit den Worten zitiert wurde, die FDP sei keine „bürgerliche Partei“ und „ein in der SPD organisierter und für die Wiedervereinigung eintretender Arbeiter sei ihm lieber als jeder andere, der die Einheit stillschweigend abgeschrieben habe“, brach der Konflikt offen aus⁹³. Haußmann und Leuze schickten Döring ein Telegramm, in dem er aufgefordert wurde, „sich endlich in die allgemeine Linie der Gesamt-FDP einzuordnen“; gleichzeitig übergaben sie es der Presse⁹⁴. Das Döring-Zitat war zwar vom Korrespondenten der *Stuttgarter Zeitung* nicht ganz richtig wiedergegeben worden, der tatsächliche Ausspruch war aber in den Augen der

⁹² Ebenda, S. 9. Bezeichnend dafür, wie wenig Weyer mit der politischen Entwicklung der LDPD und den Problemen des FDP-LDPD-Verhältnisses vertraut war, sind auch andere Bemerkungen: Den Bezirksverbandsvorsitzenden von Cottbus, Hans-Joachim Heusinger, mit dem er zuvor ein Gespräch geführt hatte, nannte er als Beispiel dafür, daß sich in der LDPD nicht alle bis ins letzte dem Sozialismus verschrieben hätten (ebenda, S. 4). Außerdem gab er sich erstaunt, warum die FDP-Vertreter in Weimar dem Vorschlag der LDPD, den Redneraustausch auf der Ebene öffentlicher Einwohnerversammlungen (zu ergänzen: der Nationalen Front) durchzuführen, nicht zugestimmt hätten. Hier mußte Scheel eingreifen, um der offiziellen Position der FDP wieder Geltung zu verschaffen (ebenda, S. 7).

⁹³ *Stuttgarter Zeitung* vom 9.12.1958, zit. nach FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 402, Anm. 12.

⁹⁴ FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 402f., vor allem Anm. 13.

Baden-Württemberger kaum weniger anstößig; Reinhold Maier hielt ihn sogar für noch problematischer⁹⁵. Zwar konnte der Konflikt im Bundesvorstand mit Mühe und Not wieder beigelegt werden, aber an die Lancierung einer gesamtdeutschen Initiative von seiten des nordrhein-westfälischen Landesverbandes war in diesem Klima überhaupt nicht zu denken. Döring verzichtete sogar auf das für Ende Dezember vereinbarte Treffen mit den LDPD-Vertretern und entschuldigte sich später mit „innerparteilichen Schwierigkeiten“⁹⁶.

Die Sonderbeziehungen zur LDPD verloren schlagartig an Bedeutung, als sich nach der sowjetischen Deutschlandnote vom 10. Januar 1959 Viermächteverhandlungen abzeichneten, bei denen zu erwarten war, daß die Deutschlandfrage insgesamt aufgerollt werden würde. Nach einer ganztägigen Diskussion über die Note und den mit ihr verbundenen Friedensvertragsentwurf bildete die FDP-Bundestagsfraktion ein Arbeitsgremium „Deutschlandvertrag“ unter dem Vorsitz von Mende⁹⁷. Dieses formulierte den „Deutschlandplan der FDP“, bei dem es sich im wesentlichen um eine Zusammenfassung der von der FDP seit 1956 vertretenen deutschland- und sicherheitspolitischen Positionen handelte. Sicherheitspolitische Grundpfeiler des Plans waren die Schaffung einer militärisch ausgedünnten und atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und die Einbindung des wiedervereinigten Deutschland in ein europäisches Sicherheitssystem, dem in jedem Fall die Vier Mächte angehören sollten. Letztlich beruhte der Plan, wie alle seit Pfeleiderer in der FDP erarbeiteten Konzeptionen, auf der Vorstellung, man könne von der UdSSR die Wiedervereinigung unter bürgerlich-demokratischen Vorzeichen im Austausch gegen einen bündnispolitischen Status erhalten, der im Lichte der sicherheitspolitischen Interessen der UdSSR einer Neutralität äquivalent war. Im Unterschied zum Mende-Plan von 1956 war allerdings von einer fortdauernden Teilbesetzung Deutschlands westlich des Rheins und östlich der Oder nicht mehr die Rede. Als wesentliches neues Element enthielt der Deutschlandplan von 1959 das Konzept der Auftragsverhandlungen. Die Kommission der Bundestagsfraktion ging davon aus, daß Verhandlungen mit der DDR zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit unvermeidlich waren. Hierzu sollte ein Auftrag der Vier Mächte ergehen, womit nach der Vorstellung der FDP das Problem der Anerkennung der DDR umgangen worden wäre.

⁹⁵ Ebenda, S. 404. Der Ausspruch Dörings lautete: „Hier wurde ein Wort ausgesprochen, das mich erschüttert hat. Sie haben gesagt: Bürgerlich ist für mich alles, was nicht SPD ist. Glauben Sie, daß diese Formel im Jahre 1958 in einem gespaltenen Deutschland eine tragfähige politische Basis für uns sein kann? Ich sage Ihnen eines: Jeder sozialdemokratische Arbeiter, der mit uns gemeinsam für die deutsche Einheit kämpft, ist mir tausendmal lieber als ein bürgerlicher Separatist“; zit. nach Dorn/Wiedner, Freiheit, S. 117f., kleine Abweichungen zur Wiedergabe des Zitats in der Vorstandssitzung durch Döring selbst in: FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 403.

⁹⁶ ADL, LDPD 28688, Bericht von Werthmann vom 30.6.1961, S. 1.

⁹⁷ Vgl. fdk vom 14.1.1959; hiernach gehörten dem Gremium die Abgeordneten Dehler, Lüders, Döring, Bucher, Mischnick sowie Flach und Ungeheuer als Berater an. Mende spricht auch von der Mitarbeit der ehemaligen Botschafter Rudolf Rahn und Gustav-Adolf Sonnenhol sowie von Max Becker, Wolfgang Schollwer und Hans-Dietrich Genscher; vgl. Mende, Neue Freiheit, S. 420.

Der Plan wurde zunächst nur als „Ausgangspunkt für interfraktionale Beratungen“ betrachtet und war nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Die Mehrheit der FDP-Bundestagsfraktion steuerte in den deutschlandpolitischen Grundfragen eine Einigung mit der SPD und der CDU an. Am 17. Februar 1959 einigte sich Mende mit Krone und Ollenhauer darauf, eine Bundestagsdebatte zur Deutschlandpolitik und damit das Risiko einer politischen Polarisierung zunächst zu vermeiden. Durch ein behutsames Vorgehen – so der Hintergedanke der Fraktionsspitzen von FDP und SPD – wollte man jenen Kräften innerhalb der CDU den Rücken stärken, die zu einem deutschlandpolitischen Dialog mit der Opposition bereit waren⁹⁸. Gewisse Signale aus der CDU verstärkten bei maßgebenden FDP-Politikern die Hoffnung, daß es tatsächlich zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik aller Bundestagsfraktionen kommen könne. So konstatierte Achenbach nach dem „Deutsch-Englischen Gespräch“ am 16. März 1959, die Union sei im Begriffe, „ihre Positionen zu räumen“⁹⁹. Auch nach der Veröffentlichung des FDP-Planes blieben die Signale aus der CDU im ganzen verhalten positiv. Als der Plan am 8. April 1959 im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages behandelt wurde, konnte laut Mende eine „weitgehende Übereinstimmung“ zwischen Unions- und FDP-Abgeordneten festgestellt werden¹⁰⁰.

Wolfgang Döring gehörte wahrhaftig nicht zu jenen FDP-Politikern, die ein deutschlandpolitisches Einvernehmen mit der Union deshalb anstrebten, weil sie, nach den Worten Schollwers, die „Kompaßnadel“ des „FDP-Schiffchens wieder in Richtung CDU/FDP-Koalition gestellt“ hatten. Doch neigte er auf dem Feld der Deutschlandpolitik dazu, auf der Grundlage äußerst optimistischer Annahmen zu operieren. Zwar hielt Döring eine Lösung der Deutschlandfrage unter der damaligen Regierung für unmöglich¹⁰¹, und seine Gegnerschaft zu Adenauer war ungebrochen – gerade hatte er ihn auf der Landestagung der nordrhein-westfälischen Jungdemokraten den „Reichsverderber Nr. 2“ genannt¹⁰² –, aber auch er konnte die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß eine deutschlandpolitische Initiative, die nur von den Oppositionsparteien getragen worden wäre, mit großer Wahrscheinlichkeit zur politischen Wirkungslosigkeit verdammt war.

Den Bemühungen um eine gemeinsame Deutschlandpolitik aller Bundestagsparteien, die letztlich auf so etwas wie eine konzertierte Aktion der offenen und versteckten Gegner der Adenauerschen Deutschlandpolitik aller Fraktionen hinauslaufen

⁹⁸ Nach Schollwer, Aufzeichnungen 1956–61, S. 71, äußerte Ollenhauer gegenüber Mende die Befürchtung, daß eine außenpolitische Debatte die „Scharfmacher in der CDU“ dazu veranlassen könnte, „eine Resolution einzubringen, die alle schwankenden Abgeordneten der Union wieder ‚in das Gehege Adenauers‘ treibt“. Das entsprach ungefähr der Mehrheitsmeinung in der FDP-Fraktion; ebenda.

⁹⁹ Ebenda, S. 76.

¹⁰⁰ Zit. nach Klingl, Das ganze Deutschland, S. 324.

¹⁰¹ Vgl. Schollwer, Aufzeichnungen 1956–61, S. 75f.

¹⁰² Ebenda, S. 76.

sollte¹⁰³, steuerte Döring ein deutsch-deutsches „Husarenstückchen“ bei, das seine Aktivitäten von 1956 noch deutlich in den Schatten stellte. Über den ehemaligen nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten der KPD und damaligen Leiter der Westabteilung des Nationalrates der Nationalen Front, Walter Vesper, ließ er die SED wissen, daß er eine Unterredung mit Hermann Matern oder einem anderen Politbüromitglied wünsche. Eine Aussprache auf dieser Ebene hielt die SED nicht für angemessen und beauftragte den außenpolitischen Berater Ulbrichts, Gerhard Kegel, die Gespräche mit Döring zu führen¹⁰⁴. Damit war die Unterredung zwar in „protokollarischer“ Hinsicht auf eine sehr viel niedrigere Ebene gelegt worden – Kegel war formal nur hauptamtlicher Mitarbeiter im ZK-Apparat –, tatsächlich zeigte seine Beauftragung aber, daß man in der SED dem Vorstoß Dörings ein nicht unerhebliches politisches Gewicht zumaß. Schließlich war Kegel zu dieser Zeit schon eine Art „graue Eminenz“ der DDR-Außen- und Deutschlandpolitik, die nicht nur über einen direkten Draht zu Ulbricht, sondern auch nach Moskau verfügte¹⁰⁵.

Am 2. April 1959 trafen sich Kegel, Vesper und Döring im Haus des Nationalrates in Ost-Berlin und diskutierten zunächst den Deutschlandplan der FDP. Bemerkenswerterweise machte Döring dabei kaum Anstrengungen, das Konzept der Auftragsverhandlungen zu verteidigen. Es wurde hier schon deutlich, was er in einem späteren Gespräch explizit aussprach, daß für ihn die Forderung nach einem Viermächteauftrag für deutsch-deutsche Verhandlungen hauptsächlich taktische Gründe hatte. Hiermit wolle „die FDP den anderen Parteien eine Brücke bauen“¹⁰⁶, sagte er laut Protokoll, wobei er nur die CDU gemeint haben kann, denn die SPD war in diesem Punkt mit ihrem Deutschlandplan noch wesentlich weiter gegangen. Unnachgiebig blieb Döring dagegen bei der im Deutschlandplan der FDP vorgesehenen festen Koppelung eines genau definierten und zeitlich festgelegten Wiedervereinigungsfahrplans mit der Friedensvertragsregelung. Die Unterzeichnung eines Friedensvertrages durch beide deutsche Staaten komme nicht in Frage, weil damit das Risiko einer endgültigen Spaltung geschaffen werde¹⁰⁷.

Nach einer längeren Diskussion deutschlandpolitischer Fragen, bei der beide Seiten offensichtlich nur die jeweils offizielle Position darlegten¹⁰⁸, brachte Döring

¹⁰³ Zu den CDU-Abgeordneten, die seit Anfang 1958 bereit waren, „sich von der Opposition umarmen zu lassen“, und insbesondere zur Rolle von Gerstenmaier s. Schwarz, Adenauer 1952-67, S. 414f.

¹⁰⁴ ZPA, NL 182/1305, Bl. 195, Bericht von Walter Vesper und Gerhard Kegel vom 3.4.1959, S. 1.

¹⁰⁵ Kegel war von 1935 bis 1941 in der deutschen Botschaft in Warschau und danach auch im Auswärtigen Amt tätig und gleichzeitig Agent des sowjetischen Geheimdienstes. Vgl. seine Autobiographie: In den Stürmen unseres Jahrhunderts. Ein deutscher Kommunist über sein ungewöhnliches Leben, Berlin (Ost) 1983. Zu seiner Rolle in der DDR: Interview mit Hans Voß am 21.1.1991; Interview mit Hermann von Berg am 14.11.1990; Round-table-Gespräch am 28.10.1991.

¹⁰⁶ ZPA, NL 182/1305, Bl. 170, Bericht von Walter Vesper und Gerhard Kegel über das Gespräch mit Döring am 25.4.1959, S. 5.

¹⁰⁷ ZPA, NL 182/1305, Bl. 197, Bericht von Walter Vesper und Gerhard Kegel vom 3.4.1959, S. 3.

¹⁰⁸ Ebenda. Der vorliegende Bericht handelt diese Erörterung mit einem einzigen Satz ab, was darauf schließen läßt, daß hier nichts Entscheidendes gesagt wurde.

sein eigentliches Anliegen zur Sprache. Da sich die Gefahr abzeichne, daß die Großmächte sich im Sinne einer dauerhaften Spaltung Deutschlands einigten und auch die Adenauer-Regierung in die gleiche Richtung wirke, wolle er in Absprache mit Mende und Weyer sondieren, ob – so der Wortlaut des Berichts – „es genügend Gemeinsamkeiten und Ansatzpunkte für ein gemeinsames Auftreten von Parlamentariern beider deutscher Staaten vor der Genfer Außenministerkonferenz und zur Beeinflussung dieser Konferenz gebe“. Auch „Persönlichkeiten der SPD“ seien informiert und stünden dem Gedanken positiv gegenüber; er deutete dabei an, daß er sich in dieser Sache mit Herbert Wehner abgesprochen hatte¹⁰⁹. Döring wollte von jeder Seite etwa neun Abgeordnete „von politischem Gewicht“ beteiligt sehen, wobei sich die westdeutsche Abordnung aus je drei FDP-, SPD- und CDU-Abgeordneten zusammensetzen sollte. Er wolle versuchen, einige namhafte Abgeordnete der Union für den Plan zu gewinnen.

Die SED-Vertreter zeigten sich an dem Vorschlag Dörings sehr interessiert. Man einigte sich auf eine Reihe von Themen für die Gespräche der beiden Abgeordneten-delegationen:

1. Keine atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik und der DDR und Schaffung einer atomwaffenfreien Zone;
2. Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt. Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, an dem die Vier Mächte beteiligt sind;
3. Schaffung einer militärisch ausgedünnten Zone in Europa, insbesondere in Deutschland, und Abzug der in Deutschland befindlichen Truppen in einem Zuge oder in bestimmten Etappen;
4. Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages;
5. Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über ihre allmähliche Zusammenführung und eine Konföderation¹¹⁰.

Es ist unübersehbar, daß Döring sich mit seiner Zustimmung zu diesem Themenkatalog schon aufs politische Glatteis begeben hatte, denn durch die Trennung der Punkte war die Entkoppelung der einzelnen Bestandteile des Wiedervereinigungsprogramms, gegen die er sich zuvor so vehement gesträubt hatte, implizit schon gegeben. Der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und der Abzug der alliierten Truppen konnten gerade aus der damaligen Sicht der FDP niemals losgelöst vom Ziel der Wiedervereinigung durch freie Wahlen diskutiert werden. Daß Döring trotzdem behauptete, hinsichtlich der drei ersten Punkte werde es „kaum Meinungsverschiedenheiten“ geben¹¹¹, läßt sich nur damit erklären, daß es ihm zunächst vor allem darauf ankam, die SED für die Initiative zu interessieren. Döring versprach, die Angelegenheit mit

¹⁰⁹ Ebenda, S. 3f.

¹¹⁰ Ebenda, S. 4f.

¹¹¹ Ebenda, S. 5.

führenden Sozialdemokraten und einigen CDU-Abgeordneten zu besprechen, und man verabredete ein weiteres Treffen für die Zeit unmittelbar nach dem 20. April 1959¹¹².

Kegel beurteilte Dörings Initiative mit Skepsis: „Was er wirklich hinter sich hat und ob er die ernsthafte Absicht und vor allem die Kraft hat, seine Vorschläge [...] zu realisieren, ist schwer zu übersehen“, schrieb er als Fazit in seinen Bericht. Wenn der Plan allerdings zu verwirklichen wäre, so sei dies geeignet, „die Stellung der Bonner Regierung und der Bonner Vertretung in Genf schwer [zu] erschüttern und ihre Behauptung, für ganz Deutschland zu sprechen, schlagend [zu] widerlegen“. Selbst wenn nur eine ganz allgemeine gemeinsame Erklärung der beiden Abgeordnetengruppen zustande käme, wäre das „ein Schritt vorwärts und ein Schlag gegen das Adenauer-Regime und seine Politik“. Die Weiterverfolgung der Angelegenheit sei daher zu empfehlen.

Mit dem Vorstoß nach Ost-Berlin hatte sich Döring aber offensichtlich schwer übernommen. In seiner eigenen Partei gab es keine größeren Schwierigkeiten; hier waren Mende, Dehler und Achenbach zu einer Teilnahme am geplanten Treffen in Genf bereit. Auch Wehner unterstützte das Vorhaben nach wie vor, so jedenfalls berichtete Döring Vesper und Kegel beim nächsten Treffen am 25. April 1959 in Ost-Berlin. Aber darüber hinaus hatte er den SED-Unterhändlern wenig Substantielles zu bieten. Unverbindlich deutete er an, daß Wehner voraussichtlich selbst nach Genf kommen werde und man eventuell sogar Ollenhauer für eine Teilnahme gewinnen könne; weiter habe er an Fritz Erler, Carlo Schmid und Gustav Heinemann gedacht. Noch magerer war – wie vorhersehbar – das Ergebnis hinsichtlich der CDU. Hier berichtete Döring von einem Gespräch mit Gerstenmaier, „ohne dessen Rückendeckung kein namhafter CDU-Abgeordneter es wagen würde, an einem solchen Zusammentreffen [...] teilzunehmen“. Dieser habe zwar „Bedenken geäußert, aber noch nicht abgelehnt“. Als Teilnehmer kämen Johann Baptist Gradl oder Ernst Majonica in Frage¹¹³.

Diesmal schätzte Kegel die Vorstellungen von Döring als „reichlich phantastisch“ ein. Er gewann die Überzeugung, daß außer bei der FDP „nach wie vor alles völlig in der Luft“ hänge, und mutmaßte, Döring sei „entweder politisch sehr naiv“ oder darauf aus, die DDR-Seite „in Genf in eine Falle zu locken“¹¹⁴. Kegel bestand daher auf einer vorgeschalteten Aussprache der vorgesehenen Teilnehmer oder eines Teils von ihnen über Inhalt, Charakter und Verlauf des Genfer Zusammentreffens, damit ein positives Ergebnis in jedem Fall sichergestellt sei. Döring war zum Erstaunen der SED-Vertreter mit diesem Fahrplan einverstanden. Das Treffen wurde für den 4. oder 5. Mai in Ost-Berlin vereinbart, und Döring verpflichtete sich, bis Ende April die Namen der Teilnehmer zu übermitteln¹¹⁵.

¹¹² Ebenda, S. 7.

¹¹³ ZPA, NL 182/1305, Bl. 166-172, Bericht von Vesper und Kegel vom 27.4.1959.

¹¹⁴ Ebenda, S. 6.

¹¹⁵ Ebenda, S. 5.

Diese Zusage war reichlich kühn und wäre selbst dann kaum zu realisieren gewesen, wenn sich die Position der CDU nicht Ende April 1959 beträchtlich verhärtet hätte. Nachdem Gerstenmaier damit gescheitert war, seine eigene Partei für eine von der FDP stammende gemeinsame Entschließung aller Bundestagsparteien zur Genfer Außenministerkonferenz zu gewinnen, in der die Vier Mächte gebeten wurden, Bonn und Ost-Berlin den Auftrag für deutsch-deutsche Wiedervereinigungsverhandlungen zu erteilen¹¹⁶, war an eine Teilnahme von CDU-Abgeordneten an Dörings Unternehmung überhaupt nicht mehr zu denken. Ohne die CDU war aber auch die Mitwirkung der SPD problematisch geworden, da sie sehr viel schwerwiegendere Berührungsprobleme mit der SED hatte als die FDP und sich nach der Veröffentlichung ihres Deutschlandplanes ohnehin des Vorwurfs des „Appeasements“ zu erwehren hatte¹¹⁷. Wehner, in dessen politisches Konzept Dörings Initiative eigentlich gut paßte, war infolge dieser Situation innerparteilich in der Defensive und offensichtlich nicht in der Lage, ein stärkeres Engagement der SPD zu erwirken¹¹⁸.

Das ehrgeizige FDP-Konzept einer deutschlandpolitischen Initiative aller Bundestagsparteien, die an den eigenen Deutschlandplan anknüpfen sollte, scheiterte letztlich an Adenauer, der im Vorfeld der Genfer Außenministerkonferenz eine strikte Status-quo-Politik verfolgte¹¹⁹ und schließlich auch den westlichen Verhandlungsvorschlag, den sogenannten *Herter-Plan*, der ja ebenfalls Auftragsverhandlungen vorsah, nur mit allergrößtem Widerwillen schluckte¹²⁰. Die Vorstellung, mit der CDU oder Teilen von ihr eine Politik machen zu können, die in einem grundsätzlichen Widerspruch zur Marschrichtung Adenauers stand, war wohl von vornherein illusionär. Ebenso illusionär waren allerdings Hoffnungen, die SED-Führung für eine gemeinsame Initiative gewinnen zu können, die geeignet gewesen wäre, die Verhandlungen in Genf im Sinne der freidemokratischen Wiedervereinigungspolitik zu beeinflussen. Unmißverständlich hatte Kegel Döring beim zweiten Treffen darauf hingewiesen, daß die SED ein Junktim zwischen Fragen der Entspannung und der Wiedervereinigung sowie Auftragsverhandlungen strikt ablehne¹²¹. Hiermit waren

¹¹⁶ Vgl. Schollwer, Aufzeichnungen 1956-61, S. 80-83. Der Text der in der fdk vom 5.5.1959, S. 4-6, veröffentlichten Resolution der FDP-Fraktion entspricht praktisch dem FDP-Entwurf für die gemeinsame Entschließung; vgl. ebenda, S. 82.

¹¹⁷ Der Bonn-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Fred Luchsinger, erinnerte in diesem Zusammenhang sogar an Prag 1948; s. Fernausgabe Nr. 82 vom 24.3.1959, S. 1. Die Union bezeichnete das im SPD-Plan enthaltene Konföderationskonzept als „Mittel zur Bolschewisierung ganz Deutschlands“; ebenda.

¹¹⁸ Vgl. hierzu Freudenhammer/Vater, Wehner, S. 196-201.

¹¹⁹ Vgl. Schwarz, Adenauer 1952-67, S. 550-555. Gegenüber dem Vorstand der CDU/CSU-Fraktion äußerte sich Adenauer am 16.3.1959 laut Krone, Aufzeichnungen, S. 152, folgendermaßen: „Wenn wir den Status quo für Berlin und die Zone behalten, haben wir für heute so gut wie alles erreicht. Wiedervereinigung – wer weiß wann!“

¹²⁰ Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 399; Krone, Aufzeichnungen, S. 153.

¹²¹ ZPA, NL 182/1305, Bl. 166-172, Bericht von Kegel und Vesper vom 27.4.1959, S. 4.

aber zwei der Hauptangelpunkte des Deutschlandplans der FDP berührt; eine Überbrückung der Gegensätze war auch hier undenkbar.

Nachdem Döring mit seinem politischen Spagat zwischen Gerstenmaier und Ulbricht gescheitert war, blieb den FDP-Strategen nichts anderes übrig, als die Initiative in bescheidenerer Form alleine weiterzuführen. Mende, Achenbach, Dehler, Döring und Ungeheuer reisten als Beobachterdelegation nach Genf und nahmen dort mit Wissen von Bundesaußenminister von Brentano Kontakt mit der DDR-Delegation auf, insbesondere mit dem Staatssekretär im DDR-Justizministerium und Ost-CDU-Mitglied Heinrich Töplitz und mit Gerhard Kegel, der für seine Teilnahme in Genf mit dem Titel eines Gesandten ausgestattet worden war. Zunächst bemühten sich die FDP-Politiker in erster Linie um eine Verbesserung der Atmosphäre zwischen den beiden offiziellen deutschen Delegationen. Als Verbindungsmann zu Brentano diente der FDP-Delegation der Adenauer-kritische Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amts, Georg Ferdinand Duckwitz¹²². Immerhin gelang den FDP-Emissären das Kunststück, ein Geheimgespräch mit dem DDR-Außenminister Lothar Bolz zu vereinbaren, das dann allerdings – angeblich wegen eines Vetos des sowjetischen Außenministers Gromyko – nicht zustande kam.

Bemerkenswerterweise spielte die LDPD bei den deutsch-deutschen Kontakten im Umfeld der Genfer Außenministerkonferenz praktisch keine Rolle. Döring hatte bei seinem ersten Treffen mit Kegel und Vesper am 2. April 1959 in Ost-Berlin von sich aus darum gebeten, die anderen Blockparteien vorerst nicht zu informieren – angeblich, weil die Bundesregierung über Besprechungen im Block „gewöhnlich recht genau informiert“ werde¹²³. Doch als absehbar wurde, daß es in Genf lediglich zu Aktivitäten einer hochrangig besetzten FDP-Delegation kommen würde, wäre es eigentlich naheliegend gewesen, namhafte Vertreter der LDPD in die offizielle Delegation oder wenigstens in die Abordnung des Nationalrates aufzunehmen. Beides unterblieb, was den LDPD-Generalsekretär Gerlach zu einem ungewöhnlich deutlich formulierten Protestschreiben an den Vizepräsidenten des Nationalrates, Horst Brasch, veranlaßte¹²⁴. Als Döring in Genf gegenüber der DDR-Delegation ausdrücklich den Wunsch äußerte, auch mit LDPD-Vertretern sprechen zu können, wurde er mit der Bemerkung abgefertigt, das sei nicht nötig, schließlich seien die DDR-Vertreter alle der gleichen Auffassung¹²⁵. Offensichtlich war der SED in Genf

¹²² Vgl. Mende, *Neue Freiheit*, S. 432. Zu den Differenzen zwischen Duckwitz und Adenauer s. Grewe, *Rückblenden*, S. 400; Schwarz, *Adenauer 1952-67*, S. 499.

¹²³ ZPA, NL 182/1305, Bl. 195-202, Bericht von Kegel und Vesper vom 3.4.1956, S. 7.

¹²⁴ ADL, LDPD 28707, Gerlach an Brasch vom 11.6.1959. Brasch nannte in seinem Antwortschreiben vier drittrangige LDPD-Politiker, die für die Nationalratsdelegationen vorgesehen waren, aber angeblich wegen Problemen bei der Erteilung der Visa zuhause bleiben mußten: Eugen Frey (Mitglied des LDPD-Bezirksvorstands Cottbus), Günter Jähne (Abgeordneter des Bezirkstags Dresden), Otto Krauss (Volkskammerabgeordneter aus Erfurt), Walter Nörneberg (Kreistagsabgeordneter aus Querfurt); ebenda, Brasch an Gerlach vom 12.6.1959.

¹²⁵ ADL, LDPD 28688, Gesprächsbericht von Werthmann vom 30.6.1961.

an einer demonstrativen Herausstellung der FDP-LDPD-Verbindung nicht gelegen, bei der es fast zwangsläufig zu einer Neuauflage der Weimarer Probleme gekommen wäre: zur „Aufwertung“ der LDPD und der „bürgerlichen“ Schiene in den deutsch-deutschen Beziehungen.

Die SED zog es vor, die LDPD auf der Ebene der persönlichen Einzelgespräche mit maßgeblichen FDP-Politikern agieren zu lassen. Der Versuch zur Beeinflussung im Sinne der DDR-Deutschlandpolitik war hier mit geringen politischen Risiken verbunden. Vor allem Thomas Dehler, den man offensichtlich nach wie vor zu den einflußreichsten der ansprechbaren FDP-Politiker zählte, wurde regelmäßig von Reisekadern aus der LDPD-Führung aufgesucht. Am 3. April 1959, also noch vor der Genfer Konferenz, war Suhrbier wieder bei ihm. Wie schon bei den Döring-Kegel-Kontakten ging es der DDR hier darum, die Entkoppelung von Friedensvertrag und Wiedervereinigung zu propagieren. Aber Dehler rückte keinen Millimeter von diesem Prinzip des FDP-Deutschlandplanes ab, so daß Suhrbier zu dem resignativen Schluß kam, daß weitere Gespräche mit ihm „wenig aussichtsreich“ seien¹²⁶.

Besonders ausgeprägt waren bei Dehler allerdings Hoffnungen hinsichtlich der Ergiebigkeit deutsch-deutscher Verhandlungen. Auf die Gespräche zwischen den Deutschen, meinte er, käme es entscheidend an. Sie müßten darüber verhandeln, wie die Verhältnisse in Deutschland geordnet werden sollten. Man müsse sich darüber verständigen – so die erstaunliche Aussage des entschiedenen Antisozialisten Dehler –, daß für das Gebiet der DDR die Bodenreform und die volkseigene Wirtschaft beibehalten werden. Nach der Wiedervereinigung müsse es dann zu einem Wettbewerb zwischen den beiden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen kommen, bei dem sich erweisen würde, welche die bessere sei¹²⁷. Dies entsprach ziemlich genau der Aussage, die Scheel 1956 in Weimar gemacht hatte. Damals konnten die LDPD-Vertreter diese Auffassung ohne Widerspruch hinnehmen, jetzt aber erklärte Suhrbier im Einklang mit der offiziellen DDR-Position, daß eine Wiedervereinigung in einem Zuge wegen der unterschiedlichen Strukturen der beiden Staaten scheitern und daher schrittweise über eine Konföderation vollzogen werden müsse¹²⁸.

Selbstverständlich schwang in Dehlers Worten die Zuversicht mit, daß sich die privatwirtschaftlichen Strukturen letztlich durchsetzen würden, während die DDR-Konzeption der Tatsache Rechnung trug, daß die soziale und wirtschaftliche Ordnung im Osten in der freien Systemkonkurrenz im Rahmen eines bürgerlich-demokratischen Staates nicht bestehen konnte. Die gesellschaftspolitischen Implikationen der jeweiligen Position kamen aber in den FDP-LDPD-Gesprächen kaum zur Sprache. Man konzentrierte sich auf das Verbindende. Daß die FDP ihre versöhnliche Haltung in der Deutschlandpolitik mit einer kompromißlos antisozialistischen Position verband – man denke an ihre Bemühungen, den Sozialisierungsartikel des

¹²⁶ ADL, LDPD 28685, Bericht von Suhrbier vom 8.4.1959, S. 14f.

¹²⁷ Ebenda, S. 11f.

¹²⁸ Ebenda, S. 9.

Grundgesetzes zu beseitigen¹²⁹ –, wurde im Kontaktgeschäft tunlichst ausgeklammert. Auf der anderen Seite charakterisiert es die deutsch-deutschen Beziehungen in der Phase des kalten Krieges, daß gerade die Abwesenheit jeglicher gesellschafts-politischer Berührungspunkte mit der SED eine wichtige Voraussetzung für die mutige Kontaktpolitik der FDP war, die ja immer sehr viel unbekümmerter agierte als die SPD.

Es ist ganz offensichtlich, daß bei den Befürwortern der Kontaktpolitik in der FDP das Vertrauen in die Lebendigkeit des Nationalgefühls bei den DDR-Verantwortlichen eine gewisse Rolle spielte. Dies entsprach ihrer eigenen „nationalen“ Grundhaltung. Bezeichnenderweise war es beim Treffen mit Kegel und Vesper eines der Hauptanliegen Dörings gewesen festzustellen, „ob es trotz [...] ideologischer Unterschiede noch gemeinsame nationale Interessen gäbe“¹³⁰. Auch die offiziellen FDP-Erklärungen zur Genfer Außenministerkonferenz lassen diese Hoffnungen erkennen; nicht die Politik der Vier Mächte, sondern die deutsch-deutsche Annäherung wird hier eindeutig als Motor der Wiedervereinigung begriffen¹³¹. Dehler betonte gegenüber Suhrbier, die Deutschen aus Ost und West könnten gar nicht genug miteinander reden¹³². Diese Auffassung führte dazu, daß Dehler und FDP-Pressechef Ungeheuer in Genf auch dann noch weiter agierten, als die FDP-Beobachterdelegation mit ihren gesamtdeutschen Bemühungen schon gescheitert war.

Am 9. Juni trafen sich Dehler und Ungeheuer mit der in Genf anwesenden Nationalrats-Delegation. Die Begegnung war von dem ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Hermann Schwann arrangiert worden. Von westdeutscher Seite nahmen außerdem der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller, der Sozialdemokrat und ehemalige bayerische Staatssekretär Eduard Brenner und der Herausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Graf von Westfalen, teil. Die Nationalrats-Delegation bestand aus politisch völlig unmaßgeblichen Personen, hauptsächlich Professoren¹³³, und es scheint bei diesem Treffen nicht viel mehr herausgekommen zu sein als ein unverbindliches gemeinsames Lamentieren über die deutsche Spaltung und die verpaßte Chance eines offiziellen deutsch-deutschen

¹²⁹ Am 31.5.1957 brachte die FDP einen Antrag auf Änderung des Art. 15 GG ein, die auf ein Sozialisierungsverbot hinauslief; BT Sten. Ber., Bd. 37, S. 12614f. Zu der Behandlung dieser Initiative im Bundesvorstand s. FDP-Bundesvorstandsprotokolle 1954-1960, S. 265f.

¹³⁰ So der Wortlaut des Berichts der DDR-Seite; ZPA, NL 182/1305, Bl. 200.

¹³¹ S. die Erklärung des Bundesparteitags der FDP am 23.5.1959 und den Brief der FDP-Bundestagsfraktion an Adenauer vom 2.6.1959 in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/2, S. 300f. und 455f.

¹³² ADL, LDPD 28685, Bericht von Suhrbier vom 8.4.1959, S. 12.

¹³³ Sie stand unter der Leitung von Theodor Brugsch (Professor für Innere Medizin, Chefarzt an der Charité in Berlin). Weiter gehörten ihr an Karl Linser (SED, Professor für Dermatologie an der Humboldt-Universität), Gerhard Reintanz (CDU, Professor für Völkerrecht in Halle), Max Steenbeck (Professor für Plasmaphysik in Jena), Hans Wehrli (Professor für Paläontologie in Greifswald) und Kurt Gottschalck (SED, Pumpenmeister); ADL, LDPD 28707, Brasch an Gerlach vom 12.6.1959; Süddeutsche Zeitung vom 12.6.1959, S. 3.

Gesprächs in Genf¹³⁴. Auch ein anschließendes Treffen Dehlers und Ungeheuers mit Gerhard Kegel, Heinrich Töplitz und Wilhelm Meißner¹³⁵ von der offiziellen Beraterdelegation der DDR erbrachte kein substantielles Ergebnis.

Dafür trug es den beiden Freidemokraten eine Menge innerparteilichen Ärger ein. Vor allem Ungeheuer geriet unter starken Beschuß. Als Mende nach dem Bekanntwerden des Alleingangs von Dehler und Ungeheuer am 9. Juni 1959 vor der Bundestagsfraktion bekanntgab, daß dieser seine Kündigung als Leiter der Bundespressestelle eingereicht habe und sie auch angenommen würde, quittierte die Mehrheit dies mit Beifall. Das Pikante daran war, daß sich der Fraktionsvorsitzende Mende drei Wochen zuvor, zusammen mit den beiden „Angeklagten“ sowie Döring und Achenbach, des gleichen „Vergehens“ schuldig gemacht hatte - freilich ohne daß es publik geworden war. Lediglich Achenbach, Döring und der hessische Landesvorsitzende Kohut verteidigten die Genfer Kontakte von Ungeheuer und Dehler¹³⁶. Man kann daran erkennen, wie gering die politische Akzeptanz für informelle Kontaktaktivitäten innerhalb der Fraktion war. Es wird deutlich, daß Mende, Dehler, Achenbach und Döring als die maßgebenden Außen- und Deutschlandpolitiker der FDP teilweise außerhalb des in der Partei mehrheitsfähigen Rahmens operiert hatten.

Das Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz erscheint in der Retrospektive als ein entscheidender deutschlandpolitischer Wendepunkt; danach entfiel jegliche Grundlage für eine „Wiedervereinigungspolitik“ in überschaubaren Fristen¹³⁷. Doch bedeutete das keineswegs schon das sofortige „Ende der gesamtdeutschen Illusionen“¹³⁸ in der FDP. Bis zum Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz am 17. Mai 1960 hielt die FDP ohne nennenswerte Modifikationen an ihrem Deutschlandplan fest. Offensichtlich hatten die FDP-Initiativen vor und während der Genfer Konferenz das Interesse der DDR an den Freidemokraten verstärkt, denn die LDPD intensivierte ihre Kontakttätigkeit ab Herbst 1959. Dehler bekam von Oktober 1959 bis März 1960 dreimal Besuch vom Mitglied des LDPD-Zentralvorstandes Harri Leupold, den er über seine Auffassung nicht im unklaren ließ, in Genf seien reale Chancen für eine Verständigung vertan worden. Von allen vier Großmächten, auch von der Sowjetunion, sei geäußert worden, man solle die beiden deutschen Delegationen mit Verhandlungen über einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung beauftragen. Aber die Bundesregierung habe nichts unternommen und sich damit über den einstimmigen Beschluß des Bundestages vom 1. Oktober 1958¹³⁹ hinweggesetzt.

¹³⁴ Ebenda.

¹³⁵ Meißner (SED) war Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

¹³⁶ Vgl. Schollwer, Aufzeichnungen 1957-61, S. 86.

¹³⁷ Vgl. Besson, Außenpolitik, S. 216-223. Ähnlich sehen das mit der Bundesrepublik befaßte DDR-Funktionäre; s. Interview mit Dengler am 25.10.1991 und Round-table-Gespräch am 28.10.1991.

¹³⁸ So die Formulierung von Klingl, Das ganze Deutschland, S. 328.

¹³⁹ BT Sten. Ber., Bd. 42, S. 2425f.

Adenauer wolle einfach nicht verhandeln. Das Problem sei, daß die CDU die absolute Mehrheit im Bundestag habe. Zwar krisele es in der Partei, aber im Moment der Entscheidung hielten sich die CDU-Abgeordneten immer an die Weisungen des „Alten“¹⁴⁰.

Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß sich alle Funktionsträger der DDR in ihrer West-Perzeption offiziell in den engen Bahnen der Stamokap-Theorie bewegen mußten. Die „verständigungsbereiten Kräfte in der FDP“ wurden unter diesen ideologischen Vorgaben genau verortet. So galten Dehler und Achenbach als Vertreter schwerindustrieller „Monopole“, respektive als „Gewährsmann des Stinnes-Konzerns“ und als „Vertreter von Alfred Krupp und der weiteren Rhein-Ruhr-Industrie“¹⁴¹. Aber für die SED war klar, daß die Vertreter der rheinischen Stahlindustrie, deren gesellschaftlicher Wiederaufstieg in der DDR-Propaganda der fünfziger Jahre häufig als Beleg für die restaurativen Tendenzen der Bundesrepublik herhalten mußte, sich im Interesse ihrer Absatzchancen um Erleichterungen im innerdeutschen Handel und eine deutsch-deutsche Entspannung bemühten¹⁴². Die noch stark in der Gedankenwelt des Kommunismus der dreißiger Jahre beheimateten SED-Funktionäre fanden eine Erklärung für die in ihrer Optik erstaunliche Entspannungsfreundlichkeit der westdeutschen Schwerindustrie darin, daß „diese Kreise [...] nicht unmittelbare Nutznießer der atomaren Aufrüstung sind“¹⁴³. Dementsprechend verkündete Ulbricht am 26. Januar 1960 auf einer Blocksitzung, daß „führende Leute der FDP zu gewissen Verhandlungen in der Richtung einer Konföderation bereit sind“ – hier wies er ausdrücklich auf Reden Dehlers hin – und „namhafte Vertreter des Großkapitals“ die Politik Adenauers ablehnten, weil dieser „den kürzesten Weg geht, der zum Untergang führt“. Er werde daher auch als Vertreter der SED „ganz offen über den Kompromiß mit der westdeutschen Bourgeoisie sprechen“. Und als Marschrichtung gab Ulbricht aus:

„Ob nun einige Vertreter der Bourgeoisie in Westdeutschland der Meinung sind, daß sie den Sozialismus noch einmal abschaffen können, diese Illusion kann man ihnen vorläufig lassen. Darüber brauchen wir uns jetzt nicht mit ihnen zu unterhalten. Wir müssen alles auf die Frage der Sicherung des Friedens konzentrieren und werden mit ihnen nicht über Weltanschauungsfragen diskutieren.“¹⁴⁴

Der LDPD erteilte Ulbricht den Auftrag, diese Politik im einzelnen auszuarbeiten und zu prüfen, „mit welchen Kräften sie darüber verhandeln kann“¹⁴⁵. Gleichzeitig

¹⁴⁰ ADL, LDPD 28685, undatiertes Bericht von Leupold (Oktober 1959).

¹⁴¹ ADL, LDPD 28707, Einschätzung der politisch-ideologischen Situation der Kontaktpartner der LDPD in Westdeutschland vom März 1961, S. 10f.

¹⁴² Zur Rolle einiger führender Stahlindustrieller s. Der Spiegel vom 23. 3. 1960, S. 33.

¹⁴³ So der Sekretär der Westkommission beim Politbüro, Hans Rentmeister, in einem Aktenvermerk für Albert Norden vom 20.1.1960, S. 1; ZPA, IV 2/1002/8.

¹⁴⁴ ZPA, IV 2/15/24, Sten. Ber. der Blocksitzung am 26.1.1960, S. 11f.

¹⁴⁵ Ebenda.

wurde auch die unter der Leitung des ehemaligen Bonn-Korrespondenten des *Neuen Deutschland*, Gerhard Dengler, stehende Westabteilung des Nationalrates damit beauftragt, Konzepte für die Beeinflussung des westdeutschen Mittelstandes und jener Kreise der Industrie zu erarbeiten, die an der atomaren Rüstung nicht interessiert seien¹⁴⁶.

Seit 1959 arbeitete die SED-Führung an einem Um- und Ausbau der mit der „Westarbeit“ befaßten Organe. Der „Ausschuß für deutsche Einheit“, der die Westbeobachtung und -propaganda in den fünfziger Jahren getragen hatte, wurde kaltgestellt und später stillschweigend aufgelöst. Im Herbst 1959 bildete das Politbüro eine Kommission für gesamtdeutsche Arbeit unter dem Vorsitz von Albert Norden und schuf damit ein Organ zur „Anleitung und Kontrolle“ aller im Bereich der „Westarbeit“ tätigen Organisationen und Institutionen der DDR einschließlich der Nationalen Front¹⁴⁷. Diese wiederum „koordinierte“ die „Westarbeit“ auch der formal unabhängigen Blockparteien¹⁴⁸, was auf eine De-facto-Steuerung hinauslief. Doch die bürokratische Konstruktion funktionierte anfangs noch nicht nach Plan. Vor allem die unter der Leitung des für DDR-Maßstäbe außergewöhnlich eigenwilligen und wohl auch relativ liberalen Dengler¹⁴⁹ stehende Arbeitsgruppe für gesamtdeutsche Arbeit beim Büro des Präsidiums des Nationalrates arbeitete nicht so, wie es sich die Politbürokommission vorstellte. Nicht alle strategischen und taktischen Wendungen der SED-Politik konnten sofort über den „Transmissionsriemen“ Nationalrat ohne Reibungsverluste in die Blockparteien hintransportiert werden. Nachdem im Januar 1961 – auf der Grundlage der programmatischen Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 in Moskau – von der SED auch hinsichtlich der „Westarbeit“ der Gedanke in den Vordergrund gerückt worden war, daß „unsere Epoche die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab und die

¹⁴⁶ ZPA, IV 2/2028/6, „Arbeitsplan der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro für das 1. Halbjahr 1960“ vom 5.2.1960, S. 7.

¹⁴⁷ Ebenda, „Aufgaben, Struktur und Zusammensetzung der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro“ und Kontroll-Nomenklatur der Kommission (1959).

¹⁴⁸ Ebenda, „Richtlinien über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen für gesamtdeutsche Arbeit beim Büro des Präsidiums des Nationalrates sowie bei den Bezirks- und Kreisausschüssen der Nationalen Front“ (1959).

¹⁴⁹ Gerhard Dengler wurde als Hauptmann der Wehrmacht bei Stalingrad gefangengenommen, war in der Gefangenschaft Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland und wurde 1946 Mitglied der SED. Der studierte Publizist arbeitete bei verschiedenen Medien als Redakteur und war 1954-59 für das Neue Deutschland in Bonn. Ab 1959 war er als Stellv. Vorsitzender des Büros des Präsidiums der für die „Westarbeit“ des Nationalrats der Nationalen Front zuständige Sekretär; seine Memoiren: *Zwei Leben in einem*, Berlin (Ost) 1989. Daß es sich bei ihm um keinen überangepaßten „Apparatschik“ handelte, läßt sich aus vielen Quellen herauslesen; z.B. ZPA, IV 2/2028/10, „Zu einigen Problemen der gesamtdeutschen Arbeit“ vom 6.2.1960.

Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus [...] ist“¹⁵⁰, und daher die von Ulbricht im Januar 1960 verkündete weiche Taktik gegenüber dem westdeutschen Bürgertum nicht mehr aktuell war, stellte die Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro bald fest, daß es im Nationalrat „unrichtige Einschätzungen [...] über den Umdenkungsprozeß bestimmter Schichten in Westdeutschland“ und überhaupt uneinheitliche Auffassungen gebe. Dem sei nur abzuhelpfen, indem „die politische Linie gründlich mit allen im Nationalrat zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen diskutiert“ werde. Es zeigten sich hier – so der im Lichte der neuen Vorgaben durchaus harte Vorwurf – Tendenzen, „die kleinbürgerlichen und intellektuellen Bestrebungen überzubetonen, um die Rolle der Arbeiterklasse zu mindern“. Außerdem tadelte die Kommission jetzt die angeblichen Bestrebungen des Nationalrats, seinen Kompetenzbereich in der „Westarbeit“ (auf Kosten des SED-Apparats, so muß man ergänzen) auszudehnen¹⁵¹.

Trotz der sich verstärkenden Tendenz, den Spielraum des Nationalrats und der Blockparteien in der „Westarbeit“ einzuengen, konnte der Leiter der Abteilung gesamtdeutsche Arbeit in der LDPD, Rudi Müller, mit dem relativ flexiblen und toleranten Dengler als De-facto-Chef ganz zufrieden sein¹⁵². Müller wurde 1958 eingesetzt, als sich erwiesen hatte, daß ein auch noch für andere Aufgabenbereiche zuständiger Sekretär des Zentralvorstandes die Leitung der „Westarbeit“ nicht mehr allein bewältigen konnte¹⁵³. Seit 1957 brachte die LDPD eine relativ aufwendige, eigens für das Westpublikum bestimmte Monatszeitschrift *Ost-West* heraus. Auch die Kontakte auf unterer Ebene zu FDP-Mitgliedern und parteilosen Angehörigen des Mittelstands und des „nationalen Bürgertums“, also die LDPD-spezifische „politische Massenarbeit nach Westdeutschland“, hatten kontinuierlich zugenommen und diese personelle Verstärkung notwendig gemacht¹⁵⁴. Zuständiger Sekretär und damit Rudi Müller übergeordnet, war ab 1958 der damals 30jährige Kurt Wünsche; er löste Helmuth Speer in diesem Aufgabenbereich ab, der als Bezirksverbandsvorsitzender in seine Heimatstadt Dresden zurückging.

¹⁵⁰ ZPA, IV 2/2028/6, „Die Hauptaufgaben für die politisch-ideologische Arbeit der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit“ (Entwurf) vom 17.1.1961. Die Formulierung entspricht fast im Wortlaut dem Beginn von Absatz I der Erklärung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 in Moskau, Druckschrift des Dietz Verlags Berlin (Ost), S. 10. Weiter hinten heißt es hier: „Der Hauptstoß wird unter den jetzigen Verhältnissen immer entschlossener gegen die kapitalistischen Monopole gerichtet, die die Hauptschuld am Wettrüsten tragen und das Bollwerk der Reaktion und Aggression sind, gegen das ganze System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das die Interessen der Monopole stützt.“ Ebenda, S. 48. Die Ableitung für die SED-Politik im Referat Ulbrichts auf dem 11. Plenum des ZK (15.-17.12.1960); ebenda, S. 77-169.

¹⁵¹ ZPA, IV 2/1002/1, Aktenvermerk von Rentmeister für Norden über die Sitzung der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro am 30.3.1961.

¹⁵² Vgl. Interview mit Müller am 20.3.1991.

¹⁵³ Vgl. Interview mit Gerlach am 21.3.1991.

¹⁵⁴ Ebenda.

Während sich auf seiten der LDPD in der Zeit nach 1959 der Schwerpunkt der Aktivitäten von der „parteidiplomatischen“ Ebene zunehmend auf die der „politischen Massenarbeit“, das heißt im wesentlichen auf Propagandaaktivitäten im Sinne der Deutschlandpolitik der SED verlagerte, rückten die führenden Deutschlandpolitiker der FDP auch nach der Genfer Außenministerkonferenz von ihrer politischen Konzeption nicht ab. Das galt, wie erwähnt, vor allem für Dehler, aber auch für Achenbach. Beide hielten weiterhin in Gesprächen mit hohen LDPD-Funktionären am Ziel deutsch-deutscher Wiedervereinigungsverhandlungen fest¹⁵⁵, wobei sogar eine leichte Annäherung an DDR-Positionen erkennbar ist. So sprach sich etwa Dehler im März 1960 gegenüber Leupold dezidiert für die Bildung eines gesamtdeutschen Gremiums aus, das Fragen des Friedensvertrages, des militärischen Status, der Wirtschaft und des Verkehrs behandeln und den beiden deutschen Regierungen und Parlamenten entsprechende Empfehlungen zur Beschlußfassung unterbreiten müsse. Als Leupold einwarf, hier handle es sich um Gedankengänge, die dem Konföderationsvorschlag der DDR nahekämen, verneinte Dehler nicht, sondern sagte laut Bericht, „ob das Konföderation oder anders hieße, spiele im Augenblick keine Rolle“¹⁵⁶.

Ernst Achenbach, der am 10. Februar 1960 im Bundestag im Namen der FDP eine Lanze für deutsch-deutsche Wiedervereinigungsgespräche gebrochen und dabei entgegen einer Absprache in der FDP-Führung kein besonderes Gewicht auf den alliierten Auftrag gelegt hatte¹⁵⁷, ging noch einen Schritt weiter. In einem Gespräch mit einem führenden LDPD-Politiker, wahrscheinlich wiederum Leupold, zeigte er sich sogar im Hinblick auf die paritätische Zusammensetzung des gesamtdeutschen Ausschusses, der den Friedensvertrag und ein gesamtdeutsches Wahlgesetz beraten sollte, kompromißbereit¹⁵⁸ – eine erstaunliche Tatsache, wenn man bedenkt, daß die FDP vor allem das konföderative Konzept am Deutschlandplan der SPD getadelt hatte¹⁵⁹. Zwar wolle er den Begriff Konföderation nicht in den Vordergrund gestellt wissen, weil er die staatliche Anerkennung der DDR impliziere – er ziehe die Bezeichnung „Zeit der Annäherung“ vor –, aber in der Sache stehe er dieser Konzeption nicht ablehnend gegenüber, sagte Achenbach. In dieser Phase der deutsch-deutschen Annäherung müßten die grundlegenden Fragen gelöst werden: Verzicht auf atomare Bewaffnung, Klärung des militärischen Status und Schaffung von Voraussetzungen für das gesamtdeutsche Parlament und die gesamtdeutsche Regierung.

¹⁵⁵ ADL, LDPD 28685, Berichte über Gespräche zwischen Leupold und Dehler im Januar und am 23.3.1960; ADL, LDPD 28707, Gespräch mit A[chenbach] im April/Mai 1960.

¹⁵⁶ ADL, LDPD 28685, Bericht von Leupold über das Gespräch am 23.3.1960.

¹⁵⁷ BT, Sten. Ber., Bd. 45, S. 5380-5387. Über die vorangegangene Absprache in der gemeinsamen Sitzung der Arbeitskreise I und II des FDP-Vorstandes s. Schollwer, Aufzeichnungen 1957-61, S. 111.

¹⁵⁸ ADL, LDPD 28707, „Politische Auffassungen von Dr. A[chenbach]“, unsignierter Bericht vom April/Mai 1960.

¹⁵⁹ Vgl. Josef Ungeheuer, Zu wenig Vertrauen in die eigene Position, in: fdk vom 20.3.1959, S. 9f. Deutlicher, aber wohl im Rückblick etwas stilisiert Mende, Neue Freiheit, S. 422f.

So interessant diese informellen Gespräche im Hinblick auf die politischen Positionen von Dehler und Achenbach sind, große praktische Bedeutung hatten sie nicht. Nachdem die Pariser Gipfelkonferenz geplatzt war, von der sich sowohl Dehler als auch Achenbach noch deutschlandpolitische Impulse erwartet hatten, machte sich unter den FDP-Deutschlandpolitikern Resignation breit. Das zeigte sich bei dem darauffolgenden Gespräch zwischen Dehler und Leupold im Oktober 1960, bei dem der FDP-Politiker seinen Gesprächspartner schon nach einer halben Stunde mit dem jungen Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Dietrich Genscher, den er zum Gespräch hinzugezogen hatte, allein ließ. Der Vorgang entbehrte nicht einer gewissen Symbolhaftigkeit: Der resignierende Wiedervereinigungspolitiker Dehler reichte seinen LDPD-Gesprächspartner an einen Vertreter der jüngeren Generation weiter, der in der Folgezeit zum Verfechter der pragmatischen „Politik der kleinen Schritte“ werden sollte.

Während im Laufe des Jahres 1960 die Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung auch bei den engagiertesten Deutschlandpolitikern der Opposition endgültig wegschmolzen – symptomatisch ist die Abkehr der SPD von ihrem Deutschland-Plan, die ausgerechnet von seinem bisherigen leidenschaftlichen Befürworter, Herbert Wehner, verkündet wurde¹⁶⁰ –, spitzte sich die Berlin-Krise wieder zu. Ulbricht ging – ohne Zweifel mit Billigung der Sowjetunion – zu einer Politik der Nadelstiche über: Am 30. August wurde die befristete, am 8. September 1960 die unbefristete Genehmigungspflicht für Besuche von Bundesbürgern in Ost-Berlin eingeführt; am 13. September verkündete die DDR, daß sie künftig für Westberliner den Bundesreisepaß nicht mehr anerkenne. Die Bundesregierung reagierte mit der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens, einer Maßnahme, die von der SPD mitgetragen wurde, sich aber sehr schnell als politisches Eigentor erwies. Im Osten wie im Westen machte sich eine nur mühsam überspielte Ratlosigkeit breit. Das zur Schau getragene Selbstbewußtsein des kommunistischen Lagers, wie es in der schon erwähnten Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 und kurz darauf in der Rede Ulbrichts auf dem 11. Plenum des ZK zum Ausdruck kam, stand in einem denkbar scharfen Kontrast zu der steigenden Zahl der Flüchtlinge aus der DDR, die nicht gerade geeignet war, die Überlegenheit des sozialistischen Systems zu dokumentieren¹⁶¹. Das Berlin-Problem wurde immer mehr zu einer akuten Überlebensfrage der DDR und damit zum weltpolitischen Pulverfaß.

In dieser Situation kam es zu einer bemerkenswerten Initiative. Bei den traditionellen Markleeberger Ost-West-Messegesprächen, die regelmäßig am Rande der Leipziger Messe stattfanden und ein wichtiges Forum für die „Westarbeit“ der LDPD waren, hatte der Vorsitzende des Liberalen Studentenbunds an der Universität Marburg, Klaus Horn, im März 1960 den Volkskammerpräsidenten Johannes

¹⁶⁰ Zu den Zusammenhängen s. Freudenhammer/Vater, Wehner, S. 202-205.

¹⁶¹ Zahlen bei Weber, Geschichte der DDR, S. 325.

Dieckmann zu einem Vortrag nach Marburg eingeladen. Horn pflegte seit 1956 Kontakte zur LDPD und war regelmäßiger Gast bei den Ost-West-Messegesprächen. Offensichtlich erwartete er vom Auftreten Dieckmanns, den er in Markleeberg als flexiblen Mann und souveränen Diskussionsredner erlebt hatte, eine positive atmosphärische Wirkung. Ähnliche Hoffnungen hatte wohl der FDP-Bundesgeschäftsführer Karl-Hermann Flach, der von der Initiative hörte und sie mit seiner politischen Autorität flankierte. Über den nordrhein-westfälischen FDP-Landtagsabgeordneten und Interzonenhändler Wolfram Dorn, der Dieckmann gut kannte, nahm er Kontakt mit dem Volkskammerpräsidenten auf. Dorn reiste eigens nach Ost-Berlin, um den zögernden Dieckmann im Namen von Flach davon zu überzeugen, die Einladung Horns anzunehmen¹⁶².

Auf seiten der DDR war man von Dieckmanns Vorhaben alles andere als begeistert. Anfangs war wohl auch Ulbricht gegen die Westreise, doch nachdem Dieckmann sein Vorhaben mit Nachdruck vorgetragen hatte, verzichtete er auf ein Veto. Der LDPD-Generalsekretär Gerlach hatte dagegen größte Bedenken. Im Rückblick sieht er den Vorgang folgendermaßen:

„Von der Bewertung her muß ich sagen, daß Johannes Dieckmann eine starke Persönlichkeit war, einen eigenen Kurs, wenn man das so sagen kann, immer hier in der DDR gefahren hat – mit viel Wirkung, aber auch mit viel Ärger, den er dadurch hatte, und der aber auch sehr von sich überzeugt war und der deshalb auch der Meinung war [...], daß er – die Dinge spitzten sich ja damals sehr zu, es war gerade kurz vor dem Mauerbau –, daß er die Dinge wenden könnte und daß er sozusagen mit diesem Auftreten in Marburg überzeugen kann, daß es eine Verständigung zwischen beiden Staaten geben muß und daß die Politik in Westdeutschland geändert werden muß, damit es zu einem besseren Miteinander kommt. [...] Ich hatte größte Bedenken, wobei ich damals schon ein gutes Verhältnis zu Dieckmann hatte, aber auch wußte, daß er gute Tage und weniger gute Tage hatte und daß er hier immer gut ankam in Veranstaltungen, Versammlungen, weil er in einer ganz lockeren Art erzählte, fernab von diesem 08/15-Referat oder Sackreferat nämlich, wo alles hineingestopft wurde [...]. Er war also, wie man das in der westlichen Welt gewohnt ist, ein angenehmer Versammlungsredner – der kam hier an –, der aber bei Widerspruch sofort scharf reagierte und dann auch oft unsachlich reagierte und sich persönlich angegriffen fühlte, weil er das auch nicht mehr kannte – vor '33 war das bekannt –, aber dann hatte er das nicht mehr erlebt.“¹⁶³

Hinzu kam die durch die Berlin-Krise und den steigenden Flüchtlingsstrom aufgeheizte politische Atmosphäre, die nach Meinung Gerlachs den Volkskammerpräsidenten in größte Bedrängnis bringen würde, zumal seit langer Zeit kein führender Vertreter der DDR in der Bundesrepublik öffentlich aufgetreten war. Gerlach unterbreitete Albert Norden, dem für die „Westarbeit“ zuständigen Politbüromitglied,

¹⁶² Vgl. Interview mit Wolfram Dorn am 21.6.1991.

¹⁶³ Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

seine Bedenken, die dieser teilte. Norden griff sofort zum Telefon und versuchte Ulbricht unter Berufung auf die Bedenken Gerlachs davon zu überzeugen, daß das Vorhaben verhindert werden müsse. Aber Ulbricht wischte die vorgebrachten Argumente vom Tisch. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß er Dieckmann ganz bewußt ins Messer laufen ließ¹⁶⁴.

Tatsächlich war die Stimmung in der Bundesrepublik für den Auftritt Dieckmanns alles andere als günstig. Mende, der von dem politischen Flankenschutz, den sein Bundesgeschäftsführer der Veranstaltung gewährte, nichts wußte, sprach von den „kindlichen politischen Vorstellungen des Initiators“ Klaus Horn¹⁶⁵. Diesem wurde der Ausschluß aus der FDP und – wahrscheinlich von Mende inspiriert – auch der Ausschluß aus dem Liberalen Studentenbund angedroht. Die Marburger Kreisverbände von CDU, FDP, SPD, BHE, des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge wandten sich gegen die Dieckmann-Einladung und warnten in einer gemeinsamen Erklärung davor, „die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch falsch verstandene Toleranz gegenüber ihren Gegnern zu gefährden“¹⁶⁶. Auf Initiative des ASTA der Universität Marburg wurde ein Aktionskomitee „Protestmarsch Dieckmann“ gegründet. Die Veranstalter befanden sich völlig in der Defensive, und dieser Stimmung entsprach auch weitgehend die Presseberichterstattung, wenn man von der *Frankfurter Rundschau* absieht, in der Conrad Ahlers verzweifelt versuchte, gegen den Strom zu schwimmen. Ahlers' Kommentar dürfte jenen FDP-Politikern, die mit der Initiative des Marburger LSD-Vorsitzenden sympathisierten oder sie zumindest nicht für schädlich hielten, aus dem Herzen gesprochen haben:

„Es ist nicht nur grotesk, sondern deprimierend, daß wegen einer so harmlosen Angelegenheit ein derartiger Wirbel gemacht wird. Die FDP, deren einziges Bestreben es offenbar ist, nach den Wahlen wieder mit der CDU zusammen eine bürgerliche Koalitionsregierung bilden zu dürfen, schlottert an ihren wenigen Gliedern, daß ‚diese eigenmächtige Aktion‘ eines Studenten ihr Prestige herabsetzen und die Industrie weniger gebefreudig machen könnte. [...] Man sollte im Gegenteil begrüßen, daß Dieckmann hier spricht und daß man eine Möglichkeit erhält, ihn und seine Ansichten kennenzulernen. Man sollte ihn bitten, auch Herrn Mende die Möglichkeit zu verschaffen, vor mitteldeutschen Studenten über die Politik der Bundesrepublik zu reden. Man sollte immer wieder versuchen, einen Gedankenaustausch zustande zu bringen, anstatt sich hinter der Zonengrenze einzugraben und vor lauter Angst vor der sogenannten Infiltration den Glauben an die eigene Kraft und an die Überlegenheit des demokratischen Systems völlig zu verlieren.“¹⁶⁷

Ahlers formulierte hier ziemlich exakt die Position der Kontaktbefürworter innerhalb der FDP, und es ist bezeichnend für die innerparteiliche Situation und die

¹⁶⁴ Diese Vermutung deutet Gerlach an; ebenda.

¹⁶⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.1.1961, S. 1.

¹⁶⁶ Frankfurter Rundschau vom 11.1.1961, S. 1.

¹⁶⁷ Ebenda, S. 3 („Ein Fall von Hysterie“).

politische Gesamtatmosphäre von 1960/61, daß diese selbst nicht in der Lage waren, ihre Vorstellungen offen zu artikulieren, obwohl die Partei nunmehr von einem Mann geführt wurde, der von 1956 bis 1959 zu den Hauptakteuren der Kontaktpolitik gehört hatte. Erich Mende, der immer deutlicher auf eine Erneuerung der CDU-FDP-Koalition nach den Bundestagswahlen zusteuerte, hatte sich mittlerweile – freilich hauptsächlich aus wahl- und koalitionstaktischen Gründen – zu einem Gegner der FDP-LDPD-Kontakte entwickelt. Von LDPD-Seite wurde der Meinungswandel Mendes sorgfältig und mit erkennbarer Irritation beobachtet. Als kleine Rache, möglicherweise sogar als versteckte Drohung, hatte der für die „Westarbeit“ zuständige Sekretär Kurt Wünsche in einer Rede auf dem 8. Parteitag der LDPD im Juli 1960 auf Mendes kompromißbereite Erklärungen bei den Weimarer Gesprächen 1956 angespielt, die „natürlich sorgfältig festgehalten“ worden seien und „die hier nicht zitiert werden sollen, um Herrn Dr. Mende nicht wieder vom Ziel seiner Wünsche – dem Ministersessel – zu entfernen“¹⁶⁸. Aber diese Nadelstiche waren nicht geeignet, Mende von seinem Kurs abzubringen. Auch Horn und den „Hintermännern“ der Dieckmann-Veranstaltung, Flach und Dorn, nützten die früheren Aktivitäten ihres Parteivorsitzenden in der innerparteilichen Auseinandersetzung wenig. Initiativen zur innerdeutschen Entspannung und der Dialog mit Funktionsträgern der DDR waren im Januar 1961 in der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln, und so hatten sie auch innerparteilich keine Chance.

Allen Widerständen zum Trotz hielt Klaus Horn an der Veranstaltung fest, auf der Dieckmann zum Thema „Welche realen Möglichkeiten bestehen für die Wiedervereinigung Deutschlands?“ sprechen sollte. Doch noch ehe der Volkskammerpräsident in der vorgesehenen Gaststätte in Marburg eintraf, ließ sich schon absehen, daß die Veranstaltung gescheitert war. Etwa 2000 Demonstranten, hauptsächlich Studenten, aber wohl auch DDR-Flüchtlinge aus einem Flüchtlingslager bei Gießen, hatten sich vor dem Lokal eingefunden. Klaus Horn, der wochenlang angegriffen und unter anderem als „nützlicher Dummkopf“ der Kommunisten bezeichnet worden war, distanzierte sich in den einführenden Worten vorsorglich von seinem Gast, was Dieckmann sogleich verstimmt¹⁶⁹. Als er beginnen wollte zu sprechen, wurde das Geschrei der Demonstranten vor dem Veranstaltungssaal so laut, daß ein normaler Vortrag gar nicht mehr möglich war. Auch die Reaktionen eines Teils der anwesenden Studenten waren offen feindselig¹⁷⁰. Dieckmann mußte von Anfang an aus der Defensive heraus argumentieren, die ihm entgegenschlagende Aggressivität beantwortete er seinerseits mit Gereiztheit. In der Reaktion auf Hohngelächter und Zwischenrufe ließ sich Dieckmann zu undifferenzierten Argumentationen hinreißen. Er vertrat, wie Gerlach nach der Lektüre der stenographischen Mitschrift der Veranstaltung feststellte, die DDR-Politik in einer „fast primitiven Weise [...], wie er das hier nie gemacht hätte“¹⁷¹.

¹⁶⁸ 8. Parteitag der LDPD, S. 173f.

¹⁶⁹ ADL, LDPD 28688, Bericht von Dieter Linde über ein Gespräch mit Klaus Horn am 28.1.1961. Laut Bericht rechtfertigte sich Horn mit den Worten, „das sei er sich und seiner Stellung schuldig gewesen“.

¹⁷⁰ Marburg, 13.1.1961, S. 20f.

¹⁷¹ Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

Dieckmann zeichnete sich eigentlich durch die Fähigkeit aus, seine eigene relativ flexible Position, mit der die SED oftmals alles andere als glücklich war, in Einklang mit der offiziellen DDR-Position zu bringen¹⁷². Doch von dieser Fähigkeit, die er in einer ruhigen Gesprächsatmosphäre zur Geltung bringen konnte, war in Marburg nicht viel zu merken. Hier hatten sich Flach und Dorn völlig verkalkuliert. Dieckmann reproduzierte über weite Strecken die bekannten Argumente der DDR-Propaganda: Als Entgegnung auf die einführende Feststellung von Klaus Horn, der einfachste Weg zur Wiedervereinigung seien sofortige freie Wahlen in ganz Deutschland, verwies er auf den diesbezüglichen Vorschlag der Volkskammer von 1952, womit er zu belegen glaubte, die DDR habe „den einzigen Versuch“ in diese Richtung unternommen. Anschließend verwies er auf die „108 Vorschläge in 11 Jahren“, die die DDR zu Verhandlungen für die deutsche Wiedervereinigung gemacht habe¹⁷³. Die Sprechchöre vor der Gaststätte wurden immer lauter. Unter anderem wurde „Dieckmann raus – hängt ihn auf!“ gerufen. Als die Demonstranten anfangen, die Scheiben der Gaststätte einzuwerfen und die anwesenden Journalisten, die von den Steinwürfen besonders betroffen waren, sich in Sicherheit bringen mußten, wurde die Veranstaltung unterbrochen¹⁷⁴.

Danach führte Dieckmann seinen Vortrag mehr schlecht als recht weiter; die Steinwürfe und Sprechchöre ebten kaum ab. Er hielt ein Plädoyer für Entspannung und Abrüstung sowie für die Freundschaft mit der Sowjetunion, bei der er Rapallo und die Leipziger Völkerschlacht bemühte, und stellte zum Schluß hastig die aktuellen deutschland- und sicherheitspolitischen Vorschläge der DDR vor: Beseitigung der atomaren Waffen in Deutschland, Truppenreduzierung, Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, Beseitigung der „anormalen Lage“ in Berlin und Abschluß eines zehnjährigen Friedensvertrages zwischen beiden deutschen Staaten¹⁷⁵. In der Diskussion ging kaum jemand auf die Ausführungen Dieckmanns ein. Statt dessen wurde er mit den üblichen für die DDR heiklen Themen konfrontiert: 17. Juni, Reisefreiheit, Fluchtbewegung, Blockwahlen. Hinzu kam das kurz zuvor vom DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen für Ost-Berlin ausgesprochene Verbot der gesamtdeutschen Synode der EKD, das die Position des bekennenden Protestanten Dieckmann nicht gerade erleichterte. Mit Ausflüchten und den in der DDR-Propaganda gängigen argumentativen Winkelzügen – beim 17. Juni etwa durch den unvermeidlichen Hinweis auf die Unterminierung der DDR durch westliche Agentenzentralen¹⁷⁶ – versuchte Dieckmann sich auf wenig überzeugende Weise aus der Affäre zu ziehen, was die Anwesenden mit Mißfallenskundgebungen quittierten. Aber auch dort, wo er offensiv argumentierte, so bei der Verteidigung des Blocksystems, das die „Atomisierung des politischen Willens der

¹⁷² Vgl. Interview mit Wolfram Dorn am 21.6.1991.

¹⁷³ Marburg, 13.1.1961, S. 17-25.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 9 und 32; Frankfurter Rundschau vom 16.1.1961, S. 3.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 32-43.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 54f.

Nation“ verhindere, welche in der Weimarer Zeit zur Machtübernahme Hitlers geführt habe, fand er bei seinen Zuhörern kein positives Echo¹⁷⁷.

Am Ende der Veranstaltung war kaum noch eine Fensterscheibe des Saales heil. Dieckmann mußte unter Polizeischutz ins Hotel zurückgebracht werden, sein Wagen wurde beschädigt. Noch in der Nacht reiste er vorzeitig ab und verzichtete auf die für den nächsten Tag angesetzte Pressekonferenz¹⁷⁸. Die Veranstaltung erwies sich als ein Fehlschlag auf der ganzen Linie. Statt des von den Initiatoren und Dieckmann selbst beabsichtigten Brückenschlags bewirkte sie eine zusätzliche Polarisierung. Von der offiziellen DDR wurde der Volkskammerpräsident als Held gefeiert. Das *Neue Deutschland* druckte auf der ersten Seite ein Interview mit ihm ab und ließ es sich nicht nehmen, die Ereignisse im Sinne der aktuellen propagandistischen Zielsetzungen als „barbarische Demonstration der Neofaschisten [...] für die Interessen der Bonner Gewaltpolitik“ zu kommentieren¹⁷⁹. Dieckmann, der durch die Geschehnisse nachhaltig traumatisiert worden war¹⁸⁰, wurde zum Objekt der SED-Propaganda.

Nicht unbedenklich und Ausdruck der angespannten Lage war auch der westliche Umgang mit den Marburger Ereignissen. Selbst die seriöse *Frankfurter Allgemeine* berichtete ausgesprochen tendenziös über den Verlauf der Veranstaltung; bezeichnend ist, daß sie die Lynchparolen unerwähnt ließ und die steinwerfenden Demonstranten als „unbedacht“ charakterisierte¹⁸¹. Der FDP-Vorstand zog aus den Ereignissen „mit Blick auf die Wahlen“ – wie Schollwer in sein Tagebuch notierte¹⁸² – die Konsequenz, Horn aus der Partei auszuschließen. In der Presse wurde der Ausschluß als schon vollzogen behandelt, doch es kam gar nicht dazu, weil sich das zuständige Gremium, der FDP-Kreisvorstand Marburg, weigerte, die Sanktion auszuführen¹⁸³. Hier zeigte sich abermals, daß in der Frage der Ostkontakte deutliche Differenzen zwischen der von der Parteiführung nach außen demonstrierten Haltung und parteiinternen Stimmungen bestanden.

Die Scherben von Marburg symbolisierten das endgültige Scheitern der Wiedervereinigungs- und Kontaktpolitik, wie sie im Jahre 1956 von den „Jungtürken“ und Thomas Dehler initiiert worden war. Die beachtlichen Anstrengungen blieben weitgehend wirkungslos; sie wurden zwischen den Mühlsteinen des kalten Krieges zermahlen. Der kleinen Oppositionspartei FDP gelang es nicht, in Bonn Wesentliches zu bewegen. Hier dominierte Adenauer, dessen Politik, zumindest soweit sie damals erkennbar war, als die Antithese dessen erscheinen mußte, was die freidemokratischen Wiedervereinigungspolitiker für notwendig hielten: sicherheitspolitische Kompromißbereitschaft gegenüber dem Osten und deutsch-deutsche Verhandlungen.

¹⁷⁷ Ebenda, S. 64f. Hier wurde er mehrmals durch Zwischenrufe und Proteste unterbrochen.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 9f.; vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 16.1.1961, S. 3.

¹⁷⁹ *Neues Deutschland* vom 17.1.1961, S. 2.

¹⁸⁰ Vgl. Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

¹⁸¹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16.1.1961, S. 4.

¹⁸² Schollwer, *Aufzeichnungen 1957-61*, S. 140.

¹⁸³ ADL, LDPD 28688, Bericht von Dieter Linde über ein Gespräch mit Klaus Horn am 28.1.1961.

Schon 1957 wurde deutlich, daß die große Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung „keine Experimente“ wünschte, was zumindest eine halbbewußte Zustimmung zur Fortsetzung der „Politik der Stärke“ und der Westintegration implizierte. Die aus einer „nationalen“ und zuweilen nationalistischen Grundhaltung gespeisten deutsch-deutschen Kontaktaktivitäten führender FDP-Politiker waren, außer in der Tauwetterperiode des Jahres 1956, nicht salonfähig und wurden daher im geheimen vollzogen. Ihre Wirksamkeit war schon allein aus diesem Grund beschränkt. Anfangs bestanden noch starke Illusionen hinsichtlich des Stellenwertes der Gespräche mit den LDPD-Vertretern. Von einigen FDP-Politikern – besonders deutlich ist das bei Willi Weyer – wurde sogar immer wieder eine Autonomie der Blockpartei LDPD unterstellt, die diese nach 1956 nie hatte, schon gar nicht im hochempfindlichen Bereich der Deutschlandpolitik. Die LDPD hatte lediglich die Aufgabe, die Deutschlandpolitik der SED gegenüber ihren westdeutschen Zielgruppen, der FDP und dem „nationalgesinnten Bürgertum“, zu propagieren; einzelne LDPD-Vertreter konnten in diesem Rahmen allenfalls sporadisch eigene Akzente setzen. Zu grundsätzlichen deutschlandpolitischen Konflikten zwischen LDPD und SED wie im Jahre 1956 kam es zwischen 1957 und 1961 nicht mehr.

Daß die LDPD nur eine subalterne Rolle spielte, nahm die FDP in zunehmendem Maße zur Kenntnis. Als im Vorfeld der Genfer Außenministerkonferenz sich für eine deutsch-deutsche Initiative scheinbar politischer Spielraum eröffnete, wandte sich Döring daher nicht mehr an die LDPD, sondern direkt an die SED. Die Kontakte zwischen hochrangigen LDPD-Reisekadern und führenden FDP-Politikern dienten lediglich dazu, einen gewissen Ost-West-Informationsfluß in Gang zu halten, der für die östliche Seite naturgemäß wesentlich interessanter war als für die westliche, der – soweit man das anhand der Quellen beurteilen kann – im wesentlichen nur die offizielle DDR-Position erläutern wurde. Substantielle politische Bedeutung erlangten die Ostkontakte der FDP allerdings nicht, denn die Träume der führenden liberalen Deutschlandpolitiker, allen voran Achenbach und Ungeheuer, ihr Deutschlandplan könnte im Bundestag mehrheitsfähig sein, zerschlugen sich schnell.

Aber auch auf der östlichen Seite gab es kaum Ansatzpunkte für eine erfolgreiche liberale Deutschlandpolitik. Aus der Sicht der SED konnten die Beziehungen zur „Monopolpartei“ FDP nur taktischen Charakter haben. Eine Wiedervereinigungskonzeption, mit der die Preisgabe der „sozialistischen Errungenschaften“ riskiert worden wäre, war nach 1957 auch im Lichte der offiziellen deutschlandpolitischen Verlautbarungen der DDR nicht mehr denkbar, weil sie dem immer stärker herausgestellten Selbstbewußtsein des östlichen Lagers nicht entsprach. Die Konföderationskonzeption Ulbrichts zielte zunächst auf „friedliche Koexistenz“, das heißt auf Anerkennung der DDR als souveränen Staat und auf Stabilisierung des Status quo. Sie beinhaltete eine Wiedervereinigungsperspektive nur insofern, als die SED davon ausging, daß sich die Bundesrepublik langfristig zum Sozialismus hin entwickeln würde. In diesem Zusammenhang konnte der FDP als „kapitalistischer“ Partei keine bedeutende Rolle zukommen; willkommen waren einstweilen nur ihre entspannungspolitischen Initiativen.

Der Deutschlandplan der FDP von 1959 atmete noch den Geist des Pfeleiderer-Plans von 1952 und des Mende-Plans von 1956, als es möglich schien, der Sowjetunion die DDR mit sicherheitspolitischen Zugeständnissen „abzukaufen“. Das seitdem beträchtlich gewachsene Eigengewicht des SED-Regimes berücksichtigte die FDP 1959 zwar mit dem Konzept der Auftragsverhandlungen und in den geheimen Gesprächen sogar mit weitergehenden Zugeständnissen, aber der Widerspruch zwischen den Hoffnungen hinsichtlich deutsch-deutscher Verhandlungen und den objektiven Interessen des potentiellen Verhandlungspartners DDR, von dem nicht erwartet werden konnte, daß er sich auf Regelungen einlassen würde, die zu seiner Selbstaufgabe führen mußten, wurde von den Wiedervereinigungspolitikern der FDP verdrängt. Sie klammerten sich hartnäckig an die letzten dünnen Hoffnungsfäden, die in der Deutschlandfrage bis zum Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960 noch vorhanden waren. Danach verbreitete sich Ratlosigkeit, die innerdeutschen und internationalen Spannungen verschärfte sich, ohne daß – im Unterschied zu 1958/59 – eine globale Lösung der deutschen Frage erreichbar erschien. Am 13. August 1961 setzte der Mauerbau einen steinernen Schlußpunkt unter das Kapitel der liberalen Wiedervereinigungsbemühungen. In der nun folgenden frostigsten Phase des kalten Krieges riß auch der Gesprächsfaden zwischen FDP und LDPD völlig ab.

III. Vom Primat der deutschen Frage zur Normalisierungspolitik: Kontakte und kleine Schritte über die Mauer hinweg 1961-1966

Die politische Ratlosigkeit, in der sich die führenden Kontaktpolitiker der FDP 1960/61 befanden, wurde auch innerhalb der LDPD registriert. In einer ausführlichen Bestandsaufnahme für den Politischen Ausschuß der Partei stellte die Abteilung Gesamtdeutsche Arbeit im März 1961 vor allem „bei neueren Gesprächen“ mit den früher so aktiven „Jungen Leuten“ aus Nordrhein-Westfalen – gemeint waren unter anderem Döring, Scheel, Weyer und Dorn – große Zurückhaltung fest¹. Eine Analyse dieser Entwicklung wurde aber nicht unternommen. Sie erübrigte sich, denn die Verantwortlichen der LDPD-„Westarbeit“ mußten ein Pflichtprogramm in Optimismus absolvieren, das auf dieses Faktum und andere bedenkliche Indizien, die auf ein deutliches Abkühlen des Interesses führender FDP-Politiker an Beziehungen zur LDPD hinwiesen, keine Rücksicht nehmen konnte. Auf der Grundlage vieler Westkontakte, deren politische Bedeutung nicht ausgewiesen wurde und von denen man annehmen muß, daß die meisten auf einer politisch sehr niedrigen Ebene angesiedelt waren, meinten sie feststellen zu können, daß „die Verständigungsbereitschaft [...] in den Kreisen unserer Kontaktpartner gewachsen“ sei². Selbst als unmittelbar nach dem Mauerbau die Sympathien für die DDR-Machthaber in Westdeutschland – und nicht nur dort – auf einen absoluten Tiefpunkt gesunken waren, beteiligten sich die führenden LDPD-Funktionäre noch immer an der Zelebrierung einer ebenso makabren wie wirklichkeitsfremden Autosuggestion, die ganz offensichtlich die Funktion erfüllte, den gerade erfolgten politischen Offenbarungseid des SED-Regimes nötdürftig zu bemänteln. Manfred Gerlach, der durchaus in der Lage war, politische Probleme realistischer zu sehen und andere Akzente zu setzen, schlug ebenfalls in diese Kerbe. Er bekundete auf einer Sitzung des zentralen Blocks gut einen Monat nach der Abriegelung Ost-Berlins:

„Wenn man die Erfahrungen unserer Aktion vom 13. August auswertet, so ergibt sich, daß unsere Bevölkerung und auch viele westdeutsche Friedensfreunde sehr gut verstanden haben, daß es in der gegebenen Situation notwendig ist, harte Schläge gegen den Militarismus zu führen, daß jede Position des Einlenkens, des weichen Verhaltens gegenüber der militaristischen Aggressionspolitik eine Ermunterung für die Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik wäre. Deshalb sind wir

¹ ADL, LDPD 28707, „Einschätzung der politisch-ideologischen Situation der Kontaktpartner der LDPD in Westdeutschland“ vom 14.3.1961, S. 16.

² Ebenda, S. 6.

auch mit unserer Aktion vom 13. August in Verbindung mit einer intensiven Aussprache mit der Bevölkerung gut durchgekommen; denn die Erkenntnis, daß die Friedenskräfte auch militärisch stärker sein müssen als die Kräfte der Aggression, ist in allen Bevölkerungskreisen, auch in den Schichten, in denen wir als LDPD arbeiten, mehr gewachsen.“³

Auf die selbstgestellte Frage, wie sich der Mauerbau „auf die Meinungsbildung der westdeutschen Bevölkerung“ auswirken werde, gab Gerlach die zuversichtliche Antwort, „daß das Umdenken einer ganzen Reihe Westdeutscher dadurch erleichtert wird“. Man werde erkennen, daß es notwendig sei, „sich politisch zu orientieren und zu entscheiden, und zwar gegen Adenauer und für die Verständigung mit der DDR“⁴. Langfristig gesehen hatte Gerlach mit dieser grotesken Behauptung paradoxerweise nicht völlig unrecht, doch in dieser Situation zeugte sie von der Übermacht politischer Tabus im SED-Staat, die dazu führte, daß selbst in einer nichtöffentlichen Sitzung der Spitzenfunktionäre der DDR-Parteien und Massenorganisationen kein Klartext geredet werden konnte, sondern in erster Linie ideologische Rituale stattfanden, die eine rationale Realitätswahrnehmung von vornherein den allgegenwärtigen propagandistischen Zielsetzungen des Regimes opferten.

Wie der Mauerbau im Westen tatsächlich, gerade auch in „verständigungsbereiten Kreisen“ der FDP, aufgenommen wurde, läßt sich aus Schollwers Tagebuchnotiz vom 13. August 1961 ersehen, in der von einem „riesigen Konzentrationslager für 17 Millionen Deutsche“ und dem Beweis „für das totale Fiasko der SED in Mitteldeutschland“ die Rede ist⁵. In einer „Einschätzung der politischen Situation bei den westdeutschen Kontaktpartnern“ kam die Westabteilung der LDPD zwar nicht um die Erkenntnis herum, daß der Mauerbau im Westen teilweise auch zu einer „Verhärtung der antikommunistischen Komplexe“ geführt habe, aber gleichzeitig stellte sie heraus, daß „in breitesten Kreisen eine wachsende Bereitschaft zur realen Einschätzung der Lage des Kräfteverhältnisses in der Welt zu bemerken“ sei⁶. Es ist bezeichnend, daß sich in den Akten der mit gesamtdeutschen Aktivitäten befaßten Gremien auf LDPD-, aber auch auf SED-Ebene weder ein Hinweis auf die Fluchtwelle als der eigentlichen Ursache für den „antifaschistischen Schutzwall“ noch auf das katastrophale Image findet, mit dem die DDR nach dem 13. August 1961 in ihrer „Westarbeit“ zurechtkommen mußte.

Diese Wirklichkeitsfremdheit ergab sich aus der damaligen Situation der DDR, in der der Widerspruch zwischen dem hochgespannten Anspruch, das Deutschland der Zukunft zu sein, und dem konkreten Scheitern im Systemwettbewerb mit der Bundesrepublik so deutlich zutage getreten war, daß er ohne massive Realitätsverdrängung und politische Autosuggestion nicht bewältigt werden konnte. Die Flucht

³ ZPA, IV 2/15/25, Sten. Ber. der Blocksitzung vom 16.9.1961, S. 13f.

⁴ Ebenda, S. 15a.

⁵ Schollwer, Aufzeichnungen 1957-61, S. 158.

⁶ ADL, LDPD 28707, Vertrauliche Ausarbeitung (17.9.1961), S. 1.

in Fiktion und Illusion fiel um so leichter, als die Mauer gleichzeitig hinsichtlich der Stabilisierung der internen Verhältnisse eine Entlastung brachte, die das ostentative Selbstbewußtsein der DDR-Funktionäre – wenigstens psychologisch – erklärbar macht. Freilich zeigte sich das hier geschilderte Syndrom durchaus nicht nur in subalternen Bereichen des DDR-Herrschaftssystems, sondern auch an der Spitze. So versuchten sich beispielsweise Paul Verner und Erich Honecker bei einer Aussprache führender Politiker der SED und der illegalen KPD (wahrscheinlich einer gemeinsamen Sitzung der beiden Politbüros) im Oktober 1961 mit großspurigen Redebeiträgen über den 13. August und die „Niederlage Bonns“ zu übertreffen. Ulbricht hielt den anwesenden westdeutschen Kommunisten, die aufgrund ihrer Erfahrungen „vor Ort“ diese optimistische Sicht natürlich nicht ganz teilen konnten, sogar eine Standpauke: Genossen der KPD hätten geäußert, „daß sie am 13.8. einen Stoß bekommen hätten“. Das zeige, daß sie „auf kraftvolle Aktionen der DDR nicht vorbereitet“ seien. Viele Genossen der KPD sähen nur die Einzelheiten, aber nicht die Zusammenhänge und seien daher nicht in der Lage, prinzipiell Stellung zu beziehen; sie seien daher „dauernd überrascht“. Ein Minimum von Parteierziehung müsse von der Parteiführung schon geleistet werden. Das sei nicht erfolgt. Die Fähigkeit, politisch zu denken und zu handeln, sei daher in der KPD zurückgeblieben⁷. Es ist bezeichnend für die Haltung der SED-Führung, daß sie nicht willens war, einen Zusammenhang zwischen ihrer eigenen Politik und der negativen politischen Stimmung in der Bundesrepublik herzustellen. Sie wollte und konnte wohl auch nicht zur Kenntnis nehmen, daß ihre Propaganda in der Bundesrepublik ganz anderen Bedingungen unterworfen war als in der DDR, wo mit Hilfe einer gleichgeschalteten Agitprop-Maschinerie und der allgegenwärtigen Sanktionsdrohung gegenüber Bürgern, die „falsche“ oder gar „feindliche“ Auffassungen vertraten, auch völlig unhaltbaren Positionen und absurden Argumenten Geltung verschafft werden konnte.

Natürlich gab es aber auch in der DDR Probleme, wenn es um die Begründung des „Schutzwalls“ ging, und so hatte nicht nur die KPD in der Bundesrepublik ihre Schwierigkeiten, sondern auch die LDPD im „Arbeiter- und Bauernstaat“. An der LDPD-Basis waren „ideologische Unklarheiten“ verbreitet. In vielen Diskussionen mußten die Parteimitglieder von der Richtigkeit der Maßnahme „überzeugt“ werden⁸. Auf der Sitzung des Zentralvorstands am 26. September 1961 kritisierte Gerlach vor allem die Kreissekretäre, die oftmals nicht in der Lage gewesen seien, auf „gegnerische“ Argumente zu antworten. Außerdem sei das Sekretariat des Zentralvorstandes über die Stimmung in den Parteigliederungen nur mangelhaft informiert worden, was dazu geführt habe, daß die Führung zeitweilig den Überblick über die Lage in der Partei verloren habe. Gerlach forderte deshalb alle LDPD-Vorstände auf, „eine kadermäßige Auswertung der Haltung aller Funktionäre“ vorzunehmen⁹. Um

⁷ ZPA, IV 2/2028/16, Stichwortprotokoll vom 28.10.1961.

⁸ Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

⁹ ZPA, IV 2/15/8, Bericht des ZK-Sektors Befreundete Organisationen vom 13.10.1961.

die mangelhafte Linientreue der Basis und das Versagen der Funktionäre der unteren Ebene auszugleichen, demonstrierten die Mitglieder des Zentralvorstands um so geschlossener ihren „höheren Bewußtseinsgrad“: „Positiv war, daß jeder den Maßnahmen des 13.8. zustimmte und die meisten von ihnen in diesem Zusammenhang zum Produktionsaufgebot und ihrem eigenen Beitrag dazu sprachen“, berichtete zufrieden die SED-Beobachterin vom ZK-Sektor Befreundete Organisationen, Irene Köhler. Nur Dieckmann, der sich offensichtlich zu schade war, dieses entwürdigende Ritual mitzumachen, „beschäftigte sich mit nebensächlichen Dingen, anstatt prinzipiell zu den in der Sitzung gestellten Fragen Stellung zu nehmen“¹⁰.

Trotz der grundsätzlichen Probleme, die der Mauerbau im Hinblick auf die „Westarbeit“ aufgeworfen hatte, ging die DDR-Seite nach dem Motto „business as usual“ vor. Die Westkommission beim Politbüro reagierte auf die neue Lage lediglich mit Überlegungen zu neuen Arbeitsmethoden, die sich aus der Grenzschließung und erwarteten Maßnahmen der westdeutschen Stellen gegenüber Kontaktern und DDR-Journalisten ergaben¹¹. Das gleiche gilt für die Westabteilung der LDPD, die in ihrem „Sofortprogramm zur Förderung des Differenzierungsprozesses in der FDP“ vom November 1961 Einflußmöglichkeiten unterstellte, von denen überhaupt keine Rede sein konnte. In einer völligen Fehleinschätzung der in der FDP zu diesem Zeitpunkt bestehenden Aufnahmebereitschaft für Vorschläge aus der DDR meinte die LDPD, den FDP-internen Krach über den Eintritt in die Regierung Adenauer politisch in ihrem Sinne nutzen zu können. Unter Punkt zwei des Maßnahmenkatalogs zum Beispiel hieß es: „briefliche Aufforderung an alle bestehenden FDP-Verbindungen, sich von dem Koalitionshandel der FDP-Führung zu distanzieren, eine Änderung der Politik zu verlangen, zum Friedensvertrag¹² Stellung zu nehmen und mit Unterschriftensammlungen in der Presse zur Veröffentlichung zu bringen“¹³. Abgesehen davon, daß keine Hinweise auf die tatsächliche Verwirklichung dieses Planes gefunden werden konnten, dürfte sich die Wirkung einer solchen Initiative, die eigentlich nur von politischer Instinktilosigkeit zeugte, sehr in Grenzen gehalten haben. Offensichtlich ging die LDPD von völlig falschen Annahmen über die nach dem Mauerbau bei ihren Kontaktpartnern herrschende Stimmung aus. Allerdings sind Zweifel darüber angebracht, ob es sich dabei um wirkliche Überzeugungen der zuständigen Funktionäre handelte oder lediglich um die Demonstration der von der SED-Führung erwarteten Haltung.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ ZPA, IV 2/2028/16, „Veränderung der Arbeitsmethoden nach Westdeutschland entsprechend der neuen Lage“, undatiert.

¹² Gemeint sind die Friedensvertragsvorschläge der DDR und der UdSSR. Vgl. das Memorandum der DDR an die UN-Vollversammlung vom 28.9.1961 in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/7, S. 602-605, und die Ausführungen Chruschtschows auf dem 22. Parteitag der KPdSU vom 17.10.1961; ebenda, S. 724-726.

¹³ ADL, LDPD 28707, Abteilungsleiter Müller an Abteilung Nationale Beziehungen beim Nationalrat vom 1.11.1961.

Interessanterweise setzte nicht nur die LDPD gerade jetzt auf das Wohlwollen der „verständigungsbereiten“ FDP-Politiker. Als wegen des Mauerbaus am 4. September 1961 die DDR-Journalisten aus der Bundespressekonferenz ausgeschlossen wurden, trugen diese für die beabsichtigte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts Ernst Achenbach ihre rechtsanwaltliche Vertretung an. Sie hatten damit allerdings keine Aussicht auf Erfolg, zumal der FDP-Vorsitzende Mende, als er von den Gerüchten hörte, seinem Parteifreund umgehend vor Augen führte, daß eine Zusage Achenbachs „angesichts der augenblicklichen politischen Krisensituation für unsere Partei äußerst abträglich sein würde“¹⁴.

Neben den psychologischen Hemmnissen, die der Mauerbau erzeugt hatte, behinderten aber auch grundsätzliche deutschlandpolitische Neuorientierungen der DDR die Gespräche zwischen FDP und LDPD. Nach dem 22. Parteitag der KPdSU, auf dem Chruschtschow den Übergang seines Landes in die „gesellschaftliche Phase des Kommunismus“ verkündet hatte¹⁵, zog die SED mit einer Radikalisierung ihrer gesellschafts- und deutschlandpolitischen Positionen nach. Auf einer Beratung mit den Blockparteien am 21. November 1961 nahm Ulbricht eine „Auswertung“ des sowjetischen Parteitags vor. Im Lichte der sowjetischen Beschlüsse müsse angesichts „der Entwicklung des Kräfteverhältnisses“ der Sieg des Sozialismus als Grundbedingung für die Lösung der nationalen Frage angesehen werden. Der Übergang zum Kommunismus werde auch in der DDR vollzogen, selbst wenn sich in Westdeutschland bis dahin die Lage noch nicht geändert habe¹⁶.

Mit dieser nochmaligen Verschärfung des deutschlandpolitischen Kurses, der wenige Tage später auf dem 14. Plenum des ZK der SED offiziell als neue politische Linie verkündet wurde, kam die LDPD nicht auf Antrieb zurecht, war damit doch die seit 1957 propagierte Konföderation als Vorstufe der Wiedervereinigung praktisch Makulatur. Es war in aller Deutlichkeit zutage getreten, daß Gesamtdeutschland als Bezugsgröße der DDR-Politik endgültig ausgedient hatte und daß es der SED nur mehr darum ging, eine noch bessere Integration der DDR in das „sozialistische Lager“ zu erreichen. So „knirschte“ es im Dezember 1961 selbst auf der Sitzung des LDPD-Zentralvorstands, von der die ZK-Aufpasser berichten mußten, „daß bei den Mitgliedern der LDPD sehr oft die Frage nach dem kürzesten Weg zur Einheit Deutschlands gestellt wird, und besonders die Beiträge der hauptamtlichen Funktionäre bewiesen, daß ihnen oft schwer fällt, in dieser Hinsicht eine überzeugende Aufklärungsarbeit zu leisten“¹⁷. Gerlach waltete zwar pflichtbewußt seines Amtes, indem er in seinem Schlußwort den Mitgliedern des Zentralvorstandes eine Lektion

¹⁴ ADL, A 31-27, Mende an Achenbach vom 5.9.1961.

¹⁵ Neues Deutschland vom 29.10.1961, S. 6.

¹⁶ ZPA, IV 2/15/25, Niederschrift (stichpunktartig) der Ausführungen Ulbrichts bei der Beratung der Blockparteien am 21.11.1961.

¹⁷ ZPA, IV 2/15/8, Bericht des Sektors Befreundete Organisationen über die ZV-Sitzung vom 18./19.12.1961.

über „den Klasseninhalt der deutschen Frage“ gab, aber auch er war über die politische Entwicklung nicht glücklich. Gerlach erkannte, daß die verstärkte politische Ausrichtung der DDR auf den Ostblock und der anvisierte „Übergang zum Kommunismus“ eine langfristige Gefahr für den Fortbestand der LDPD bedeuteten, und ging daher hinter den Kulissen in die politische Offensive.

Ursprünglich hatte Gerlach auf der erwähnten Sitzung des Zentralvorstands Initiativen zur Stärkung der Rolle der LDPD besprechen wollen, war aber von den Funktionären des ZK-Sektors Befreundete Organisationen davon abgebracht worden¹⁸. Seine Vorschläge, die auf eine zaghafte Liberalisierung der DDR-Verhältnisse zielten und von den ZK-Funktionären daher mit den ähnlich gerichteten Initiativen von 1956 in Zusammenhang gebracht wurden, beinhalteten unter anderem die Aufnahme von ständigen Verbindungen mit „Organisationen und Persönlichkeiten des kapitalistischen Auslands“, was damit begründet wurde, daß „die Einwirkung [der LDPD] auf bürgerliche Kreise Westdeutschlands jetzt eingeschränkt sei“. Im gleichen Atemzug wandte sich Gerlach bezeichnenderweise gegen eine vorschnelle „Störfreimachung“¹⁹, das heißt gegen die Abkoppelung der DDR-Wirtschaft vom innerdeutschen Handel, der als letzte bedeutende gesamtdeutsche Verbindung und speziell auch als Aktionsfeld der LDPD-„Westarbeit“ – man denke an die Ost-West-Messegespräche – eine große Rolle spielte. Die LDPD-Führung wußte, daß ihre Partei einen nicht unmaßgeblichen Teil ihrer Bedeutung den Westkontakten verdankte und daß ihre Bewegungsfreiheit sich auch danach bemaß, wie wichtig ihre Rolle als Aushängeschild des „sozialistischen Mehrparteiensystems“ im Hinblick auf die deutschlandpolitischen Zielsetzungen der UdSSR und SED war. Vor diesem Hintergrund hatten auch die führenden LDPD-Politiker das Konföderationskonzept mit anderen Hintergedanken vertreten als die SED. Sie versprachen sich – wohl nicht ganz zu Unrecht – von politischen Erfolgen der DDR auf dem Feld der Deutschlandpolitik auch die Stärkung der eigenen Position. Kurt Wünsche, als Sekretär des Zentralvorstandes der LDPD damals für die „Westarbeit“ zuständig, schildert diese Haltung im Rückblick folgendermaßen:

„Es gab schon die Erwartung, wenn eine solche Entwicklung [zur Konföderation] in Gang gesetzt werden könnte, was ja höchst fraglich war, daß sich dann auch eine andere politische Konstellation ergeben würde und daß dann die Rolle der einzelnen Parteien, insbesondere der LDP, wieder eine andere sein könnte, als sie sich damals innenpolitisch mehr und mehr abzeichnete – in dieser starken Begrenzung des Aktionsrahmens.“²⁰

Diese Erwartungen hatten nach dem Mauerbau und den folgenden strategischen Festlegungen der SED-Politik jede Grundlage verloren. Daran konnten auch die Hoffnungen der LDPD-Basis auf „kurze Wege zur deutschen Einheit“ und die

¹⁸ ZPA, IV 2/15/2, Köhler an Matern vom 12.1.1962.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Interview mit Kurt Wünsche am 19.3.1991.

komplexeren politischen Initiativen ihres Generalsekretärs nichts ändern. 1962 war die LDPD gezwungen, ihre Beziehungen zur FDP in Einklang mit dem „Nationalen Dokument“ des Nationalrates zu gestalten, das den Westdeutschen die deutsche Einheit – und zwar ohne taktische Zweideutigkeiten – in der Form des Anschlusses der Bundesrepublik an die DDR schmackhaft machen sollte²¹. Die offizielle politisch-ideologische Grundlage der LDPD-Westarbeit lautete nun: „Der Sozialismus siegt auch in der Bundesrepublik und ein Arrangement des westdeutschen Bürgertums mit dem bereits existierenden sozialistischen deutschen Staat, der DDR, ermöglicht dem Bürgertum in Westdeutschland seine friedliche Einbeziehung in den sozialistischen Prozeß.“²²

Daß dies für die meisten ihrer Kontaktpartner, vor allem für die politisch bedeutenderen, keine verlockende Perspektive sein konnte, war den LDPD-Politikern wohl bewußt. Vielleicht war dies einer der Gründe dafür, daß sich auf der 10. Sitzung des Zentralvorstands im März 1962, die unter dem Motto stand: „Die DDR wird den Frieden in Deutschland retten und die nationale Frage lösen“, von 36 Rednern nur drei mit dem „Nationalen Dokument“ befaßten, „obwohl gerade in der LDPD auf Grund ihrer Entschließung des 8. Parteitages viele Vergleichsmöglichkeiten vorhanden waren“, wie die ZK-Kontrolleure verärgert feststellten²³. Aber der Vergleich mit dem LDPD-Dokument von Juli 1960 hätte verdeutlicht, welchen entscheidenden Schritt die offizielle Deutschlandpolitik der DDR seither gemacht hatte. Das Dokument des 8. Parteitags implizierte zwar schon, daß die DDR als Modell für das wiedervereinigte Deutschland zu gelten habe, sprach dies aber nirgends explizit aus. Statt dessen betonte es auf der Basis des zuvor von der SED verkündeten „Deutschlandplanes des Volkes: „Die Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung macht einen nationalen Kompromiß notwendig, der es ausschließt, daß der eine Staat dem anderen sein System aufzwingen kann.“²⁴

Zwar betont auch das Nationalratsdokument von 1962, daß der Sozialismus „durch die Konföderation nicht nach Westdeutschland exportiert“ werde, aber gleichzeitig wird sie dem „nationalgesinnten Teil des Bürgertums“ lediglich als „Chance“ präsentiert, „daß sich die historisch unvermeidliche Entwicklung [Westdeutschlands zum Sozialismus] auf friedlichem Wege vollzieht“²⁵. Die letzten bis dahin verbliebenen Zweideutigkeiten hinsichtlich des Weges zur deutschen Wiedervereinigung sowie ihres verfassungs- und gesellschaftspolitischen Ergebnisses waren

²¹ „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ (kurz: Nationales Dokument), in: Neues Deutschland vom 27.3.1962.

²² ADL, LDPD 28707, stichwortartige Zusammenstellung von Vorschlägen und Vorstellungen für die weitere Arbeit nach Westdeutschland vom 2.4.1962.

²³ ZPA, IV 2/15/8, Bericht des Sektors Befreundete Organisationen vom 6.4.1962. Fazit zu diesem Punkt: „Offensichtlich ist das vom Sekretariat des Zentralvorstandes ungenügend vorbereitet worden. Dadurch muß eingeschätzt werden, daß in dieser Hinsicht die Tagung ihr Ziel nicht erreicht hat.“

²⁴ 8. Parteitag der LDPD, S. 257.

²⁵ Nationalkongreß (Beschluß), S. 37.

nun beseitigt – und damit ein wesentlicher Teil jener Grundlage, auf dem die LDPD bisher den Dialog mit ihren Kontaktpartnern von der FDP geführt hatte.

Trotz dieser eindeutigen Signale aus dem Osten hielt die FDP zunächst offiziell an ihrer alten Wiedervereinigungspolitik fest. In diesem Sinne wirkte vor allem Dehler, der die ideologischen Implikationen der östlichen Deutschlandpolitik noch nie besonders ernst genommen hatte und nach wie vor der Meinung war, man könne in der Deutschlandfrage über einen machtpolitischen Ausgleich mit der Sowjetunion auf der Ebene klassischer Interessenpolitik zu einer Lösung kommen²⁶. Weil Dehler der alten Deutschlandpolitik der FDP aus den Jahren 1956 bis 1959 verpflichtet blieb, konnte er sich auch mit Adenauer als Kanzler nicht abfinden. Auf der Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses vom 21. Oktober 1961, wo über den Eintritt der Liberalen in die Koalition mit der CDU/CSU unter einer befristeten Kanzlerschaft Adenauers entschieden wurde, hatte er die rhetorische Frage gestellt: „Kann ein Adenauer erfüllen, was wir hier gesagt haben: daß der Westen nach neuen Wegen sucht, daß wir eine Bundesregierung brauchen, die den festen Willen des deutschen Volkes zur Einheit so deutlich macht, daß die Welt ihn ernst nimmt?“²⁷ Selbstverständlich verneinte Dehler diese Frage sogleich, und auch die anderen exponierten Gegner einer Regierungsbeteiligung – Schneider, Kohut, Rademacher, Döring²⁸ – waren in diesem Punkt seiner Meinung²⁹.

Es würde jedoch viel zu kurz greifen, wenn man die Gegner einer befristeten Kanzlerschaft Adenauers mit den deutschlandpolitischen Dogmatikern und die Befürworter mit den Realisten in der FDP gleichsetzen würde³⁰. Bei Wolfgang Döring etwa ist schon vor dem Mauerbau die Suche nach Alternativkonzepten zur klassischen Wiedervereinigungspolitik erkennbar. Bei einem Treffen mit Harald Werthmann im Juni 1961 hatte er den Plan einer „Vereinigung“ aller europäischen Staaten (außer der Sowjetunion) ungeachtet ihrer inneren Ordnung verfochten, in deren Rahmen sich die Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten vollziehen

²⁶ Symptomatisch sind seine folgenden Ausführungen: „Sie [die Sowjets] möchten - das ist meine Überzeugung - die Verklemmungen überwinden und zu Sachgesprächen kommen. Weil es eben in der Politik Fragen gibt, die ganz losgelöst sind von ideologischen Auseinandersetzungen. Ob nun im Kreml Herr Chruschtschow die Macht ausübt, oder ob ein Demokrat Kerenski dort sitzt oder vielleicht ein zaristischer Ministerpräsident: Bestimmte machtpolitische Fragen sind die gleichen und müssen in gleicher Weise angepackt werden.“ Der Spiegel vom 28.3.1962, S. 25f., in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/8, S. 321. Zur Haltung Dehlers in dieser Zeit vgl. auch Klingl, Das ganze Vaterland, S. 330-334.

²⁷ Protokoll zit. nach Klingl, Das ganze Deutschland, S. 334.

²⁸ Auch Döring muß zu ihnen gezählt werden, wengleich er zum Schluß den Vorschlag einbrachte, Adenauer unter der Bedingung zu akzeptieren, daß die FDP den Außenminister stelle; vgl. die ausführliche Darstellung und die entsprechenden Zitate bei Dorn/Wiedner, Freiheit, S. 154-166; anders, aber offensichtlich nicht exakt Moersch, Kurs-Revision, S. 35.

²⁹ ADL, A12-38, 39, 40, Protokolle der FDP-Bundeshauptausschußsitzung am 21.10.1961.

³⁰ Dies klingt unterschwellig an bei Klingl, Das ganze Deutschland, S. 335.

sollte³¹. Es handelte sich zwar um eine recht unausgegorene Idee; sie zeigte aber, daß Döring schon im Begriffe stand, vom Primat der deutschen Frage zugunsten einer globalen Entspannungspolitik abzurücken. Die nationale Rhetorik seiner Reden wurde nach 1959 immer milder, und 1962 stand für den ehemaligen „Stürmer und Dränger“ nicht mehr die baldige Erlangung der deutschen Einheit im Vordergrund, sondern „eine pragmatische Ostpolitik [...], die den realen Machtverhältnissen in der Welt Rechnung trägt und der Erhaltung des Friedens und der Verhinderung einer nuklearen Katastrophe dienen soll“³². In dieser Akzentverschiebung kündigte sich der bevorstehende ost- und deutschlandpolitische Kurswechsel der FDP schon an, den Döring aufgrund seines frühen Todes 1963 allerdings kaum noch mitgestalten konnte.

Deutschlandpolitisch wesentlich orthodoxer als diese Haltung war in vieler Hinsicht das Koalitionsabkommen mit der CDU/CSU vom 20. Oktober 1961, das von den ehemaligen „Jungtürken“ Mende und Weyer ausgehandelt worden war. In das Koalitionspapier waren die traditionellen Grundsätze der Wiedervereinigungspolitik der FDP eingegangen, wenn auch sehr verwässert und in einer nicht widerspruchsfreien Verbindung mit verteidigungspolitischen Aussagen, die die CDU/CSU diktiert hatte: Mit dem Hinweis auf die von den Deutschlandpolitikern der FDP so häufig angeführte Bundestagsentschließung vom 1. Oktober 1958³³ wurde festgelegt, daß „die Lösung der Deutschland- und Berlinfrage durch Friedensverhandlungen für ganz Deutschland“ anzustreben sei, die „Klarheit [...] über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands“ schaffen mußten. Gleichzeitig gab die FDP aber Adenauer grünes Licht für eine stärkere Integration der Bundesrepublik in die NATO, die Erhöhung der Rüstungsausgaben, die Verlängerung des Wehrdienstes und die Ausrüstung der Bundeswehr „mit allen modernen Waffen einschließlich der modernen Trägerwaffen“ sowie für „ein Mitbestimmungsrecht der europäischen Partner“ hinsichtlich der Verfügungsgewalt über die Atomsprengköpfe³⁴. Bei der für die FDP besonders heiklen Frage der Atombewaffnung war das das äußerste, was die Partei verkraften konnte³⁵. Von einer Verbindung von Wiedervereinigungspolitik mit rüstungspolitischer Selbstbeschränkung, wie sie die FDP 1956-59 vertreten hatte, konnte bei diesem Koalitionsabkommen nicht die Rede sein.

Der Koalitionskompromiß war gewiß kein positives Signal für den Osten, und so wurde er von der LDPD auch nicht sehr freundlich aufgenommen. Deren Führung

³¹ ADL, LDPD 28688, Bericht von Werthmann über ein Treffen am 22.6.1961, S. 10f.

³² Rede auf dem nordrhein-westfälischen Landesparteitag im März 1962, zit. nach Dorn/Wiedner, Freiheit, S. 171.

³³ Vgl. S. 77.

³⁴ Wortlaut der Abschnitte zur Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/7, S. 1068-1070, Anm. 5; zu den Verhandlungen s. Schwarz, Adenauer 1952-67, S. 680-683.

³⁵ Vgl. Moersch, Kurs-Revision, S. 32f.

ließ es sich nicht nehmen, den Widerspruch zur deutschland- und sicherheitspolitischen Haltung, die die FDP in den vergangenen Jahren eingenommen hatte, groß herauszustellen. Etwas grobschlächtig, aber propagandistisch nicht ganz ungeschickt, heißt es in einem offenen Brief des Zentralvorstandes der LDPD an die Delegierten des 13. Bundesparteitages der FDP: „Ihre gegenwärtige Führung sitzt mit dem von Dr. Maier einmal als ‚Reichskriegsminister‘ charakterisierten Franz-Josef Strauß auf einer Regierungsbank und unterstützt seinen Griff nach den Atombomben für die Bundeswehr!“³⁶ Bei ihrer Propaganda zur „Förderung des Differenzierungsprozesses“ in der FDP ignorierte die LDPD bewußt und systematisch die einschneidenden politischen Entwicklungen der letzten drei Jahre. Die freidemokratische Deutschlandpolitik von 1956 bis 1959 diente ihr als Maßstab für die Kritik der aktuellen Rolle der FDP in der Regierung³⁷. Dabei wußte sie, daß sie damit an starke innerparteiliche Stimmungen in der FDP anknüpfen konnte.

Die Mitarbeit in der Regierung Adenauer führte aber keineswegs zur Lähmung der traditionellen deutschlandpolitischen Beweglichkeit der FDP. Vor den anderen Parteien brachten die Liberalen neue, der aktuellen Situation angemessenere Konzepte hervor, obwohl diese eine scharfe Abkehr von der gerade bei den Liberalen besonders gepflegten Vorstellung bedeuteten, die deutsche Einheit sei in einem überschaubaren Zeitraum zu erreichen. Im März 1962 verfaßte Wolfgang Schollwer seine berühmt gewordene Denkschrift mit dem Titel „Verklammerung und Wiedervereinigung“, in der er, in der Form vorsichtig, aber argumentativ gut untermauert, die Auffassung vertrat, daß eine Politik, die darauf zielt, über Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung zu kommen, angesichts der Interessenlage der Sowjetunion, aber auch des Westens, illusionär sei. Die deutsche Einheit müsse als Fernziel betrachtet werden. Zur Zeit könne es nur darum gehen, ein weiteres Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands durch ihre „Verklammerung“ zu verhindern. Dies erfordere aber die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands. Nur so könne die Voraussetzung für die Entstalinisierung der DDR, die Wiederherstellung des innerdeutschen Reiseverkehrs und – durch Bildung von gesamtdeutschen Kommissionen – die wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten geschaffen werden³⁸.

Schollwer, der in der Bundesgeschäftsstelle neben seiner Tätigkeit als Chefredakteur der *freien demokratischen korrespondenz* die Funktion des außen- und deutschlandpolitischen Referenten erfüllte, hatte diese Gedanken in den Grundzügen einige

³⁶ Der Morgen vom 17.5.1962, Sonderseite.

³⁷ Der offene Brief an die Delegierten des 13. Bundesparteitags war vollständig nach diesem Muster gestrikt; ebenda. In einem Exposé zur weiteren Westarbeit vom 2.4.1962 heißt es: „Zur Förderung des Differenzierungsprozesses vor allem in der FDP sind Zusammenstellungen von positiven Äußerungen und Veröffentlichungen aus Kreisen profilierter FDP-Persönlichkeiten nach und in Westdeutschland zu vertreiben.“ ADL, LDPD 28707.

³⁸ Endgültige Fassung der Denkschrift in: Benz/Plum/Röder, Einheit, S. 185-204; außerdem Dokument zur Deutschlandpolitik IV/8, S. 376-389.

Wochen zuvor bei einem Parteiseminar vor FDP-Funktionären zur Diskussion gestellt und war auf ein erstaunlich positives Echo gestoßen³⁹. Als er wenig später in einer Sitzung des außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion feststellen mußte, daß die deutschlandpolitische Diskussion dort noch ganz in den alten Bahnen verlief, entschloß er sich, die Denkschrift an den Parteivorsitzenden Mende zu schicken⁴⁰. Ohne daß es Schollwer bewußt gewesen war, bekam Mende das Papier in einem besonders günstigen Augenblick in die Hand. Er war gerade von einer USA-Reise zurückgekehrt und hatte bei Gesprächen im State Department erfahren, daß sich auch die Vereinigten Staaten auf eine De-facto-Anerkennung der DDR einrichteten⁴¹. Die Thesen der Denkschrift entsprachen offensichtlich weitgehend den Erkenntnissen, die Mende aus Amerika mitgebracht hatte, und so bat er Schollwer, seine Überlegungen auf einer Klausurtagung des Fraktionsvorstandes am 9. April 1962, zu der auch die FDP-Minister und die Mitglieder des außenpolitischen Arbeitskreises eingeladen waren, vorzutragen.

Dehler reagierte auf Schollwers Darlegungen sofort eindeutig negativ. Er führte vor allem den verfassungsrechtlichen Einwand ins Feld, eine Anerkennung der DDR sei mit der Präambel des Grundgesetzes nicht vereinbar. Auch Mende argumentierte ungeachtet seiner prinzipiell positiven Haltung gegenüber Schollwers Lagebeurteilung auf dieser Linie, exponierte sich aber ansonsten nicht weiter⁴². Nur Döring ließ seine Zustimmung durchblicken, indem er bemerkte, was im Grundgesetz stehe, interessiere „um uns herum“ niemanden. Wenig später bekundete er gegenüber Schollwer sein volles Einverständnis sowohl hinsichtlich der Situationsbeschreibung als auch der daraus gezogenen Schlußfolgerungen⁴³.

Die Auseinandersetzung über eine Kursänderung in der Deutschlandpolitik wurde in der Parteiführung nicht konsequent weitergeführt. Zwar diskutierte man das Schollwer-Papier anschließend noch im außenpolitischen Arbeitskreis der Fraktion, und es erhielt dort durchaus auch Zuspruch, doch eine Wende war zu diesem Zeitpunkt nicht denkbar. Das lag einerseits daran, daß die Thesen Schollwers von entscheidenden deutschlandpolitischen Meinungsführern der FDP – vor allem von Dehler, zum Teil wohl auch von Achenbach – scharf abgelehnt wurden⁴⁴, und daß andererseits zu erwarten war, daß der Koalitionspartner CDU/CSU gegen Überlegungen, die auf eine Aufweichung des Alleinvertretungsanspruchs hinausliefen, Sturm laufen würde. Schließlich hatte sich die FDP im Koalitionsvertrag ausdrücklich zu der Formulierung bekannt, daß das Grundgesetz und Artikel 7 des Deutschlandvertrages „eine Minderung des Bestandes an deutscher Einheit durch eine

³⁹ Interview mit Wolfgang Schollwer am 21.2.1991; vgl. auch Glazeder, Deutschlandpolitik, S. 102.

⁴⁰ Vgl. Interview mit Wolfgang Schollwer am 21.2.1991.

⁴¹ Vgl. Schollwer, Aufzeichnungen 1961-63, Eintragung vom 13.4.1962 (druckfertiges Manuskript, freundlicherweise vom Verf. und der Herausgeberin Monika Faßbender zur Verfügung gestellt).

⁴² Vgl. Interview mit Wolfgang Schollwer am 21.2.1991.

⁴³ Vgl. Schollwer, Aufzeichnungen 1961-63, Eintragungen vom 9. und 13.4.1962.

⁴⁴ Vgl. Interview mit Wolfgang Schollwer am 21.2.1991.

irgendwie geartete Anerkennung eines deutschen Teilstaates auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone“ nicht zuließen⁴⁵. Die These Schollwers, daß der Auftrag des Grundgesetzes die Bundesrepublik zur Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands geradezu verpflichte, wenn feststehe, daß Fortschritte auf dem Wege zu einer Wiedervereinigung nur so möglich seien⁴⁶, mußte in diesem Lichte als blanke Häresie erscheinen.

Freilich erkannte auch Schollwer selbst, daß seine Überlegungen zum damaligen Zeitpunkt weder der Öffentlichkeit noch der eigenen Mitgliedschaft, noch vor allem dem Koalitionspartner zugemutet werden konnten, und so empfahl er, „vorerst bei den in unserem Deutschlandplan und im Koalitionsabkommen niedergelegten Postulaten zur Berlin- und Deutschlandpolitik zu verharren, die ja als Maximalprogramm durchaus richtig und zukunftsfruchtig sind, in der Hoffnung, daß die CDU/CSU wenigstens diese Forderungen der FDP eines Tages zu den ihren macht“⁴⁷. Gleichzeitig baute er Elemente seiner Denkschrift – vorsichtig und abgeschwächt – in seine Artikel in der *freien demokratischen korrespondenz* und in die Redemanuskripte Erich Mendes ein, der die außen- und deutschlandpolitischen Passagen seiner öffentlichen Statements in der Regel von Schollwer schreiben ließ⁴⁸. So sollten Partei und Öffentlichkeit langsam an die neuen Gedanken gewöhnt werden.

Früher als die bundesdeutsche Öffentlichkeit erfuhr Ost-Berlin von Schollwers Überlegungen, denn das Papier gelangte über Mende in die Hände des Photo-Großhändlers, FDP-Kreisverbandsvorsitzenden und MfS-Agenten Hannsheinz Porst, der es umgehend an seine Auftraggeber weiterleitete. Den einschlägigen Akten aus dem ZK-Bereich ist allerdings nicht zu entnehmen, ob es in irgendeiner Form von der SED-Führung berücksichtigt worden ist. Die für die „Westarbeit“ zuständigen Funktionäre der LDPD haben von der Existenz der Schollwer-Denkschrift allerdings mit Sicherheit nichts erfahren. Im Sommer 1964 spielte sie der DDR-Staatssicherheitsdienst dann in einer für die FDP-CDU-Koalition heiklen Situation der Illustrierten *Quick* zu und erzeugte damit politische Turbulenzen⁴⁹.

Es ist unübersehbar, daß Überlegungen in der Art der Schollwer-Denkschrift nicht zuletzt ein Reflex der sich allmählich entfaltenden internationalen Entspannungstendenzen waren. Im Frühjahr 1962 versuchten die beiden Weltmächte miteinander ins Gespräch zu kommen. Vor allem in der Berlin-Frage bemühte sich die Kennedy-Administration – von Adenauer mißtrauisch beobachtet und teilweise auch behindert – um eine Kompromißlösung, die in den amerikanischen Vorschlägen zur Einrichtung einer internationalen Zugangsbehörde für West-Berlin ihren Ausdruck fand. Der schwelende Konflikt zwischen Kennedy und Adenauer in

⁴⁵ Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/7, S. 1069, Anm. 5.

⁴⁶ Vgl. Schollwer-Denkschrift, zit. nach Benz/Plum/Röder, Einheit, S. 198.

⁴⁷ Ebenda, S. 202f.

⁴⁸ Vgl. Interview mit Wolfgang Schollwer am 21.2.1991.

⁴⁹ Ebenda.

entspannungs- und deutschlandpolitischen Fragen war unübersehbar. Im Einklang mit übergeordneten außenpolitischen Interessen des östlichen Lagers bemühte sich die SED deshalb um eine Isolierung Adenauers. Unter dem Motto „Die Ära Adenauer geht zu Ende“ gab Gerhard Dengler auf einer Sitzung der Westkommission des Nationalrates am 28. Juni 1962 die Linie aus: „Es ist der Gegensatz zwischen Adenauer und Kennedy herauszuarbeiten und die westdeutschen Bürger sind zu animieren, gegen Adenauer und für Kennedy Stellung zu nehmen.“⁵⁰

Ein differenzierteres und gleichzeitig offensiveres Agieren war gefragt. Man müsse, so Dengler, besser als bisher die „Dialektik des Kampfes in Westdeutschland“ beachten und dabei auch „mit solchen Personen und Persönlichkeiten arbeiten bzw. sie nutzen, die nicht in allen Punkten mit uns übereinstimmen, aber bereits Teilerkenntnisse aufweisen, oder zumindest in [sic] bestimmten Problemen zur Bestätigung unserer Auffassung herangezogen werden können“. Es solle vermieden werden, „global vom ‚Bonner Regime‘ zu sprechen“. Zur Zeit bestehe „kein Interesse, Schröder, Erhard und Gerstenmaier an Strauß, Adenauer und Brentano zu binden“. Hinsichtlich der FDP gelte es herauszufinden, „wer auf der Kennedy-Linie liegt und gegen die Ultras ist“. „Auf diese gilt es zu orientieren und die Auseinandersetzung zu fördern.“⁵¹

Es zeigte sich dabei, daß die stärkere Orientierung der DDR auf den Ostblock und die Propagierung einer Art sozialistischer „Kernstaattheorie“, wie sie im „Nationalen Dokument“ erfolgt war, eine flexiblere „Westarbeit“ nicht ausschlossen. Im Gegenteil, die deutschlandpolitisch klaren Verhältnisse waren wohl in mancher Hinsicht sogar die Voraussetzung für die differenziertere Strategie der SED zur Förderung entspannungspolitischer Tendenzen. Schließlich ließ sich absehen, daß die Entspannung zu einer internationalen Aufwertung der DDR und damit zu ihrer Stabilisierung führen würde, und so ließ es sich Ulbricht nicht nehmen, am 17. Juni 1962 auf dem „Nationalkongreß“, der das „Nationale Dokument“ verabschiedete, vorzuführen, wie sich die SED die Förderung des Differenzierungsprozesses in der Bundesrepublik vorstellte. Er erklärte, die Westmächte hätten sich nach dem 13. August 1961 zu einer nüchternen Haltung durchgerungen. Die USA seien, das hätten die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Berlin gezeigt, zu einer Respektierung der Souveränität der DDR bereit⁵².

In dem neu gesteckten Rahmen konnte auch die LDPD wieder aktiver werden. Im Juni 1962 machte ihre Westabteilung einen Vorstoß beim Nationalrat. Ansatzpunkt hierfür war eine Initiative des Marburger LSD-Vorsitzenden Klaus Horn, der wieder etwas wie die Dieckmann-Veranstaltung organisieren wollte. Schon seit August 1961 versuchte Horn, seine Ansprechpartner in der LDPD dafür zu gewinnen. Diese aber hatten ihn zunächst hingehalten; die Lage war unmittelbar nach dem Mauerbau alles

⁵⁰ ADL, LDPD 28707, Müller an Gerlach vom 29.6.1962; vgl. dazu auch den Beitrag von Erker in diesem Band.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Nationalkongreß (Rede Ulbrichts am 17.6.1962), S. 118.

andere als günstig für ein solches Unternehmen. Doch zehn Monate später schrieb der Abteilungsleiter Rudi Müller an das für die „Anleitung“ der LDPD-„Westarbeit“ zuständige Büro des Präsidiums des Nationalrates: „Seit unseren Vorstellungen zur offensiveren Westarbeit ist in uns der Gedanke gereift, auf dieses Angebot einzugehen.“⁵³ Als Teilnehmer für eine solche Veranstaltung schlug er zwei mittelhohe Funktionäre vor: Hoffmann, Mitglied des Politischen Ausschusses des LDPD-Bezirksverbandes Neubrandenburg, der mit Horn in kontinuierlichem Kontakt stand, und Claus-Jürgen Ebel, Vorsitzender des Bezirksverbandes Rostock, ein routinierter Westreisekader, der schon in den fünfziger Jahren viel in der Bundesrepublik unterwegs gewesen war. Der Entscheidungsprozeß gestaltete sich jedoch schwierig. Angesichts des Debakels beim Besuch Dieckmanns im Januar 1961 mußte das Vorhaben von höchster Stelle abgesegnet werden, und so ließ Gerhard Dengler in dieser Sache beim zuständigen Politbüromitglied Albert Norden anfragen⁵⁴. Dieser scheint gebremst zu haben, denn die Angelegenheit kam nicht recht vorwärts.

Horn fühlte sich deshalb im November 1962 veranlaßt, mit zwei weiteren Mitgliedern des hessischen LSD-Vorstands nach Ost-Berlin zu reisen, um mit der LDPD-Westabteilung die Rahmenbedingungen für die Veranstaltung ausführlich zu diskutieren. Dort wurde ihm klargemacht, daß die LDPD „zwar Aussprachen an sich positiv“ gegenüberstehe, aber „für diese spezielle Aussprache“ noch keine verbindliche Vereinbarung treffen wolle⁵⁵. Trotzdem wurde die Konzeption der gewissermaßen hypothetischen Veranstaltung durchgesprochen. Man einigte sich auf das Thema: „Welche Möglichkeiten bestehen unter den gegenwärtigen Bedingungen für die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger, sich an der Lösung der nationalen Frage aktiv zu beteiligen?“. Der Teilnehmerkreis sollte auf wenige handverlesene LSD- und FDP-Mitglieder (20 Personen einschließlich der LDPD-Vertreter) beschränkt werden, und Horn verpflichtete sich, beim hessischen Innenminister Sicherheitsgarantien für die Gäste aus der DDR zu erwirken. Die Versuche Horns, auch über die Zusammensetzung der LDPD-Delegation zu diskutieren, wurden von Müller und seinem Stellvertreter Theo Schneider abgeblockt, insgeheim wurde aber schon eine hochkarätigere Zusammensetzung anvisiert als im Juni. Vorgesehen waren der für die „Westarbeit“ zuständige Sekretär beim Zentralvorstand, Kurt Wünsche, der Vorsitzende der Volkskammerfraktion Rudolf Agsten, der schon 1956 in Garmisch und Weimar dabeigewesen war, und Theo Hanemann, der persönliche Referent Dieckmanns⁵⁶. Diese Personenwahl verdeutlicht, daß es der LDPD nicht so sehr um den Dialog mit dem hessischen LSD ging, sondern um einen politisch-publizistisch wirksamen Auftritt in der Bundesrepublik. Es ist außerdem

⁵³ ZPA, IV 2/2028/65, Rudi Müller an Karl Wildberger vom 5.6.1962.

⁵⁴ Ebenda, Gerhard Dengler an Heinz (Geggel) vom 14.6.1962.

⁵⁵ Ebenda, Bericht von Rudi Müller vom 6.11.1962.

⁵⁶ Ebenda, Dengler an Norden vom 7.1.1962.

erkennbar, daß Dengler mit dem Konzept einverstanden war und der LDPD eigentlich umgehend „grünes Licht“ geben wollte, aber von Norden kam kein eindeutiges Ja⁵⁷.

Die Zurückhaltung Albert Nordens findet ihre Begründung in der sich anbahnenden deutschlandpolitischen Neuorientierung im Zusammenhang mit dem 6. Parteitag der SED, der den Modellcharakter der DDR für die politisch-gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik noch deutlicher herausstellen sollte als in den bisherigen programmatischen Erklärungen der SED. Einheitsfrontpolitik und die „allseitige Durchsetzung einer offensiven, prinzipiellen Argumentation [...] über den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR“⁵⁸ rückten so in das Zentrum der nach Westen gerichteten Aktivitäten. Die besondere, auf „nationale“ und „friedliebende“ Kreise des Bürgertums zugeschnittene „Westarbeit“ der DDR und die Sonderbeziehungen zwischen LDPD und FDP verloren unter diesem Vorzeichen an Bedeutung. Ausdruck dieser Entwicklung war die Vorgabe der SED-Führung: „Die selbständigen Aussprachen der Parteien und Organisationen sind zu überwinden, da sie nicht der gemeinsamen Aufgabenstellung aller in der Nationalen Front zusammengeschlossenen demokratischen Kräfte entsprechen.“⁵⁹

Der zitierte Satz ist in den Unterlagen der LDPD – vermutlich von Kurt Wünsche – unterstrichen und mit einem Fragezeichen versehen worden – ein Zeichen, daß die Vorgabe auf ein gewisses Unverständnis stieß. Trotzdem beeilte sich Wünsche, Klaus Horn, der zum Ost-West-Messegespräch im März 1963 in Leipzig weilte, das neue Konzept nahezubringen; er verlangte die Teilnahme von Nationalrats- und FDJ-Vertretern an der geplanten Aussprache⁶⁰. Horn, dessen gesamtes politisches Konzept auf der Pflege von Vorzugsbeziehungen zwischen FDP und LDPD in der Tradition der Weimarer Gespräche beruhte, reagierte ungewöhnlich entschieden:

„Der LSD sieht nach wie vor keine Notwendigkeit dafür, die zwischen uns vereinbarten Gespräche auf andere Organisationen und Gremien auszudehnen. Es ist nicht unsere Sache, wenn die LDPD glaubt, ohne Beisein von Vertretern der SED oder FDJ nicht mit uns diskutieren zu können, oder wenn andere Gremien der DDR der Auffassung sind, daß ohne sie die LDPD-Leute uns schutzlos ausgeliefert sind. Unsere Einladung gilt für Politiker der LDPD und dabei wird es bleiben. [...] Es liegt bei den Gremien der DDR und der LDPD, ob auf meine seit über einem Jahr zuerst an Herrn Hoffmann ausgesprochene Einladung eingegangen wird oder nicht. Ich habe mir redliche Mühe gegeben, zur Verwirklichung beizutragen.

⁵⁷ ZPA, IV A2/2028/94, Aktennotiz der Arbeitsgruppe Koordinierung der politischen Massennarbeit des Nationalrats vom 28.2.1963.

⁵⁸ ZPA, IV A2/2028/5, Arbeitsplan der Westkommission beim Politbüro für das 1. Halbjahr 1963.

⁵⁹ ADL, LDPD 17343, Über die weitere Entwicklung des Kampfes für Frieden und friedliche Koexistenz, mdl. erläutert von Dengler in der Sitzung der Westkommission des Nationalrates am 27.3.1963 (Bericht von Rudi Müller), S. 10.

⁶⁰ Das geht hervor aus ADL, LDPD 28621, Müller an Horn vom 10.4.1963. Der vorangegangene Brief von Horn war nicht auffindbar.

Terminschwierigkeiten, stets neue Bedenken und in der Substanz variierte Vorschläge sind von unserer Seite nicht vorgeschlagen worden. Das taten Sie.“⁶¹

Die deutliche Antwort Horns führte nicht sofort zum Einlenken der LDPD. Möglicherweise war es der LDPD-Führung gar nicht so unrecht, daß sich Horn auf ihre Vorschläge nicht eingelassen hatte. Dem ZK gegenüber konnte man jetzt darauf verweisen, daß eine Einbeziehung anderer Organisationen von den LSD-Gesprächspartnern unter keinen Umständen akzeptiert würde. Wenn die SED ein Auftreten von hohen DDR-Politikern in der Bundesrepublik wünschte, mußte sie zwangsläufig den ausschließlich bilateralen Charakter der LDPD-LSD-Beziehungen und die damit verbundene „Aufwertung“ der LDPD hinnehmen.

Vor dem Hintergrund sich verdichtender Entspannungssignale auf der internationalen Ebene – man denke an die Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens am 5. August 1963 – rang sich die SED, vermutlich von sowjetischer Seite gedrängt, zu einer flexibleren Haltung durch. Offensichtlich wurde dies der LDPD umgehend signalisiert, denn sie einigte sich mit Klaus Horn, der zu den Ost-West-Messegesprächen im September 1963 wieder in Leipzig war, über die Entsendung einer reinen LDPD-Delegation⁶². Vorgesehen waren nun, neben Wünsche, der Direktor der Zentralen Parteischule, Dieter Linde, und die Pädagogikprofessorin und „alte Dame“ der LDPD, Gertrud Sasse. Die neue Absprache beinhaltete allerdings gegenüber der ursprünglichen Konzeption eine deutliche thematische Akzentverschiebung. Nicht um die „Lösung der nationalen Frage“ sollte es nunmehr gehen, sondern um den „deutsche[n] Beitrag zur Entspannung durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten“⁶³. Es gibt keinen Zweifel, daß diese Veränderung auf Wunsch der LDPD vorgenommen worden war. Sie entsprach der neuen deutschlandpolitischen Linie der DDR nach dem 6. Parteitag der SED⁶⁴, nicht aber den Vorstellungen von Klaus Horn, der sich noch ganz als Wiedervereinigungspolitiker in der Tradition der fünfziger Jahre verstand.

Die Konzeption der LDPD-LSD-Veranstaltung fand nicht nur die Zustimmung von Gerhard Dengler, auch der Sekretär der Westkommission beim Politbüro, Heinz Geggel, war im wesentlichen einverstanden⁶⁵. In einem entscheidenden Punkt bestand die SED allerdings auf einer Änderung: Wünsche und Horn hatten als „Ziel der Aussprache“ die „Verabschiedung und Veröffentlichung eines gemeinsamen Kommuniqués, das auf einigen Passagen des Kommuniqués zwischen LDPD und FDP vom Oktober 1956 fußt“⁶⁶, verabredet. Dies ging den SED-Verantwortlichen zu weit. An einer Neuauflage der Weimarer Probleme war ihnen nicht gelegen. Ein

⁶¹ ADL, LDPD 28621, Horn an Müller vom 24.4.1963.

⁶² ZPA, IV A2/2028/94, Aktennotiz von Rudi Müller vom 12.8.1963.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ 6. Parteitag der SED (Programm), S. 315f.

⁶⁵ ZPA, IV A2/2028/94, Dengler an Norden am 19.9.1963.

⁶⁶ ZPA, IV A2/2028/94, Aktennotiz von Rudi Müller vom 12.8.1963 (entsprechender Punkt gestrichen).

Kommuniqué hätte die Gespräche über Gebühr aufgewertet und eine Gemeinsamkeit zwischen Freidemokraten und LDPD herausgestellt, die es nach SED-Auffassung nicht mehr geben konnte. In der Bundesrepublik und vor allem auch an der LDPD-Basis hätte es möglicherweise Anlaß zu „Mißverständnissen“ gegeben, und nicht zuletzt wäre der mißliche Umstand eingetreten, daß der Marburger LSD und die LDPD-Delegation ohne direkte Einwirkungsmöglichkeiten des ZK ein offizielles Dokument ausgehandelt hätten, das nachträglich nicht mehr korrigiert werden konnte. Der „Geist von Weimar“, den Horn und vielleicht auch Wünsche beschwören wollten, war der SED schon 1956 suspekt gewesen. Unter den Bedingungen von 1963 paßte er überhaupt nicht mehr in ihr politisches Konzept.

Größere politische Schwierigkeiten mit der geplanten Veranstaltung hatte jedoch Klaus Horn. In Erwartung des Widerspruchs, der durch seine Initiative voraussichtlich ausgelöst werden würde, informierte er gut zwei Wochen vor dem angesetzten Termin den FDP-Vorsitzenden Mende. Es war wohl nicht ganz ernst gemeint, aber taktisch sicher nicht unklug, daß er Mende gleichzeitig einlud, an der Zusammenkunft teilzunehmen, die „im kleinen Kreis und nicht öffentlich stattfinden soll“. Und etwas hinterhältig fügte Horn hinzu: „Unseres Erachtens stünde Ihre Teilnahme im Einklang mit dem von Ihnen mitunterzeichneten Kommuniqué zwischen FDP-Mitgliedern und Vertretern der LDPD, das im Herbst 1956 in Weimar beschlossen wurde und noch heute Gültigkeit besitzt.“⁶⁷ Mende reagierte, verglichen mit seiner Haltung im Zusammenhang mit der Dieckmann-Veranstaltung im Januar 1961, relativ gelassen. Etwas resignativ schrieb er zurück, der „Rat des Bundesvorsitzenden der FDP“ komme jetzt wohl zu spät, nachdem die Entscheidung schon gefallen sei. Ein wenig wie eine Pflichtübung wirken seine anschließend geäußerten „Bedenken gegen Zeitpunkt und Form der Begegnung“. Die Entwicklung in der LDPD habe sich in den letzten Jahren „so weit von den liberalen Vorstellungen der Mitbegründer Reichsminister a. D. Külz und Lieutenant entfernt, daß man kaum noch von einer liberalen Gruppierung reden“ könne. Außerdem wies er auf die seit 1956 eingetretene Entwicklung hin, insbesondere auf den Mauerbau. Horns Veranstaltung mit Dieckmann habe seinerzeit „objektiv“ wesentlich mehr Schaden angerichtet, „als ein für mich bisher nicht erkennbarer Nutzen [sic]“. Ebenso wie Dehler sei er der Meinung, daß nur Gespräche mit der UdSSR, „jener Macht, von der in erster Linie die Frage der deutschen Einheit abhängig ist“, entscheidend seien⁶⁸.

Interessanterweise argumentierte Mende hier nach dem gleichen Muster wie 1956 die Gegner der Weimarer Gespräche. Auch damals war die LDPD schon nicht mehr die Partei von Külz und Lieutenant, und auch damals waren Verhandlungen mit der Sowjetunion deutschlandpolitisch wesentlich bedeutsamer als innerdeutsche Gespräche – das hatten gerade auch die Protagonisten der damaligen FDP-LDPD-Gespräche, trotz gelegentlicher Illusionen über den Stellenwert ihrer Kontakte,

⁶⁷ ADL, A31-144, Horn an Mende vom 10.9.1963.

⁶⁸ Ebenda, Mende an Horn vom 12.9.1963.

niemals ernsthaft bestritten. Die Berufung Mendes auf Dehler, der die deutsch-sowjetischen Beziehungen immer für den deutschlandpolitisch entscheidenden Faktor gehalten hatte, ohne deutsch-deutsche Initiativen deshalb für unnütz oder schädlich anzusehen, war nicht sehr überzeugend, auch wenn der von Horn hochgeschätzte Bundestagsvizepräsident seit 1960 das Interesse an der LDPD ebenfalls weitgehend verloren hatte. Vielmehr standen für Mende koalitionstaktische Gesichtspunkte im Vordergrund. In der unmittelbar bevorstehenden schwierigen Phase des Übergangs von der Regierung Adenauer zur Regierung Erhard, in der er die Stellung des Vizekanzlers anstrebte, sollte das Verhältnis zur CDU/CSU nicht getrübt werden. Prophylaktisch ließ Mende für den Fall, daß über den Besuch der LDPD-Delegation „im Kabinett oder bei anderer Gelegenheit gesprochen“ würde, Kopien seines Briefwechsels mit Horn an die FDP-Minister Dahlgrün und Bucher schicken⁶⁹.

Auch der Bundesvorsitzende des LSD, Volker Gärtner, wirkte im Sinne Mendes. Er schärfte Klaus Horn nochmals ein, „die Sache absolut vertraulich zu handhaben“⁷⁰. So organisierte der Marburger LSD die Einreise der LDPD-Delegation in geradezu konspirativer Weise. „Durch Irrleitungen und andere Maßnahmen“ und unter Mithilfe von Beamten der hessischen Kriminalpolizei schirmten sie ihre Gäste zunächst systematisch vor der Presse ab. Offensichtlich befürchteten sie bei einem vorzeitigen Bekanntwerden Aktionen vor allem von DDR-Flüchtlingen aus dem Gießener Notaufnahmelager⁷¹.

Horn hatte außer Mende noch weitere prominente FDP-Politiker eingeladen. Zwar war keiner bereit gewesen, der Einladung zu folgen, aber Achenbach, Rademacher und Dorn teilten ihm mit, daß sie die Veranstaltung begrüßten. Auch der ehemalige hessische Landesvorsitzende Oswald Kohut hielt das Treffen im Prinzip für richtig, äußerte aber Bedenken, ob die LSD-Studenten für die LDPD-Vertreter die angemessenen Partner seien⁷². In der Tat standen dem bunt zusammengewürfelten Haufen von 25 Vertretern des LSD, der Jungdemokraten sowie lokaler und regionaler FDP-Gliederungen⁷³ drei ideologisch und rhetorisch außerordentlich gut geschulte Gesprächspartner gegenüber, nämlich Wünsche, Linde, und in Abänderung der ursprünglichen Planung, der junge Politprofi und LDPD-Vertreter im Büro des Präsidiums des Nationalrates, Gerhard Lindner, der für Gertrud Sasse nach

⁶⁹ Ebenda, Brodeßer an Eick-Kerssenbrock und an Häußer vom 1.10.1963.

⁷⁰ Ebenda, Gärtner an Mende vom 18.9.1963.

⁷¹ ADL, LDPD 28621, Bericht von Wünsche vom 1.10.1963, S 2.

⁷² Ebenda, S. 22. Diese Angaben beruhen auf Mitteilungen von Horn.

⁷³ Anwesend waren: Schnorr (stellv. Landesvorsitzender der DJD), Gillmann (ebenfalls stellv. Landesvorsitzender der DJD), Muhlack (Landesvorsitzender des LSD), Kochrain (FDP-Stadtverordneter in Marburg), Milch (stellv. Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Westhessen), Klaas (FDP-Stadtverordneter in Darmstadt), die LSD-Mitglieder Hoffmann, von Gyzicki, Mechthild Schneider, Kinzelbach, Wächtershäuser, Schmidt, Riemenschneider, außerdem Fries und Schwehn (Mitglieder einer „sozialen demokratischen Studentenvereinigung“), die Vorsitzende des Marburger ASTA, Ruthmann, der Assistent an der Juristischen Fakultät Zwecker und der Zeit-Redakteur Kai Hermann.

Gießen entsandt worden war. Doch angesichts ihrer starken Abschirmung gelang es der LDPD-Delegation zunächst nicht, entsprechend ihrer Planung „maximale Öffentlichkeitswirksamkeit“ zu erreichen⁷⁴.

Der Aussprache gingen Referate von Horn und Wünsche voraus. Klaus Horn trug eine etwas altbackene deutschlandpolitische Konzeption vor, die sich im wesentlichen an den Deutschlandplan von 1959 anlehnte und von einem strikten Junktim zwischen Entspannungspolitik und Fortschritten bei der Lösung der deutschen Frage ausging. Etwas über den Deutschlandplan hinaus ging Horn insofern, als er eine zeitlich terminierte Konföderation als Durchgangsstadium bis zur Wiedervereinigung akzeptierte. Diese „Transföderation“⁷⁵ sollte aber eine verbindlich begrenzte Zeitdauer haben, damit die Wiedervereinigung nicht auf den „St. Nimmerleinstag“ verschoben werden könne und die Konföderation nicht zur Zementierung der Spaltung beitrage⁷⁶. Politisch orientierten sich Horn und seine engeren Mitsstreiter nach dem Eindruck der LDPD-Vertreter an den Ideen Ernst Achenbachs⁷⁷.

Kurt Wünsche, der – wie er in seinem Bericht erwähnte – glücklich darüber war, daß er als zweiter sprechen konnte, weil er so „bereits einige Auseinandersetzungen mit den abwegigen Thesen Horns führen konnte“⁷⁸, absolvierte das aktuelle Pflichtprogramm der DDR-„Westarbeit“, indem er Ulbrichts Sieben-Punkte-Programm vom 15. Januar 1963 und die entsprechenden Vorschläge aus der Volkskammerrede des Staatsratsvorsitzenden vom 31. Juli 1963 vortrug. In der Essenz ging es also um Gewaltverzicht, Normalisierung der Beziehungen, Abschluß eines Friedensvertrages und um die Bildung von gesamtdeutschen Kommissionen als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten und der zu schaffenden „Freien Stadt Westberlin“⁷⁹.

Die Diskussion drehte sich vor allem um die Fragen Alleinvertretungsanspruch und freier Reiseverkehr. Dem LDPD-Bericht zufolge gelang es der eigenen Delegation, ihre Gesprächspartner von der Notwendigkeit zu überzeugen, „daß die Bundesregierung den ‚Alleinvertretungsanspruch‘ mit allen seinen gefährlichen Praktiken und Konsequenzen aufgibt“⁸⁰. Weniger erfolgreich waren die LDPD-Vertreter bei dem Versuch, den Gastgebern die DDR-offizielle Version über die Ursachen des Mauerbaus nahezu-bringen⁸¹. Doch im ganzen scheinen sie ihren westdeutschen Partnern rhetorisch-argumentativ überlegen gewesen zu sein, denn es gelang ihnen, die Versammelten von Horns anfangs vorgetragenen Junktim zwischen internationalen Entspannungs-

⁷⁴ ADL, LDPD 28621, Bericht von Wünsche vom 1.10.1963, S. 1.

⁷⁵ Zum Begriff der „Transföderation“ siehe Erich Küchenhoff in der Frankfurter Rundschau vom 9. 8. 1963, S. 3.

⁷⁶ ADL, LDPD 28621, Bericht von Wünsche vom 1.10.1963, S. 8f.

⁷⁷ Ebenda, S. 18f.

⁷⁸ Ebenda, S. 10.

⁷⁹ Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/7, S. 22-37 und 587-600.

⁸⁰ ADL, LDPD 28621, Bericht von Wünsche vom 1.10.1963, S. 11.

⁸¹ Ebenda, S. 12.

maßnahmen und Schritten zur Wiedervereinigung abzubringen. Außerdem erreichten sie nach einer längeren Diskussion über den Rang der zu bildenden gesamtdeutschen Kommissionen, daß sich der LSD in seiner Presseerklärung zu folgender Formulierung verstand:

„Beide deutsche Regierungen setzen gemeinsame Kommissionen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ein. Solche Kommissionen sollten gleichzeitig für Bereiche wie kultureller Austausch, Reiseverkehr, Wirtschaft, Handel und andere gebildet werden.“⁸²

„Diese Passage wurde überwiegend von uns formuliert“, schrieb Kurt Wünsche triumphierend in seinen Bericht, obwohl er einräumen mußte, daß es ihm nicht gelungen war, auch noch West-Berlin als selbständige politische Einheit im Text unterzubringen. Doch war sein Stolz nicht unberechtigt, hatte er doch erreicht, daß sich der Marburger LSD in der Frage der gesamtdeutschen Kommissionen weit auf die DDR-Position zubewegt hatte. Indem sich der Marburger LSD darauf einließ, daß die LDPD-Vertreter seine Presseerklärung mitformulierten, bekam diese den Charakter eines gemeinsamen Kommuniqués, ohne es förmlich zu sein. Unter taktischen Gesichtspunkten war dies eine Meisterleistung: Wünsche erreichte vom LSD – für die Öffentlichkeit sichtbar – weitgehende inhaltliche Zugeständnisse und umging gleichzeitig das SED-Verbot eines Kommuniqués.

Die Instrumentalisierung der Aussprache durch die LDPD-Vertreter ist unübersehbar. Angesichts des Rangefalles zwischen den Gästen, die die Führung ihrer Partei repräsentierten, und den politisch wenig maßgebenden Gastgebern liegt es auf der Hand, daß es der LDPD nicht auf die Veranstaltung als solche ankam, sondern auf ihre Wirkung in der Öffentlichkeit und in der FDP. Weiteren Gesprächen dieser Art mit dem gleichen Personenkreis wurden von Wünsche auch keine große Bedeutung beigemessen. Er visierte als nächsten Schritt Verbindungen „auf höherer Ebene“ an⁸³.

In gewisser Weise war diese höhere Ebene schon beim Gespräch mit Karl-Hermann Flach am 30. September erreicht, das im Anschluß an die Gießener Veranstaltung stattfand. Der ehemalige FDP-Bundesgeschäftsführer und Leiter des Ressorts Innenpolitik der *Frankfurter Rundschau* dürfte das Gießener Gespräch wohl mit inspiriert haben, so wie er schon am Zustandekommen der Dieckmann-Veranstaltung in Marburg beteiligt gewesen war. Wünsche war offensichtlich über den Umstand erstaunt, daß das Gespräch mit Flach trotz seiner SBZ-Vergangenheit und seiner Flucht im Zusammenhang mit der Esch-Affäre⁸⁴ – auch beim Thema

⁸² Ebenda, S. 14.

⁸³ Ebenda, S. 17.

⁸⁴ Flach war Redakteur des Schweriner LDPD-Organs „Norddeutsche Zeitung“ und Mitglied des Landesvorstandes Mecklenburg. Er stand mit Arno Esch, dem Hochschulreferenten des Vorstandes, in enger Verbindung. Als dieser im Oktober 1949 vom sowjetischen Sicherheitsdienst verhaftet wurde, floh Flach in den Westen. Esch wurde wegen angeblicher Spionage zum Tode verurteilt und 1951 in der UdSSR hingerichtet.

DDR-interne Entwicklung – „kaum durch erkennbare Ressentiments belastet“ war⁸⁵. Flach interessierte sich vor allem für die gesellschaftliche Entwicklung der DDR und die Haltung der LDPD zum Sozialismus. Nachdem er sich die Ausführungen seiner Gesprächspartner angehört hatte, verblüffte er sie mit der heiklen Frage, ob die LDPD in der weiteren sozialistischen Entwicklung noch eine Existenzberechtigung habe, und lenkte das Gespräch – taktisch geschickt – anschließend sofort auf die Frage der Liberalisierung der inneren Verhältnisse in der DDR. Flach war ein dezidierter Anhänger des Konföderationsgedankens; anders als Horn in Gießen bestand er in diesem Gespräch allerdings nicht auf einer zeitlichen Terminierung der Konföderation. Seine freundliche und flexible Gesprächshaltung scheint die LDPD-Vertreter psychologisch entwaffnet zu haben, denn sie ließen sich zu Äußerungen hinreißen, die Flach später in der *Frankfurter Rundschau* so wiedergab:

„Im privaten Gespräch gaben sich die Ost-Kundschafter friedlich-entgegenkommend. Sie stimmten zu, daß eine Konföderation Freizügigkeit der Bevölkerung innerhalb eines solchen Verbandes, freien Kultur-, Presse- und Informationsaustausch bedeuten müßte und die beiden Teile Deutschlands niemals in völkerrechtliche, sondern nur in innerdeutsche Beziehungen zueinander treten könnten. Stellen Sie uns doch auf die Probe!“ meinte Delegationsleiter Wünsche. Auf die Frage nach einer Liberalisierung des Systems wie in Polen, Ungarn und jetzt auch in der Tschechoslowakei meinte der Parteiideologe Linde, eine solche Entwicklung sei dem System immanent. Die Bundesrepublik dürfe aber keine Vorbedingungen stellen. „Je weniger von außen gefordert wird, desto mehr wird von innen geschehen.“⁸⁶

Kurt Wünsche dementierte diese Aussagen in seinem Bericht an die Parteileitung und behauptete, Flach habe sie den LDPD-Vertretern in den Mund gelegt. Natürlich paßten sie dem ehemaligen FDP-Bundesgeschäftsführer sehr ins eigene politische Konzept. Es erscheint allerdings eher unwahrscheinlich, daß Flach sie völlig frei erfunden hat. Sehr erobost war Wünsche über die Darstellung in der *Frankfurter Rundschau* jedenfalls nicht, denn er schlug vor – nachdem er Flach in die Kategorie der „Umarmungsstrategen“ eingeordnet hatte –, den Kontakt „in geeigneter Form“ weiter zu pflegen, was auch geschah.

Als sich Wünsche, Lindner und der Leiter der LDPD-Pressestelle, Wolfgang Tenzler, auf Einladung des rheinland-pfälzischen LSD im Juli 1964 in Mainz aufhielten, nutzte Wünsche die Gelegenheit zu einem erneuten Treffen mit Flach. Diesmal legte dieser seine Vorstellungen hinsichtlich einer deutsch-deutschen Konföderation weniger entgegenkommend dar als im Oktober 1963. Um zu verhindern, daß die DDR das Konföderationsangebot nur benutze, um die juristische Anerkennung durch die Bundesregierung zu erlangen, und danach kein Interesse mehr daran habe, müsse mit dem Abschluß des Konföderationsvertrages der Zeitpunkt einer gesamtdeutschen Volksabstimmung über die Gesellschaftsordnung

⁸⁵ ADL, LDPD 28621, Bericht von Wünsche vom 1.10.1963, S. 5f.

⁸⁶ Frankfurter Rundschau vom 2.10.1963, S. 3.

des wiedervereinigten Deutschland festgelegt werden. Die Dauer der Konföderation müsse genutzt werden, um die gesellschaftliche und staatliche Ordnung beider deutscher Staaten maximal anzunähern. Flach vertrat eine Art Konvergenztheorie und war der Ansicht, es werde in Deutschland ein „Mischsystem“ nach schwedischem Muster entstehen. Soweit es dem offiziellen Bericht von Wünsche zu entnehmen ist, widersprachen die LDPD-Abgesandten dieser Auffassung entschieden, wie sie es schon im Herbst 1963 in der Veranstaltung an der Gießener Universität getan hatten. Laut Bericht betonten sie pflichtgemäß, „infolge des Wirkens objektiver gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten“ seien die beiden Grundordnungen unvereinbar⁸⁷. Flach ließ sich von der Darlegung marxistischer Lehrbuchdogmen aber nicht beeindruckt und beharrte auf seiner Theorie des „dritten Weges“. Wünsche konzidierte ihm allerdings, daß er sie aus „idealistischen“ Motiven vertrete und nicht beabsichtige, „durch die Hintertür“ in der DDR die alten Machtverhältnisse zu restaurieren. Als Beleg hierfür führte er positive Äußerungen Flachs über die gesellschaftlichen Reformen in der sowjetischen Besatzungszone bis 1949 an⁸⁸. Es ist erkennbar, daß Wünsche auch diesmal bei Flach einen anderen Maßstab anlegte als bei anderen Gesprächspartnern, denn in der Gesamteinschätzung stellte er eine „sachliche Übereinstimmung in wesentlichen Fragen“ fest und nannte dabei ausdrücklich den Punkt „konföderativer Prozeß“⁸⁹. Diese Bewertung steht in einem auffälligen Widerspruch zu den entsprechenden Ausführungen im Bericht und deutet wohl auf eine gewisse Doppelbödigkeit des Gedankenaustausches hin. Möglicherweise schwangen bei den LDPD-Vertretern auch hier noch die oben erwähnten politischen Vorstellungen und Hoffnungen bezüglich der Konföderation⁹⁰ mit, die ja den Gedanken Flachs sehr viel näher waren, als der offizielle Reisebericht erkennen lassen durfte.

Im ganzen wird allerdings sehr deutlich, daß die Besuche der LDPD-Delegationen in Gießen, Frankfurt und Mainz bei ihren westdeutschen Gesprächspartnern – außer vielleicht bei Flach – eine gewisse Desillusionierung bewirkten. Vollmundig schrieb Wünsche in einer Gesamteinschätzung der Reise vom Juli 1964: „Es wurde mit Nachdruck und offensichtlich wirkungsvoll Klarheit darüber geschaffen, daß auch alle Spekulationen auf eine ‚indirekte‘ Annexion, auf ‚Liberalisierung‘ und ‚Aufweichung‘ der DDR ebenso wie die ‚Kaufpreistheorie‘ völlig illusionär und nur als Spielarten des Revanchismus zu betrachten sind.“⁹¹

DDR-Politreisekader waren in den Jahren 1963/64 dazu verpflichtet, Liebäugleien mit einem wie auch immer gearteten „dritten Weg“, wie sie in Kreisen des LSD

⁸⁷ ADL, LDPD 28621, Bericht von Wünsche über die Reise nach Mainz und Frankfurt vom 16.-18.7.1964, S. 13f.

⁸⁸ Ebenda, S. 14f.

⁸⁹ Ebenda, S. 16.

⁹⁰ Vgl. das Zitat von Wünsche auf S. 96.

⁹¹ ADL, LDPD 28621, Bericht von Wünsche über die Reise nach Mainz und Frankfurt vom 16.-18.7.1964, S. 25.

und der Jungdemokraten erkennbar waren, eine Absage zu erteilen. Es ist bezeichnend, daß einige der westlichen Teilnehmer daraufhin äußerten, daß unter diesen Voraussetzungen die Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt sei und gemeinsame Kommissionen sowie eine Konföderation wohl auch keine geeigneten Mittel seien, die deutsche Einheit zu erreichen⁹². Diese Desillusionierung stand durchaus im Einklang mit den von der SED verfolgten politischen Absichten. Anders als in den fünfziger Jahren, als die „Westarbeit“ noch an diffuse nationale Emotionen und gesamtdeutsche Hoffnungen anknüpfte, zielte der nunmehr anvisierte „Differenzierungsprozeß“ in der Bundesrepublik auf klare Verhältnisse. Das eigene Festhalten am Konföderationskonzept stand hierzu in einem gewissen Spannungsverhältnis, aber es diente ohnehin weitgehend nur noch taktischen Zwecken. Die Propagierung der Konföderation wie auch ihrer ersten Stufe, der Einrichtung von gesamtdeutschen Kommissionen, sollte in erster Linie zur Erreichung der staatlichen Anerkennung führen. Für die maßgeblichen Politiker im Politbüro hatte sie darüber hinaus offensichtlich keine Bedeutung mehr. In der Erinnerung des damaligen LDPD-Generalsekretärs Manfred Gerlach, der „Zugang“ zur Führungsriege der SED hatte, stellt sich dieser Sachverhalt folgendermaßen dar:

„Es [gab] auf der DDR-Seite [...] eine starke Hoffnung [...], daß es zu solchen gesamtdeutschen Kommissionen kommen würde. Dabei war das schon so weit, daß wir – da muß es sogar einmal eine Vorlage in unserer Parteiführung gegeben haben – schon Leute bei uns gesucht und namhaft gemacht haben, zumindest intern, die als LDPD-Mitglieder für solche gesamtdeutsche Kommissionen [...] benannt werden könnten. [...] Ich habe aus dieser Zeit noch in Erinnerung, daß es eine maßgebliche Meinung war in der Führung der SED [sie war von Ulbricht oder Matern oder von beiden geäußert worden], daß es natürlich in diesen Kommissionen nie Übereinstimmung geben würde und daß man sich also auf lange Palaver einstellen müsse, weil die gesellschaftliche Auseinanderentwicklung so weit fortgeschritten sei, daß man jetzt nicht mit Hilfe von Kommissionen auf Spezialgebieten sich in irgendeiner Weise verständigen könne; da seien die Unterschiede in den Standpunkten und auch in der Entwicklung viel zu groß. Aber mit aller Macht müßte man solche Kommissionen anstreben, weil über jeden Kontakt staatlicher oder halbstaatlicher Art die DDR in der internationalen Arena gefestigt wird und de facto, selbst wenn die Bundesrepublik dabei immer das Gegenteil sagt, ja als Staat anerkannt wird.“⁹³

Nicht alle DDR-Funktionsträger dachten allerdings so eindimensional. Vor allem nachdem die DDR spätestens ab Spätsommer 1963 von sowjetischer Seite gedrängt wurde, im innerdeutschen Verhältnis kompromißbereiter zu handeln, gab es auch hinsichtlich der Frage der gesamtdeutschen Kommissionen von nicht unmaßgeblichen DDR-Politikern erstaunlich positive Signale, die freilich von den westdeutschen Regierungsstellen nicht angemessen gewürdigt wurden. Niemand sah sich

⁹² Ebenda, S. 16f.

⁹³ Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

veranlaßt, darauf zu reagieren; das Feld wurde „Ostkontakttern“ aus Kreisen des Journalismus und der Geschäftswelt überlassen, die weitgehend aus eigener Initiative und auf eigene Verantwortung agierten.

Einer der rührigsten „Ostkontakter“ war der *Spiegel*-Journalist Hans Dieter Jaene, der aus einer Bewußtseinshaltung heraus handelte, die in ähnlicher Weise bei fast allen liberalen Kontaktpolitikern eine Rolle spielte, bei ihm aber ganz besonders in Erscheinung trat. Jaene stammt aus Potsdam und gehört der Frontgeneration des Zweiten Weltkrieges an. Nach kurzer sowjetischer Kriegsgefangenschaft trat er im September 1945 der LDP bei. Im Februar 1946 geriet er wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ in Haft, im August wurde er entlassen und flüchtete nach Hannover, wo er als Volontär in der Redaktion des *Spiegel*-Vorläufers *Die Woche* eingestellt wurde. Gleichzeitig trat Jaene der FDP bei, verließ diese aber im Januar 1947 wieder. Die Begründung für seinen Parteiaustritt dokumentiert in drastischer, aber wohl nicht untypischer Weise das Fremdheitsgefühl eines LDP-Flüchtlings in der westdeutschen Mittelstandspartei FDP:

„Als ich aus der Ostzone kam, glaubte ich in der FDP das zu finden, was die LDP ist, nämlich eine Vereinigung aller demokratisch denkenden und handelnden Deutschen, die unter Vernachlässigung persönlicher Belange gegen Diktatur und Spießertum wirken. Stattdessen fand ich eine Vereinigung von Kaufleuten und Bürgern, die die Partei als Mittel betrachten, ihre persönlichen Belange gegen berechnete Forderungen von Flüchtlingen usw. zu vertreten und lediglich nach Pöstchen in irgendwelchen Ausschüssen zu trachten.“⁹⁴

Beim *Spiegel* fühlte sich Jaene in den fünfziger Jahren mit seiner gesamtdeutschen Grundhaltung gut aufgehoben; in keinem anderen Blatt standen Fragen der deutschen Einheit und die Beschäftigung mit den Problemen der DDR-Bürger so im Vordergrund⁹⁵. Als die gesamtdeutsche Thematik Anfang der sechziger Jahre unter dem neuen Chefredakteur Claus Jacobi auch beim *Spiegel* nicht mehr so stark herausgestellt wurde, empfand Jaene das als Mangel. Im August 1962 schrieb er an Augstein:

„Man sollte in nicht zu loser Folge eine Reihe von Kommentaren [...] veröffentlichen, die überzeugend die Notwendigkeit begründen, Ulbricht jetzt mit Gewalt an die Brust zu drücken. Nachdem nun auch die strammsten West-Integrierer einräumen, daß auf dem Umweg über Westeuropa die staatliche Einheit Deutschlands bis auf weiteres nicht zu erreichen ist, muß man ihnen nahe bringen, wie sehr es in dieser Lage ein Gebot primitivsten Anstandes sei, die Opfer dieser Integration, nämlich die DDR-Bewohner, nicht gänzlich im Ostblock versacken zu lassen.“⁹⁶

⁹⁴ Privatarhiv Jaene, Aktennotiz von Jaene über seine Austrittserklärung an die FDP-Kreisgruppe Hannover-Land vom 8.1.1947.

⁹⁵ Vgl. Interview mit Hans Dieter Jaene am 13.11.1990.

⁹⁶ Privatarhiv Jaene, Jaene an Augstein vom 14.8.1962.

Doch es war nicht nur ein journalistisches Anliegen Jaenes, „den gesamtdeutschen Topf am Kochen zu halten“⁹⁷. Als er im Oktober 1963 Leiter des Berliner *Spiegel*-Büros wurde, machte er sich sofort daran, auch politische Fäden über die Mauer hinweg zu spinnen. Schon am 15. Oktober führte er in Hoyerswerda ein längeres Gespräch mit Johannes Dieckmann, der ihm in einer etwas eigenwilligen Interpretation von Ulbrichts 7-Punkte-Vorschlag, aber einer zutreffenden Deutung der aktuellen politischen Anliegen der UdSSR zu vermitteln versuchte, daß die Frage der Anerkennung für die DDR im Moment keine große Rolle spiele. „Demgemäß“, notierte Jaene die Ausführungen Dieckmanns, „habe man auch keine Forderungen hinsichtlich der Ebene, auf der sich [deutsch-deutsche] Kontakte abspielen könnten.“⁹⁸ Jaene sondierte daraufhin bei Felix von Eckardt, der damals Bundesbevollmächtigter für Berlin und Mitglied des Staatssekretärausschusses für gesamtdeutsche Fragen war, und legte ihm die Frage vor, unter welchen Umständen die Bundesregierung bereit wäre, in deutsch-deutsche Verhandlungen einzutreten. Die Antwort lautete, es seien nur Auftragsverhandlungen unter einem „alliierten Dach“ denkbar. Als Jaene am 22. November 1963 bei einer Diskussion in Leipzig mit Dieckmann, dem stellvertretenden Außenminister Georg Stibi und dem stellvertretenden Kulturminister Hans Rodenberg das Thema „Auftragsverhandlungen“ ansprach, erntete er erstaunlicherweise eine verhalten positive Reaktion. Nach einer kurzen Beratung zwischen Dieckmann und Stibi erklärte dieser: An sich habe die DDR einen solchen Umweg nicht nötig. Sie sei dazu nur bereit, um die Position Bonns zu erleichtern. Es müsse aber genau definiert werden, wie man das alliierte Dach für gesamtdeutsche Verhandlungen staats- und völkerrechtlich zu verstehen habe⁹⁹. Man vereinbarte, daß Jaene in Bonn erkunden werde, ob die Absicht, Auftragsverhandlungen mit der DDR zu führen, wirklich ernst gemeint sei.

Wenig später übermittelte er seinem Kontaktmann im DDR-Pressesamt, dem Leiter der Abteilung Westpresse, Hermann von Berg, eine positive Antwort und erhielt von diesem die Zusicherung, daß er Stibis mündliches Angebot in schriftlicher Form erhalten werde. Im *Neuen Deutschland* werde hierauf ein unmißverständlicher Hinweis erscheinen, damit deutlich werde, daß es sich um eine „amtliche“ Auffassung handle¹⁰⁰. Doch Dieckmann und Stibi hatten sich zu weit vorgewagt, denn die versprochene Unterlage ließ auf sich warten, und als Jaene die Frage der Auftragsverhandlungen am 6. Dezember 1963 auf einer Pressekonferenz von Albert Norden erneut erwähnte und sich dabei auf Stibi berief, wurde sein Vorstoß mit tatkräftiger Unterstützung der in den Reihen der Pressevertreter sitzenden DDR-Chefkommentatoren Eduard von Schnitzler und Hans Jacobus niedergebügelt. Schnitzler und Jacobus bestritten schlankweg, daß Stibi in Leipzig überhaupt etwas Derartiges

⁹⁷ Zitat ebenda.

⁹⁸ Privatarchiv Jaene, 1. Aktennotiz, undatiert.

⁹⁹ Ebenda.

¹⁰⁰ Privatarchiv Jaene, 2. Aktennotiz, undatiert.

gesagt habe. Anschließend wurde Jaene gebeten, aus der Sache publizistisch nichts zu machen¹⁰¹.

Zwei Wochen später traf sich Jaene mit Dieckmann zu einem Vier-Augen-Gespräch, und natürlich ging es in der Hauptsache um dieses Problem. Die Aussage Stibis, daß die DDR sich unter Umständen mit einem Vier-Mächte-Dach einverstanden erklären könne, so Dieckmann, sei seiner Meinung nach nicht prinzipiell falsch gewesen, sie sei nur zum falschen Zeitpunkt öffentlich verkündet worden, weshalb man sich nunmehr davon distanzieren müsse. „Die Politik sei eben ein Geschäft“, so Dieckmann laut Aufzeichnungen Jaenes, „und man dürfe die Preise, die man zahlen wolle, nicht vorzeitig verraten.“¹⁰² Man solle Stibi nicht weitere Ungelegenheiten bereiten, indem man auf der Sache öffentlich herumreite. Auch Vizekanzler Erich Mende sei gut beraten, wenn er öffentlich nicht so viel vom „alliierten Dach“ spreche. Es sei ihm ja unbenommen, diese Voraussetzung „im Stillen“ bestehen zu lassen, aber es komme jetzt darauf an, nicht ständig das Trennende öffentlich herauszustellen¹⁰³.

Es ist ganz offensichtlich, daß um die Jahreswende 1963/64 für die liberaleren Kräfte in der DDR ein gewisser politischer Spielraum entstand, der letztlich durch das sowjetische Interesse am internationalen Entspannungsprozeß bedingt war. Nicht zuletzt die erfolgreichen Passierscheinverhandlungen im Dezember 1963 waren Ausdruck dieser Konstellation. Die damalige Bemerkung des außenpolitischen Beraters von Ulbricht, Gerhard Kegel, gegenüber Manfred Gerlach, das Passierscheinabkommen sei in Moskau geboren worden und die DDR führe es nur durch, müsse es aber natürlich als ihre eigene Initiative verkaufen¹⁰⁴, war sicherlich nicht aus der Luft gegriffen. Offensichtlich setzte Chruschtschow auf Flexibilität, um zu einer Normalisierung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten zu kommen. In einem UPI-Interview am 31. Dezember 1963 verkündete er, im Jahre 1964 müsse man endlich zu einer Friedensregelung für Deutschland und zu einem Abkommen über West-Berlin kommen¹⁰⁵, und vier Tage später erklärte Ulbricht in seiner Rede zum 45. Jahrestag der KPD-Gründung das Jahr 1964 zum „Jahr der Annäherung und friedlichen Verständigung in Deutschland“¹⁰⁶. Ganz auf dieser Linie liegt ein wenig später von Jaene verfaßter Bericht an Rudolf Augstein, in dem es heißt:

„Ich bin [...] ziemlich sicher, daß die DDR in Formfragen bis an die Grenze des eben noch Zumutbaren zurückgehen wird, wie sie es ja schon beim Berliner Passierscheinabkommen gemacht hat. [...] Leute aus Ostberlin, die es wissen müssen [hier sind in erster Linie Hermann von Berg und Johannes Dieckmann gemeint], sagen

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Privatarhiv Jaene, 3. Aktennotiz, undatiert.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Vgl. Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

¹⁰⁵ Vgl. Europa Archiv 1964, D 52f.

¹⁰⁶ Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/10, S. 36.

einem unter vier Augen, daß sie auch bei gesamtdeutschen Kontakten mit Bonn in der Formfrage ähnlich bis ins letzte Loch zurückstecken würden, wenn nur ihre eigentliche Absicht garantiert würde: Ihre eigenen Liberalisierungsbestrebungen in der DDR, die ja identisch mit der Regelung des innerdeutschen Reiseverkehrs sind, dürften von Bonn nicht für propagandistische Zwecke benutzt werden.“¹⁰⁷

In dieser für die kompromißbereiten Kräfte in der DDR ausgesprochen günstigen Situation unternahm Dieckmann den Versuch, Thomas Dehler für ein Gespräch über die Fragen „Konföderation und gesamtdeutsche Kommissionen“ zu gewinnen; einen solchen Schritt hatte er gegenüber Jaene schon angedeutet¹⁰⁸. Ausdrücklich betonte Dieckmann, daß es ihm nicht um „Publicity“, sondern um eine „wirkliche Aussprache“ gehe. Man müsse ausloten, „auf welchen Wegen und in welchen Bereichen wir zu einer Annäherung gelangen können“¹⁰⁹. Doch Dehler antwortete nicht einmal. Trotz des wohl ehrlichen Bemühens Dieckmanns war ein Treffen des Bundestagsvizepräsidenten mit dem Volkskammerpräsidenten in Ost-Berlin 1964 nicht denkbar. Selbst wenn Dehler mit einem Gespräch geliebäugelt haben sollte – einen solchen Schritt, der, wäre er publik geworden, unweigerlich zu einem politischen Eklat geführt hätte, konnte er seiner Partei nicht zumuten.

Wie heikel die FDP-LDPD-Kontakte nach wie vor waren und wie allergisch vor allem Erich Mende auf sie reagierte, zeigte die Reise von Kurt Wünsche Ende Januar 1964 nach Hamburg. Die konkreten Umstände dieses Besuchs liegen quellenbedingt weitgehend im dunkeln¹¹⁰. Unklar ist vor allem, wer den stellvertretenden Generalsekretär eingeladen hatte. Wünsche äußerte gegenüber DPA, die Einladung sei von Politikern „der Bundes- und Landesebene“ erfolgt. Umgehend dementierte die Parteiführung: „Diese Behauptung ist frei erfunden“, ließ der FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Dietrich Genscher an alle Landesverbände kabela, und Mende selbst fühlte sich veranlaßt, „dringend alle Parteifreunde vor diesen Kontaktgesprächen zu warnen“. Es handle sich „bei dem Besuch Wünsches um ein gezieltes Störmanöver“¹¹¹. Freilich ließen sich nicht alle FDP-Mitglieder abschrecken, und so konnte Wünsche berichten, seine Gesprächspartner seien „einflußreiche Persönlichkeiten, Politiker und Abgeordnete“ gewesen¹¹².

Dies dürfte mit kleinen Abstrichen der Wahrheit entsprochen haben, denn die Beziehungen der Hamburger FDP zur LDPD waren traditionell besonders gut. Auf der anderen Seite ist aber auch kaum zu übersehen, daß Wünsche sich aufdrängen mußte und die LDPD bei der Hamburger FDP nicht so ernst genommen wurde, wie

¹⁰⁷ Privataarchiv Jaene, Jaene an Augstein vom 13.1.1964, auch zit. bei Baring, Machtwechsel, 213f.

¹⁰⁸ Ebenda, 3. Aktennotiz, undatiert.

¹⁰⁹ ADL, LDPD 13478, Dieckmann an Dehler vom 24.12.1963.

¹¹⁰ Im LDPD-Archiv konnten zu dieser Reise keine Akten gefunden werden.

¹¹¹ ADL, 2639, Telegramme von Genscher und Mende „an alle Landesverbände“ vom 30.1.1964.

¹¹² Interview mit Kurt Wünsche in: Der Morgen vom 2.2.1964, S. 1f. Wünsche hatte u.a. mit dem langjährigen Landesvorstandsmitglied Günther Kastenmeyer gesprochen; Schollwer, Aufzeichnungen 1963-66 (Manuskript), Eintragung vom 7.2.1964.

sie es gerne gehabt hätte. Der ehemalige Landesvorsitzende Rademacher – in den fünfziger Jahren einer der engagiertesten und hochrangigsten westlichen Kontaktpartner der LDPD – zog es mittlerweile vor, innerdeutsche Probleme direkt mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexander Abusch zu diskutieren¹¹³. Gegenüber seinem Verbindungsmann zu Abusch, dem Generaldirektor des DDR-Speditionskombinats Deutrans, Hermann Schlimme, beklagte er sich über die „penetrante Art und Weise“, mit der Wünsche ihm gegenüber vorgehe, und bat darum, in Zukunft von allen weiteren Kontaktversuchen dieser Art verschont zu werden¹¹⁴.

Wie schon 1959, als Wolfgang Döring direkt an die SED herantrat, zeigte sich in der FDP auch 1964 die Tendenz, die LDPD zu umgehen und mit den wirklich maßgeblichen Stellen in der DDR zu verhandeln. In der Frage der gesamtdeutschen Kommissionen schien eine konkrete Übereinkunft realisierbar, und Gespräche mit der LDPD, die aufgrund ihrer subalternen Rolle von der Anlage her unverbindlich bleiben mußten, konnten hier nicht besonders zweckdienlich sein. Rademacher dachte sogar an die Bildung einer „Delegation“ der FDP-Bundestagsfraktion, die mit DDR-Vertretern vertrauliche Sondierungsgespräche über alle Fragen der deutsch-deutschen Annäherung führen sollte. Er werde, so versicherte er gegenüber Abusch, Mende und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Kühlmann-Stumm einen entsprechenden Vorschlag vorlegen; mit diesen Kontakten solle verhindert werden, daß „die alte Starre der Fronten“ aus der Ära Adenauer fortbestehe. Im Hinblick auf die gesamtdeutschen Kommissionen versicherte er schon im voraus, daß die FDP sie zwar zunächst als technische Kommissionen bezeichnen würde, in Wahrheit aber „konföderative Kommissionen“ meine¹¹⁵.

Rademachers Vorstoß scheiterte jedoch an Erich Mende. Nachdem er dem Vorsitzenden schriftlich über seine Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR berichtet hatte, kanzelte dieser ihn – ohne seinen Namen zu nennen – in der folgenden Bundeshauptausschußsitzung mit den Worten ab, ein prominentes Parteimitglied habe ohne sein Wissen politische Gespräche in Abuschs Amtssitz geführt und sei damit entschieden zu weit gegangen¹¹⁶. Eine ähnliche Initiative von Genscher, die zur gleichen Zeit über Jaene und das DDR-Presseamt lief, scheiterte ebenfalls letztlich am Rückzieher der FDP. Die DDR-Seite versuchte, die Gespräche auf einer möglichst hohen Ebene anzusiedeln – am liebsten wäre ihr ein Treffen Mende-Abusch gewesen –, doch wurde Genscher nicht einmal autorisiert, Sondierungsgespräche auf einer niedrigeren Ebene zu führen, und so mußte die Initiative nach Rücksprache in Bonn ganz aufgegeben werden¹¹⁷.

¹¹³ BA Potsdam, C-20, I/2-1387, Bl. 1-6, Bericht von Abusch über ein Gespräch mit Rademacher am 25.1.1964.

¹¹⁴ Ebenda, Bl. 10, Bericht von Schlimme über ein Gespräch mit Rademacher vom 7.9.1964, S. 4.

¹¹⁵ Ebenda, Bl. 3-5, Bericht von Abusch (wie Anm. 113), S. 3-5.

¹¹⁶ Ebenda, Bl. 7, Bericht von Schlimme vom 7.9.1964, S. 1.

¹¹⁷ Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 214-216.

Das Grundproblem all dieser Initiativen lag darin, daß Mende nicht willens war, Vorstöße von Parteifreunden zu dulden, die geeignet gewesen wären, bei ihrem Bekanntwerden den Koalitionsfrieden nachhaltig zu stören. Eines der Hauptargumente Mendes gegen die Initiative Rademachers war bezeichnenderweise, daß der BND davon erfahren könnte¹¹⁸. Mende hatte schon in der Frage des Passierscheinabkommens Mühe gehabt, Bundeskanzler Erhard für eine flexible Haltung zu gewinnen¹¹⁹. Außerdem bemühte sich die Bundesregierung zu dieser Zeit um eine neue westliche Deutschland-Initiative in Anlehnung an den Herter-Plan von 1959. Sie war schon im Sommer 1963, also noch unter der Kanzlerschaft Adenauers, auf den Weg gebracht worden und repräsentierte gewissermaßen den kleinsten deutschlandpolitischen Nenner in der Regierungskoalition. Letztlich knüpfte diese Initiative an die Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre an. Gesamtdeutsche Kommissionen waren hier lediglich ein Element in einem Stufenplan zur Wiedervereinigung, die sich unter Viermächteverantwortung vollziehen sollte und selbstverständlich zwischenzeitlich nicht zu einer Aufwertung oder gar De-facto-Anerkennung der DDR führen durfte¹²⁰. Vor diesem Hintergrund stellten sich die Initiativen der „Ostkontakter“ als lästige Störfeuer dar, denn natürlich implizierten alle diese Vorstöße eine Verständigung mit der DDR.

Erhard, der gerade auch im Hinblick auf eine flexiblere Deutschlandpolitik die große Hoffnung der Liberalen gewesen war, entpuppte sich als noch unbeweglicher, als Adenauer es gewesen war¹²¹. Schon im Juni 1964 schrieb der außenpolitische Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, Wolfgang Schollwer:

„Bundeskanzler Erhard hat nur kurze Zeit den Mut gehabt, jene mit dem 17. Dezember [Abschluß des 1. Passierscheinabkommens] scheinbar eingeleitete Entspannungspolitik in Deutschland gegenüber der Politik des Alles oder Nichts in seiner eigenen Partei zu vertreten. Schon Anfang Januar 1964 war Erhard praktisch in das Lager der Barzel, Strauß und Guttenberg übergegangen, die von Anfang an die Weihnachtsregelung als politisch schädlich betrachtet hatten. [...] Eingemauert in das selbsterrichtete Tabu, daß die DDR nicht existiere und jeder Kontakt mit diesem nichtexistenten Staat zur Aufwertung des Regimes führen müsse, zeigte sich die Mehrheit des Bundeskabinetts offensichtlich außerstande, eine Politik der Kontakte mit der Zone systematisch und für den Westen erfolgreich zu treiben.“¹²²

Der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, mußte zwischen den Kontaktbefürwortern in seiner Partei und der weitgehend kontaktfeindlichen Union

¹¹⁸ BA Potsdam, C-20, I/2-1387, Bl. 7, Bericht von Schlimme vom 7.9.1964, S. 1.

¹¹⁹ Vgl. Mende, Wende, S. 118-122.

¹²⁰ ADL, A31-88, Die Deutschlandpolitik im Jahre 1964. Eine Bestandsaufnahme von Schollwer vom 15.6.1964, S. 17f.

¹²¹ So aus heutiger Sicht Wolfgang Schollwer im Interview am 21.2.1991.

¹²² ADL, A31-88, Die Deutschlandpolitik im Jahre 1964. Eine Bestandsaufnahme von Schollwer vom 15.6.1964, S. 18.

lavieren. Solange keine Gefahr der Aufwertung der DDR bestand, ermunterte er die Journalisten und Geschäftsleute, die auf eigene Initiative DDR-Kontakte pflegten und dabei in Abstimmung mit ihm über die Regelung verschiedener deutsch-deutscher Probleme verhandelten, so etwa im Falle von Sondierungen über einen Bundeszuschuß für den Bau der Saale-Brücke bei Hirschberg, die der im Osthandel tätige FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfram Dorn 1965 bei dem für den Handel mit der Bundesrepublik zuständigen Hauptabteilungsleiter im DDR-Außenhandelsministerium, Heinz Behrendt, unternahm¹²³. Auf der gleichen Linie lagen die Gespräche, die der Parteifreund und Ehrenpräsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Constantin Paulssen, schon 1964 mit dem stellvertretenden DDR-Außenhandelsminister Gerhard Weiß über Fragen einer deutsch-deutschen Amnestie für politische Häftlinge führte. Paulssen mußte mit Weiß, der eine Verhandlungsvollmacht des Ministerratsvorsitzenden Stoph vorweisen konnte, als „Privatmann“ verhandeln, weil Mende sich weigerte, ihm ein entsprechendes Papier auszustellen¹²⁴. Gegenüber Paulssen äußerte er, es sei hinlänglich bekannt, daß „das Bestreben der Zone, endlich die Anerkennung oder einen anerkenntnisähnlichen Zustand [...] zu erreichen“, den Hintergrund jeglicher Kontaktaufnahme bilde. „Die Bundesrepublik sei in dieser Sache aber festgelegt und nicht gesonnen, auch nur den kleinsten Schritt zu tun.“¹²⁵

Angesichts der deutschlandpolitischen Unbeweglichkeit der Bundesregierung waren die Handlungsspielräume der FDP-„Ostkontakter“ begrenzt. Obwohl die Situation 1964 ausgesprochen günstig war, weil die DDR-Seite sich in einer Weise kompromißbereit zeigte, wie es weder vorher noch nachher je der Fall war¹²⁶, konnte im innerdeutschen Verhältnis nicht viel bewegt werden. Ausdrücklich und immer wieder betonte die DDR-Seite, die in dieser Phase nicht zufällig von den liberaleren Repräsentanten Johannes Dieckmann, Alexander Abusch, Erich Wendt, Gerhard Weiß, Heinz Behrendt und Hermann von Berg vertreten wurde, daß es ihr um Regelungen unterhalb der Schwelle der staatlichen Anerkennung gehe. Aber natürlich sollten die Verhandlungsergebnisse auch zu einer gewissen Aufwertung der DDR führen. Diejenigen Kräfte in der FDP, die in einer solchen Aufwertung keinen Nachteil sahen, wurden deshalb zusehends unzufriedener mit der Politik der Regierungskoalition. Wolfgang Schollwer etwa schrieb in dem schon zitierten Memorandum:

„Die von der Bundesregierung und den Parteien betriebene Politik der Nichtrespektierung der Staatlichkeit der DDR, die bewußt dem Regime ständig zugefügten Demütigungen bei allen Kontakten zwischen Behörden der Bundesrepublik und West-Berlins mit Vertretern der Zone, stärken die harten Politiker jenseits der Mauer

¹²³ Vgl. Interview mit Wolfram Dorn am 21.6.1991.

¹²⁴ IfZ, Nachlaß Paulssen (unverzeichnet), Mende an Paulssen vom 30.9.1964.

¹²⁵ Ebenda, Aktennotiz von Paulssen über ein Gespräch mit Mende am 3.9.1964.

¹²⁶ Vgl. Bender, Ostpolitik, S. 94.

in ihrer Ansicht, daß eine Politik der Entspannung gegenüber der Bundesrepublik unzweckmäßig sei. Sie lassen zugleich die revisionistischen, liberalen Kräfte allmählich an der Hoffnung verzweifeln, vom Westen her Unterstützung bei ihren Bemühungen zu erhalten, die Lebensbedingungen der 17 Millionen Deutschen jenseits der Mauer rasch und fühlbar zu verbessern. Die von Bonn in der deutschen Frage betriebene Politik des Alles oder Nichts läuft immer mehr darauf hinaus, gerade jenen in der Zone zu helfen, die man bekämpfen will, und Doktrinen und Paragraphen zuliebe alle Möglichkeiten in den Wind zu schlagen, die sich heute schon einer spürbaren Milderung der deutschen Spaltung bieten.“¹²⁷

Die von der östlichen Seite ausgehende deutschlandpolitische Entspannung erreichte im Sommer und Frühherbst 1964 ihren Höhepunkt, als im Vorfeld des geplanten Chruschtschow-Besuchs in Bonn eine ganze Reihe von damals erstaunlichen innerdeutschen Regelungen und menschlichen Erleichterungen realisiert wurden: das Abkommen über die Saale-Brücke bei Hirschberg, eine Amnestie für die „Republikflüchtigen“ aus der Zeit vor dem Mauerbau, die Einführung der sogenannten „Rentnerreisen“, das Protokoll über die Liberalisierung des Eisenbahngüterverkehrs nach West-Berlin, das zweite Passierscheinabkommen ohne Anerkennungsgehalt für die DDR und die große Amnestie zum 15. Jahrestag der DDR-Gründung. Aus der Sicht der SED-Führung waren dies „Vorleistungen“, für die sie keine entsprechenden Gegenleistungen der Bundesrepublik erhielt. Wie entscheidend der sowjetische Einfluß für diese Zugeständnisse der DDR-Politik war, zeigte sich, als das Blatt sich nach dem Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 wendete. Schon sechs Wochen danach führte die DDR den Pflichtumtausch für Westbesucher ein und signalisierte damit die Rückkehr zu einer Politik der Nadelstiche¹²⁸.

Die nun einsetzende deutsch-deutsche Frostperiode schlug sich sofort in der Konzeption der „Westarbeit“ der LDPD nieder, die in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der SED auf harte Abgrenzung schaltete. In einer LDPD-Analyse von Anfang 1965 wurden die FDP-Politiker als die „gefährlichsten Verfechter“ eines sich als „beweglichere Politik“ ausgebenden Revanchegedankens dargestellt. Die Jungdemokraten und der LSD, mit denen die LDPD zu dieser Zeit die einzigen nennenswerten Beziehungen unterhielt, seien „von der FDP vorgeschickt [...], um die Erfolgchancen der Unterwanderungskonzeption zu erproben“¹²⁹. Solche Töne gingen sogar den ZK-Funktionären zu weit. Sie bemängelten die fehlenden Differenzierungen in der LDPD-Analyse und mahnten eine „Beurteilung der verschiedenen Strömungen in der FDP“ an, „die auch heute noch bis in die Führungskreise hinein vorhanden“ seien. Dabei verwiesen sie ausdrücklich auf die Positionen von Kohut, Dehler, Borm, Flach, Achenbach und Hamm-Brücher sowie auf die „Gruppe“ um

¹²⁷ ADL, A31-88, Die Deutschlandpolitik im Jahre 1964. Eine Bestandsaufnahme von Schollwer vom 15.6.1964, S. 9.

¹²⁸ Vgl. Bender, Ostpolitik, S. 93-95.

¹²⁹ ZPA, IV A2/2028/28, ZK-Ausarbeitung zu einer LDPD-Analyse der FDP-Politik vom 2.3.1965, S. 2.

die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten Wolfram Dorn, Rudolf Opitz, Viktor Hoven und Alfred Ollesch¹³⁰.

Mit den Letztgenannten, die sich innerhalb der FDP als „nationale Linke“ verstanden, hatte die SED direkte Kontakte angeknüpft. Im Januar 1965 trafen sie unter der „Schirmherrschaft“ des Professors an der Hochschule für Ökonomie und Experten für innerdeutschen Handel, Erich Freund, mit einer SED-Delegation zusammen, der unter anderem Gerhard Dengler und Karl Wildberger vom Nationalrat sowie das Mitglied der Westkommission beim Politbüro, Arne Rehahn, angehörten. Die Runde, auf seiten der SED ein durchaus hochkarätiges Aufgebot bedeutender Westdeutschland-Experten, diskutierte über das Dauerthema gesamtdeutsche Kommissionen, wobei die FDP-Emissäre (wohl mit Wissen der Fraktionsführung) betonten, daß die FDP nun nicht mehr auf einem alliierten Auftrag bestehe und daß im Rahmen dieser Kommissionen nicht nur technische Kontakte abgewickelt, sondern später auch weitergehende Fragen behandelt werden sollten. Gesamtdeutsche Kommissionen würden als Mittel zur allmählichen Normalisierung der Beziehungen betrachtet¹³¹.

Angesichts dieser SED-eigenen Kontakte zur FDP, die politisch hochrangiger waren als die der LDPD, schwand deren Wert, und das Verhältnis ihres Nutzens zu den Gefahren, die sie im Hinblick auf LDPD-interne Aufweichungstendenzen mit sich brachten, wurde in den Augen der SED ungünstiger. Die für die „Westarbeit“ zuständigen ZK-Kontrollure beanstandeten daher auch, daß die LDPD den Eindruck erwecken wolle, ihre Vertreter seien „bisher ohne besondere Schwierigkeiten mit dem von Mende gelenkten Auftreten der westdeutschen Gesprächspartner fertig geworden“. Es gebe Beispiele, die dagegen sprächen¹³². Aus der Sicht der SED war es daher naheliegend, Reisen nach Westdeutschland wie auch Besuche in der DDR grundsätzlich nur noch „auf der Basis der Nationalen Front“ zu gestatten; das war eine Beschränkung, der sich die LDPD – wahrscheinlich nach entsprechenden Signalen der SED – ohnehin schon selbst unterworfen hatte¹³³. Zusätzlich drängte die SED darauf, daß „der natürliche Partner“ der Jungdemokraten und des LSD die FDJ und nicht die LDPD sei¹³⁴. Da sich aber die Westkontakte seit 1963 weitgehend zwischen der LDPD und den Jugendorganisationen der FDP vollzogen hatten, war die LDPD damit praktisch auf dem Abstellgleis.

Diesen Kurswechsel bekamen die westdeutschen Kontaktpartner der LDPD sofort zu spüren. Ende Juli 1964 war eine hessische DJD/LSD-Delegation unter der Leitung von Dietrich Dörr und Ekkehard Gries zu einem „Studienbesuch“ beim LDPD-Bezirksverband Erfurt gewesen, der von den Gastgebern als voller Erfolg

¹³⁰ Ebenda, S. 5.

¹³¹ ZPA, IV A2/2028/94, Bericht über die Aussprache vom 12.1.1965, S. 2.

¹³² ZPA, IV A2/2028/28, ZK-Ausarbeitung zu einer LDPD-Analyse der FDP-Politik vom 2.3.1965, S. 5.

¹³³ Ebenda, S. 4.

¹³⁴ Ebenda, S. 7.

gewertet wurde¹³⁵. Es wurde ein Gegenbesuch verabredet; doch als es im Juni 1965 endlich soweit war, eröffnete der Vorsitzende des LDPD-Bezirksverbandes Erfurt, Reinhold Heinicke, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jungdemokraten, Gries, daß er nicht mit einer Delegation der LDPD, sondern der Nationalen Front zu rechnen habe und daß sie auch als solche angekündigt werden müsse. Um das Maß vollzumachen, schlug Heinicke für die vorgesehene Forumsdiskussion das für die Gastgeber indiskutable Thema „Die nationale Mission der DDR und der Friedenskräfte in Westdeutschland“ vor¹³⁶. Gries erwiderte, daß er auf den alten Abmachungen bestehe, die neuen Forderungen nur als „verklausulierte Absage“ werten könne und nicht die Absicht habe, eine „Wahlveranstaltung zugunsten der Nationalen Front und der DFU“ durchzuführen¹³⁷.

Nach den Bundestagswahlen knüpfte Gries im Oktober 1965 die Kontakte mit Heinicke wieder an, um ein Angebot zur Durchführung der Veranstaltung in der ursprünglichen Form zu unterbreiten¹³⁸. Daraufhin signalisierte der Erfurter Bezirksverbandsvorsitzende den Rückzug der LDPD mit den Worten, es lohne nicht, sich weiterhin mit dem kleinlichen Streit um die Bezeichnung und Zusammensetzung der Delegation zu befassen¹³⁹. Heinicke tat dies, ohne hierfür schon den Segen der SED und der Nationalen Front zu haben. Zwar erreichte er nachträglich deren Zustimmung zu einer reinen LDPD-Delegation, aber wie widerwillig diese erfolgte, zeigte sich, als die SED kurz vor dem Reiseantritt noch schnell einen eigenen Vertreter in der Delegation unterbringen wollte – ein Vorhaben, das von der LDPD mit dem Hinweis auf die zu erwartende negative Reaktion der Jungdemokraten abgewendet werden konnte¹⁴⁰.

Den Akten ist zu entnehmen, daß sich die „Westarbeit“ der LDPD zur Jahreswende 1965/66 in einem sehr unsicheren Rahmen bewegte. Die SED-Politik befand sich in einem Prozeß der Neuorientierung, der in der Gründung des Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen¹⁴¹ und dem offenen Brief des ZK an die Delegierten des Dortmunder SPD-Parteitag zum Ausdruck kam, der zu den Verhandlungen über einen Redneraustausch zwischen SPD und SED führte¹⁴². In den Mittelpunkt traten Bemühungen, auf der staatlichen Ebene gleichberechtigte Beziehungen mit der Bundesrepublik und Verbindungen zur SPD anzuknüpfen¹⁴³. Die konzeptionellen Unklarheiten waren in dieser Phase so ausgeprägt, daß die Verantwortlichen im

¹³⁵ ADL, LDPD 28822, Bericht des Bezirksverbandsvorsitzenden Heinicke vom 7.8.1964.

¹³⁶ Ebenda, Heinicke an Gries vom 12.6.1965.

¹³⁷ Ebenda, Gries an Heinicke vom 16.6.1965.

¹³⁸ Ebenda, Gries an Heinicke vom 14.10.1965.

¹³⁹ Ebenda, Heinicke an Gries vom 28.10.1965.

¹⁴⁰ ADL, LDPD 31734, Abt. NIB, „Probleme der Westarbeit“ vom 23.3.1966, S. 2.

¹⁴¹ Vgl. dazu den Beitrag von Erker in diesem Band.

¹⁴² Zum Redneraustausch SPD/SED s. Wettig, Dialog; Bruns, Innerdeutsche Beziehungen.

¹⁴³ ZPA, IV A2/2028/39, Information der Westabteilung des ZK zu „Fragen unserer Arbeit nach Westdeutschland“ vom 18.1.1966.

Nationalrat Anfang März 1966 die „Westarbeit“ der LDPD kurzfristig mit dem Bemerkten lahmlegten: „Es muß erst noch diskutiert werden, ob überhaupt und wie wir mit der FDP und den Jungdemokraten weitermachen.“¹⁴⁴ Gerlach erwirkte daraufhin eine Aussprache mit Albert Norden. Der Generalsekretär ging in die Offensive, indem er Norden LDPD-Initiativen zur Unterstützung des offenen Briefes der SED an die SPD anbot¹⁴⁵.

Die Funktionäre der Westabteilung des ZK studierten daraufhin sehr genau die konzeptionellen Ausarbeitungen der LDPD zur „Westarbeit“ und kritisierten die Vorstellung, daß die Nationale Front nur eingeschaltet werden solle, „wenn es zweckmäßig erscheint“. „Eine solche Linie würde unserer Meinung [nach] dazu führen, die Nationale Front an die Wand zu drücken und die Westarbeit aufzuspalten.“ Mißtrauen erweckte auch die Formulierung, Mende solle „zu weiteren Initiativen in der Deutschlandfrage vorangetrieben werden“. Die ZK-Funktionäre argwöhnten, daß hier „bestimmte Illusionen“ vorlägen, und hielten entgegen, „daß eine klare Auseinandersetzung mit den unrealistischen Auffassungen Mendes organisiert werden muß“¹⁴⁶. Doch trotz dieser prinzipiellen Bedenken verlief das Gespräch zwischen Norden, Gerlach, dem Leiter der Westabteilung im ZK, Heinz Geggel, und dem frischgebackenen LDPD-Sekretär für „Westarbeit“, Gerhard Lindner, für die LDPD erstaunlich positiv. Von höchster Stelle – Norden war ja der zuständige „Ressortleiter“ im Politbüro – wurde hier konzidiert, daß die FDP nach wie vor als wichtiger Ansprechpartner und als Objekt der LDPD-„Westarbeit“ angesehen werden müsse. Der freidemokratischen „Aufweichungslinie“ müsse mit der Förderung des FDP-internen Differenzierungsprozesses geantwortet werden¹⁴⁷. Hinsichtlich der konkreten Umsetzung dieser Politik wurde eine pragmatische Linie vereinbart. Einzelreisen von LDPD-Reisekadern zu wichtigen FDP-Politikern, wie sie in den fünfziger Jahren in großem Stil praktiziert worden waren, sollten nach den Vorschlägen der LDPD wieder verstärkt aufgenommen, das schwerfällige Genehmigungsverfahren hierfür vereinfacht werden. Auch bezüglich der heiklen Dauerfrage, unter welcher Fahne Delegationsreisen durchgeführt werden sollten, visierte man eine flexible Lösung an. Man einigte sich auf folgendes Verfahren:

„Bei prinzipieller Koordinierung der Reisen mit dem Nationalrat muß man von Fall zu Fall entscheiden, wann Delegationen als Delegationen der Nationalen Front und wann sie nur als LDPD-Delegation fahren und auftreten. Man könne nicht sagen, daß die LDPD nur als Nationale Front in Erscheinung treten kann, sollte allerdings dabei beachten, daß die Geschlossenheit, wie sie in einer NF-Delegation

¹⁴⁴ ADL, LDPD 31734, Abt. NIB, Diskussionsgrundlage für die Aussprache mit Norden und Geggel am 14.3.1966, S. 12.

¹⁴⁵ ZPA, IV A2/2028/84, Gerlach an Norden vom 19.3.1966.

¹⁴⁶ Ebenda, Bemerkungen der Westabteilung des ZK zum Maßnahmeplan der LDPD vom 21.3.1966.

¹⁴⁷ ADL, LDPD 31734, Aktennotiz von Lindner über die Besprechung mit Norden und Geggel vom 25.3.1966, S. 3.

zum Ausdruck kommt, den Spaltungsabsichten am besten entgegentreten kann. Man muß beide Möglichkeiten sehen und nutzen.“¹⁴⁸

Der erstaunliche Spielraum, den die LDPD in ihrer „Westarbeit“ von Norden erhielt, war sicherlich durch die Situation bedingt, die die unerwartete Reaktion der SPD auf den offenen Brief der SED herbeigeführt hatte¹⁴⁹. Offensichtlich versprach sich die SED von FDP-LDPD-Kontakten eine positive Flankierung der sich anbahnenden Kommunikation zwischen SED und SPD.

Der geplanten Delegationsreise des Erfurter LDPD-Bezirksverbandes nach Hessen, von der oben schon die Rede war, kam dies zugute. Trotz der offensichtlichen Verärgerung der Erfurter SED über den „Alleingang“ der LDPD konnte die Reise auf der Grundlage der Vereinbarung mit Norden wie geplant durchgeführt werden. Natürlich versäumte es Reinhold Heinicke nicht, „die Förderung des offenen deutschen Gesprächs“ auf der Grundlage des offenen Briefes der SED als das Hauptziel des Besuches auszugeben¹⁵⁰, doch es ist unübersehbar, daß die LDPD in erster Linie eigene Ziele verfolgte.

Auch auf der westlichen Seite wurde nicht völlig mit offenen Karten gespielt. Wolfgang Mischnick, damals stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, entschied sich kurz entschlossen, an dem von den Jungdemokraten geplanten Podiumsgespräch am 31. März 1966 in Bad Homburg teilzunehmen. Damit wurde die Diskussion aber auf ein völlig anderes Niveau gehoben. Durch seine Teilnahme gewann die Veranstaltung den Charakter eines Gesprächs zwischen den beiden Parteiführungen, denn immerhin war auch Heinicke Mitglied des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD, des höchsten politischen Gremiums der Partei. Mischnick informierte Mende erst nach seiner Entscheidung¹⁵¹ und stellte ihn somit praktisch vor vollendete Tatsachen. Dieser hatte zwar am 23. März auf dem Landesparteitag der hessischen FDP in Michelstadt verkündet, daß die Freidemokraten zu öffentlichen Gesprächen mit der LDPD bereit seien, wenn zwischen den beiden Parteien ein ähnlicher Briefwechsel zustande käme wie zwischen SPD und SED¹⁵². Daß er so schnell – auch ohne Briefwechsel – beim Wort genommen werden könnte, hatte Mende aber wohl nicht bedacht. Ob auch die LDPD-Delegation ein wenig überrumpelt wurde, ist nicht ganz klar¹⁵³. Offensichtlich war sie jedoch eher erfreut über die politische Aufwertung ihrer Reise. Über die genauen Umstände setzte die LDPD-Führung die SED erst ins Bild, als nichts mehr rückgängig zu

¹⁴⁸ Ebenda, S. 4.

¹⁴⁹ Schon am 12.2.1966 kündigte Wehner im RIAS eine Antwort an, die dann am 19.3. erfolgte; vgl. Wettig, Dialog, S. 17.

¹⁵⁰ ADL, LDPD 28822, Konzeption für die Arbeit der Delegation vom 17.2.1966.

¹⁵¹ Vgl. Interview mit Wolfgang Mischnick am 1.11.1991.

¹⁵² Dies erwähnt Gerlach in seinem Brief an Mende vom 2.4.1966; ADL, 2636, FDP-Schnelldienst, Sonderausgabe vom 25.4.1966, S. 1f.

¹⁵³ Die Akten enthalten keinen Hinweis auf die geplante Teilnahme Mischnicks. Möglicherweise wußte Heinicke aber trotzdem rechtzeitig Bescheid; Interview mit Wolfgang Mischnick am 1.11.1991.

machen war¹⁵⁴. So kam es, daß wenige Wochen nachdem SPD und SED begonnen hatten, sich auf eine Redneraustausch-Vereinbarung hinzutasten, FDP und LDPD eine Veranstaltung dieser Art schon realisieren konnten. Offensichtlich gelang es der LDPD, ihre Mitwirkung bei der Aufwertung der Veranstaltung zu kaschieren und die Verantwortung hierfür ganz der FDP zuzuschieben. Dies läßt sich einer späteren Äußerung Denglers entnehmen, wonach die FDP Bad Homburg zu einem „Spitzengespräch“ umfunktioniert und somit einer Flasche Wein – so wörtlich – das Etikett „Sekt“ aufgeklebt habe¹⁵⁵.

An der Podiumsdiskussion in Bad Homburg nahmen von LDPD-Seite Heinicke, sein Stellvertreter Gerhard Kaltring und der wissenschaftliche Mitarbeiter am Pädagogischen Institut Erfurt Joachim Radecker, ebenfalls Mitglied des Bezirksvorstandes, teil. Für die FDP diskutierten Mischnick, der Vorsitzende der hessischen Jungdemokraten und eigentliche Gastgeber Ekkehard Gries, der mittlerweile zu seinem Stellvertreter avancierte Klaus Horn und der Frankfurter FDP-Stadtverordnete und „LDP-Flüchtling“ Gottfried Voitell. Die Diskussionsleitung hatte Karl-Hermann Flach – eine Aufgabe, die er geschickt und einfühlsam erledigte. Zusammen mit Mischnick achtete Flach sorgfältig darauf, daß die Diskussion nicht entgleiste, und so entwickelte sich eine ausgesprochen positive Gesprächsatmosphäre.

Von der Bad Homburger Veranstaltung existiert ein Wortprotokoll der FDP und ein ausführlicher LDPD-interner Bericht von Reinhold Heinicke¹⁵⁶. Dieser Umstand erlaubt Einblicke in die Diskrepanz zwischen dem, was die LDPD-Vertreter zu Hause schriftlich berichteten, und dem tatsächlich Gesagten. Da diese Diskrepanz in einigen Punkten erheblich ist (obwohl die Erfurter LDPD-Vertreter davon ausgehen mußten, daß der wirkliche Hergang einer öffentlichen Veranstaltung der SED nicht verborgen bleiben konnte), ist anzunehmen, daß Berichte über vertrauliche Gespräche üblicherweise noch stärker auf Linientreue getrimmt wurden. Heinicke gab dem FDP-Protokoll zufolge gleich zu Anfang der Diskussion ein Statement ab, das in seinem nationalen Grundton hart an der Grenze dessen war, was 1966 noch als offizielle DDR-Position angesehen werden konnte:

„Wir sind [...] der festen Überzeugung – und das haben wir in den Jahren seit 1945 durch eine Vielzahl von Vorschlägen unter Beweis gestellt –, daß diese beiden [deutschen] Staaten, die hier bestehen, sich einander angleichen müssen, daß sie Wege suchen müssen, wie man zu einer Wiedervereinigung auf demokratischer, auf friedlicher Grundlage gelangen kann.“¹⁵⁷

Die Diktion Heinickes implizierte eine Symmetrie im Prozeß der Wiedervereinigung, der von der herrschenden deutschlandpolitischen Doktrin der SED nicht mehr

¹⁵⁴ Vgl. Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

¹⁵⁵ ADL, LDPD 28707, Aktennotiz von Rudolf Agsten über eine „kleine Blocksitzung“ am 6.7.1966.

¹⁵⁶ Gesamtdeutscher Disput in Bad Homburg. Wortlaut der Podiumsdiskussion zwischen FDP und LDPD am 31.3.1966, hrsg. vom LDP-Bundesbeirat der FDP, Bonn 1966; ADL, LDPD 28822, Bericht über die Reise durch das Land Hessen vom 28.3. - 2.4.1966.

¹⁵⁷ Gesamtdeutscher Disput, S. 6.

gedeckt war. Wenig später äußerte Kalmring zur Frage der gesamtdeutschen Kommissionen, die Voitel – von LDPD-Seite unwidersprochen – als „technische“ Kommissionen bezeichnet hatte: „Meine persönliche Auffassung ist, daß der Vorschlag, den Herr Mende im vergangenen Jahr auf dem Parteitag der FDP gemacht hat, ein Weg ist.“¹⁵⁸ Der Nachsatz, in dem Kalmring betonte, daß diese Kommissionen von den Regierungen „gebildet“ werden müßten, ging in der Berichterstattung von UPI, die eine wichtige Rolle für die Nachgeschichte der Bad Homburger Diskussion spielen sollte, völlig unter. Es kamen noch weitere problematische Äußerungen der LDPD-Teilnehmer hinzu. Als Mischnick ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr in den Zonenrandgebieten als wünschenswert bezeichnete, reagierte Heinicke, indem er Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik „auf derselben Ebene“ wie bei den Berliner Passierscheinverhandlungen vorschlug¹⁵⁹. Diese Position wäre 1964 völlig in Ordnung gewesen; 1966 war sie zu defensiv, ganz abgesehen davon, daß sich die LDPD-Funktionäre hier zu Fragen äußerten, die außerhalb ihres Kompetenzbereiches lagen. Den größten Fehler machte jedoch Heinicke, als er sich auf die Diskussion über das Wahlrecht für ein wiedervereinigtes Deutschland einließ. Hier mußte er auf die Vorschläge aus den frühen fünfziger Jahren zurückgreifen, als die DDR für Gesamtdeutschland das Wahlgesetz der Weimarer Republik propagierte, und befand sich damit endgültig außerhalb des Rahmens, den die aktuelle Deutschlandpolitik der DDR vorgab. „Das ist eine bemerkenswerte Aussage“, kommentierte Karl-Hermann Flach sichtlich verwundert¹⁶⁰.

Ulbricht, der als Gast des 23. Parteitages der KPdSU gerade in Moskau weilte, erfuhr vom Verlauf der Bad Homburger Diskussion durch eine naturgemäß vergrößernde, aber nicht unzutreffende Berichterstattung der Nachrichtenagentur UPI. Sofort informierte er Norden in Berlin, daß die LDPD-Vertreter in den erwähnten Punkten einen „unverständlichen Standpunkt“ vertreten hätten, und erließ folgende Verfügung:

„Die Weiterführung des Gesprächs der Blockparteien mit westdeutschen Parteien ist für jeden Einzelfall mit dem Präsidium des Nationalrates der Nationalen Front zu vereinbaren. Sollten die Meldungen zutreffen, so kann es nützlich sein, daß Arbeiterdelegationen aus Erfurter Betrieben die betreffende LDP-Leitung besuchen, um dort diese Fragen zu klären.“¹⁶¹

Ob solche proletarischen „Klärungsversuche“ wirklich stattgefunden haben, ist nicht zu rekonstruieren. Jedenfalls hatte die Erfurter LDPD in der Folgezeit beträchtlichen Ärger. Es nützte Heinicke wenig, daß er darauf verweisen konnte, in Bad Homburg „gut angekommen“ zu sein¹⁶². Im Gegenteil, der erhaltene Beifall

¹⁵⁸ Ebenda, S. 9f.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 11f.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 36.

¹⁶¹ ZPA, NL 182/1305, Ulbricht an Norden vom 2.4.1966.

¹⁶² ADL, LDPD 28822, Bericht der LDPD-Delegation über die Hessenreise vom 7.4.1966, S. 6.

erregte bei der SED Anstoß. Der Erste Sekretär der Erfurter SED-Bezirksleitung, Alois Bräutigam, bei dem Heinicke über die Hessenreise Bericht erstatten mußte, hielt der LDPD vor: „Wenn euch eure Feinde loben, habt ihr einen Fehler gemacht.“ Die LDPD sei in Bad Homburg „nicht klassenmäßig genug – nicht prinzipiell genug“ aufgetreten – und auf den heikelsten Punkt der Podiumsdiskussion bezogen: „Wer hat euch erlaubt, die Frage nach den Wahlen zu beantworten? Das erweckt doch Illusionen!“¹⁶³ Etwaige Gegenbesuche von Mitgliedern der FDP oder der Jungdemokraten im Bezirk Erfurt wurden von Bräutigam für die nächste Zeit mit der im Verkehr mit den Blockparteien üblichen Formel untersagt, die SED habe „kein Interesse daran“¹⁶⁴.

Gleichzeitig wurde die LDPD auf zentraler Ebene gedrängt, Heinicke, Kalmring und Radecker zu maßregeln. Gerlach bewies aber Standvermögen und beließ es bei einer vorübergehenden Abberufung Heinickes aus dem Politischen Ausschuß¹⁶⁵; ein Vorgang, der von FDP-Seite sehr genau registriert wurde. Heinicke behielt den Bezirksverbandsvorsitz, was Mischnick zutreffend dahingehend interpretierte, daß die LDPD der SED Zugeständnisse machen mußte, aber die führenden Erfurter Funktionäre parteiintern nicht zu Sündenböcken stempeln wollte. Doch dieses positive Signal konnte nicht mehr konkret politisch wirksam werden, denn Bad Homburg bedeutete für die FDP-LDPD-Beziehungen das vorläufige Ende. Aus der Sicht der SED hatte sich die LDPD auf dem Gebiet der deutsch-deutschen Beziehungen wieder einmal vorgedrängt¹⁶⁶. Sie hatte einen entschieden zu nachgiebigen öffentlichen Dialog mit der FDP geführt, noch bevor die Einigung zwischen SED und SPD über einen Redneraustausch in Sicht war, anstatt sich darauf zu beschränken, die SED-Initiative zu flankieren. Die „führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse“ war nicht zur Geltung gekommen, was natürlich sofort zu „Illusionen“ und „Aufweichungstendenzen“ an der LDPD-Basis führte. Im Erfurter LDPD-Bezirksverband etwa wurden „falsche Auffassungen“ registriert, die bezeichnenderweise mit der Äußerung eines Parteimitglieds belegt wurden: „Die SED ist erst beim Briefwechsel, während wir [...] schon mit den direkten Gesprächen begonnen haben.“¹⁶⁷ Wieder einmal breitete sich in der LDPD die gefährliche Stimmung des Sich-Aufgewertet-Fühlens aus. Vorsorglich mußte sich die Parteiführung daher auf „erhöhte Anforderungen für die ideologische Offensive“ in den eigenen Reihen einrichten¹⁶⁸.

Zu den Schwierigkeiten, die die LDPD zu Hause hatte, gesellten sich noch die Hindernisse, die Erich Mende den FDP-LDPD-Kontakten in den Weg stellte. Am 2. April hatte Gerlach ihm einen offenen Brief geschrieben und mit Bezug auf seine oben erwähnten Michelstädter Äußerungen eingeladen, mit der LDPD „über Wege

¹⁶³ Information von Heinicke über das Gespräch am 6.5.1966.

¹⁶⁴ Ebenda.

¹⁶⁵ Vgl. Interview mit Manfred Gerlach am 21.3.1991.

¹⁶⁶ Vgl. Interview mit Rudi Müller am 20.3.1991.

¹⁶⁷ ADL, LDPD 28822, Aktennotiz vom BV Erfurt vom 2.4.1966.

¹⁶⁸ Ebenda.

zur Entspannung in Deutschland und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu sprechen“¹⁶⁹. Doch die FDP-Führung sah sich nicht in der Lage, auf diesen Vorstoß Gerlachs konstruktiv zu reagieren. In der Sitzung vom 22. April 1966 verabschiedete der Bundesvorstand zwar ein Kommuniqué, in dem er die Fortsetzung der „in Bad Homburg begonnenen Diskussion“ ankündigte, Form und Inhalt der in der gleichen Sitzung abgesehenen Antwort an die LDPD atmeten allerdings ganz und gar nicht den Bad Homburger Geist. Ohne Anrede und Unterschrift und über weite Strecken in der Diktion des kalten Krieges gehalten, bot sie der LDPD keinen Anknüpfungspunkt: Eingangs bekräftigte der Text den Alleinvertretungsanspruch, dann folgte eine Erläuterung der Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966, die ja implizit eine Isolierungsstrategie gegenüber der DDR beinhaltete. Zum Schluß ging sie auf die Reizpunkte Schießbefehl und deutsch-deutsche Freizügigkeit ein und verknüpfte damit den Vorwurf, daß man „bisher nicht das geringste Anzeichen feststellen“ konnte, daß die Führung der LDPD sich bemühe, „gerade in diesen Fragen, die das deutsche Volk besonders bedrücken, auch nur eine Milderung des bestehenden Zustandes zu erreichen“¹⁷⁰.

Erich Mende hatte sich entschieden, das zarte Pflänzchen von Bad Homburg einem propagandistischen Punktgewinn und wohl auch der Koalitionsraison zu opfern. Am 1. Juni 1966 kam es in der Ostberliner LDPD-Zentrale noch zu einem Treffen zwischen dem vom Bundesvorstand offiziell als Kontaktmann benannten Geschäftsführer des Landesverbandes Baden-Württemberg, Karl Hermann Hummel, und Gerhard Lindner. Hummel übergab ohne Vorankündigung die erwähnte „offene Antwort“ der FDP, wurde aber trotzdem freundlich aufgenommen. Lindner betonte, die LDPD sei weiterhin an einem Redneraustausch mit der FDP interessiert. Es müsse nur sichergestellt sein, daß er zu „greifbaren und positiven Ergebnissen“ führe. Daher müßten das „Ziel der Gespräche“ abgesteckt und im vorhinein „bestimmte politische Sachfragen“ – Fragen der europäischen Sicherheit, des Alleinvertretungsanspruchs, der deutschen Ostgrenzen und der Notstandsgesetzgebung – geklärt werden. Das Bemühen der LDPD, den Redneraustausch berechenbar zu machen und einige präsentable Vorleistungen der FDP zu erreichen, war überdeutlich. Lindner verschwieg auch nicht, daß es der LDPD darum ging, über die Kontakte auf der Parteiebene den Weg zu deutsch-deutschen Regierungsverhandlungen zu ebnen. Gleichzeitig bemühte er sich aber um Zurückhaltung in der Form; Hummel notierte, Lindner habe das Wort „Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik“ peinlichst vermieden¹⁷¹.

Trotz der Schwierigkeiten mit der SED und dem nicht gerade freundlichen Ton, den die FDP-Führung öffentlich angeschlagen hatte, blieb die LDPD also zunächst relativ aufgeschlossen. Aber nach dem Scheitern der Redneraustausch-Verhandlungen

¹⁶⁹ ADL, 2636, FDP-Schnelldienst, Sonderausgabe vom 25.4.1966, S. 1f.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 2f.

¹⁷¹ ADL, 2636, Aktennotiz von Hummel vom 2.6.1966.

gen zwischen SPD und SED am 29. Juni hatten die FDP-LDPD-Kontakte endgültig keine Basis mehr. In einer sogenannten kleinen Blocksitzung am 6. Juli 1966 unter der Leitung von Politbüromitglied Hermann Matern, an der für die LDPD das heimliche SED-Mitglied Rudolf Agsten teilnahm, legte der Leiter der ZK-Abteilung Agitation und politische „Senkrechtstarter“ in der SED-Führung, Werner Lamberz, den Blockpolitikern die neue Linie dar¹⁷². Man müsse dem Dialog den Fetisch-Charakter nehmen. Nicht der Redneraustausch sei entscheidend, sondern die tägliche Arbeit zur Stärkung der DDR. Es gehe jetzt nicht um den Ausbau der Kontakte der Parteien, sondern um eine verstärkte Aktivität der gesellschaftlichen Organisationen (Nationale Front, Friedensrat, FDJ), in deren Rahmen die Vertreter der einzelnen Parteien aktiv werden müssten¹⁷³. Sonderbeziehungen zwischen FDP und LDPD waren wieder unerwünscht, was Agsten dazu veranlaßte, sofort Linientreue zu demonstrieren: Es sei nun zu prüfen, betonte er beflissen, „welche Gesprächsangebote z. B. der Jungdemokraten auf der Ebene der Nationalen Front oder der FDJ realisiert werden“ könnten, und selbstverständlich sei die LDPD „daran interessiert, an den Delegationen der Nationalen Front und der gesellschaftlichen Organisationen mitzuwirken“¹⁷⁴.

Auf seiten der FDP bemühte sich Mischnick, den Weg zu Gesprächen mit der LDPD offenzuhalten. Bei einem Fernsehauftritt am 27. Juli 1966 ging Mischnick auf die ersten Bemühungen um einen LDPD-FDP-Redneraustausch im Jahre 1956 ein, verwies auf die positiven Ansätze in den Beziehungen zwischen den beiden Parteien und forderte in relativ moderatem Ton die „Gegeneinladung“ zu Bad Homburg. Etwas maliziös sagte er zu Heinickes Ausführungen über die gesamtdeutschen Wahlen: „Wir hätten gern gehört, bei einer Gegeneinladung nach Mitteldeutschland, ob das eine allgemeine Auffassung ist, oder ob das nur die Meinung der Vertreter der LDPD war, die in Bad Homburg mit uns diskutiert haben.“¹⁷⁵ Mischnicks Fernsehrede führte zwar zu einer gewissen Unruhe an der LDPD-Basis, der nur schwer zu vermitteln war, daß die Parteiführung die „offene Antwort“ des FDP-Bundesvorstandes auf den Brief Gerlachs an Mende nicht veröffentlichte und auch sonst keine Anstalten zur Weiterführung des „Dialogs“ machte¹⁷⁶, aber die Fronten waren mittlerweile so festgefahren, daß kein Manövrierraum mehr blieb. Der FDP-Führung gehe es lediglich „um eine Unterwanderung oder, wie ein neues Schlagwort sagt, Präparierung der DDR und ihre schließliche Liquidierung [...], nicht um eine

¹⁷² ADL, LDPD 31734, Aktennotiz von Agsten vom 8.7.1966. Anwesend waren ferner der Vizepräsident des Nationalrates, Gerhard Dengler, die Leiterin der ZK-Abteilung Befreundete Organisationen, Irene Köhler, der stellvertretende Vorsitzende der NDPD, Heinrich Homann, der Vorsitzende der DBD, Ernst Goldenbaum, und der Generalsekretär der CDU, Wolfgang Heyl.

¹⁷³ Ebenda, S. 5.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 8.

¹⁷⁵ ADL, 2636, Abschrift der Fernsehrede von Wolfgang Mischnick.

¹⁷⁶ ADL, LDPD 31734, Aktennotiz von Gerhard Lindner vom 3.8.1966.

Verständigung und Annäherung“¹⁷⁷, formulierte Gerhard Lindner die parteiinterne Agitationsleitlinie. Die Signale waren auf Abschottung gestellt.

Verschiedene Initiativen von freidemokratischer Seite liefen in der Folgezeit ins Leere, und als Klaus Horn und der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Gerhard Baum, im Dezember 1966 den Versuch unternahmen, die Beziehungen durch einen Besuch bei Gerlach zu reaktivieren, blockte die LDPD ab¹⁷⁸. Wie problematisch die Kommunikation mit der FDP nunmehr war, zeigte sich, als Mischnick im Januar 1967 mit einem Brief an Gerlach eine neue Initiative startete, mit der LDPD wieder ins Gespräch zu kommen. Das Schreiben war ausgesprochen entgegenkommend gehalten; es enthielt den Vorschlag, in einer öffentlichen LDPD-FDP-Veranstaltung in Sachsen oder Thüringen unter anderem den neuen 10-Punkte-Vorschlag Ulbrichts zu diskutieren¹⁷⁹. Gerlach war geneigt, auf das Schreiben zu antworten, mußte aber vorher bei der Leiterin der ZK-Abteilung Befreundete Organisationen, Irene Köhler, hierfür die Erlaubnis einholen. Die Frage war so delikater, daß sie Hermann Matern vorgelegt wurde. Gerlach habe nicht die Absicht, „die sogenannten Homburger Gespräche fortzusetzen, sondern er möchte zum Ausdruck bringen, daß die FDP viele Jahre in den Regierungen Adenauers und Erhards die Zementierung der Spaltung Deutschlands entscheidend mitbetrieben hat und auch jetzt als Oppositionspartei diese unverantwortliche Politik von Kiesinger/Strauß in der Deutschlandfrage unterstützt“, schrieb Köhler ihrem Chef beschwichtigend¹⁸⁰. Nachdem Matern bekundet hatte, daß er mit einer „prinzipienfesten Antwort“ an Mischnick einverstanden sei, die allerdings nicht vom LDPD-Generalsekretär selbst unterschrieben werden solle, mußten Gerlach und Lindner den Inhalt des Briefes mit dem Leiter der Westabteilung des ZK, Heinz Geggel, beraten und den Entwurf später auch noch zur Überarbeitung an Irene Köhler geben. Ein Hinweis auf den Briefwechsel in der LDPD-Presse wurde von Matern untersagt¹⁸¹.

Dieses Verfahren dokumentiert, daß die LDPD 1967 in den innerdeutschen Beziehungen nicht einmal mehr minimalen Bewegungsspielraum hatte. Die SED-Spitze setzte auf eine Politik, die in einem Schritt zur völkerrechtlichen Anerkennung führen sollte. Innerdeutsche Beziehungen unterhalb der Regierungsebene waren nicht mehr interessant, zumal wenn sie, wie im Falle der FDP-LDPD-Kontakte, mit DDR-internen politischen Risiken behaftet waren.

Die Jahreswende 1966/67 bedeutete für die Deutschlandpolitik der DDR eine tiefe Zäsur. Gesamtdeutsche Politik war aus der Sicht der SED jetzt nicht mehr möglich, und dies wurde mit einer Reihe von Maßnahmen wie der Einführung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft am 21. Februar, der Umbenennung von Gremien

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ ADL, LDPD 31734, Horn an Gerlach vom 30.11.1966; Aktennotiz von Lindner über ein Gespräch mit Gerlach am 8.12.1966.

¹⁷⁹ Dokumente zur Deutschlandpolitik V/1, S. 383f.

¹⁸⁰ ZPA, IV A2/15/241, Köhler an Matern vom 31.1.1967.

¹⁸¹ Ebenda, handschriftliche Notizen von Köhler; Briefentwurf mit Korrekturen.

und Institutionen und der Behinderung innerdeutscher Kontakte, etwa im Bereich der evangelischen Kirche, unterstrichen¹⁸². Schon für die Frühjahrsmesse in Leipzig gab das Sekretariat der LDPD die Verhaltensregel aus: „In dem Falle, daß Vertreter der FDP das Gespräch mit uns suchen, ist klar herauszuarbeiten, daß es keine Gemeinsamkeiten zwischen der LDPD und der FDP gibt, daß in der gegenwärtigen Situation gemeinsame Aussprachen oder Diskussionen unmöglich sind.“¹⁸³

Die von der SED verordnete Kommunikationssperre dauerte mehrere Jahre an. Die Westabteilung der LDPD verkümmerte zu einem Gremium, in dem nur noch die Deutung der FDP-Politik – und das nach den von der SED gelieferten Interpretationsschablonen – betrieben wurde. Gerade in einer Zeit, als die FDP als erste bundesdeutsche Partei den Alleinvertretungsanspruch aufgab und mit dem Generalvertragsentwurf ein für damalige Verhältnisse bahnbrechendes Konzept zur Regelung des deutsch-deutschen Verhältnisses vorlegte, stand die LDPD deutschlandpolitisch auf dem Abstellgleis. Durch neue gesellschaftspolitische Tendenzen nach dem 7. Parteitag der SED im April 1967, die auf eine Austrocknung jener bürgerlichen Reste hinausliefen, in der die Klientel der LDPD angesiedelt war, befand sich diese ohnehin unter Druck, und ihre Führung fand nicht die Kraft, sich auf ihrem angestammten innerdeutschen Betätigungsfeld auch nur ein wenig zu profilieren¹⁸⁴. Erst als das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten durch den Grundlagenvertrag eine kodifizierte Form erhalten hatte, konnte die LDPD wieder freier agieren. Anders als in den Jahren 1956 bis 1966 basierten die FDP-LDPD-Beziehungen jetzt aber auf der weitestgehenden Anerkennung des deutschlandpolitischen Status quo – bis am Vorabend der „Wende“ 1989 in der DDR die Verhältnisse in Fluß gerieten.

¹⁸² Vgl. Bender, Ostpolitik, S. 144f. Das Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen hieß ab 2.2.1967 „für westdeutsche Fragen“. Analoge Namensänderungen betrafen die Westabteilungen der Blockparteien. So wurde die LDPD-Abteilung „nationale und internationale Beziehungen“ in „westdeutsche und internationale“ umbenannt. Auch das Ministerium für innerdeutschen und Außenhandel betrieb von nun an nur noch letzteres.

¹⁸³ ADL, LDPD 28708, Umlaufvorlage vom 24.2.1967 (vom Sekretariat bestätigt), S. 5.

¹⁸⁴ Vgl. Interview mit Gerlach am 21.3.1991. Hier ging es um die Liquidierung der privaten Architekten und Projektanten, die in der NÖSPL-Zeit teilweise wirtschaftlich recht stark geworden waren.

Paul Erker

„Arbeit nach Westdeutschland“

Innenansichten des deutschlandpolitischen Apparates der SED 1959-1969

Die Fixierung auf die Bundesrepublik Deutschland, zugleich aber die ständige demonstrativ und polemisch praktizierte Abgrenzung von ihr, waren ein wesentlicher Grundzug der DDR. Abgrenzungen und Fixierung gehörten geradezu zu den konstituierenden Merkmalen der beiden deutschen Staaten¹. Die Deutschlandpolitik der SED war daher durch eine Reihe von Widersprüchen gekennzeichnet. In den fünfziger Jahren standen dem Bekenntnis zur Wiedervereinigung die Bemühungen zur Festigung des eigenen Herrschaftssystems gegenüber; Kontakte und Gesprächsannäherung zwischen zwei deutschen Staaten einerseits und polemische Abgrenzung zur weiteren Kräftigung des eigenen Systems andererseits prägten die Politik in den sechziger Jahren. Das in der Ära Chruschtschow im Zeichen der „friedlichen Koexistenz“ seit 1956 propagierte Konföderationsmodell, das auf eine enge Zusammenarbeit und auf die Bildung einer Staatengemeinschaft mit der Bundesrepublik unter unveränderter Beibehaltung des sozialistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems der DDR zielte, erhob diese Widersprüche zum Prinzip. Die DDR definierte sich selbst als das bessere Gegensystem zur Bundesrepublik. Diese wurde als ein Hindernis des historischen Fortschritts betrachtet, das mit geschichtlicher Notwendigkeit irgendwann verschwinden würde; dieses Ziel nach Kräften zu fördern, hielt sich die DDR für verpflichtet. Koexistenz und Konföderation bedeuteten für die DDR daher keineswegs den Verzicht auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik. Im Gegenteil: Es galt, aktiv die Voraussetzungen für die Konföderationsfähigkeit Westdeutschlands zu schaffen. Unter Betonung der „einen gesamtdeutschen Arbeiterklasse“ und der „Aktionsgemeinschaft mit allen friedliebenden Kräften“ in der Bundesrepublik Deutschland bestand nach 1956

¹ Vgl. Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 447. Zur Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen in den sechziger Jahren vgl. u. a. auch Bender, *Neue Ostpolitik*; Loth, *Ost-West-Konflikt*; Ende, *Zweimal Außenpolitik*; Löwenthal, *Kalter Krieg*, S. 604-699; Bruns, *Deutsch-deutsche Beziehungen*, und Siewert/Billstein, *Gesamtdeutsche Kontakte*.

ein wesentlicher Teil der Deutschlandpolitik darin, Einfluß auf die politischen Verhältnisse in Westdeutschland zu nehmen².

Die Deutschlandpolitik der SED war dabei keineswegs eine in sich konsistente Linie politischen Handelns; sie bestand aus einem Konglomerat von Handlungssträngen, ideologischen Zielvorstellungen und politischen Leitlinien. Es gab eine pragmatische und eine ideologische Komponente, es gab die große deutschlandpolitische Linie und die sie begleitende ideologisch-propagandistische Agitation gegenüber der Bundesrepublik, es gab formelle Verhandlungen und informelle Gesprächskontakte. Der als „Westarbeit“ betriebene Teil der Deutschlandpolitik zielte vor allem auf eine Diskreditierung des gesellschaftlich-politischen Systems der Bundesrepublik; gleichzeitig agitierte die DDR in dieses gesellschaftspolitische Spektrum Westdeutschlands hinein und versuchte, die „Wahrheit über die DDR“ im Westen zu verbreiten. Fernziel aller dieser Bemühungen war die Schaffung eines sozialistischen Gesamtdeutschlands.

Seit den frühen fünfziger Jahren war dafür ein ganzer Apparat aus mit „Westarbeit“ befaßten Organisationen und Abteilungen entstanden, deren organisatorische und personelle Struktur mehreren Wandlungen unterworfen war. Auch die Inhalte der „Westarbeit“ veränderten sich infolge der deutschlandpolitischen Kursänderungen zwischen Mauerbau und Grundlagenvertrag mehrmals. Der Blick auf die im folgenden näher untersuchte Westkommission beim Politbüro, auf die Westabteilung des ZK sowie auf das Staatssekretariat für gesamtdeutsche bzw. westdeutsche Fragen legt die Arbeitsweise und Funktion der zentralen Gremien der „Westarbeit“ offen³. Man gewinnt dabei einen Einblick in die durch Ideologie und weitgehend vorgegebene Deutungsmuster und Begriffskategorien geprägte Verarbeitung von Informationen. Außerdem kann gezeigt werden, wie diese Informationen bewertet und zu einem Bild der „Realität“ zusammengefügt wurden. Schließlich kann auch die Entstehung der daraus abgeleiteten politischen Handlungsweisen genauer beurteilt werden. Diese Perspektive gewährt mithin Einblicke in den deutschlandpolitischen „Perzeptionsapparat“ und die Perzeptionsmechanismen der SED und deren Wandel im Gefolge der politischen Kursänderungen.

² „Die Anwendung des Prinzips der friedlichen Koexistenz auf das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten würde bedeuten, den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse zu verraten. Wir betrachten auch die Beseitigung der Macht der Monopolherren und Militaristen in Westdeutschland nicht nur als eine Angelegenheit der Werktätigen Westdeutschlands. Deshalb hat unsere Partei auch niemals eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD proklamiert.“ Horn, *Der Kampf der SED*, S. 58 f.

³ Quellengrundlage sind die Akten aus dem „Büro Albert Norden“, dem Sekretariatsbereich des für „Westarbeit“ und Agitation/Propaganda zuständigen Politbüromitglieds und ZK-Sekretärs, die Akten des Staatssekretariats für gesamtdeutsche/westdeutsche Fragen sowie Befragungen von damaligen Funktionsträgern aus dem Staats- wie Parteiapparat.

I. Konföderationsphase und Mauerbau 1958-1962

Die im Zusammenhang mit dem Konföderationskonzept erfolgte Betonung der gesellschaftlich-politischen Eigenständigkeit der DDR prägte den V. Parteitag der SED im Juli 1958. „Aufbau des Sozialismus“ und „Verringerung der Abhängigkeiten von der BRD“ waren die Schlagworte. Entsprechend wurden neue deutschlandpolitische Akzente gesetzt. Es war nun von der „Vereinigung im Sozialismus“ die Rede und von der DDR als „einzig rechtmäßigem souveränen deutschen Staat“. Die sich verstärkende Kampagne zur „Übernahme der Macht durch die Arbeiterklasse auch in Westdeutschland“ war Ausdruck dieser Linie⁴.

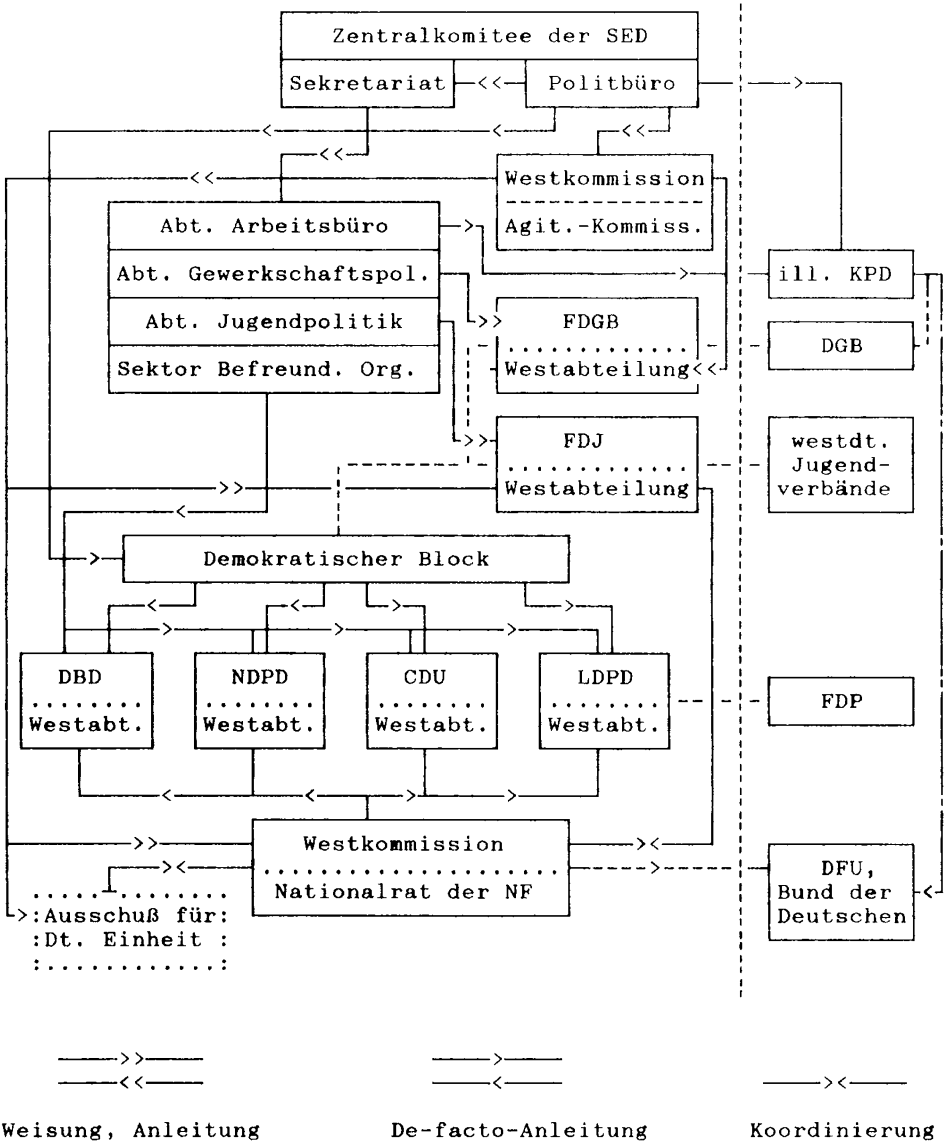
Nach dem Parteitag machte sich eine Vielzahl von Gremien und Kommissionen daran, die neue politische Linie propagandistisch und agitatorisch im Westen umzusetzen. Mit der „Zentralen Gesamtdeutschen Kommission beim Politbüro“, der Kommission der Abteilung „Gesamtdeutsche Arbeit“ beim ZK, dem „Ausschuß für Deutsche Einheit“ sowie den „Arbeitsgruppen für gesamtdeutsche Arbeit“ beim Nationalrat der Nationalen Front bestanden bereits seit den frühen fünfziger Jahren Gremien für diese Arbeit, die der V. Parteitag in ihrer organisatorischen und personellen Struktur bestätigte und wiederbelebte⁵. Ihnen kam in Ulbrichts deutschlandpolitischem Denken nun eine wachsende Bedeutung zu, war doch in seiner politischen Zielsetzung, ein sozialistisches Gesamtdeutschland zu schaffen, die Anerkennung gleichsam nur die negative bzw. defensive Komponente, die nur auf die DDR bezogen war, während das aktive Eingreifen in die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse der Bundesrepublik und deren Umgestaltung zugunsten einer gesamtdeutschen sozialistischen Ordnung die positive bzw. offensive Seite darstellten. Bei allen Gremien und Organisationen, sei es auf staatlicher, parteipolitischer oder gesellschaftlicher Ebene, waren daher sogenannte Abteilungen für gesamtdeutsche Arbeit bzw. Westabteilungen eingerichtet worden. Ihre Aufgabe war es, auf die entsprechenden Gruppierungen in Westdeutschland gemäß der vorgegebenen politischen Linie Einfluß zu nehmen (vgl. Grafik 1).

Die politische Anleitung der mit Westdeutschland befaßten Gremien ging für die Kontakte auf staatlicher wie auf parteipolitischer Ebene von der beim Politbüro angesiedelten Gesamtdeutschen Kommission aus, die im Herbst 1959 als „Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro“ (Abteilung 62) firmierte. Die noch ganz am Schlagwort „gesamtdeutsch“ orientierte deutschlandpolitische Linie der

⁴ Kuppe, Die deutsch-deutschen Beziehungen, S. 556.

⁵ ZPA, IV 2/1002/44, undatiertes Aktenvermerk.

Der Apparat der DDR-Westarbeit (Stand 1962)



SED war dabei „Arbeitsgrundlage“ der Tätigkeit dieser Gremien. Vor allem galt es für diese Gremien, Ulbrichts deutschlandpolitische „Initiativen“ – am 28. März 1959 hatte er Adenauer beispielsweise den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vorgeschlagen, am 1. Oktober 1959 war die Volkskammer mit dem Angebot eines paritätisch besetzten Gesamtdeutschen Ausschusses nachgezogen – propagandistisch zu unterstützen. Ausgehend von Ulbrichts Losung „Politik des Friedensvertrages und der Konföderation“ wurden in den Gremien und Kommissionen für gesamtdeutsche Arbeit zunächst einige allgemeine „Hauptaufgaben“ entwickelt. Sie lauteten etwa: „Perspektiven der deutschen Nation und Wege zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland“, „Merkmale der neuen Etappe in der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Besonderheiten der neuen Etappe“ oder „Die Bedeutung des Kampfes für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland als eine entscheidende Lebensfrage unseres Volkes“⁶. In detaillierten Arbeitsplänen versuchte man, daraus konkrete Ziele abzuleiten. Die Arbeitsgruppe beim Nationalrat beispielsweise stellte einen „Maßnahme- und Aktionsplan zur Gewinnung der westdeutschen Jugend“ und ein „Programm zur Arbeit mit westdeutschen Besuchern und Delegationen“ auf⁷. Die Westkommission beim Politbüro widmete sich zur gleichen Zeit einem „Offensivplan“ zur Einflußnahme auf die westdeutschen Gewerkschaften und dem „Kampf gegen die atomare Aufrüstung in Westdeutschland“⁸. Schließlich bemühte man sich auf einer Koordinierungssitzung der gesamtdeutschen Kommission mit den Westexperten der Ministerien und Massenorganisationen im Dezember 1959 um eine gemeinsame „Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Westdeutschland“. Das war gleichsam der Versuch einer Konstruktion eines verbindlichen und allgemeingültigen Perzeptionsrasters, das von den „revanchistischen Zielen des die Herrschaft des Monopolkapitals repräsentierenden Adenauer-Regimes“ ausging. Aus dem ZK-Bereich wurden dabei auch Richtlinien ausgegeben, wie das „undemokratische Wesen des Bonner Staates [...] zu entlarven“ sei⁹.

An der Geschäftigkeit nach dem V. Parteitag zeigte sich ein wesentliches Kennzeichen der „Westarbeit“: Immer dann, wenn sich die deutschlandpolitische Richtung änderte und Ulbricht veränderte taktische Ziele ausgab, setzte auch in den deutschlandpolitischen Gremien eine Neubestimmung der inhaltlichen und konzeptionellen Detailarbeit ein. Die Prozedur von Einschätzungen, Schlußfolgerungen, Arbeitsplänen und Beschlußkontrollen lief abermals an – bis von oben eine erneute Wende befohlen wurde. Noch im November 1959 aber wurde aus dem ZK-Bereich Unmut über die mangelhafte Koordinierung der „Westarbeit“ laut. „Zur Zeit ist die Lage so,

⁶ ZPA, IV 2/2028/6, „Die Hauptaufgaben für die politisch-ideologische Arbeit der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit“, undatiert.

⁷ ZPA, IV 2/1002/44, Notiz vom 7.12.1959.

⁸ ZPA, IV 2/2028/6, Arbeitsplan für das I. Halbjahr 1960 vom 5.2.1960.

⁹ ZPA, IV 2/1002/1, Sitzung vom 16.12.1959.

daß noch kein exakter Überblick über die Kräfte besteht, die gesamtdeutsche Arbeit leisten“, hieß es in einem internen Bericht. „Noch viel weniger werden die vorhandenen Kräfte systematisch kontrolliert und angeleitet und in den wesentlichen Fragen koordiniert. Daraus ergibt sich, daß die Wirkung der gesamtdeutschen Arbeit durch die Überwindung der vorhandenen Mängel wesentlich verstärkt werden kann.“¹⁰

Kompetenzkonflikte und Abstimmungsprobleme gab es vor allem zwischen der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro und dem Nationalrat. Dessen gesamtdeutsche Arbeitsgruppen hatten an ihre West-Kader und bundesdeutschen Ansprechpartner, unter anderem auch an die KPD, Instruktionen ausgegeben, die mit der Politbüro-Kommission nicht abgesprochen waren. Aufgabe des Nationalrats war es zwar, Kontakte zu sympathisierenden Organisationen und dem „bürgerlichen Lager“ in der Bundesrepublik herzustellen und zu pflegen; für die Verbindung zu den Organisationen der „Arbeiterklasse“, KPD, SPD oder DGB, war jedoch ausschließlich die Politbüro-Kommission zuständig. „Sinn und Zweck der Bildung der gesamtdeutschen Kommission beim Politbüro war es ja, die gesamtdeutsche Arbeit aller unserer Organe und Organisationen zielstrebig zu verbessern und zu koordinieren“, lautete das Fazit eines streng vertraulichen Berichts über „einige Probleme der gesamtdeutschen Arbeit“ vom März 1960. „Diese Aufgabe ist jedoch nicht zu erfüllen, wenn sich durch direkte Verbindungen zwischen Genossen der Massenorganisationen und den Genossen der KPD unter Umgehung der gesamtdeutschen Kommission beim Politbüro eine Mehrgleisigkeit entwickelt, die sowohl der straffen politischen Führung als auch der ordentlichen Durchführung der gestellten Aufgaben nicht dienlich ist.“¹¹

Darin steckte nicht zuletzt eine Portion Kritik an dem Politbüromitglied Albert Norden. Dieser war als Altkommunist und Westemigrant 1946 in die SBZ zurückgekehrt. 1954 hatte der Fünfzigjährige die Leitung des „Ausschusses für Deutsche Einheit“ übernommen. Vier Jahre später wurde Norden Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär für Westpropaganda, zugleich avancierte er zum Vorsitzenden der Westkommission beim Politbüro sowie der Westkommission beim Präsidium des Nationalrates. Er trug damit die eigentliche Verantwortung für die Koordinierung der beiden Gremien, war dieser Aufgabe aber wohl nicht ganz gerecht geworden¹².

In den „Richtlinien über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen für gesamtdeutsche Arbeit“ beim Nationalrat war tatsächlich nur von der „massenpolitischen“ Ausrichtung der politisch-ideologischen Einflußnahme in Westdeutschland die Rede. Insgesamt 25 Abteilungen für gesamtdeutsche Arbeit in den Blockparteien, im FDGB und aus dem Kulturbereich waren durch den Nationalrat „in ihrem Wirken nach West-

¹⁰ ZPA, IV 2/1002/8, Ausarbeitung vom 23.11.1959.

¹¹ ZPA, IV 2/2028/10, Aktenvermerk vom 10.3.1960.

¹² 1963 wurde Norden auch Sekretär und Leiter der Agitationskommission beim Politbüro. Mit Ulbrichts Sturz Anfang der siebziger Jahre sank auch Nordens Stern.

deutschland zu koordinieren [...], wobei vor allem das Wesen und die Rolle der DDR zu erläutern, die Sammlungs- und Umgruppierungen der westdeutschen Friedenskräfte und der Prozeß des Umdenkens und der Umgruppierung zu fördern sind“¹³. Im wesentlichen fungierte die Westabteilung des Nationalrates daher als „Public Relation Institut“ für die DDR, das freilich auch „operative Kontakte“ nach Westdeutschland aufzubauen bestrebt war¹⁴. Es ging um die Darstellung der Leistungen des Sozialismus, um eine „Popularisierung der DDR“ und ihrer gesamtdeutschen Politik sowie um eine Auseinandersetzung mit der westdeutschen Politik.

Mit dem vom ZK der SED im April 1960 veröffentlichten „Deutschlandplan des Volkes“ versuchte die östliche Einheitspartei ihren Agitationsgremien für Westdeutschland weiteren Schwung zu verleihen. Der als offener Brief an die „Arbeiterklasse Westdeutschlands“ formulierte Plan enthielt ein Volksfrontangebot, auf dessen Basis die Option der Wiedervereinigung, allerdings zu den Konditionen der DDR, als Element eines wie auch immer gearteten deutsch-deutschen Kooperationsverhältnisses erhalten werden sollte. Die Koordination bei der Propagierung dieser Vorschläge oblag der Westkommission beim Politbüro, die sich ungeachtet der bürokratischen Friktionen inzwischen als effektiver Apparat präsentierte. Sie war, politisch dem Nationalrat übergeordnet, das eigentliche Zentrum der gesamtdeutschen Arbeit. Zentrale Aufgabe der Kommission war es, „die Durchführung der Beschlüsse der Partei auf dem Gebiet der gesamtdeutschen Arbeit anzuleiten und zu kontrollieren“; außerdem sollte sie für die „Parteiführung Konzeptionen für einzelne Gebiete der gesamtdeutschen Arbeit“ ausarbeiten¹⁵. Ziel war es im Frühjahr 1960 – entsprechend der geltenden deutschlandpolitischen Linie –, alle „nationalen Kräfte“ zu sammeln und „die zum Kampf gegen die Atomkriegspolitik der Bonner Regierung entschlossenen Kräfte, vor allem die Arbeiterklasse, maximal zu stärken und zu befähigen, den Volkskampf gegen das Adenauer-Regime erfolgreich zu führen“.

Auf dem Papier waren die Westabteilungen von Nationalrat und Blockparteien unabhängig. Im einzelnen war aber ausdrücklich festgelegt worden, daß allein die Politbüro-Kommission für eine „straffe operative Leitung der gesamtdeutschen Arbeit nach Westdeutschland zu sorgen“ hatte. Sie besaß damit de facto für diesen Bereich auch Weisungsrecht gegenüber allen anderen Organisationen. Nur sie allein konnte strittige Fragen dem Politbüro bzw. dem Sekretariat des ZK vortragen und Entscheidungen anfordern. Insgesamt zehn Arbeitsgruppen mit je fünf bis zehn Mitarbeitern (hauptamtlichen Funktionären, Instruktoren und nebenamtlichen Hilfskräften) kümmerten sich 1960 um die detaillierte Ausarbeitung der jeweiligen

¹³ ZPA, IV 2/2028/6, „Zur Durchführung des Sekretariatsbeschlusses über die nach Westdeutschland gerichtete Massenarbeit“, undatiert [1960].

¹⁴ Interview mit Dengler am 25.10.1991.

¹⁵ Dazu und zum folgenden ZPA, IV 2/2028/6, „Aufgaben, Struktur und Zusammensetzung der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro“, undatiert [1960].

politischen Linie. Eine Gruppe unter Leitung von Heinz Geggel befaßte sich mit der SPD-Politik; ihre Aufgabe war es, „alle Fragen im Zusammenhang mit unserer Politik und Taktik gegenüber den Sozialdemokraten auszuarbeiten mit dem Ziel der Stärkung der linken Kräfte in der SPD“. Ferner gab es eine Gruppe „Arbeiterpolitik“ unter Herbert Häber¹⁶ und ein Arbeitsgebiet „Operative Instrukteur-Gruppe“ unter Karl Wildberger, die dafür zu sorgen hatte, „daß ständig in allen Ländern Westdeutschlands die Arbeiterklasse [...] in bestimmte gezielte Kampfkationen gegen Atomrüstung etc. geführt“ wird¹⁷. Joachim Herrmann¹⁸ leitete eine Arbeitsgruppe „Allgemeine nationale und Friedensprobleme“, die die Agitation der „kleinbürgerlichen Kreise und Teile der Bourgeoisie“ in der Bundesrepublik vorantreiben sollte. Arne Rehan sollte in einer anderen Arbeitsgruppe die „Entlarvung des Charakters des Bonner Staates“ vorbereiten. Sekretär der Kommission und zweiter Mann hinter Albert Norden war Hans Rentmeister¹⁹. Die noch im Frühjahr 1959 aus nur vier hauptamtlichen Mitgliedern bestehende Kommission war damit ein Jahr später beträchtlich expandiert. Ihre rasche Aufstockung auf über 70 haupt- und nebenamtliche Mitglieder sowie „politische Mitarbeiter“ (Instrukteure) markierte deutlich, wie hoch der Stellenwert der „Westarbeit“ in der SED veranschlagt wurde.

Tatsächlich war die Kommission auf direkte Anordnung Ulbrichts eingerichtet bzw. vergrößert worden, der einen schlagkräftigen Apparat für die „große aktuelle Auseinandersetzung mit der Bonner Politik“ zur Verfügung haben wollte²⁰. Die Kommissionsarbeit wurde dabei nach den üblichen Regeln der sozialistischen Politbürokratie organisiert: Jede Woche fand eine Kommissionssitzung statt, in der eine kurze Einschätzung der Arbeit gegeben wurde und die Festlegung neuer Aufgaben erfolgte. Einmal im Monat traf man zusammen, um die Durchführung der Beschlüsse zu kontrollieren und zentrale, längerfristige Probleme zu behandeln²¹. Ulbrichts deutschlandpolitische Agitation um Friedensvertrag und Abrüstungsverhandlungen zur Jahreswende 1959/60 hielt die „Westarbeiter“ wochenlang auf Trab. Vor allem ging es um die Beratung der Frage, auf welche Weise eine Aussprache mit den bürgerlichen und namentlich auch mit den industriellen Kreisen in

¹⁶ Herbert Häber, geboren 1930, war seit 1950 Mitarbeiter im ZK-Apparat, wo er sich vor allem mit Fragen der Entwicklung der Bundesrepublik beschäftigte. Häber leitete zeitweise die Westabteilung beim ZK, ehe er 1965 zum stellvertretenden Staatssekretär für gesamtdeutsche Fragen bestellt wurde. Als ausgewiesener Bundesrepublik-Experte leitete er in den siebziger Jahren dann das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), eines der wichtigsten Beratungsgremien der SED.

¹⁷ Wie Anm. 15.

¹⁸ Herrmann, geboren 1928, war in den fünfziger Jahren Chefredakteur des FDJ-Zentralorgans „Junge Welt“ gewesen und von 1962 bis 1965 Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, ehe er als Staatssekretär für gesamtdeutsche Fragen für die propagandistische „Westarbeit“ zuständig wurde.

¹⁹ ZPA, IV 2/2028/6, Strukturplan der Abtlg. 62 vom 2.12.1960.

²⁰ ZPA, IV 2/2028/10, „Bemerkungen des Genossen Ulbricht zur Arbeit der Kommission“ vom 29.9.1960.

²¹ Z.B.: ZPA, IV 2/2028/6, Sitzung vom 8.11.1960.

der Bundesrepublik zu organisieren sei. An ein Treffen westdeutscher Industrieller mit „namhaften Persönlichkeiten der DDR“ in Düsseldorf war dabei ebenso gedacht wie an Kontakte zu bundesdeutschen Unternehmern auf der Leipziger Messe²². Im Februar 1960 änderten sich die Dinge. Nun galt es – entsprechend der deutschlandpolitischen Entwicklung – als „Hauptaufgabe“ der gesamtdeutschen Arbeit, dafür zu sorgen, daß der Inhalt und die politische Bedeutung des Briefes von Ulbricht an Adenauer „in großem Umfang in Westdeutschland bekannt wird“²³.

Die eigenen Möglichkeiten der politischen Mobilisierung der westdeutschen Bevölkerung wurden dabei grotesk überschätzt. So glaubte man allen Ernstes, mit einer Aktion „DDR-Bürger schreiben BRD-Bürgern“, mit der Anzettelung von Streiks und mit der Organisation regionaler Protestkundgebungen die politische Lage im Westen nachhaltig beeinflussen zu können. „Der Sinn unserer Arbeit in Westdeutschland“, so heißt es in einem internen Papier, „ist die Sicherung des Friedens durch Förderung und Unterstützung der Kampfmaßnahmen der westdeutschen Bevölkerung zum Schutz ihrer Lebensinteressen und ihrer Existenz gegen den westdeutschen Militarismus und seine Kriegsvorbereitungen, entsprechend dem Deutschlandplan des Volkes. Unsere Arbeit muß alle vorhandenen legalen Möglichkeiten in Westdeutschland ausnutzen, um Aussprachen über die Grundlagen der Einhaltung des Friedens und die Schaffung der Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung zu führen. Alle Verbindungen in Westdeutschland sind diesem Zweck nutzbar zu machen. Die Reisen haben den Zweck, die bestehenden Verbindungen zu festigen und fördernd auf die politische Entwicklung im Patengebiet einzuwirken. Es ist dahin zu streben, daß sich in den Stützpunkten ein selbständiges politisches Leben entwickelt, Auseinandersetzungen über die westdeutsche Politik stattfinden und sich eine Opposition zum Adenauerkurs bildet, die selbständig und aus eigener Initiative eine fortschrittliche Politik treibt. Für jede Reise muß eine klare politische Zielsetzung bestehen, die aus dem Arbeitsplan der Abteilung hervorgeht. Vor Antritt jeder Reise hat eine gründliche Einweisung des Instruktors über Bedeutung des Einsatzes, Ziel und Methoden der Aufgabe, Lage im westdeutschen Patengebiet und über die Grundsätze der konspirativen Arbeit zu erfolgen. Nach der Rückkehr des Instruktors ist von ihm ein schriftlicher Bericht anzufertigen.“²⁴

Diese Aktivitäten, so redete man sich ein, trügen reiche Früchte. Allenthalben konstatierte Ulbricht zur Jahreswende 1960/61 einen wachsenden Einfluß der DDR in der Bundesrepublik. Man sah sich „gegenüber dem Gegner in der Offensive“ und deutete den anhaltenden Abgrenzungskurs in der Deutschlandpolitik der Bonner Regierung als „Ausdruck der inneren Schwäche des Adenauer-Regimes und seiner sich verstärkenden inneren Widersprüche“. Die SED, so schien es ihr selbst, war mit ihrer Deutschlandpolitik und ihrer „Westarbeit“ auf dem richtigen Weg.

²² ZPA, IV 2/1002/8, Aktennotiz vom 20.1.1960.

²³ ZPA, IV 2/2028/6, Sitzung vom 3.2.1960; sowie ZPA, I/IV/2/2/685, Ausführungen Ulbrichts vom 26.1.1960.

²⁴ ZPA, IV 2/1002/1, Vermerk vom 9.1.1961.

Die Westkommission hatte allerdings auch 1960/61 noch mit Friktionen innerhalb der Politbürokratie zu kämpfen. Grundlage der operativen Arbeit waren Analysen und Einschätzungen, die zunächst im Sekretariat abgesehen wurden und dort vor allem auch als Informationsquelle für die Konzeption der allgemeinen politischen Linie der „Westarbeit“ dienten. Einige dieser Papiere waren allerdings „ohne Kenntnis und Zustimmung“ des Kommissionsvorsitzenden direkt in das Politbüro gelangt, wie Norden beklagte²⁵. Aber nicht nur der hierarchische Informations- und Meinungsbildungsprozeß im ZK-Apparat wies Schwachstellen auf. Auch in der Abstimmung der Tätigkeit mit den anderen Gremien, die sich auf dem gleichen Felde bewegten, gab es Probleme. Um ihre Arbeit, die laufende Versorgung der Parteiführung mit Vorschlägen und mit Analysen zur politischen Entwicklung in Westdeutschland, zu verbessern, solle sich die Kommission weniger um die konkrete Anleitung kümmern, hieß es in einer internen Studie. Vielmehr solle versucht werden, den Ausschuß für Deutsche Einheit „als Hilfsorgan“ enger an die Kommission zu binden. Gleichzeitig müsse aber verhindert werden, daß sich die Kommission „durch die notwendige Tagesargumentation zu einer oberflächlichen Arbeit verleiten läßt und zu einem Ableger der Agitationskommission wird“²⁶.

Kompetenzgerangel gab es auch mit der Westabteilung des Nationalrates. Im März 1961 etwa wurde von der SED-Westkommission moniert, daß der Nationalrat für seine „Westarbeit“ keine klare politisch-ideologische Konzeption habe und allenthalben „unrichtige Einschätzungen über den Umdenkungsprozeß bestimmter Schichten in Westdeutschland vorhanden“ seien²⁷. Die Unklarheiten betrafen insbesondere die Anleitungsfunktion von Westkommission und Nationalrat. In der Westkommission beim Politbüro bestanden gegen die Kompetenzen der Westabteilung beim Nationalrat jedenfalls deutliche Vorbehalte. „Es kann keineswegs so sein, daß das neue Gremium beim Nationalrat in jeder einzelnen Frage konsultiert wird, Entscheidungen fällt über die politischen, ideologischen, taktischen, organisatorischen, materiellen und finanziellen Maßnahmen und Aufgaben“, hieß es in einem Schreiben an Norden. „Die einzelnen Organisationen erhalten auch in der Westarbeit ihre Selbständigkeit, und ihre Eigenverantwortlichkeit wird weiterhin erhöht. Sie unterstehen nach wie vor in der Gesamtarbeit und auch in der Westarbeit der Anleitung und Kontrolle der Fachabteilungen im ZK, die ihrerseits eng mit der Westkommission beim Politbüro zusammenarbeiten.“²⁸

Diese Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten führten schließlich zur Einschaltung Nordens. Er sollte entscheiden, wer künftig für was verantwortlich war. Norden verwies zunächst auf die politische Basis der gesamten Deutschlandpolitik:

²⁵ ZPA, IV 2/1002/8, Aktennotiz vom 20.2.1961.

²⁶ ZPA, IV 2/2028/11, undatierte Ausarbeitung [1961].

²⁷ ZPA, IV 2/2028/6, Aktennotiz von Rentmeister für Norden vom 30.3.1961.

²⁸ ZPA, IV 2/2028/16, undatiertes Schreiben Geggels an Norden. Natürlich war nicht das Gremium selbst neu, sondern nur das Etikett.

„Der Ausgangspunkt ist die DDR und ihre geschichtliche Mission als deutscher Friedensstaat, als Verkörperung der Grundlage für die Zukunft ganz Deutschlands.“ Notwendig sei eine straffe und einheitliche Führung der nach Westdeutschland gerichteten Arbeit, „und es wurde festgelegt, daß das beim Nationalrat als leitendes und koordinierendes Zentrum geschieht“²⁹. Das betraf allerdings nach wie vor nur die „Westarbeit“ gegenüber den bürgerlich-demokratischen Parteien, Massenorganisationen, Instituten und Institutionen. Davon ausgenommen blieb weiterhin ausdrücklich die Arbeit mit KPD, SPD und DGB, die der Westkommission beim Politbüro zugeordnet war. Offensichtlich hatte Norden dem Nationalrat nur eine koordinierende Funktion zugestehen wollen, aber Ulbricht selbst hatte korrigierend eingegriffen und auf der Formulierung „leitendes und koordinierendes Zentrum“ bestanden³⁰.

Unübersichtlichkeit in der Organisation der „Westarbeit“ herrschte offensichtlich auch im Nationalrat selbst. Denn neben bzw. über der Abteilung für westdeutsche Angelegenheiten war auch noch eine Westkommission beim Präsidium des Nationalrates eingerichtet worden. Sieben Arbeitsgruppen, etwa für „Politik, Wirtschaft und Kultur in Westdeutschland“, „Politische Massenarbeit“ sowie die „Operative Instrukteur-Gruppe“ bildeten zusammen mit dem nun formell dem Nationalrat angegliederten „Ausschuß für deutsche Einheit“ und dessen 55 Mitarbeitern einen umfangreichen Apparat, dessen Schwerfälligkeit offenkundig war. Norden drängte daher auf die Schaffung einer „engere[n] Kommission“ mit 15 bis 20 Funktionären, der neben ihm die Westexperten Gerhard Dengler, Karl Wildberger und Paula Acker sowie Horst Brasch, der Vizepräsident des Nationalrates, angehören sollten, außerdem die Westsekretäre der Parteien und Massenorganisationen sowie der drei bis vier wichtigsten Ministerien³¹.

Auch in der Westkommission selbst hatte Norden eine Straffung der konzeptionellen und organisatorischen Arbeit eingeleitet. Im Herbst 1962 war ein Wechsel im dortigen Sekretariat vorgenommen worden, wohl auch in der Absicht, die Westkommission streng auf der ideologischen Linie zu halten und gegenüber allen Aufweichungen und Mißdeutungen im Wechsel der deutschlandpolitischen Begriffe und Taktiken zu immunisieren. An die Stelle von Hans Rentmeister war Heinz Geggel gerückt, der damit seine steile Karriere im Agit-Prop-Bereich, zu der die „Westarbeit“ de facto zu zählen war, fortsetzte. Geggel, 1921 als Sohn „bürgerlicher“ Eltern geboren, war während der NS-Zeit zunächst nach England und dann nach Kuba emigriert, wo er 1944 in die KPD eintrat. Im Frühjahr 1948 war Geggel beim Aufbau des SBZ-Rundfunks beteiligt gewesen und hatte 1960 als Intendant den Deutschlandsender geleitet, ehe er in den ZK-Apparat überwechselte³². Schon nach kurzer

²⁹ Ebenda.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda.

³² Zur Charakterisierung Geggels vgl. Interview mit Dengler am 27.10.1991 sowie für die späten sechziger Jahre auch das Interview mit Dieter Klein („Imperialismus-Experte“ und in den späten sechziger Jahren Mitglied der Westkommission beim Politbüro) am 28.10.1991.

Tätigkeit in der Westkommission hatte er sich durch „prinzipienfeste ideologisch-politische Leitungstätigkeit“ so weit profiliert, daß er von Norden als Kandidat des ZK vorgeschlagen wurde³³. Mit Geggel an der Spitze war auch eine engere personelle Vernetzung zwischen Nationalrats-Kommission, Politbüro-Kommission und den ZK-Abteilungen erreicht, denn Geggel gehörte zugleich der Agitationskommission an, in der auch Paula Acker, eine altgediente ZK-Funktionärin, als Mitglied des Präsidiums des Nationalrats und dessen Westkommission hauptamtlich saß.

Der Bau der Mauer am 13. August 1961 markierte das endgültige Ende der gesamtdeutschen Linie in der Deutschlandpolitik der DDR, obwohl nach außen hin weiter an der alten Linie festgehalten wurde, die auf eine Konföderation hinauslaufen sollte. Als Voraussetzung der Annäherung der beiden deutschen Staaten wurde nun aber die wechselseitige völkerrechtliche Anerkennung postuliert. In der Organisation wie in der Konzeption der „Westarbeit“ machte sich dieser Einschnitt zunächst nur in einer Änderung des Etiketts bemerkbar. Die mit „Westarbeit“ befaßten Gruppen des Nationalrates firmierten nun als Westabteilung, und die ehemalige Kommission für gesamtdeutsche Arbeit wurde in „Kommission für Westarbeit“ umbenannt.

Erst im Januar 1962 begann man im ZK-Sekretariat über eine Neuorientierung der „Westarbeit“ nachzudenken und mit Umorganisation auf die veränderte politische Lage zu reagieren. Das Interesse galt zunächst der „Veränderung der Arbeitsmethoden nach Westdeutschland“, da die bisherige „Entsendung von Einsatzkadern“ und die „Verbreitung von schriftlicher Agitation“ nach dem Mauerbau wesentlich schwieriger geworden war³⁴. Viele der aufgebauten Kontakte zu Sympathisanten und befreundeten Organisationen im Westen drohten abzureißen, und eine der zentralen Aufgaben der Politbüro-Kommission wie der Gruppen in der für „Westarbeit“ zuständigen Nationalrats-Abteilung bestand in der „Aufrechterhaltung der wichtigsten Verbindungen“. Die Bestandsaufnahme über die bisherige inhaltliche Arbeit, die man im Zuge der Neuorientierung vornahm, fiel dabei ziemlich schonungslos aus: Allenthalben seien nach wie vor Mängel in der „Westarbeit“ der Kommission festzustellen, es fehle eine straffe Anleitung und Kontrolle, und vor allem habe es die Kommission versäumt, „grundsätzliche Probleme, verbunden mit Vorschlägen für die Entwicklung der Politik und Taktik, an die Parteiführung heranzutragen. Bei der täglichen Auseinandersetzung mit dem Gegner [...] blieb die Westkommission hinter den aktuellen Geschehnissen zurück.“ Die Zusammenarbeit mit der Agitationskommission sei unbefriedigend und unsystematisch. Es zeige sich zudem, „daß die Einflußmöglichkeit über westdeutsche Verbindungsleute sehr begrenzt ist. Die Kontakte gehen bis auf einige Ausnahmen nicht über Betriebs-, Ortsgruppen- und Kreisebene hinaus. Es gibt wenig wirklich wertvolle Kontakte zu sozialdemokratischen

³³ ZPA, IVA2/2028/5, Brief Nordens an Ulbricht vom 8.1.1963.

³⁴ ZPA, 2/2028/16, undatierte Konzeption.

Mitgliedern und Funktionären.“³⁵ Als „Hilfsorgan der Parteiführung“ sollte sich die Westkommission in Zukunft auf die Behandlung politischer und ideologischer Grundfragen sowie die Organisierung einer ständigen politischen Offensive nach Westdeutschland konzentrieren und in ihrer Arbeit stärker zentralisiert werden. Sowohl in der Zusammenarbeit mit den Abteilungen des ZK wie auch in der Ausrichtung der Arbeitsgruppen der Westkommission wurden Änderungen und Umgruppierungen vorgenommen³⁶.

In der konkreten Arbeitsweise änderte sich jedoch nur wenig. Gegenstand und Grundlage der Kommissionssitzungen war nach wie vor die minutiöse Auswertung der Politbüro-Sitzungen. Ende Februar 1962 beispielsweise sah sich die Westkommission den Forderungen Ulbrichts nach rascher Vorlage und Implementierung eines „Kampagneplanes als Antwort auf die Hetze in Westdeutschland“ gegenüber³⁷. Ziel war die „Verbreitung der Wahrheit über die Bundesrepublik Deutschland“, wobei unter anderem „alle Fragen der inneren Ordnung in Westdeutschland in polemischen Artikeln aufzurollen sind“ sowie „im ND in Form eines fiktiven Gesprächs mit Adenauer und Ulbricht eine Gegenüberstellung der beiden Personen in ihrem Leben und Arbeiten vorzunehmen ist“³⁸.

Ende März 1962 verstärkte die SED – das Schild der nationalen Einheit und Wiedervereinigung nach wie vor hochhaltend – mit der Verabschiedung des „Nationalen Dokuments“ durch den Nationalrat die Akzentuierung ihrer Deutschlandpolitik im Sinne von Eigenstaatlichkeit und historisch begründetem Alleinvertretungsanspruch³⁹. An die Stelle der bisherigen Erklärung, daß die Teilung Deutschlands auf das Konto der „Spalterpolitik der Adenauer-Clique“ gehe, trat eine aus der Geschichte abgeleitete Begründung für die Entwicklung der DDR zu einem eigenständigen sozialistischen deutschen Staat, der für sich reklamierte, „die Zukunft der gesamten deutschen Nation“ zu verkörpern⁴⁰. Die Gremien für die „Westarbeit“ machten sich nun – wie immer, wenn eine neue Weisung von oben vorlag – daran, die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Elemente des „Nationalen Dokuments“ entsprechend ihrer Aufgabenverteilung propagandistisch auszubreiten. Im Zentrum der Nationalratsarbeit stand die Propagierung des „Nationalen Dokuments“ als (letzter) Versuch, die Konföderationsidee zum Gegenstand politischer Überlegun-

³⁵ ZPA, 2/2028/16, Aktenvermerk vom 11.1.1962.

³⁶ ZPA, IV 2/2028/7, Vorschläge zur Veränderung der Struktur und des Aufbaus der Westkommission vom 10.2.1962. Die Aufgabengebiete wurden dabei in sieben Arbeitsgruppen zusammengefaßt. Heinz Geggel übernahm den neuen Bereich „Aktuelle Politik“.

³⁷ ZPA, I/IV 2/2/814, Politbüro-Sitzung vom 20.2.1962.

³⁸ Ebenda.

³⁹ „Dokument über die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“, in dem Bedingungen für die Konföderationsfähigkeit der BRD aufgestellt wurden. Vgl. Archiv der Gegenwart vom 25.3.1962, S. 9766 C.

⁴⁰ Ebenda; vgl. auch Kuppe, Deutsch-deutsche Beziehungen, S. 557.

gen und Verhandlungen in Westdeutschland zu machen⁴¹. In der Arbeit der Westkommission dagegen rückte die Einheitsfronttaktik in den Mittelpunkt der Bemühungen und Überlegungen. Im Mai 1962 beispielsweise forderte Ulbricht bei der Westkommission eine „Ausarbeitung der Methoden und des Inhalts der Einheitsfrontpolitik zwischen der Arbeiterklasse der DDR und Westdeutschlands einschl. Westberlins“ an. In diesem Zusammenhang mußte die Westkommission auch „Konzeptionen zu den verschiedenen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung von der Position eines ehrlichen reformistischen Sozialdemokraten her gesehen“ vorlegen⁴².

Die „Westarbeits“-Experten des Politbüro- und ZK-Apparates schließlich nahmen sich besonders der SPD und der Gewerkschaften an, denn gerade das „Einschwenken der fortschrittlichen Kräfte“ in der SPD unter dem Druck der „Wehner-Erler-Brandt-Gruppe“ auf die revanchistische und militaristische Adenauer-Politik seit 1960 – so die Sichtweise in Ost-Berlin – erschien Ulbricht erklärungsbedürftig. Er verlangte deshalb von seinen Westexperten entsprechende Deutungen sowie Hinweise auf Ansatzmöglichkeiten für die politische Agitation. Tatsächlich lag hier im Herbst 1962 der Schwerpunkt der Deutschlandpolitik der DDR-Führung. Nicht Beratungen über die ersten zögerlichen Kontaktangebote von westdeutscher Seite aus, die im Zusammenhang mit den Gesprächen auf der Ebene der Treuhandstelle für Interzonenhandel über die Regelung humanitärer Fragen signalisiert worden waren, bestimmten die Tagesordnung der Politbüro-Sitzungen. Im Zentrum der Beratungen, etwa am 9. Oktober 1962, standen vielmehr „Fragen der Einheitsfrontpolitik in Westdeutschland“, über die Geggel ausführlich vor dem Politbüro referierte⁴³. Voraussetzung für die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes war demnach einmal mehr die Einigung der Arbeiterklasse in ganz Deutschland. Der „Kampf um die Aktionseinheit sowie um den Masseneinfluß der fortschrittlichen Kräfte“ war daher eine der „Hauptaufgaben“ der Deutschlandpolitik der DDR. Durch verstärkte direkte Agitation in Westdeutschland und durch Propaganda über die Medien glaubte man diesem Ziel näher zu kommen.

Im Frühsommer 1962 legte die SED drei Schwerpunkte der „Westarbeit“ fest. Sie schlugen sich in einem Protokoll über die Nationalrats-Sitzung vom 29. Juni 1962, die der Anleitung der nachgeordneten Organisationen diente, nieder:

„1. Die Ära Adenauer geht zu Ende. Daraus sind auch für unsere Westarbeit Schlußfolgerungen zu ziehen; d.h., wir haben uns in den Prozeß der zu Ende gehenden Ära einzuschalten. Es ist der Gegensatz zwischen Adenauer und Kennedy herauszuarbeiten und die westdeutschen Bürger sind zu animieren, gegen Adenauer und für Kennedy Stellung zu nehmen. Kontroversen sind auszunutzen. Mit Adenauer

⁴¹ Vgl. Interview mit Dengler am 25.10.1991.

⁴² ZPA, IV 2/1002/1, Sitzungsprotokoll der Westkommission vom 8.5.1962. Vgl. auch die positiv verabschiedete Vorlage an das Sekretariat des ZK über „Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit nach Westdeutschland“ vom 8.5.1962 (ZPA, IV 2/1002/8).

⁴³ ZPA, I/IV 2/2/851, Sitzung des Politbüros vom 9.10.1962.

sind die Ultras Strauß, Brentano, Globke, Fränkel, Foertsch, Gehlen u.a. zu entlarven und anzuprangern. Es ist jedoch nicht nur zu entlarven, sondern auch damit die Verdeutlichung des Untergangs seines Systems zu verbinden. 2. den Differenzierungsprozeß in Westdeutschland beachten und fördern und sich in die Förderung dieses Prozesses offensiv und konkret einzumischen. D.h., die Widersprüche, die sich in allen Parteien zeigen, nutzen, die Gruppen gegeneinander ausspielen und klug differenzieren. D.h. besser als bisher die Dialektik des Kampfes in Westdeutschland beachten, dabei auch mit solchen Personen und Persönlichkeiten arbeiten bzw. sie nutzen, die nicht in allen Punkten mit uns übereinstimmen, aber bereits Teilerkenntnisse aufweisen, oder zumindest in bestimmten Problemen zur Bestätigung unserer Auffassung herangezogen werden können. [...] Zur Förderung des Differenzierungsprozesses muß mehr Polemik und Beweglichkeit in unserer Propaganda entwickelt werden. Auf neue Vorstöße der Ultras, auf ersichtliche Differenzen in Bonn oder auf geäußerte Zweifel und Fragen in einzelnen Parteien und Gruppierungen in Westdeutschland ist sofort reaktionsschnell einzugehen. [...] 3. Organisierung des Widerstandes aller friedliebenden Kräfte in Westdeutschland gegen die Bonner Ultras unter dem Motto: Vernunft gegen Wahnsinn. Dabei sind Forderungen, die in Westdeutschland erhoben worden sind, zu verwenden [...]. Fortschrittliche und realpolitische Vorstellungen und Beschlüsse in Westdeutschland sind mit zu verarbeiten und es ist daran anzuknüpfen.“⁴⁴

Zur Unterstützung dieser Form von „Westarbeit“ war von Norden kurzzeitig auch die Bildung eines „Amtes für westdeutsche Angelegenheiten“ geplant gewesen. Das Amt war als *staatliche* Institution gedacht, die der direkten Anleitung und Kontrolle der Westkommission unterstehen sollte. Unmißverständlich wurde in dem Konzeptpapier darauf hingewiesen, daß bei der Gründung des Amtes völlig klarzustellen sei, daß es sich hier in keinem Falle um eine Institution handle, die etwa Verhandlungen mit westdeutschen staatlichen Stellen aufnehmen solle⁴⁵. Die tatsächliche Aufgabe des Amtes sei dagegen „die offensive Propagierung der Politik der DDR, [...] die offensive Darlegung der einzig möglichen Lösung der nationalen Frage [...] und das systematische Studium und die Auswertung aller Vorgänge in Westdeutschland zum Zwecke einer offensiven politischen Einmischung auf allen Gebieten des Lebens“⁴⁶. Hier sollte also etwas ganz anderes entstehen als in Westdeutschland, wo man etwa um die gleiche Zeit darüber diskutierte, die Treuhandstelle für Interzonenhandel als staatliches Kontaktamt auszubauen. Aber auch das so konzipierte Amt für westdeutsche Angelegenheiten wurde nicht gegründet. Ulbrichts Wende in der Deutschlandpolitik 1963/64 machte eine abermalige Umorientierung der „Westarbeit“ notwendig.

⁴⁴ ADL, LDPD 28707, Protokoll vom 29.6.1962.

⁴⁵ ZPA, IV 2/2028/7, Vorschläge zur Veränderung der Struktur und des Aufbaus der Westkommission vom 10.2.1962, S. 7.

⁴⁶ Ebenda.

II. Die deutschlandpolitische Tauwetterphase 1963-1965

In Ost-Berlin ging man seit Ende 1962 davon aus, daß nun auf längere Zeit mit dem Bestehen zweier deutscher Staaten gerechnet werden mußte: mit der „sozialistischen DDR und einem kapitalistischen westdeutschen Staat“⁴⁷. Auf dem VI. Parteitag der SED vom 15. bis zum 21. Januar 1963 wurde daher eine neue Phase in der Deutschlandpolitik Ost-Berlins eingeleitet. Nicht mehr die nationale Frage stand im Mittelpunkt des Interesses, sondern die internationale Stellung der DDR wurde nun hervorgehoben. Deutschlandpolitik wurde in den Zusammenhang der europäischen Abrüstungs- und Sicherheitsbemühungen gestellt, auch wenn die Idee der Konföderation als Ausdruck des Konzeptes der friedlichen Koexistenz weiter eine Rolle spielte. Ulbricht hatte in einem 7-Punkte-Vorschlag, genannt „Abkommen der Vernunft und des guten Willens“, die neue Tonlage vorgegeben⁴⁸. Ziel der künftigen Deutschlandpolitik war es nun beispielsweise, deutsch-deutsche Abrüstungsverhandlungen einzuleiten sowie Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Reisepässen und der Staatsbürgerschaft auszuhandeln. Während innenpolitisch auf Reformen zur Effektivierung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gesetzt wurde, legte Ulbricht in der Außen- und Deutschlandpolitik eine Strategie fest, die auf völkerrechtliche Anerkennung zielte und auf den Ausbruch aus der diplomatischen Isolation. Die These von der einheitlichen „gesamtdeutschen Arbeiterklasse“ wurde aufgegeben. In der westdeutschen Bevölkerung seien „Illusionen“ über den „Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ entstanden. Ihnen sollte man zwar durch verstärkte Westagitation entgegenarbeiten, aber mehr Einfluß auf einen Wandel der politischen Verhältnisse im Westen schrieb man doch der „umfassende[n] Verwirklichung des Sozialismus“ in der DDR zu⁴⁹.

In der sich abzeichnenden internationalen Entspannungsphase war auch Ulbricht bereit, durch Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einen Beitrag zu leisten⁵⁰. Der erfolgreiche Abschluß des ersten Passierscheinabkommens im Dezember 1963 und Ulbrichts Losung vom „offenen deutschen

⁴⁷ ZPA, I/IV 2/2/851, Politbüro-Sitzung vom 9.10.1962, Bericht H. Geggel.

⁴⁸ ZPA, I/IV 2/2/873, Politbüro-Sitzung vom 3.4.1963, und, allerdings deskriptiv, Zieger, Die Haltung von SED und DDR, S. 98ff.

⁴⁹ Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. XIII, 1969, S. 105, 7-Punkte-Plan.

⁵⁰ Die Bemühungen Ulbrichts zur „Normalisierung der Beziehungen“ zur Bundesrepublik standen in engem Zusammenhang mit der vor allem im Sommer 1964 betriebenen Westpolitik Chruschtschows, die auf eine Verständigung mit Bonn abzielte; vgl. dazu Bender, Neue Ostpolitik, S. 90-95.

Gespräch“ und dem „Jahr der Verständigung“ für 1964 unterstrichen diese Bereitschaft zu politischen Kompromissen.

Die Gremien der „Westarbeit“ wurden rasch auf die neu ausgegebenen Parolen und Schlagworte der letztlich allerdings nur in Nuancen veränderten deutschlandpolitischen Linie umgestellt⁵¹. Nationalrat und Außenministerium beispielsweise wurden angehalten, den 7-Punkte-Plan in den Mittelpunkt des politischen Auftretens zu stellen und „dafür zu sorgen, daß alle Beziehungen mit Westdeutschland grundsätzlich den Charakter der Beziehungen zweier gleichberechtigter Staaten tragen. Diese Beziehungen müssen auf allen Ebenen von den Gedanken des 7-Punkte-Vorschlags getragen werden.“⁵² In einer umfassenden vertraulichen „Konzeption für die weitere Entwicklung des Kampfes in Westdeutschland für Frieden und friedliche Koexistenz in Deutschland“ bemühte man sich denn auch, die entsprechenden Deutungsmuster zu entwickeln und näher auszubreiten⁵³.

„Die Hauptunterstützung der DDR für die westdeutschen Friedenskräfte“, so heißt es in dem Papier, „besteht in der schnellen ökonomischen und politischen Stärkung der DDR, im umfassenden Aufbau des Sozialismus, in der konsequenten Fortsetzung unserer Politik der friedlichen Koexistenz. Aufgabe aller in der Nationalen Front vereinten Kräfte ist es darum, diese auf dem VI. Parteitag dargelegte nationale Politik allen Bürgern zu erläutern. Das wird immer mehr Bürgern ermöglichen zu erkennen, daß die Sicherung des Friedens das Zurückdrängen der Macht der Monopolisten und Militaristen bedingt und sie deshalb alle ihre Kräfte für die Stärkung der DDR einsetzen und alle ihre Möglichkeiten nutzen müssen, um auf ihre Verwandten und Bekannten in Westdeutschland einzuwirken, damit sie auch ihrerseits dazu beitragen, anstelle der Bonner Atomkriegspolitik eine Politik der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Eine solche massenpolitische Arbeit ist die Grundvoraussetzung, um unsere Verbindungen nach Westdeutschland zu verbreitern und unsere Einwirkungsmöglichkeiten zu vertiefen. Auch viele staatliche, wissenschaftliche, künstlerische und sportliche Institutionen verfügen über vielfältige Verbindungen nach Westdeutschland, die sie aber oft nur rein fachlich nutzen.“⁵⁴

Weder die theoretische Konzeption noch die praktische Umsetzung dieser politischen Linie zeichnete sich durch besondere Originalität aus. Das Argumentationsmuster existierte bereits seit 1956. Als man in der Westkommission des Politbüros daranging, Ulbrichts programmatische Äußerungen auszuwerten und in neue „Maßnahmepläne“ umzusetzen, ergaben sich deshalb auch kaum neue Akzente gegenüber der alten Strategie. „Hauptfragen“, auf die man sich 1963 konzentrieren wollte, waren etwa die „Entfaltung einer breiten Bewegung in Westdeutschland für eine

⁵¹ Das einzig Neue nach dem VI. Parteitag war die stärkere Betonung der zweistaatlichen Entwicklung. Die Konföderationspropaganda wurde bis zum VII. Parteitag 1967 beibehalten.

⁵² ZPA, I/IV 2/2/873, Politbüro-Sitzung vom 3.4.1963.

⁵³ ZPA, IV 2/1002/44, undatiertes Aktenvermerk [1963].

⁵⁴ Ebenda, S. 8.

Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten“ und „die Förderung des Differenzierungsprozesses zwischen den Massen der Mitglieder und Funktionäre des DGB und der SPD und den NATO-Politikern an der Spitze dieser Organisationen“ – auch das eine seit langem gebetsmühlenartig wiederholte Formulierung⁵⁵. Im einzelnen bedeutete das dann unter anderem die Organisierung von „Deutschen Arbeiterkonferenzen“, eine Briefaktion der SED-Volkskammerfraktion an die SPD-Bundestagsabgeordneten bzw. an alle SPD-Mitglieder sowie die Erarbeitung von Studien über „neue Erscheinungen und Probleme in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften sowie des allgemeinen politischen und geistigen Lebens in Westdeutschland“, die dann als Beschlussvorlagen oder Informationsanalysen an das Politbüro bzw. an das Sekretariat gingen⁵⁶.

Auch fast ein Jahr später lag das Hauptinteresse der Westkommission nach wie vor in der „Verstärkung der Arbeit gegenüber der SPD zur Isolierung der Gruppe Wehner-Erler“. Darüber hinaus wurden umfassende Informationsvorlagen für das Politbüro erdacht, etwa über „neue Tendenzen, die sich aus der Zuspitzung des Gegensatzes im imperialistischen System ergeben“. Außerdem beschäftigte man sich eingehend mit der Erstellung von „Grundsatzargumentationen gegenüber den Bonner Notstandsplänen“⁵⁷. Intensiv wurde auch an einer Analyse des CDU-Parteitag vom August 1963 gearbeitet; man versuchte, Lage und Stimmungen einzuschätzen, um eine Plattform „für die Stärkung oppositioneller Kräfte innerhalb der Union“ zu haben⁵⁸.

„Westarbeit“, so zeigte sich deutlich, besaß eine Reihe von Funktionen. Zum einen handelte es sich um die rein propagandistische Umsetzung der jeweiligen deutschlandpolitischen Linie, vor allem ihrer auf Abgrenzung bedachten Komponente. Eng damit verbunden und von wachsender Bedeutung war aber zum anderen die Absicht, nach innen zu wirken. Es ging darum, durch „massenpolitische Arbeit“ in der eigenen Bevölkerung die Akzeptanz der Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen und zugleich bei den massenpolitischen Gremien auf die „richtige“ Auswertung der deutschlandpolitischen Linie zu achten. Schließlich war die aufwendig betriebene Westanalyse auch als Voraussetzung für entsprechendes politisch-agitatorisches Handeln von Bedeutung. Hinter der vielfach mühsamen „Arbeit nach Westdeutschland“ stand der Glaube, tatsächlich Einflußmöglichkeiten innerhalb des gesellschaftlichen und politischen Systems der Bundesrepublik entfalten zu können.

Albert Norden sorgte dabei dafür, daß bei der Ausdeutung der deutschlandpolitischen Linie die konzeptionell-pragmatische Komponente eher vernachlässigt wurde und die propagandistische Arbeit im Vordergrund stand. Darauf deuteten auch

⁵⁵ ZPA, IV A2/2028/5, Arbeitsplan für 1963 vom 5.2.1963.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ ZPA, IV A2/2028/5, Arbeitsplan vom 18.12.1963.

⁵⁸ Ebenda.

einige Umstrukturierungen und eine Neuverteilung der Aufgaben hin, die im Laufe des Jahres 1964 in der Westkommission vorgenommen wurden. Das Personal war erheblich reduziert und auf nur noch fünf bzw. sechs Zuständigkeitsbereiche verteilt worden. Nach Geggel, der nun auch für Fragen der Jugend zuständig war, hatte sich Herbert Häber als zweiter Mann profilieren können; er war zuständig für den Sektor SPD sowie für Arbeiter- und Gewerkschaftsfragen. Vor allem aber ging man daran, die inzwischen offensichtlich gelockerten Verbindungen zu den anderen ZK-Abteilungen und Politbüro-Kommissionen zu stärken. Norden jedenfalls mahnte gleichzeitig mit der Umstrukturierung eine engere Zusammenarbeit mit der Ideologischen und der Agitions-Kommission des Politbüros an⁵⁹.

Währenddessen hatte Ulbricht seinen Verständigungskurs in der Deutschlandpolitik verstärkt. In einer großen programmatischen Rede anlässlich des 45. Jahrestages der Gründung der KPD im Januar 1964 entwickelte er ein neues „Programm der DDR für Entspannung und Verständigung in Deutschland im Jahre 1964“; dabei prägte er die Parole des „offenen deutschen Gesprächs“ und des „Jahres der Annäherung und friedlichen Verständigung in Deutschland“⁶⁰. Ausgangspunkt waren dabei – aus Ostberliner Perspektive – die „Erkenntnis von der Stabilisierung der Existenz zweier deutscher Staaten und des Territoriums Westberlin“ sowie das Selbstverständnis der DDR als stabiler sozialistischer Staat. Die Bonner Politik galt nach wie vor als „offen revanchistisch“, die Rede war vom „kalten Krieg gegen die DDR“. Allerdings war man zur Normalisierung der Beziehungen durch Verhandlungen und zu einer schrittweisen Verständigung bereit. Das erste Berliner Passierscheinabkommen vom Dezember 1963 wurde dabei ausdrücklich als ein Beispiel der Verständigungsmöglichkeit durch Verhandlungen bezeichnet.

In der „Westarbeit“ hielt man aber dessenungeachtet an der Abgrenzungsstrategie fest und achtete sorgsam darauf, daß unter den unteren SED-Funktionären und vor allem auch in der eigenen Bevölkerung keine falschen Illusionen aufkamen. Von einer neuen Konzessionsbereitschaft Ost-Berlins, die insgesamt Bewegung in die starren Fronten der deutsch-deutschen Beziehungen gebracht hätte, oder einem Umdenken der DDR-Führung, wie man in Bonn und West-Berlin hoffte, konnte aus der Sicht der Westkommission keine Rede sein. Zwar wurde auf der Kommissionssitzung am 30. Januar 1964 die neue „Hauptaufgabe“ gestellt, „zu erreichen, daß die Vertreter der SPD und des DGB am offenen deutschen Gespräch teilnehmen, [...] bei maximaler Ausnutzung der in Westdeutschland bestehenden Differenzen“⁶¹. In einer streng vertraulichen Ausarbeitung ging man aber zugleich gegen ein „verschiedentlich auftauchendes Mißverständnis“ an, nach dem der deutsch-deutsche Dialog

⁵⁹ ZPA, IV A2/2028/5, Schreiben vom 14.10.1964; vgl. auch den Arbeitsplan für 1965 vom 17.12.1964 (ZPA, IV A2/2028/5).

⁶⁰ Dokumente zur Deutschlandpolitik 1964, S. 24-40, Rede vom 3.1.1964. Vgl. dazu allgemein auch Bender, Ostpolitik, S. 93-95.

⁶¹ ZPA, IV A2/2028/5, Sitzung vom 30.1.1964.

einen eigenständigen Wert habe und gewissermaßen als eine unverbindliche „gesamtdeutsche Unterhaltung“ betrachtet werden könne. „Der Sinn des offenen deutschen Gesprächs jedoch ist, den Westdeutschen unsere Politik nahezubringen, offen die Auseinandersetzung mit der Ideologie des Monopolkapitals, mit Revanchismus und Militarismus zu führen, offen vor den Westdeutschen die Grundfragen der Entwicklung in beiden deutschen Staaten zu behandeln, unsere Politik klar vom sozialen und nationalen Standpunkt zu erläutern. [...] Das Kernproblem des Gesprächs mit Westdeutschen ist die Frage nach den notwendigen demokratischen Veränderungen in Westdeutschland, nach der Verantwortung der westdeutschen Werktätigen im Kampf für die Bändigung und Zurückdrängung der Monopole und Militaristen.“⁶²

Auch der erfolgreiche Abschluß des ersten Passierscheinabkommens bekam in der Optik der Westkommission eine andere Bedeutung. Nicht die minimalen Anerkennungsgewinne, die man bei der Handhabung des Abkommens gegenüber der Bundesregierung hatte erreichen können, waren wichtig. Im Mittelpunkt des Interesses stand vielmehr der offensichtlich erfolgversprechende Ansatz, durch Ostberliner Agitation die Westberliner Bevölkerung dazu gebracht zu haben, den Berliner Senat unter Druck zu setzen und zu Zugeständnissen zu bewegen. Bei einer entsprechenden Mobilisierung „der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Bürger“ schienen solche Erfolge auch gegenüber der Bonner Regierung möglich⁶³. Der Abschluß des Passierscheinabkommens war von der Westkommission nicht zuletzt auch deshalb befürwortet worden, weil die Regelung die Chance bot, Tausende von westdeutschen Besuchern, an die man kaum oder gar nicht herangekommen wäre, im Sinne der Propagandaarbeit und der Popularisierung der „sozialistischen Errungenschaften“ zu agitieren⁶⁴.

Als man dem Politbüro gegenüber Rechenschaft über die geleistete „Westarbeit“ im Jahre 1964 und vor allem für 1965 ablegte, glaubte man in der Westkommission eine stolze Bilanz vorlegen zu können. Die „Hauptaufgabe des operativen politischen Einwirkens in Westdeutschland“ durch persönliche Gespräche, öffentliches Auftreten und die Anbahnung neuer Beziehungen zu „Funktionären und anderen Bevölkerungsschichten“ habe man erfolgreich bewältigt, hieß es in dem streng vertraulichen Bericht. Als Beweis präsentierte man eine geradezu absurde Bilanz: 256 Delegationen habe man 1965 nach Westdeutschland geschickt; Angehörige der Blockparteien seien vor 3500 Arbeitern, 2000 Bauern, 5000 Lehrern und 5000 Angehörigen anderer Bevölkerungsschichten öffentlich aufgetreten. Detailliert wurde jeder einzelne kontaktierte „Angehörige der westdeutschen Arbeiterklasse“ in seiner Funktionsebene aufgelistet und vor allem befriedigt konstatiert, daß man sogar mit

⁶² ZPA, IV A2/2028/39, Aktenvermerk vom 9.11.1964.

⁶³ ADL, LDPD 28707, Notiz aus der Anleitung und Einschätzung durch die Westkommission vom 6.1.1964, S. 6f.

⁶⁴ ZPA, IV A2/2028/40, Aktennotiz vom 23.12.1964.

13 Mitgliedern des SPD- und DGB-Bundesvorstandes Gespräche habe führen können. Nicht zuletzt das beweise, daß man die „Antikontaktbeschlüsse“ des DGB und der SPD, die ihren Mitgliedern auf der unteren Ebene Gespräche mit DDR-Funktionären verboten hatten, erfolgreich unterlaufe.

„Gute Fortschritte des Einwirkens in Westdeutschland“ hieß daher das Resümee⁶⁵. In Westdeutschland wachse die Erkenntnis, daß die DDR national wie international einen bedeutenden Faktor darstelle, bei SPD wie Gewerkschaften zeige sich – ganz im Sinne des von Ulbricht Anfang September 1964 propagierten „Verständigungsfriedens zwischen SED und SPD“ – eine größere Aufgeschlossenheit, und überhaupt verschärfen sich die Gegensätze zwischen großen Teilen des Volkes und der Politik der Monopole. Man müsse daher nur die Differenzierungsprozesse in den Parteien und Organisationen weiter fördern⁶⁶. Von einer kritischen Reflexion über den konkreten politischen Ertrag der „Westarbeit“ finden sich in dem Bericht nicht einmal Spurenelemente.

Mag diese Bilanz im Politbüro auch Eindruck gemacht haben, in Moskau stießen die Aktivitäten der Westkommission auf eine erstaunlich geringe Resonanz. Als im Juni 1965 eine hochkarätige Delegation der „Westarbeiter“ aus dem ZK-Apparat in die Sowjetunion fuhr, hatte man zunächst Schwierigkeiten, einen adäquaten Gesprächspartner zu finden. „Die Genossen der KPdSU [hatten] keine Vorstellung davon, daß im ZK der SED eine Abteilung existiert, die sich mit der Arbeit nach Westdeutschland beschäftigt“, hieß es konsterniert in einem Reisebericht. Immerhin hörten sich einige Mitarbeiter des stellvertretenden Leiters der Unterabteilung im Sektor „Internationale Verbindungen“ der KPdSU die Erfolgsbilanz der ostdeutschen Funktionäre bei ihrer Arbeit mit Frauen, Jugendlichen, mit SPD und Gewerkschaften in der Bundesrepublik an⁶⁷. Anleitungen aus Moskau konnten in dieser Phase und über diese Verbindungen aber nicht erfolgen, da man erstmals den Kontakt zu den Kollegen im Apparat der KPdSU gesucht hatte und beiden Gesprächsdelegationen Ranghöhe und Befugnis für deutschlandpolitische Grundsatzenscheidungen fehlten.

Mit der Zunahme direkter politischer Verhandlungskontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR Anfang der sechziger Jahre waren aber neben der Westkommission andere, insbesondere auch staatliche Gremien in den Mittelpunkt des deutschlandpolitischen Agierens der DDR gerückt. Obwohl unter formeller Anleitung der Westkommission, geriet „Westarbeit“ in diesen Gremien bald zu praktischen Kontakten mit der westdeutschen Seite. Die auf staatliche Anerkennungsgewinne ausgerichtete Komponente in der Deutschlandpolitik der DDR, in der die pragmatische Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen im Vordergrund stand, gewann dadurch an Bedeutung. Im Zusammenhang mit den Passier-

⁶⁵ ZPA, IV A2/2028/39, Informationsvorlage vom 15.1.1966.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ ZPA, IV A2/2028/37, Bericht vom 12.6.1965.

scheinverhandlungen hatte die DDR zunächst versucht, die Kontakte zur Bundesrepublik über das Außenministerium (MfAA) als zentrale staatliche Stelle laufen zu lassen. Da Bonn jedoch aus Anerkennungsgründen direkte Verhandlungen mit dem DDR-Außenministerium verweigerte, gab es auf ostdeutscher Seite je nach Verhandlungsgegenstand bald eine Reihe von Behörden und Stellen, die mit politischen Kontakten zur Bundesrepublik befaßt und vor allem auch bereit waren, sich auf informelle Kontakte einzulassen. Das warf auch in Ost-Berlin spezifische Koordinierungsprobleme auf. Das Problem war dabei das Verhältnis und Ineinanderspielen von Partei- und Staatsapparat. Insbesondere bei konkreten politischen Entscheidungen und Handlungen gab es Reibungsverluste, taten sich begrenzte Handlungsspielräume auf und ergaben sich Funktionsüberschneidungen der beteiligten Stellen.

Unter den mit Kontaktfragen befaßten DDR-Stellen gewann seit Anfang der sechziger Jahre das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates an Bedeutung. Die politische „Hauptaufgabe“ der Abteilung „Westpresse“ dieses Amtes stand im Zusammenhang mit den Anstrengungen der DDR, die internationale Anerkennung zu erreichen. Das Presseamt war damit befaßt, das gewünschte DDR-Bild in Westdeutschland zu lancieren; es erfüllte aber auch eine wichtige Informationsfunktion nach innen. Durch Beobachtung der westdeutschen Presse wurden Informationen zur Beurteilung und Analyse der politischen Entwicklung in Bonn und West-Berlin gesammelt, aufbereitet und an die politischen Entscheidungsgremien weitergeleitet⁶⁸. Die intensive Zusammenarbeit mit westdeutschen Journalisten bei Empfängen, Reisen, Gesprächen und Interviews ließ Stophs Presseamt zwangsläufig in den Mittelpunkt deutsch-deutscher Kontaktpolitik geraten. Mit Hermann von Berg als Abteilungsleiter hatte sich Stoph 1962 bewußt einen Fachmann geholt, der alte Westbeziehungen besaß⁶⁹. Die Westabteilung des Presseamtes versuchte dabei nicht nur gemäß den Anweisungen aus der Agitations- und Westabteilung des ZK DDR-freundliche Berichterstattung zu lancieren, sondern verstand sich auch, formell wie informell agierend, in einer flankierenden Funktion zu laufenden politischen Gesprächen zwischen den verschiedenen Gremien und Vertretern der beiden deutschen Staaten, die sich zögerlich vor allem im Zusammenhang mit den Passierscheinregelungen entwickelt hatten.

Die Grenzen zwischen bloßen Auftragsinformationen und wirklichen Hintergrundmitteilungen waren im konkreten Fall allerdings fließend. Die mit West-

⁶⁸ Vgl. dazu Interview mit Berg am 14.11.1990 und am 22.1.1991.

⁶⁹ Hermann von Berg, 1933 geboren, hatte sich zunächst als FDJ-Funktionär in den fünfziger Jahren in der gesamtdeutschen Studentenbewegung engagiert, ehe er 1962 als Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen ins Presseamt Stophs berufen wurde. Berg war durch seine Kontakte zu Westjournalisten und SPD-Funktionären an der Vorbereitung der Passierscheinverhandlungen beteiligt und galt deshalb - fälschlicherweise - als enger Vertrauter oder gar Berater von Ministerpräsident Stoph. 1965 bereits schied er wieder aus dem Presseamt aus und mußte - seit 1978 wegen kritischer Äußerungen in Ungnade gefallen - 1986 in die Bundesrepublik übersiedeln.

kontakten befaßten Presseamtsfunktionäre jedenfalls „äußerten sich offener, als sich ihre Chefs das haben träumen lassen“⁷⁰. Das Presseamt hatte auch indirekt beträchtlichen Einfluß auf die Bundesrepublik-Rezeption der Führungsgremien, da es, betraut mit der Aufgabe der ständigen Pressebeobachtung und -auswertung, als ein zentraler Schleusenwärter des Informationszuflusses zum Ministerrat, ins Politbüro und in die ZK-Abteilungen fungierte⁷¹. Kennzeichnend war, daß bei der Bewertung der Informationen einerseits ein ideologiegeprägtes Überlegenheitsgefühl und andererseits Diversionsangst wirksam wurde. Das bestimmte die Selektionsmechanismen der Informationsaufbereitung und sorgte dafür, daß Politbüro und Sekretariat bereits ideologiegefilterte und -verzerrte Bilder der Realität erhielten⁷².

Eng in die konkrete Kontaktpolitik involviert wurde durch die langsam zunehmenden informellen Gesprächskontakte mit Vertretern westdeutscher Parteien und „Massenorganisationen“ auch der Nationalrat bzw. dessen Westabteilung. In regelmäßigen Tagungen tauschten die Vertreter der verschiedenen Blockparteien, Organisationen und Gremien ihre Erfahrungen über Westkontakte aus, und entsprechend der in den aktuellen ZK- und Politbüro-Beschlüssen vorgegebenen Linie erfolgte auch eine gemeinsame Auswertung, etwa der Kontakte zwischen LDPD und FDP. Für das weitere Vorgehen wurden dabei zwar die Akzente gesetzt, jedoch blieb für die Kontakte selbst immer ein gewisser Freiraum erhalten⁷³.

Der Nationalrat und seine Arbeit waren dabei geradezu exemplarisch für die Spiegelbildlichkeit, mit der politische Prozesse gegenüber der eigenen wie der westdeutschen Gesellschaft konzipiert, begriffen und durchgeführt wurden. Die Optik und das Verständnis von Politik nach innen prägten auch das politische Handeln und Denken nach außen. Will man die Aktionsweise des politischen Systems der DDR auf eine Formel bringen, so handelte es sich um den Versuch, die Gesellschaft einer beständigen Mobilisierung und Formierung auszusetzen. Ziel der DDR-Regierung war es, durch systematische Propaganda und Agitation Denk- und Verhaltensweisen zu beeinflussen, indem sie durch die kampagnehafte Aktivierung von Leistung und Gesinnung und durch Anreize zur Praktizierung kollektiven Verhaltens neue, auf die große gemeinsame Sache des Sozialismus bezogene Motivationen gewissermaßen in die Gesellschaft hineinpumpte und zugleich das Spektrum des abweichenden Verhaltens einengte, Alternativen eliminierte und Wohlverhalten stimulierte⁷⁴. Exakt nach diesen Regeln wurde auch die „Westarbeit“ bzw. die Kontaktpolitik des Nationalrates betrieben, wurden die westdeutschen

⁷⁰ So die Erinnerung des damaligen Stern-Journalisten Jochen Steinmayr; vgl. Interview mit Steinmayr am 25.6.1991; vgl. auch das Interview mit Cramer am 4.10. und 24.10.1990.

⁷¹ Vgl. dazu die Bemerkungen in von Berg, Vorbeugende Unterwerfung, bes. S. 143ff.

⁷² Vgl. Bertsch im Round-table-Gespräch vom 28.10.1991.

⁷³ Vgl. Interview mit Wünsche am 19.3.1991. Zu einem Teilaspekt der Kontaktpolitik vgl. den Beitrag von Engelmann in diesem Band.

⁷⁴ Vgl. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR, S. 35.

„gesellschaftlichen Kräfte“ als ein Agitationsobjekt begriffen, wie man es in der ostdeutschen Gesellschaft vor sich zu haben glaubte⁷⁵.

Von seinem Selbstverständnis her eigentlich allein zuständig für regierungstechnische Verhandlungen, mischte seit 1964 schließlich auch das MfAA und seine Westabteilung kräftig in der Deutschlandpolitik mit. Wie die Westkommission auf der Parteiebene, so fungierte die Westdeutschland-Abteilung des MfAA auf der staatlichen Ebene „als koordinierendes Gremium“ – jedenfalls war das die Sichtweise der MfAA-„Westarbeiter“. Im Selbstverständnis gab man die von Ministerpräsident Stoph – der formal die Aufsichtsfunktion auf der staatlichen Ebene ausübte – abgeleiteten Kompetenzen an die Fachministerien bzw. an alle jene staatlichen Einrichtungen weiter, die in der Praxis mit deutsch-deutschen Beziehungen zu tun hatten⁷⁶.

Die Westabteilung des MfAA war vor allem immer dann im Hintergrund beteiligt, wenn es um juristische Feinheiten bei Vereinbarungen mit dem Westen ging und man versuchte, der westdeutschen Seite über diplomatische und formulierungstechnische Fallstricke millimeterweise anerkennungsrelevante Zugeständnisse abzurufen. Ihre Aufgabe war es etwa, auf diplomatischem Weg die Bonner Hallstein-Doktrin auszuhöhlen und „so viele Fakten einer deutschen Zweistaatlichkeit zu schaffen, aus deren Summe man letztlich einmal eine Anerkennung ableiten [zu können] hoffte“⁷⁷. Das waren sozusagen die kleinen Schritte der DDR mit umgekehrten Vorzeichen. Die Stellungnahmen und Einschätzungen der Westabteilung des MfAA zeichneten sich daher vor allem durch ideologiegeleitete formaljuristische Paragrafenreiterei aus⁷⁸. Das MfAA stand denn auch federführend hinter den Maßnahmen, die 1964/65 mit der Einführung des Pflichtumtausches für Westbesucher der DDR die Annäherungsbemühungen bei den Passierscheinverhandlungen konterkarierten.

In der Westabteilung des MfAA hatte man dabei das Gefühl, in Einzelsachverhalten durchaus politischen Spielraum zu haben⁷⁹. Ohne genauer zu wissen, inwieweit Stophs Politik Ergebnis von Beratungen im Politbüro war, hatten die deutschlandpolitischen Experten „den Eindruck, daß er [Stoph] in sehr starkem Maße über Eigenverantwortung verfügte und sie auch wahrnahm“. Die Ansicht, daß Ulbricht die praktische Politik Stoph überließ, während er selbst nur die großen ideologischen und propagandistischen Linien vorgab, bezog sich aber bestenfalls auf „Dinge, die

⁷⁵ Der entscheidende Unterschied war allerdings, daß im Falle des Ausbleibens der gewünschten Ergebnisse von Agitation und Propaganda in Westdeutschland nicht die Möglichkeit bestand, die Formierung durch Repression doch noch zu erreichen. Deshalb hat die „Westarbeit“ – gemessen am Aufwand – auch kaum funktioniert.

⁷⁶ Vgl. Interview mit Voß am 21.1.1991.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Diverse Analysen und Einschätzungen dazu s. BA Potsdam, D-2/55.

⁷⁹ Vgl. dazu und zum folgenden das Interview mit Voß am 21.1.1991.

wir in den taktischen Beziehungen en detail zu realisieren versuchten“ und die die konkreten Verhandlungsdirektiven betrafen⁸⁰.

Bei den Kontakten über die Parteischiene waren die MfAA-Leute nicht beteiligt. Überhaupt war die Westabteilung des MfAA bis 1964 weitgehend nur mit der Analyse der westdeutschen Presse befaßt gewesen. Erst mit Ulbrichts Verständigungskurs seit 1964, der im Rückblick den Westexperten des MfAA als der „Beginn der aktiven Phase der deutsch-deutschen Beziehungen“ erschien, wurde man auch „operativ“ tätig. Das Ziel war nun, „so viel wie möglich an Anormalem in der Zweistaatlichkeit zu liquidieren und so viel wie möglich an Normalität in die De-facto-Beziehungen zu bekommen“. Sichtbarer Ausdruck dieses Funktionszuwachses war 1965 die Bestellung Michael Kohls zum obersten Verantwortlichen auch für die Westabteilung⁸¹. Kohl hatte als Staatssekretär im Ministerrat sowie als Staatssekretär im Außenministerium eine Doppelfunktion, die ihm bei den weiteren deutsch-deutschen Verhandlungen und Kontakten eine spezifische, außerhalb der sonstigen Zuordnungen liegende Kompetenz und Weisungsbefugnis gab.

Ein schwer zu kalkulierender Faktor im deutschlandpolitischen Entscheidungs- und Koordinierungsprozeß war Ulbrichts außen- und deutschlandpolitischer Berater, Gerhard Kegel. 1907 in Ostpreußen geboren, war Kegel 1931 der KPD beigetreten, hatte sich seit Mitte der dreißiger Jahre als NSDAP-Mitglied in den diplomatischen Dienst eingeschlichen und in seiner Tätigkeit an der deutschen Botschaft in Warschau und Moskau geheimdienstliche Aktivitäten zugunsten der Kriegsgegner Deutschlands entfaltet⁸². Nach seiner Rückkehr in die SBZ war Kegel zunächst publizistisch tätig, ehe er seit 1959 als „graue Eminenz“ der DDR-Außenpolitik wirkte. Tatsächlich deutet alles darauf hin, daß Kegel in enger Verbindung mit Moskau der entscheidende außenpolitische Berater Ulbrichts war und intern wie publizistisch bis Ende der sechziger Jahre eine eher auf Annäherung bedachte Deutschlandpolitik im Sinne der sowjetischen Entspannungspolitik verfocht⁸³. Kegel tat sich dabei als „wichtiger Formulierer“, deutschlandpolitischer Vordenker und undogmatischer Analytiker hervor und präsentierte sich sozusagen als „Egon Bahr Ulbrichts“⁸⁴.

Intern hielt Kegel mit seiner deutschlandpolitischen Einstellung nicht hinter dem Berg. Dem damaligen LDPD-Vorsitzenden Gerlach gegenüber äußerte er 1964 ziemlich offen, „daß das Passierscheinabkommen ja in Moskau geboren ist und wir führen das nur durch, aber wir werden das natürlich als unsere Initiative verkaufen. [...] Warum sollen wir das auch nicht machen, wir von uns aus hätten ja nie den Mut gehabt oder

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Vgl. Interview mit Voß am 21.1.1991. Michael Kohl, geboren 1929, ging nach seinem Jurastudium ins DDR-Außenministerium und leitete dort die Abteilung Grundsatzfragen. Im Mai 1965 wurde er zum Staatssekretär ernannt und übernahm als Nachfolger von Erich Wendt die Passierscheinverhandlungen, später die Verhandlungen mit Egon Bahr zum Transit-Abkommen und zum Grundlagenvertrag.

⁸² Vgl. Kegel, In den Stürmen.

⁸³ Vgl. dazu Podewin im Round-table-Gespräch am 28.10.1991.

⁸⁴ Ebenda und Munzinger-Biographie zu Gerhard Kegel.

wären nie darauf gekommen, solche Initiativen zu entwickeln, wenn sie nicht vom Großen Bruder empfohlen worden wären.“⁸⁵ Auch Kegels regelmäßige deutschlandpolitische Kolumnen, in der Ostberliner „BZ“ unter dem Pseudonym G.R. Hardtke veröffentlicht, zeichneten sich durch vergleichsweise geringen ideologischen Ballast und wenig Polemik aus. Vor allem thematisierte Kegel die (natürlich nur auf Westdeutschland gemünzten) politischen Absurditäten des hochgradig komplexbeladenen deutsch-deutschen Verhältnisses, das er auf eine rationalere Ebene zu bringen versuchte⁸⁶.

Formal liefen alle deutschlandpolitischen Fäden, von wem sie auch gesponnen worden sein mochten, bei Stoph zusammen. Entsprechend der Unterordnung des Staatsapparates unter die Partei gab es aber eine klare Hierarchie der Zuordnungen und Anweisungen über die allgemeinen Parteitagsbeschlüsse, die bereits präziseren ZK-Beschlüsse und die Politbüro- und Sekretariatsbeschlüsse bis hin zu den mit detaillierten Festlegungen gespickten Anweisungen der zuständigen Abteilungen. Stoph und seinen deutschlandpolitischen Experten im MfAA oblag letztlich nur die Exekution dieser Beschlüsse, wobei ein ausgeklügeltes und ziemlich bürokratisches Vorlagensystem die Information und Kontrolle von oben her gewährleistete. Bei jeder noch so kleinen Entscheidung lief derselbe Mechanismus ab: Einschätzungen und Beschlußvorlagen der Abteilungs- und Sektionschefs gingen nach oben ins Sekretariat, wurden dort gebündelt und kamen nach eventuell abermaliger Überarbeitung als jeweils nach Zuständigkeit und Arbeitsbereichen aufgeschlüsselte Beschlüsse wieder zurück, gefolgt von der Aufforderung zur Vollzugsmeldung und Beschlußkontrolle⁸⁷. Einmal pro Woche wurden auf Staatsapparatsebene im größeren Kreis „Querschnittsprobleme“ erörtert. In der Praxis zeigte sich aber, daß die jeweiligen Bereiche, die Beschlußvorlagen lieferten, letztlich voneinander abgeschottet waren, sobald die Vorlagen die ZK-Ebene erreicht hatten. Offiziell wußte keiner der Abteilungschefs, ob und inwieweit seine deutschlandpolitische Vorlage berücksichtigt wurde und welche Vorlagen zu einem Entscheidungsproblem aus den anderen tangierten Bereichen kamen. Die endgültige deutschlandpolitische Entscheidungsgewalt lag dabei weniger beim Politbüro als in den zuständigen Sekretariaten: bei Albert Norden, Paul Verner⁸⁸ und Kurt Hager⁸⁹ – und natürlich beim ersten Sekretär Walter Ulbricht. „Die haben [...] die Entscheidungsvorschläge angefordert, die haben das beschlossen oder angelehnt und haben das kontrolliert.“⁹⁰

⁸⁵ Interview mit Gerlach am 21.3.1991.

⁸⁶ Vgl. z.B. die Kolumne Kegels vom 21.7.1966, wiederabgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik 1966, S. 1153ff.

⁸⁷ Vgl. Interview mit Berg am 14.11.1990.

⁸⁸ Verner war in den fünfziger Jahren Leiter der Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit im ZK gewesen und seit 1963 auch Mitglied des Politbüros geworden und rückte dann 1971 an die Stelle Honeckers als ZK-Sekretär für Sicherheit.

⁸⁹ Kurt Hager war ebenfalls seit 1963 Mitglied des Politbüros geworden und hatte als Sekretär die Leitung der Ideologischen Kommission beim Politbüro inne.

⁹⁰ Interview mit Berg am 14.11.1990.

Die Abstimmung zwischen den ZK-Sekretären und Politbüromitgliedern wies aber gerade auch in deutschlandpolitischen Angelegenheiten deutliche Defizite auf, und oftmals waren die Politbürositzungen ein Forum, auf dem die Sekretäre ihre Eifersüchteleien austrugen. „Nichts war so heilig wie der Bereich eines [ZK-]Sekretärs. Man konnte nichts signalisieren oder initiieren, wenn das auch in den Bereich eines anderen Politbüromitglieds ging.“⁹¹ Blanker Opportunismus entsprechend den vermuteten internen Machtkonstellationen kam hinzu. Norden etwa scheint im engsten Kreis gelegentlich durchaus aufgeschlossen gewesen zu sein für offene und auch kontroverse Gespräche; bei Auftritten in größerem Kreis schwenkte er aber sofort auf die offizielle deutschlandpolitische Generallinie ein⁹².

In den Akten des Politbüros und des ZK-Apparats haben sich all diese Differenzierungen nicht niedergeschlagen. Die ZK-Sekretäre hatten bei den von ihnen zu vertretenden Vorlagen selbst oftmals schon Sicherungen eingebaut, die Kritik aus dogmatischer Richtung den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Nordens deutschlandpolitische Vorlagen etwa nahmen von vornherein immer schon auf das Argument der „schleichenden Diversion“ durch Westdeutschland Bezug, und natürlich konnte er „in keine Vorlage reinschreiben, daß die Angebote der Westseite [etwa zu Regierungsgesprächen oder Parteikontakten] genau die Sache waren, auf die man jahrzehntelang gewartet hatte“⁹³.

Aber auch eine noch so genau abgesprochene und auf die vermutete Linie gebrachte Vorlage konnte dann letztlich aus dem Beschlußprozeß des Politbüros herausfallen, wenn sie außerhalb Ulbrichts deutschlandpolitischer Vorstellungen lag. Norden distanzierte sich in solchen Fällen nicht nur einmal „total“ von seinen eigenen Vorlagen⁹⁴. Deutschlandpolitische Bewegung wurde auch dadurch erschwert, daß Opportunisten wie Norden den „Falken“ im Politbüro wenig entgegenzusetzen hatten. Politbüromitglieder wie Alfred Neumann, „der immer Wert darauf legte, als Kommunist und klassentreu zu erscheinen, und deshalb manche taktische Aktionen auch gar nicht verstand und auch nicht akzeptierte“⁹⁵, oder Paul Verner, einer der frühesten und hartnäckigsten Befürworter der Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik, konnten offensichtlich manchen Beschluß, der Annäherung signalisierte, verhindern. Das zeigt, daß es im Unterschied zur Honecker-Ära im Politbüro durchaus Fraktionen und kontroverse Diskussionen gab. Aber schon damals war es ein ehernes Gesetz, solche Differenzen nicht nach außen dringen und auch in den „Beschluß-Protokollen“ sich nicht niederschlagen zu lassen. Die Unsicherheit vieler Abteilungsleiter, die Vorgaben in die Sitzungen des Politbüros einreichen mußten, inwieweit ihre Vorlagen entsprechend den augenblicklichen

⁹¹ Bertsch im Round-table-Gespräch am 28.10.1991.

⁹² Vgl. Dengler, ebenda.

⁹³ Ebenda.

⁹⁴ Ebenda.

⁹⁵ Interview mit Gerlach am 21.3.1991.

Kräfteverhältnissen „durchkommen oder rausfliegen“⁹⁶, ist jedoch ein ausreichendes Indiz für die Existenz unterschiedlicher Meinungen im Politbüro.

Genau besehen, war das deutschlandpolitische Kommunikationsnetz der DDR Mitte der sechziger Jahre hinter der Fassade streng hierarchisch geregelter Zu- und Unterordnungen weit verwickelter und weit weniger vertikal strukturiert, als es nach außen den Anschein hatte. Dazu trug auch bei, daß der vertikal strukturierte offizielle Meinungsbildungsprozeß vielfach von horizontalen Kommunikationsstrukturen unterlaufen wurde. So gab es nicht nur den (selbstverständlichen) direkten Draht der ZK-Sekretäre zu Ulbricht an den ZK- und Politbüro-Gremien vorbei, sondern auch die engen Kontakte zu den Botschaftsräten in der sowjetischen Vertretung in Ost-Berlin. Schon in den mittleren Führungsebenen und erst recht bei den obersten Leitungskadern wurde versucht, über einen separaten Draht zu seinen „Hausrussen“ Vorabstimmungen zu betreiben und sich auf künftige politische Entwicklungen hin zu orientieren⁹⁷.

Vor allem auch auf der Ebene der Abteilungsleiter, Sektoreenchefs und persönlichen Referenten scheint es einen intensiven Diskussions- und Reflexionsprozeß gegeben zu haben. In den Mittagspausen jedenfalls pflegten die mittleren Funktionäre der verschiedenen Dienststellen einander zu informieren, was ihre Leiter dem Politbüro vorzulegen gedachten. Man machte sich gegenseitig auf Beschlußentwürfe aufmerksam, die die Minister auf den Tisch der Parteiführung legen wollten, und gab sich Hinweise, wie durch Argumente der anderen Ressorts manche Vorlagen eventuell doch noch zu Fall gebracht oder aber erfolgreich durchgeboxt werden könnten. Meist aber ging es lediglich um die sachliche und inhaltliche Abstimmung der verschiedenen Vorlagen⁹⁸. Diese Treffen waren auch eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen sich Staats- und Parteiapparat – sonst nur über die Person Stophs verbunden – überschritten. Besonders gefragt bei diesen informellen Absprachen waren die führenden Funktionäre des ZK. Berg etwa glückte es ein ums andre Mal, durch Interventionen bei Karl Wildberger oder Heinz Geggel das Placet für rasche pragmatische Problemlösungen in den deutsch-deutschen Beziehungen, vor allem in Fragen der Familienzusammenführung, zu erreichen. Diese kurzfristige und direkte Abstimmung hatte, so Berg, daher weit größere Bedeutung, „als wenn du vorher zehn dicke Analysen und Vorlagen geschrieben hast“⁹⁹. Oft genügten Andeutungen, kurze Worte, manchmal wurde auch „ziemlich ungeniert miteinander gesprochen“, um eventuell beim nächsten Mal eine Beschlußvorlage erfolgreich durchzubringen.

Die Verlagerung der politischen Schwerpunkte in der Deutschlandpolitik zugunsten eines stärkeren Verhandlungspragmatismus eröffnete auch andere Hand-

⁹⁶ Ebenda und Interview mit Berg am 14.11.1990. Zur damaligen Einschätzung der „Kräfteverhältnisse im Politbüro“ von westdeutscher Seite aus vgl. Richert, Die DDR-Elite.

⁹⁷ Interview mit Gerlach am 21.3.1991 und mit Berg am 14.11.1990.

⁹⁸ Vgl. Interview mit Berg am 14.11.1990 („Wir waren vielfach besser informiert als die Spitze“), und Schenk, Im Vorzimmer der Diktatur, S. 219.

⁹⁹ Interview mit Berg am 14.11.1990.

lungsspielräume. Einige DDR-Funktionäre, die außerhalb des engeren Politbüro- und ZK-Apparates standen und vor allem im Bereich des Staatsapparates verankert waren – Vertreter einer als „neue Sachlichkeit“ zu charakterisierenden Strömung¹⁰⁰ –, meldeten sich nun zu Wort. Einige von ihnen (etwa Staatssekretär Wendt und der stellvertretende Ministerpräsident Abusch) hatten schon im Zusammenhang mit den Passierscheinverhandlungen an politischem Einfluß gewonnen, zumal sie offensichtlich die nötige Rückendeckung aus Moskau hatten. Sie waren an echten Verständigungen, zunächst vor allem im humanitären Bereich, mit der Bundesrepublik interessiert. Ende 1963 wagten sich – wenn auch vorsichtig über informelle Kanäle – mit Volkskammerpräsident Dieckmann und dem stellvertretenden Außenminister Stibi weitere Vertreter einer weniger stark ideologisch geprägten Deutschlandpolitik hervor. Ihre Vorstellungen beschäftigten sich mit der Möglichkeit direkter und offizieller deutsch-deutscher Verhandlungen und drehten sich dabei zunächst vor allem um die Errichtung einer gesamtdeutschen Verhandlungskommission unter Viermächteverantwortung.

Der Berliner *Spiegel*-Korrespondent Hans Dieter Jaene hatte bereits im Herbst 1963 Kontakt zu Dieckmann und Stibi aufgenommen. Anlässlich eines Parteitages der LDPD am 15. Oktober 1963 in Hoyerswerda war es zwischen ihnen zu einer längeren Unterhaltung gekommen, über die sich Jaene einige bemerkenswerte Äußerungen Dieckmanns zur Lösung des bei den technischen Kontakten so dominierenden „Verhandlungsebenen-Komplexes“ notierte. „Wie ein Vergleich früherer DDR-Vorschläge zu gesamtdeutschen Gesprächen mit dem neuesten Sieben-Punkte-Vorschlag Ulbrichts zeige“, so Dieckmann, „spiele die Frage der Anerkennung der DDR für die Zone heute keine Rolle mehr. Demgemäß habe man auch heute keine Forderungen hinsichtlich der Ebene, auf der sich solche gesamtdeutschen Kontakte abspielen könnten. Man könne an Staatssekretäre denken, es sei aber auch durchaus möglich, die Gespräche durch beiderseitige Beauftragte noch niedrigeren Ranges führen zu lassen. Man sei bereit, über alle entsprechenden Vorschläge der westlichen Seite zu reden.“¹⁰¹

Jaene sondierte daraufhin bei der Bundesregierung bzw. bei Felix von Eckardt, Adenauers langjährigem Vertrauten, der als Bundesbeauftragter für Berlin auch Mitglied des für gesamtdeutsche Fragen zuständigen Staatssekretärausschusses war, unter welchen Umständen die Bundesregierung zu formellen deutsch-deutschen Kontakten bereit sei. Von Eckardt griff daraufhin auf die Formel der „deutsch-deutschen Auftragsverhandlungen unter alliierterm Dach“ zurück, und tatsächlich wurde aus Ost-Berlin vorsichtiges Einverständnis signalisiert.

Damit schien eine vielversprechende Entwicklung in Gang zu kommen. Auch wenn klar war, daß die Verständigungsbereitschaft Stibis und Dieckmanns im

¹⁰⁰ So schon die zeitgenössischen Mutmaßungen, die durch die Interviews und Akteneinsicht zwar nicht explizit bewiesen, aber insgesamt doch bekräftigt werden können. Vgl. Stehle, „Verlegenheit in Ostberlin“, in: FAZ vom 2.12.1963, S. 1, und ders., „Langer Nächte, kurzes Protokoll“, in: FAZ vom 19.12.1963, S.2.

¹⁰¹ Aktennotiz Jaenes, undatiert, Bl. 4, Nachlaß Jaene, sowie Interview mit Jaene am 13.11.1990. Vgl. dazu auch einige Hinweise bei Baring, Machtwechsel, S. 213f.

Politbüro nicht auf einhellige Zustimmung stoßen würde, so schien doch die Konstellation des Machtgefüges innerhalb der Partei- und Regierungsstellen der DDR günstig genug, um nicht nur der Abusch-Wendt-Linie bei den gleichzeitig laufenden Passierschein-Verhandlungen Priorität zu verschaffen; auch für weitere pragmatisch-undogmatische Vorstöße in der Deutschlandpolitik der DDR schienen sich Chancen zu eröffnen. Jaene jedenfalls wurde von DDR-Seite bedeutet, daß namentlich Stibi durchaus politisches Gewicht besitze und vor allem auch hier der Moskauer Rückenwind wirke. Außenminister Gromyko habe bei einem Zwischenaufenthalt in Ost-Berlin der DDR-Regierung den dringenden Rat gegeben, in Sachen gesamtdeutscher Entspannung nicht auf irgendwelchen juristischen Positionen zu beharren, sondern so flexibel wie möglich vorzugehen, um die Sache endlich im Sinne der Entspannung in Gang zu bringen¹⁰².

In der Bundesrepublik war das vorsichtige Entgegenkommen der DDR-Politiker vor allem bei Erich Mende, als FDP-Vorsitzender, Vizekanzler und Gesamtdeutscher Minister einer der wichtigsten Deutschlandpolitiker, auf positive Resonanz gestoßen. Mende griff Jaenes Initiative auf und brachte die auf westdeutscher Seite schon seit 1959 immer wieder diskutierte Idee der Auftragsverhandlungen in die deutschlandpolitische Diskussion ein. Doch bereits Anfang Dezember 1963 war die Idee zu formellen deutsch-deutschen Kontakten gescheitert, denn Ost-Berlin machte nach längeren Beratungen einen Rückzieher. Jaene, der sich zur Annahme eines ostdeutschen Konzeptionspapiers bereitgehalten hatte, wurde bedeutet, Stibis Vorschlag sei ein Mißverständnis. „Deutsch-deutsche Verhandlungen“, so die kurz darauf von ZK-Sekretär Norden propagierte Linie, „seien allein Sache der Deutschen.“¹⁰³ Ganz vom Tisch war das Problem offizieller deutsch-deutscher Gespräche und Kontakte dennoch nicht. Als Jaene Mitte Dezember zu einem Gespräch mit Dieckmann zusammenkam, spielte abermals die Frage eine zentrale Rolle, „wie gesamtdeutsche Kommissionen installiert werden könnten, ohne daß eine der beteiligten Seiten ihr Gesicht verliere“¹⁰⁴. Stibis frühere Äußerungen seien nicht falsch, sondern nur zum falschen Zeitpunkt gefallen, ließ Dieckmann dabei verlauten. Es sei daher günstig, wenn öffentlich auf westdeutscher Seite insbesondere durch Mende nicht mehr soviel vom alliierten Dach gesprochen würde, wobei es aber „unbenommen sei, diese Möglichkeit im Stillen als Voraussetzung bestehen zu lassen“¹⁰⁵.

In Ost-Berlin hatten die ideologisch orientierten Deutschlandpolitiker diese Kontakte der Pragmatiker wohl eher skeptisch beobachtet. Auch wenn die Initiative letztlich auf einen Statusgewinn für die DDR hinauslaufen sollte, so gab es doch einige SED-Funktionäre, vor allem im Agitprop-Apparat Nordens, die jegliche

¹⁰² Aktennotiz Jaenes, undatiert, Bl. 6.

¹⁰³ Notiz Jaenes, Bericht vom 6.12.1963; Stibi auf einer Veranstaltung in Leipzig gemachte Äußerungen waren sogar aus den mitlaufenden Tonbandaufzeichnungen später herausgeschnitten worden, um ihre Nichtexistenz zu unterstreichen. Vgl. Interview mit Jaene am 13.11.1990.

¹⁰⁴ Notiz Jaenes, undatiert, Bl. 9.

¹⁰⁵ Ebenda.

Gespräche mit der Bundesrepublik ablehnten. Die informelle Kontaktpolitik hatte zwar in der Bundesrepublik einiges in Bewegung gebracht und deutschlandpolitisch weit mehr bewirkt als die ganze bisherige DDR-Propaganda. Aber letztlich hatten diese Kontakte und Gespräche der DDR dann doch keinen Anerkennungsgewinn verschafft. Auch bei den Passierscheinverhandlungen zeichnete sich schon im Laufe des Jahres 1965 ab, daß aus Sicht der SED mit dieser Verhandlungsstrategie im eigentlichen Sinn des Wortes kein Staat zu machen war. Die Phase, in der die pragmatische Komponente gegenüber der ideologisch geprägten „Westarbeit“ das Übergewicht hatte, ging mit der Gründung des Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen Ende 1965 endgültig zu Ende. Von Ulbricht betrieben, gewann die Ideologisierung der Deutschlandpolitik wieder die Oberhand.

III. „Westarbeit“ und deutschlandpolitische Wende 1965-1969

Als Ulbricht vor dem 11. Plenum des ZK der SED am 20. Dezember 1965 die Einrichtung eines „Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen“ ankündigte, schien sich anzudeuten, daß er seine als „nationale Mission“ verstandenen deutschlandpolitischen Aktivitäten mit neuen Akzenten versehen wollte. Der Name der Behörde – eine nicht zufällige Ähnlichkeit mit dem Bonner Ministerium – sowie überhaupt die Tatsache, daß es zur Gründung einer *staatlichen* Behörde kam, schienen zu signalisieren, daß Ulbricht weiter auf die alte Linie der Deutschlandpolitik setzte, daß er Bonn zu Kontakten auf einer Ebene nötigen wollte, die seinem System Staatlichkeit verlieh. Allerdings zeigte sich bei genauerem Hinsehen, sowohl was die politische Zuordnung und die Funktion als auch die personelle Struktur des Staatssekretariats betraf, daß sich hinter der Gründung der neuen Behörde ganz andere Motive verbargen.

Offiziell hatte Ulbricht dem Staatssekretariat die Aufgabe erteilt, „die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu normalisieren“ und „Möglichkeiten direkter Beziehungen mit der westdeutschen Regierung [zu] entwickeln“¹⁰⁶. Die bis dahin getroffenen bloß technischen Vereinbarungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik wurden damit als quasi staatsrechtliche Verträge interpretiert, und in dieser Richtung sollte das neue Amt weiter agieren. Es war, so schien es nach außen, zu erwarten, daß in Zukunft jede Art von Westkontakt auf staatlicher Ebene, ob technischer, menschlicher oder kultureller Art, vom Staatssekretariat abgewickelt und damit zentral gesteuert werden würde. In einem internen „Leitfaden für die Arbeit des Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen im Zusammenhang mit dem Wirken staatlicher Organe nach Westdeutschland und Westberlin“ vom Januar 1966 heißt es denn auch, daß „die staatlichen Organe, die auf ihrem Fachgebiet nach Westdeutschland und Westberlin arbeiten, die volle Verantwortung für diese Tätigkeit [tragen]. Sie reichen ihre Pläne für die Westarbeit zur politischen Koordinierung beim Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen ein. Durch das Staatssekretariat werden mit den verantwortlichen Mitarbeitern für Westarbeit staatlicher Organe Aussprachen durchgeführt, um die politische Orientierung und Zielsetzung des operativen Einwirkens nach Westdeutschland und Westberlin und die vorliegenden Erfahrungen von Reisen, sowie die Taktik des Gegners zu beraten. Die zuständigen Mitarbeiter beim Staatssekretariat helfen sichern, daß zielgerichtet neue Verbindungen und Kontakte hergestellt werden. Es ist zu prüfen, wieweit die traditionellen

¹⁰⁶ BA Potsdam, D-2/222, Rede Ulbrichts vor dem ZK-Plenum vom 20.12.65.

Kontakte ausreichen und dabei helfen können. Bestehende fachliche Kontakte sollten politisiert werden [...]. Das Staatssekretariat gibt Hilfe und Unterstützung vor allem bei den Reisen nach Westdeutschland, die gute politische Wirkungsmöglichkeiten bieten, sowie im künstlerischen und wissenschaftlichen Bereich.“¹⁰⁷

Damit hatte das Staatssekretariat bei allen nach Westdeutschland gerichteten Aktivitäten der staatlichen Organe die Oberaufsicht übernommen. Es galt, „die Politik der DDR gegenüber der Bonner Regierung zu vertreten und sich dabei für die friedlichen und demokratischen Interessen der westdeutschen Bürger einzusetzen“¹⁰⁸. Die interne Koordination der Kontakte, formeller wie informeller Art, und die Aktivität nach außen als offizielle Anlaufstelle für alle regierungsamtlichen Kontakte von seiten der Bundesrepublik markierten das spezifische Aufgabenspektrum des neuen Staatssekretariats, wobei die politische Stoßrichtung der Kontaktformen in ganz unterschiedliche Richtungen ging: „Anerkennungskontakte“ auf staatspolitischer Ebene und gleichzeitig „Diversionskontakte“ zur Einflußnahme auf die inneren westdeutschen „Kräfteverhältnisse“ auf der gesellschaftspolitischen Ebene.

Dieses ambivalente Grundmuster in Ulbrichts Deutschlandpolitik war auch an der Leitungsstruktur des Staatssekretariats abzulesen. Leiter der neuen Behörde war Joachim Herrmann geworden, seit Anfang der sechziger Jahre Chefredakteur der BZ. Herrmann, gerade erst 34 Jahre alt und damals in Sachen Deutschlandpolitik „noch weit flexibler, undogmatischer und pragmatischer“ als später¹⁰⁹, zeichnete sich allerdings weniger durch politisches als durch propagandistisches Geschick aus. In der praktischen deutsch-deutschen Kontaktpolitik repräsentierte er – wenn auch zunächst noch gemäßigt – die Front der Abgrenzungsbefürworter¹¹⁰. Der eigentliche politische und auch mit eingehender Westdeutschland-Erfahrung ausgestattete Kopf des Staatssekretariats war Herrmanns Stellvertreter Herbert Häber. Ebenfalls erst 35 Jahre alt, hatte Häber sich seit 1950 als Mitarbeiter im ZK eingehend mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik beschäftigt und war bis 1965 leitend in der Westabteilung des ZK tätig gewesen. Häber gehörte wohl zu den Deutschlandpolitikern der DDR, die eher auf Annäherung und Verständigung gegenüber der Bundesrepublik setzten. So ermunterte er etwa die LDPD zu ihren (in den politischen Dimensionen gar nicht absehbaren) Kontakten zur FDP; allenthalben wird ihm attestiert, auch für staatspolitische Kontakte das nötige diplomatische Gespür und politische Profil besessen zu haben¹¹¹.

Das Staatssekretariat war ein relativ kleiner, schlagkräftiger Apparat. Neben den beiden Sekretariaten der Leitungskader Häber und Herrmann gab es fünf Bereiche

¹⁰⁷ BA Potsdam, D-2/38, „Kontaktbestrebungen Bundesrepublik – DDR“.

¹⁰⁸ BA Potsdam, D-2/222, Rede Ulbrichts vom 21.2.1966.

¹⁰⁹ Interview mit Wünsche am 19.3.1991.

¹¹⁰ Zur Arbeit des Staatssekretariats aus westdeutscher Sicht vgl. „Pankower Aktivitäten in Richtung Bonn“, in: Tagesspiegel vom 2.2.1966.

¹¹¹ Vgl. Round-table-Gespräch am 28.10.1991 und Interview mit Müller am 20.3.1991.

(für Koordinierung, Publikation, Information, Wissenschaft und Länder), über die die jeweilige Koordinierung und Anleitung der „Westarbeit“ lief. Zweimal in der Woche fanden „operative Sitzungen der Leitung“ statt, in denen – entsprechend dem Ablauf auf ZK-Ebene – anhand von Beschluß- und Informationsvorlagen der Bereichsleiter detaillierte Arbeitspläne aufgestellt und deren Umsetzung erörtert wurde¹¹².

Eigentümlich war dabei die politische Anbindung der Behörde, denn das Staatssekretariat war keinem Ministerium zu- oder untergeordnet. Herrmann und Häber pflegten Kontakt sowohl zu den Gremien auf der Ebene des ZK wie auf der des Staatsapparates und waren offensichtlich nur Ulbricht selbst verantwortlich. Allerdings mußte man sich die deutschlandpolitische Kompetenz teilen: Neben Joachim Herrmann gab es mit Michael Kohl noch einen zweiten SED-Funktionär, zu dessen Aufgaben die Beziehungen zur Bundesrepublik gehörten. Staatssekretär Kohl war dabei als politischer Kontaktmann für Gespräche mit den Westberliner Passierschein-Beauftragten, Staatssekretär Herrmann für den westdeutschen Bereich zuständig. Diese Aufgabenteilung entsprach ganz der SED-Konzeption, Bund und West-Berlin getrennt zu behandeln. In der Praxis allerdings zeigte sich schnell, daß diese Konzeption nur auf dem Papier bestand. Das Staatssekretariat erwies sich hinsichtlich der Kontakte zur Bonner Regierung bald als ein „von Anfang an totgeborenes Kind“¹¹³.

Tatsächlich wurde rasch klar, daß Ulbricht mit dem Staatssekretariat einen Apparat ins Leben gerufen hatte, in dem die alten Parteikader aus der Westkommission des Politbüros und aus der Westabteilung des Nationalrates bzw. aus Nordens Agitprop-Abteilung den Ton angaben. In Bonn wurde daher schon damals vermutet, daß Ulbrichts Staatssekretariat lediglich ein geschickter Schachzug war, um die gesamtdeutschen Strömungen innerhalb der SED und vor allem im Staatsapparat aufzufangen und in seinem Sinne umzulenken¹¹⁴. Diese Funktion des Staatssekretariats war im übrigen auch mit Blick auf die eigene Bevölkerung einkalkuliert worden. Den DDR-Bürgern sollte gezeigt werden, daß die SED die Wiedervereinigung Deutschlands als politisches Fernziel keineswegs aufgegeben habe.

In bezug auf die bisherige „Westarbeit“ der verschiedenen staatlichen Gremien berührte die Gründung des Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen aber auch bisherige deutschlandpolitische Kompetenzen. Der Nationalrat verlor weitgehend seine Funktion der Koordinierung und Anleitung. Das Presseamt, das auch nach dem Ausscheiden Bergs unter seinem neuen Leiter Herbert Bertsch die bisherige informelle Kontaktpolitik aufrechterhielt, wurde stärker in die neue „Westarbeit“ eingebunden. Enger an die Leine des ZK-Apparates genommen fühlten sich durch das neue Staatssekretariat vor allem die BRD-Experten aus der Westabteilung des

¹¹² Allgemein dazu BA Potsdam, D-2/16.

¹¹³ Round-table-Gespräch vom 28.10.1991.

¹¹⁴ Vgl. Die Welt vom 19.12.1965.

MfAA. Die Gründung von Herrmanns Behörde wurde dort als Versuch empfunden, „eine ZK-Abteilung neben uns zu schaffen, die als Aufpasser des Parteiapparates“ fungierte¹¹⁵. Angesichts der nun „zunehmenden deutschlandpolitischen Einmischungen von Parteiebene aus“ war daher von den früheren Entscheidungsspielräumen keine Rede mehr.

Das Staatssekretariat unterlag seinerseits der von der Partei vorgegebenen deutschlandpolitischen Linie. Allerdings scheint man in der konzeptionellen Arbeit zunächst einigen Spielraum besessen zu haben. So benannten die Arbeitspläne der Herrmann-Behörde Anfang 1966 als „Hauptaufgabe“ die „Ausarbeitung einer Reihe politischer Konzeptionen für wichtige Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Bundesrepublik“. Es galt, „die nationalen Initiativen der DDR zu vertreten, wobei das Ziel besteht, die gegnerische Politik der sogenannten kleinen Schritte zu durchkreuzen und jene progressiven Kräfte in Westdeutschland zu stärken, die für normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eintreten“¹¹⁶. Mit erheblichem Aufwand wurde hier in der Folgezeit versucht, die differenzierten Detailinformationen über die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik mit Hilfe des ideologischen Begriffsinstrumentariums zu einem politischen Handlungskonzept zu verarbeiten.

Neben seiner Funktion, nach außen hin West-Agitation und Propaganda zu betreiben, bekam das Staatssekretariat als „Clearingstelle“ und als Informations- und Analysegremium nach innen mehr und mehr Gewicht. Mit Informationssammlung und Analyse hatte vor allem ein beim Staatssekretariat eingerichteter „Rat für gesamtdeutsche Fragen“ zu tun. Als bewußtes Gegenstück zum westdeutschen „Forschungsbeirat“ beim Bonner Gesamtdeutschen Ministerium eingerichtet, waren unter dessen 23 Mitgliedern neben den Vertretern der Blockparteien und den Funktionären aus dem Propagandaapparat (ND, DFF, Deutschlandsender) mit Kegel, Geggel, Dengler, Herrmann, Häber und Voß auch die wichtigsten „Westarbeiter“ und Westdeutschland-Experten vertreten, ebenso die Westexperten aus den akademischen „think tanks“ der SED (Akademie für Gesellschaftswissenschaften und Deutsches Institut für Zeitgeschichte)¹¹⁷. Im Februar 1966 machte man sich im Rat für gesamtdeutsche Fragen gemäß Politbüro-Beschluß an die Aufgabe, „eine wissenschaftlich begründete, umfassende Konzeption für eine friedliche, demokratische Entwicklung in Westdeutschland“ zu erstellen¹¹⁸.

Bereits auf der ersten Tagung des „Rates für gesamtdeutsche Fragen“ am 13. Januar 1966 ging es aber weniger um konkrete deutschlandpolitische Schritte als um eine grundsätzliche Bestandsaufnahme und Bewertung der Bonner Politik der „kleinen Schritte“. Joachim Herrmann begann mit einer Einschätzung der politischen

¹¹⁵ Interview mit Voß am 21.1.1991.

¹¹⁶ BA Potsdam, D-2/16, Arbeitsplan vom 4.2.1966.

¹¹⁷ ZPA, IV A2/1002/1.

¹¹⁸ BA Potsdam, D-2/71, Notiz vom 22.2.1966.

Lage in der Bundesrepublik, die auch in ihrem bereits deutlich auf Abgrenzung angelegten Tenor geradezu repräsentativ war für das östliche Perzeptionsmuster Mitte der sechziger Jahre. „Wir beginnen unsere Arbeit“, so Herrmann, „zu einem Zeitpunkt, da sich in Westdeutschland, was die gesamtdeutsche Thematik betrifft, einige besondere Aspekte abzeichnen. Auf dem Hintergrund des offensichtlichen Scheiterns der verschiedensten Varianten der Bonner Revanchepolitik gegen die DDR stellen wir fest, daß einmal verstärkt in Westdeutschland Vertreter auftreten, die danach drängen, offizielle Verhandlungen mit der DDR in dieser oder jener Weise aufzunehmen. Das heißt, die oppositionellen Kräfte in der Bundesrepublik melden sich zu Wort gegen den alten, sterilen Kurs. Zur gleichen Zeit versucht das Ministerium des Herrn Mende und versuchen seine angegliederten Teilorgane unter der Parole der kleinen Schritte, unter der Parole der technischen Kontakte, die staatliche Existenz der DDR zu leugnen, Verhandlungen abzulehnen und gleichzeitig in unsere Republik einzudringen. [...] Man mischt sich also in einer Art und Weise in unsere Verhältnisse und in unsere Entwicklung ein, indem man von technischen Kontakten und kleinen Schritten spricht, mit denen man operieren will, um Einfluß auf die Bevölkerung bei uns zu bekommen und zugleich die offiziellen und notwendigen Verhandlungen auszuschneiden. [...] Wir müssen den Versuch machen, die Bonner Politik der Atomrüstung, der Revanche, der Grenzrevision, der Feindschaft gegen die DDR in einer Art und Weise zu bekämpfen, die immer mehr Menschen in Westdeutschland die Augen öffnet und ihnen hilft, eine Alternative zur Politik der CDU/CSU zu finden.“¹¹⁹

Kegel sprach demgegenüber dezidiert noch vom „Ziel unserer nationalen Politik, der Wiedervereinigung“ und – frei von jeglichem Diversionstrauma – davon, daß sich die beiden deutschen Regierungen auf dem Boden der völligen Gleichberechtigung über Schritte zur Überwindung der Spaltung Deutschlands verständigen sollten¹²⁰. Das waren moderatere und gleichzeitig unüberhörbar nationalere Töne und eine weit unverkrampftere Sichtweise, die allerdings in der dominierenden Abgrenzungsrhetorik und Konfrontationsperspektive der anderen Ratsmitglieder unterging. Die Motive und die Strategie der Bonner Politik wurden dabei allerdings relativ präzise reflektiert. Gerhart Eisler, der Intendant und Chefideologe des DDR-Rundfunks, beispielsweise sagte „über das Verhältnis sogenannter kleiner Schritte zu großen Schritten“: „In Westdeutschland und leider auch in Westberlin versteht man unter einem kleinen Schritt einen solchen, der unter keiner Bedingung zu einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten führt, und jeder kleine Schritt, der dort vorgeschlagen wird, wird so durchstudiert und durchleuchtet, daß er nur ja nicht auch nur die Andeutung einer Möglichkeit birgt, daß die beiden deutschen Staaten miteinander in Berührung kommen, und sich verständigen.“¹²¹

¹¹⁹ BA Potsdam, D-2/70 vom 13.1.1966, Stenogr. Niederschrift, S. 4-6.

¹²⁰ Ebenda, S. 22b.

¹²¹ Ebenda, S. 50f.

Diese von Bonn bewußt in Gang gesetzte (Eigen-) Dynamik der Diplomatie der kleinen Schritte in Richtung auf eine Wiedervereinigung lehnte Eisler vehement ab: „Wir verstehen unter kleinen Schritten solche Schritte, die nicht nur in sich selbst einen Wert haben, sondern die auch die Verständigung zwischen den beiden deutschen Regierungen und der Regierung des besonderen Territoriums Westberlin und den großen wichtigen Organisationen beider deutscher Staaten erleichtern. Ohne solche Verständigung [...] werden auch sogenannte kleine Schritte den kalten Krieg, der zwischen den beiden deutschen Staaten herrscht, nicht beseitigen, nicht mildern und an ihm nichts ändern.“ Bei kleinen Schritten aus DDR-Sicht gehe es vor allem darum, „den großen Schritt der Atombewaffnung Westdeutschlands“ zu verhindern¹²².

Es spricht alles dafür, daß die Ratstagung vom 13. Januar 1966 das tatsächliche, interne Reflexionsniveau und den deutschlandpolitischen Meinungsbildungsprozeß widerspiegelt, zumal auf der 2. Ratstagung Ende Februar 1966 auch Ulbricht selbst ziemlich vehement in die Diskussion eingriff¹²³. Das Problem, dem er sich gegenüber sah, war, daß die ostdeutschen Deutschlandpolitiker und die mit „Westarbeit“ befaßten Stellen der Dialektik Ulbrichts offensichtlich nicht mehr recht folgen konnten. Das ständige Gerede von gesamtdeutschen Zielen und von Wiedervereinigung, von gutnachbarschaftlichem Zusammenleben und nationaler Mission – all diese von Ulbricht in einem ganz spezifischen Begriffskontext verwendeten Parolen kamen auf den unteren Ebenen des Partei- und Staatsapparates offensichtlich ihrer ideologischen Konnotation weitgehend entkleidet an. Die differenzierte deutschlandpolitische Begrifflichkeit gerann so zu einem diffusen Verständigungspragmatismus, bei dem die prinzipielle Systemkonkurrenz und die ideologische Überlegenheit des Arbeiter- und Bauernstaates nur noch eine untergeordnete Rolle spielten. Ulbricht jedenfalls kritisierte scharf, daß die Minimalfragen, das heißt die kleinen Schritte, die sich auf die Herbeiführung der friedlichen Koexistenz bezögen, von der Basis nicht unterschieden würden von der Maximalfrage der Wiedervereinigung, die nur „das Ergebnis eines großen Kampfes und Sieges der demokratischen Kräfte in Westdeutschland sein [kann]. Vielfach wird jedoch beides – auch bei uns in der Propaganda – zusammengeworfen und durcheinandergebracht. Das geht nicht!“¹²⁴

Ulbricht sah sich daher zu einer Klärung der Begriffe veranlaßt: „Das Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen hat gewissermaßen eine Monopolstellung. [Es] ist das Organ, das den Begriff gesamtdeutsche Fragen gebrauchen kann. Aber ich kann weder als Parteisekretär noch als Staatsratsvorsitzender diesen Begriff gebrauchen, sondern ich spreche von zwei deutschen Staaten und gehe dabei von der Realität aus. [...] Auch die Blockparteien können nicht von gesamtdeutschen Fragen

¹²² Ebenda, S. 51 bzw. S. 55.

¹²³ Zum folgenden BA Potsdam, D-2/222, Stenogr. Protokoll vom 21.2.1966, S. 3-45.

¹²⁴ Ebenda, S. 21.

sprechen. [...] Der Begriff gesamtdeutsch ist also kein allgemeiner Begriff, sondern eine historische Tatsache, ist die Existenz von zwei deutschen Staaten.“¹²⁵ In dieser Sichtweise gab es sehr wohl einen deutlichen Unterschied zwischen gesamtdeutscher Politik und Wiedervereinigungspolitik. Die Aufgabe und neue Arbeitsweise „gegenüber der bisherigen Hauptmethode der Entlarvung“ bestand darin, „den konstruktiven Weg zu zeigen, wie sich unter demokratischen Bedingungen eine Lösung gesellschaftlicher Defizitprobleme zeigt“¹²⁶.

Es spricht einiges dafür, daß Ost-Berlin nicht zuletzt aufgrund der nervösen Reaktionen, die es in Bonn nach der Gründung des Staatssekretariats gegeben hatte, dessen Chancen von Anfang an überschätzte¹²⁷. Ulbrichts Versuch, die Bundesrepublik dazu zu zwingen, sämtliche innerdeutschen Kontakte in Zukunft automatisch über die neue Behörde laufen und abwickeln zu lassen, scheiterte rasch. Joachim Herrmanns Bemühungen, mit der Bundesregierung direkt ins Gespräch zu kommen, blieben ohne Resonanz. Spätestens im Februar 1966 wurde man sich in Ost-Berlin außerdem bewußt, daß sich das Staatssekretariat zudem im eigenen Dickicht der mit Deutschlandpolitik befaßten Gremien zu verfangen begann. Ulbricht fuhr jedenfalls auf der 2. Tagung des Rates für gesamtdeutsche Fragen dem für die „Westarbeit“ zuständigen ZK-Sekretär Norden heftig in die Parade, als dieser sein Konzept einer vor allem „wissenschaftlichen Analyse und Auseinandersetzung“ mit der Bundesrepublik darlegte. „Das Gerippe [der Bundesrepublik-Analyse] hat doch keine Struktur, die funktionsfähig ist“, lautete Ulbrichts barscher Einwurf. „Da ist die ideologische Kommission, dort sitzt das Staatssekretariat, dann sitzt ihr [Nordens Politbürokommission] da, das Institut für Gesellschaftswissenschaften macht es für sich, und der Staatssekretär soll sich durch diesen Wald, durch diesen Urwald durchwürgen, um Material zu bekommen. Der wird als Staatssekretär nie zurechtkommen.“¹²⁸ Man müsse endlich mit den sogenannten Querschnittskommissionen Schluß machen und die Kompetenzen eindeutig regeln: Der Staatssekretär solle eine Vorlage an das Sekretariat des ZK machen, aus der hervorgehe, wer für die jeweilige Problematik und Thematik verantwortlich sei, und aus welchen Personen sich die Arbeitskreise zusammensetzten. Das Sekretariat des ZK bestätige dann diese Vorlage, und der Direktor des Instituts werde verantwortlich gemacht, den Beschluß des ZK durchzuführen¹²⁹.

Ulbrichts Absicht war es aber offenbar nicht nur, den Einfluß der Partei auf die deutschlandpolitischen Gremien zu verstärken, sondern vor allem auch die ideologische Rückbindung der Kontaktpolitik an die Partei sicherzustellen. Die ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik und den dortigen

¹²⁵ Ebenda, S. 22.

¹²⁶ Ebenda, S. 8.

¹²⁷ BA Potsdam, D-2/53, „Reaktionen in Westdeutschland auf die Gründung des Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen“.

¹²⁸ BA Potsdam, D-2/222 vom 21.2.1966, S. 90a.

¹²⁹ Ebenda, S. 91.

gesellschaftlichen und politischen Kräften war ihm offensichtlich bis dahin zu kurz gekommen. Vehement mahnte er daher auf der 2. Tagung des Gesamtdeutschen Rates im Februar 1966 eine stärkere und gezieltere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus an: „Die theoretische Arbeit ist nicht in Ordnung“, kanzelte er etwa Otto Reinhold ab, den Direktor des ZK-Instituts für Gesellschaftswissenschaften. „Euer Unglück besteht darin, daß ihr die theoretischen Grundfragen nicht im Kampf erarbeitet, um danach ein Buch darüber zu schreiben, sondern ihr zieht euch zurück, knobelt etwas aus, und inzwischen führen wir den Kampf und arbeiten für euch alles aus. Wenn wir das für euch theoretisch ausgearbeitet haben, dann schreibt ihr darüber irgendein Buch. So ist doch die Lage. Die ganze Theorie über den Imperialismus habt ihr doch nicht ausgearbeitet, sondern wir haben sie ausgearbeitet. Doch ihr habt dann Zeit und schreibt das zusammen. Diese Methode ist falsch. Ihr müßt euch daran gewöhnen, an diesem Kampf teilzunehmen, bitte auch theoretisch! Anders geht es nicht. [...] Es ist doch kein Zufall, daß soviel von diesen Ausarbeitungen völlig danebenlaufen. Sie sind nicht falsch. Ich meine, vom Standpunkt des Überbaues ist da der Überbau, der schon zum blauen Himmel geht. Aber vom Standpunkt der Verbindung von Theorie und Praxis ist damit nicht viel anzufangen. Dieser ganze Arbeitsstil muß geändert werden. Sonst geht es nicht. Sonst ist nichts mehr zu machen.“¹³⁰

Man brauche, so Ulbricht weiter, exakte, wissenschaftliche Analysen und Ausarbeitungen über die charakteristischen Veränderungen des Imperialismus, „damit wir wissen, unter welchen Bedingungen und mit welchen neuen Mitteln wir kämpfen müssen. [...] Wir müssen wissen, wie Herr Erhard entsprechend seiner Rede auf dem Parteitag die neue Technik der politischen Führung einsetzt. [...] Wir brauchen die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Theorie von der formierten Gesellschaft der CDU.“¹³¹ Bisher habe man nur an der CDU vorbeigeredet, mußte sich schließlich auch ZK-Sekretär Norden vorwerfen lassen. Auch im ZK-Sekretariat habe man es offensichtlich versäumt, auf den Gegner einzugehen. Man sei dort wohl der Meinung, daß man allgemein kosmopolitisch über die Fragen reden könne. Das müsse beendet werden. Das sei eine „Einbildung und Überheblichkeit gegenüber realen Problemen“¹³².

Ulbricht übte offensichtlich auch deshalb so harte Kritik am geringen Niveau der wissenschaftlichen Analysen und Ausarbeitungen aus dem Staatssekretariat und aus den anderen „Westarbeitsgremien“, weil er inzwischen eine neue deutschlandpolitische Linie eingeschlagen hatte, die sich mit den mühsam erarbeiteten Analysen nicht deckte. Mit den Passierscheinverhandlungen kam man auf dem Weg der staatlichen und völkerrechtlichen Anerkennung offenbar nicht weiter. Die pragmatische Kontaktpolitik auf staatlicher Ebene rückte daher im Denken Ulbrichts in den

¹³⁰ BA Potsdam, D-2/222 vom 21.2.1966, S. 103.

¹³¹ Ebenda, S. 34ff.

¹³² Ebenda, S. 98.

Hintergrund. Ins Zentrum seines Interesses gerieten nun Versuche zur Kontaktaufnahme auf Parteiebene, insbesondere zwischen SED und SPD, zumal sich im Frühjahr 1966 abzuzeichnen schien, daß die ausdauernden Bemühungen der „Westarbeit“ gegenüber der SPD von einem gewissen Erfolg gekrönt waren.

Am 7. Februar 1966 war ein erster „Offener Brief“ Ulbrichts an die SPD gegangen mit dem Vorschlag, gesamtdeutsche Beratungen zwischen den beiden Parteien abzuhalten. Am 25. März 1966 folgte ein zweiter „Offener Brief“, der den berühmten Vorschlag zu einem Redneraustausch enthielt¹³³. Hintergrund war die traditionelle Einheitsfront-Politik, in deren Erfolg der Schlüssel zur Lösung der nationalen Frage gesehen wurde¹³⁴. „Nur die deutsche Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten, ihre Organisationen und ihre Verbündeten sind imstande, die deutsche Frage zu lösen“, so Ulbricht in einem Brief an Norden, der die Propaganda-Richtlinien zum weiteren Vorgehen enthielt. „Und dafür ist die Annäherung von SED und SPD unentbehrlich. Wir haben weder den Zusammenschluß von SED mit der SPD in Westdeutschland noch die Bildung einer Volksfront vorgeschlagen. Aber ohne eine Verständigung von SED und SPD wenigstens über die wichtigsten Grundfragen kann ein Weg zum Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten zu einem friedliebenden, demokratischen Deutschland nicht gefunden werden.“¹³⁵ Die Antwort der SPD, die grundsätzlich bereit war, in den Dialog mit der SED einzutreten, erschien, so Ost-Berlins Perspektive, als ein erstes Indiz für die Verständigungsbereitschaft der westdeutschen Arbeiterklasse.

Wie schon 1964, als Ulbricht seinen deutschlandpolitischen Verständigungskurs einschlug, orientierte sich die „Westarbeit“ der verschiedenen Gremien auch in der „Dialogphase“ zwischen SED und SPD, die sich von Februar bis Ende Juni 1966 hinzog, an einer im Praktischen weitgehend unveränderten Strategie. Organisatorisch ergaben sich nach der neuerlichen Wende jedoch einige bemerkenswerte Veränderungen. Die bis dahin wenig in Erscheinung getretene Westabteilung beim ZK übernahm Anfang 1966 die deutschlandpolitischen Koordinierungs- und Leitungsaufgaben, die zuvor die Westkommission des Politbüros wahrgenommen hatte. Analog der früher praktizierten Trennung der Aufgaben zwischen Westkommission und Nationalrat, war die Westabteilung für die Kontakte zu KPD und SPD zuständig. Damit fiel auch die Aufgabe, Informations- und Analysevorlagen für das Sekretariat bzw. für das Politbüro zu erstellen, in den Kompetenzbereich der Westabteilung (vgl. Grafik 2).

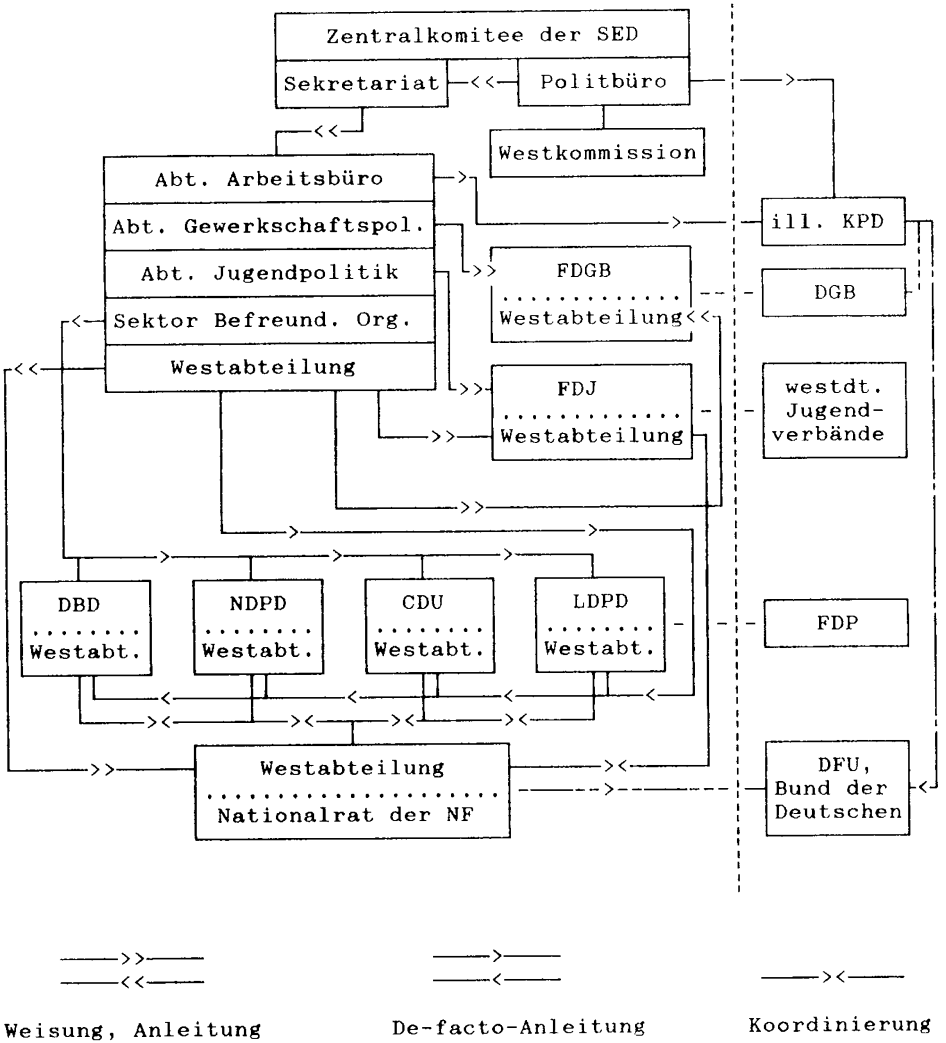
Für Kontinuität in der Arbeit sorgte Heinz Geggel, der die Leitung der ZK-Abteilung übernahm. Während der Dialogphase hatte man alle Hände voll zu tun,

¹³³ Vgl. allg. Zieger, Haltung der SED, S. 107.

¹³⁴ Vgl. allgemein dazu die eingehende Studie von Spanger, Die SED und der Sozialdemokratismus.

¹³⁵ ZPA, NL 182/1306, Brief vom 31.3.1966; ZPA, NL 182/1305, Brief vom 2.4.1966; ZPA, IV 2/2031/34, Hinweise Ulbrichts vom 19.7.1966. Zum „Redneraustausch“ vgl. die Übersicht der Ereignisse bei: Siewert/Billstein, Gesamtdeutsche Kontakte.

*Der Apparat der DDR-Westarbeit (Stand 1966)
im „nichtstaatlichen“ Bereich*



„die neuen taktischen Varianten“ der unverändert als revanchistisch beurteilten Bonner Politik gegenüber der DDR und die Gefahren der „zunehmend beweglichen und raffinierten Revanchepolitik“ aufzudecken¹³⁶. Ganz im alten Stil galt es daher aus Sicht der Westabteilung, „unser Einwirken nach Westdeutschland immer wirksamer zu machen und ein Einwirken der westdeutschen Imperialisten auf die DDR zu verhindern“¹³⁷.

Auch die Westkommission beim Politbüro war Mitte der sechziger Jahre einem starken Wandel unterworfen. Sie wurde zu einem Beratungsgremium, und ihre personelle Zusammensetzung änderte sich deutlich. Unter den 25 Kommissionsmitgliedern waren nun zunehmend Funktionäre aus den verschiedenen ZK-Abteilungen und vor allem aus der Agitationskommission beim Politbüro. Mit Michael Kohl als Staatssekretär beim Ministerrat war auch ein prominenter Vertreter der auf Staatsebene betriebenen Deutschlandpolitik eingebunden worden. Die Leitung hatte nach wie vor Albert Norden, für Geggel übernahm nun Max Schmidt die auf eine bloße Verwaltungstätigkeit reduzierte Aufgabe des Kommissionssekretärs¹³⁸. Auch die Aufgabenstellung der Westkommission veränderte sich. Es ging nicht mehr primär um Anleitung und Koordinierung, sondern um die Diskussion von Grundsatzfragen.

Aufgabe der Westkommission war es nun vor allem, zu „Grundfragen der Entwicklung in Westdeutschland Stellung zu nehmen“, sich mit „Grundfragen der Politik und Taktik des Kampfes gegen den Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland“ zu beschäftigen und „Grundfragen des allseitigen politischen Einwirkens auf die Entwicklung in Westdeutschland“ zu behandeln¹³⁹. Die Westkommission wurde damit de jure zu einem analysierenden und beratenden Organ für die anderen in der „Westarbeit“ tätigen Gremien; de facto handelte es sich um einen Diskussionsklub ohne wirkliche Bedeutung. Die eigentliche Leitung der „Westarbeit“ war demnach Sache der Westabteilung, der Fachabteilungen des ZK sowie des Staatssekretariats. Formell hatte die Westkommission die Schlüsselkompetenz für die „Einschätzung“, das heißt für die politischen Schlußfolgerungen, die aus den deutschlandpolitischen Vorlagen der anderen „Westarbeits“-Gremien zu ziehen waren. Auf dem Papier wenigstens behielt sie damit eine gewisse Koordinierungsfunktion, denn sie sollte dazu beitragen, „die Beantwortung neuer herangereifter Fragen zu ermöglichen, aber auch die Einheitlichkeit in der Durchführung der Beschlüsse unserer Partei in der nationalen Frage zu sichern“¹⁴⁰. Aber allein die Tatsache, daß die Kommission nur alle drei Monate zu Beratungen zusammentraf, zeigt den tatsächlichen Bedeutungsverlust.

¹³⁶ ZPA, IV A2/2028/39, Notiz vom 18.1.1966.

¹³⁷ Ebenda.

¹³⁸ ZPA, IV A2/1002/1, Aufstellung vom 12.10.1965.

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ ZPA, IV A2/1002/2, Notiz vom 5.2.1966.

Während auf der höchsten Parteebene die offiziellen Verhandlungen mit der SPD um den Redneraustausch liefen und hüben wie drüben die Schlagzeilen der Presse bestimmten, konzentrierte sich die „Westarbeit“ auf die propagandistische Begleitmusik. Unter dem Stichwort „nationaler Dialog“ versuchte man, der westdeutschen wie der eigenen Bevölkerung die „richtige“ Sichtweise der Vorgänge zu vermitteln. Der Westabteilung beim ZK etwa ging es dabei darum, in Westdeutschland die DDR-Sicht über die nationale Verantwortung von SED und SPD zu propagieren, „um den Kampf um Demokratie wirksam zu unterstützen und zur Herausarbeitung einer demokratischen Alternative beizutragen [...] sowie um neue Initiativen gegen die CDU/CSU-Führung, die Notstandsgesetze, die Wirtschaftsermächtigungsgesetze, die Monopole und ihre Unternehmerverbände entwickeln zu helfen“¹⁴¹. Konkret hieß das dann allerdings nur, die Reden Nordens auf dessen berühmterberühmten Pressekonferenzen gezielt an SPD-Vertreter zu leiten, aber auch allgemein „in den nach Westdeutschland gerichteten Publikationsorganen“ wie zum Beispiel in der *Neuen Bild-Zeitung* zu veröffentlichen. Auch die eigenen Medien wie der *Deutsche Fernsehfunk* und *Neues Deutschland* wurden dazu verdonnert, „lebendige und interessante Berichte über die Hauptgedanken des Referates des Genossen Norden zu bringen“¹⁴².

In der Westkommission beim Politbüro wurde im August 1966 die weitere Generallinie festgelegt. In einer Sitzung am 22. August beschäftigte man sich, auf der Basis einer umfangreichen Vorlage, mit der „Propagierung der DDR, ihrer Friedenspolitik und ihrer sozialistischen Errungenschaften nach Westdeutschland als wesentliche Aufgaben in der gegenwärtigen Phase des Dialogs“¹⁴³. „Die Verbreitung der Wahrheit über die DDR steht dem Kampf um demokratische Veränderungen in Westdeutschland nicht entgegen, sondern ist Voraussetzung und enger Bestandteil dieses Kampfes“, lautete ein Fazit der Besprechungen. „Dadurch erleichtert sich die Beantwortung der Frage nach der Gestaltung eines zukünftigen einheitlichen Deutschlands, [zuma] mit dem Offenen Brief des ZK der SED unsere nationale Politik zum Gegenstand der Diskussion in Westdeutschland geworden ist und das Denken vieler Menschen in Westdeutschland beeinflusst.“¹⁴⁴

Aber kaum daß sich die mit Westdeutschland befaßten Gremien auf die Dialogphase eingestellt und ihre Informationstätigkeit gegenüber dem ZK- und Politbürobereich sowie die Propagandatätigkeit nach außen auf den Verständigungskurs gegenüber der SPD ausgerichtet hatten, änderte Ulbricht Ende 1966 abermals seine

¹⁴¹ ZPA, IV A2/2028/39, Maßnahmeplan vom 8.8.1966.

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ ZPA, IV A2/1002/1, Bericht vom 24.8.1966.

¹⁴⁴ ZPA, IV A2/1002/2, Vorlage „Zur Propagierung der DDR“ vom 19.8.1966. Tatsächlich hatte sich aber die kaum kontrollierbare Diskussion im eigenen Land um den geplanten Redneraustausch als untragbares Risiko für die SED-Führung herausgestellt. Die Gespräche und Verhandlungen waren schließlich von Ost-Berlin aus für gescheitert erklärt worden. Vgl. dazu näher Bender, *Neue Ostpolitik*, S. 97.

deutschlandpolitische Linie, diesmal allerdings grundlegend: Die Phase Ende 1966/Anfang 1967 markiert eine tiefe politische Zäsur in der deutsch-deutschen Politik der DDR. Der Grund dafür lag in den deutschlandpolitischen Umdenkungsprozessen in der Bundesrepublik und vor allem in der Entwicklung der internationalen Großwetterlage. Kiesingers „neue Ostpolitik“ hatte dazu geführt, daß sich die Ostblockstaaten auf Kosten der DDR mit der Bundesrepublik auf der Ebene gegenseitiger diplomatischer Anerkennung zu verständigen drohten. Die DDR sah sich einer außenpolitischen Einkreisung gegenüber, da Moskau nach dem Sturz Chruschtschows keineswegs auf Konfrontation mit dem Westen geschaltet hatte¹⁴⁵. Die SED-Führung schwenkte daher nun auf einen strikten Abgrenzungskurs ein. Kompetenzverteilung, Funktionsweise und Maßnahmen, das heißt die Mechanismen und Inhalte der „Westarbeit“ veränderten sich – zum Teil allerdings recht zögerlich – entsprechend diesem Kurswechsel.

Offizieller Wendepunkt der Deutschlandpolitik war der VII. Parteitag der SED im April 1967. Ulbrichts hier vorgestelltes neues Deutschland-Konzept, auf dessen Basis auch eine neue Strategie festgelegt wurde, bestimmte im wesentlichen bis 1989 die praktische Politik. Ihr Kern bestand in der These, „daß die Politik nunmehr ausschließlich darauf gerichtet sein muß, normale Beziehungen“ zwischen der DDR und der „westdeutschen Bundesrepublik“, wie Ulbricht sie nun nannte, zu erreichen, wie sie auch im Verhältnis zu allen anderen Staaten eingegangen würden¹⁴⁶. „Unter die Grenze der formellen Anerkennung und der normalen Beziehungen können wir nicht gehen“, lautete der Tenor¹⁴⁷. Die vier Monate zuvor gebildete Große Koalition in Bonn – nach SED-Sprachregelung die Kiesinger-Strauß-Regierung – wurde als besonders aggressiv gebrandmarkt. Die allgemeine Einschätzung lautete: „Das westdeutsche Monopolkapital hat die Periode der Restauration abgeschlossen und ist zur Politik der Expansion übergegangen.“¹⁴⁸ Nachdem sich die SED lange Zeit als Vorkämpferin der deutschen Einheit ausgegeben und ab 1957 verschiedene Konföderationsvorschläge gemacht hatte, hieß es jetzt in einem Bericht des ZK an den

¹⁴⁵ Bonns „angebliche Verhandlungsbereitschaft“ drohte dabei nach Ansicht der BRD-Experten im DDR-Außenministerium die DDR international und außenpolitisch in die Isolation zu drängen, da bei den sozialistischen Staaten der Anschein erweckt wurde, Bonn sei gewillt, schrittweise seine Beziehungen zur DDR zu normalisieren. Wie weit sich dabei die SED-Führung in die Defensive gedrängt sah, zeigt die verfälschende Wiedergabe der Ereignisse einer Außenministertagung des Warschauer Paktes Anfang Februar 1967 in Warschau. Die SED behauptete hinterher zu Unrecht, auf dieser Tagung sei es allen Mitgliedsstaaten zur Pflicht gemacht worden, auf die Bundesrepublik Druck in Richtung Anerkennung der DDR auszuüben. Von nun an beanspruchte die SED faktisch ein Vetorecht für die Normalisierung der Beziehungen ihrer Partner zu Bonn – die „Ulbricht-Doktrin“ als Umkehrung des Hallstein-Dogmas war geboren. Vgl. dazu auch Kuppe, Vergleich der sowjetischen und der DDR-Außenpolitik, S. 291, und Bender, Ostpolitik, S. 137ff.

¹⁴⁶ Interview mit Reinhold am 27.2.1991, allg. dazu auch Zieger, Haltung der SED, S. 112.

¹⁴⁷ ND vom 18.3.1967, Rede Ulbrichts.

¹⁴⁸ Interview mit Reinhold am 27.2.1991; vgl. auch Säuberlich, Das Problem der Nation, und Koch, Das Problem der Nation.

Parteitag: „Eine Vereinigung zwischen einem imperialistischen und militaristischen Westdeutschland und dem sozialistischen deutschen Friedensstaat, der souveränen DDR, ist undenkbar. Durch die Schuld des westdeutschen Monopolkapitals und seiner Regierung, einschließlich der sozialdemokratischen Minister, ist es gegenwärtig aber auch unmöglich geworden, auch nur erste Voraussetzungen für spätere Schritte zu einer Konföderation zu schaffen.“¹⁴⁹ Die Konföderationsidee wurde damit endgültig als unrealisierbar abgeschrieben, die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten hörte auf, politisches Ziel der SED und der Regierung der DDR zu sein¹⁵⁰.

Der Grund für diese programmatisch-politische Verhärtung der Deutschlandpolitik und das Einschwenken der SED auf einen strikten Abgrenzungskurs lag, wie bereits angedeutet, in der Bewegung, die sich im Koordinatensystem der politischen Orientierung und staatlichen Verortung der DDR bemerkbar machte: Es waren Veränderungen im Westeuropa-politischen Kurs der Sowjetunion, eine neue Beweglichkeit in der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und schließlich interne Differenzierungsprozesse im Parteiapparat. Unsicherheit hatte zunächst die seit dem Sturz Chruschtschows verfolgte Politik der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik ausgelöst. Breschnew hatte zwar anfangs den politischen und militärischen Zusammenhalt des östlichen Bündnisses gestärkt, gleichzeitig aber im Dezember 1966 eine neue Verständigungsbereitschaft gegenüber der neuen Bonner Regierung signalisiert. Aus Ulbrichts Sicht galt es, Vorsorge zu treffen, daß diese Annäherung nicht auf Kosten der DDR ging. Eine weitere Unsicherheit ergab sich aus dem neuen ostpolitischen Kurs der Großen Koalition und dem gleichzeitig veränderten politischen Gewicht der SPD, die nun immerhin den Außenminister stellte.

Der Eintritt der SPD in die Regierung wurde im Hinblick auf die Kräfteverhältnisse in Westdeutschland als Rückschlag gewertet. Nachdem die Gespräche über einen Redneraustausch (vermutlich wegen eines Moskauer Vetos) gescheitert waren, hatte man der SPD zunächst nur „mangelnde Reife“ für ein „Klassenbündnis“ vorgeworfen. Mit der Bildung der Großen Koalition entfiel die westdeutsche Sozialdemokratie nun aber gänzlich als Adressat für oppositionelle Bündniserwartungen, wie sie die SED zumeist an die außenpolitischen Vorstellungen geknüpft hatte¹⁵¹. „Daraus ergab sich für die Parteiführung der SED die klare Schlußfolgerung, daß sich in der Bundesrepublik in historisch absehbarer Zeit keine Kräfte finden werden, die eine Änderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse herbeiführen werden.“¹⁵²

¹⁴⁹ Bericht des ZK an den VII. Parteitag, in: Neues Deutschland vom 17.4.1967, S. 14.

¹⁵⁰ Vgl. Interview mit Reinhold am 27.2.1991.

¹⁵¹ Tief enttäuscht polemisierte wenig später Ulbricht gegen die SPD. „Obwohl wir ihnen zum Beispiel mit Passierscheinen entgegengekommen waren“, so Ulbricht in einer Rede im November 1968, „bereiten sie den großen Verrat, den Übergang auf die Politik der CDU, der herrschenden Partei des westdeutschen Monopolkapitals, vor.“ Dokumente zur Deutschlandpolitik 1968, S. 1472, Rede vom 12.11.1968.

¹⁵² Interview mit Reinhold am 27.2.1991.

Einmal mehr wurde der SED und Ulbricht bewußt, daß über eine zeitlich unbestimmte, aber wohl sehr lange Periode mit einer kapitalistischen Bundesrepublik zu rechnen war, daß die sozialistische DDR über einen langen Zeitraum hinweg neben diesem Nachbarn existieren und zu Rande kommen mußte. Mehr noch: Unter maßgeblichem Einfluß der SPD entwickelte die Große Koalition eine flexiblere Ostpolitik, die sich in erster Linie gegen die DDR richtete und ihr von sozialdemokratischer Seite eine unmittelbare Gefährdung ihrer Stellung im Ostblock eintrug¹⁵³. Die SED reagierte auf diese Entwicklungen mit einer anti-gesamtdeutschen Kampagne, die ihre Befürchtung erkennen ließ, daß die „neue Ostpolitik“ Bonns ihre eigene Deutschlandpolitik langfristig unterlaufen könnte.

Noch kurz vor dem VII. Parteitag war deshalb im Februar 1967 Joachim Herrmanns Behörde in „Staatssekretariat für westdeutsche Fragen“ umbenannt worden. Die SED kappte damit demonstrativ gesamtdeutsche Restbestände. Auch im ZK-Bereich wurden intern die Kräfte umgruppiert. Die für Westdeutschland zuständigen Stellen im Staatsapparat wurden noch stärker an die „Westarbeit“ der Parteigremien gebunden, die Verantwortung für Agitation wurde strikt zwischen den Sekretären Norden und Lamberz aufgeteilt, weitere Westexperten aus dem Nationalrat wurden in die Westabteilung Nordens abkommandiert¹⁵⁴. Kein Wunder, daß das neue Denken sich bald auch in den Äußerungen der SED-Deutschlandpolitiker niederschlug und von Gesamtdeutschland keine Rede mehr war. „Durch die Schuld des westdeutschen Monopolkapitals und seiner Bonner Regierung“, so Joachim Herrmann im *Neuen Deutschland* vom 3. Februar 1967, sind „Begriffe wie gesamtdeutsch ihres Inhalts entleert und gegenstandslos geworden“. Und Albert Norden hielt in seinen Notizen fest: „Jetzt muß auch dem Letzten klar werden: Wiedervereinigung zwischen sozialistischer DDR und imperialistischer Bundesrepublik niemals möglich. Es wird ein einheitliches Deutschland geben, wenn auch an Rhein und Ruhr das Volk regiert. Daraus alle Schlußfolgerungen bis zum Ende ziehen: Also Schluß mit allen gesamtdeutschen Illusionen und Praktiken, wo immer es sie geben mag. [...] Es wird keine gesamtdeutschen Dächer irgendwelcher Art mehr geben.“¹⁵⁵

Die SED vollzog auch gegenüber der SPD eine deutliche Abgrenzung. Zu Beginn des Jahres 1967 führte man eine neue Sprachregelung ein, durch die der SPD sozusagen der nationale Anspruch abgesprochen wurde. Sie wurde generell nur noch als „SP“ bezeichnet. Ulbricht machten aber auch innerparteiliche Differenzierungen zu schaffen. Die SED sah sich mit einer Reihe „sehr ernster ideologischer Probleme konfrontiert“ (Reinhold). Das lange Beharren auf der Wiedervereinigung

¹⁵³ Vgl. Spanger, Sozialdemokratismus, S. 123ff.

¹⁵⁴ Vgl. Podewin im Round-table-Gespräch vom 28.10.1991. Werner Lamberz, geboren 1929, war in den fünfziger Jahren als FDJ-Funktionär für Propaganda und Pressearbeit zuständig. Seit Anfang 1966 leitete er im ZK die Abteilung „Agitation“, 1967 wurde er ZK-Sekretär und nach dem VIII. Parteitag im Juni 1971 Mitglied des Politbüros. Lamberz war zusammen mit Paul Verner 1966 offizieller Verhandlungspartner der SPD bei dem geplanten Redneraustausch.

¹⁵⁵ ZPA, IV A2/2028/5 und auch ZPA, NL 217/68.

als grundlegendem politischen Ziel, auch über eine Konföderation, hatte für die SED ideologisch vor allem zwei negative Folgen gehabt. In weiten Kreisen der Bevölkerung war damit notwendigerweise die von der Bundesrepublik verbreitete Auffassung gestärkt worden, die sozialistische DDR sei nur ein zeitweiliges Provisorium, das bei der Wiedervereinigung automatisch verschwinden und in einem einheitlichen Deutschland aufgehen werde. Das Wiedervereinigungsziel war deshalb mit dem Ziel in Widerspruch geraten, eine Ideologie und Mentalität durchzusetzen, die auf der Verbundenheit mit dem Sozialismus und der DDR beruhte. Hinzu kam für die SED ein weiteres Problem: Die Forderung nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, der Konföderationsvorschlag, die Dialogversuche mit der SPD, verbunden mit den verstärkten Anstrengungen der KPdSU im Hinblick auf eine Politik der friedlichen Koexistenz, hatten bis weit in die SED hinein die Frage aufgeworfen, ob nicht doch ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus möglich und für ein einheitliches Deutschland sogar notwendig sei. Solche Auffassungen waren ein ernsthaftes Hindernis für die von der SED angestrebte Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins, denn wenn man einen dritten Weg anstrebte, konnte nicht erwartet werden, daß alle Bürger ihre ganze Kraft für den Aufbau des Sozialismus einsetzten¹⁵⁶.

In den mit Westdeutschland befaßten Stellen des Partei- und Staatsapparates begann man sich 1966/67 – „wenn auch sehr zögerlich“¹⁵⁷ – auf eine lange Phase des deutsch-deutschen Nebeneinanders einzustellen. Es war klar, daß mit dem neuen Kurs vor allem die agitatorisch-propagandistische Komponente in der „Westarbeit“ dominieren würde. Offenkundig war auch, daß „Westarbeit“ in Zukunft ungeachtet der aggressiven Töne unter defensivem Vorzeichen stehen würde. Daß die Gremien der raschen Kursänderung erst mit einiger Verzögerung folgten, zeigte sich an der Arbeit des Staatssekretariats für westdeutsche Fragen. Ulbricht hatte der Herrmann-Behörde noch in der Dialog-Phase den Auftrag gegeben, einen umfassenden Gegenentwurf zu dem westdeutschen System vorzulegen. Mit gigantischem Aufwand, in zahllosen Arbeitsgruppen, war für Monate ein erheblicher Teil der wissenschaftlichen Kräfte aus Hochschulen, ZK-Instituten und Akademien allein für die Erarbeitung dieses Modell-Entwurfs abgestellt worden. Als jedoch Anfang 1967 die Studie unter dem Titel „Wohin?“ publiziert wurde, waren im Gefolge der Abgrenzungsstrategie gesamtdeutsche Modelle nicht mehr gefragt¹⁵⁸. Die Studie des Staatssekretariats, von Anfang an auch intern umstritten¹⁵⁹, war bei ihrem Erscheinen bereits veraltet und überholt.

Dennoch wurden im Staatssekretariat auch weiterhin immer neue „Einschätzungen“ über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Westdeutschland

¹⁵⁶ Vgl. Interview mit Reinhold am 27.2.1991.

¹⁵⁷ Norbert Podewin, einer der leitenden Mitarbeiter im ZK-Apparat, während des Round-table-Gesprächs vom 28.10.1991.

¹⁵⁸ Vgl. Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, Wohin?

¹⁵⁹ Vgl. Interview mit Prof. Klein am 28.10.1991.

entworfen. In den Beratungen des Gesamtdeutschen Rates standen bald umfassende Analysen, Ausarbeitungen und Gutachten über „Verfassungsmäßige Alternativen zur Politik der Kiesinger-Strauß-Regierung“, zur „Verweigerung elementarer Grund- und Menschenrechte in Westdeutschland“ oder über „Strukturelle Entwicklungstendenzen des staatsmonopolistischen Systems in Westdeutschland“ zur Debatte¹⁶⁰. Die Informationsvorlagen aus dem Staatssekretariat, etwa „Zur Lage und Entwicklung des westdeutschen Monopolkapitals“ oder „Zur Taktik des Gegners gegenüber der DDR“, gelangten dabei nicht nur über einen direkten Draht Joachim Herrmanns zu Ulbricht in die oberste Entscheidungsinstanz. Herrmanns Behörde bediente, gleichsam als Instanz eines verbindlichen Bundesrepublik-Rezeptionsmusters, auch einen großen Verteilerkreis Ostberliner Partei- und Regierungsstellen.

Die Einschätzungen des Staatssekretariats über die Große Koalition waren ebenso vernichtend wie simpel: „Der Gegner“, so liest man in einer internen Analyse vom 16. Dezember 1966, „ist sichtbar bemüht, bei völliger Aufrechterhaltung der revan-chistischen Alleinvertretungsanmaßung, mit alten und vor allem neuen Methoden in die DDR einzudringen.“¹⁶¹ „Wir müssen leider feststellen, daß die offizielle Bonner Deutschlandpolitik zwar mit einigen neuen Vokabeln operiert, aber im Kern gleich-geblieben ist“, heißt es dann später gleichsam ergänzend in einem programmatischen Aufsatz Gerhard Kegels. „Entwickelt wurden auf offizieller Ebene nur Varianten der alten antinationalen Adenauerschen Deutschlandpolitik, und dazu auf anderen Ebenen unverbindliche ‚Denkmodelle‘.“¹⁶²

Die internen Einschätzungen des Staatssekretariats unterschieden sich nur wenig von den polemischen öffentlichen Angriffen der Partei gegen die Große Koalition. Schlagzeilen wie „Bunkergemeinschaft“, „Notstandsdictatur“ und Angriffe auf die „Arbeiterverräter“ der SPD waren gang und gäbe. Das Staatssekretariat bemühte sich zudem, düstere Szenarien der zukünftigen Bonner Deutschlandpolitik zu entwerfen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Vorstellungen tatsächlichem deutschlandpolitischem Denken in Ost-Berlin entsprungen waren und die geistige Grundlage des politischen Handelns darstellten. Bonn, so wurde in einer Analyse „Zur Verbrämung der konterrevolutionären Absichten des Gegners gegenüber der DDR“ vom Dezember 1966 konstatiert, wolle offensichtlich seinen politischen Handlungsspielraum erweitern¹⁶³. Entsprechend dem eigenen Politikverständnis blieb dabei nach DDR-Einschätzung das strategische Ziel Bonns nach wie vor die Einverleibung der DDR; die taktischen Varianten auf diesem Weg seien jedoch differenzierter und subversiver angelegt als bislang und damit auch gefährlicher geworden.

¹⁶⁰ BA Potsdam, D-2/185, sowie die Arbeitspläne in: BA Potsdam, D-2/16.

¹⁶¹ BA Potsdam, D-2/37, Analyse vom 16.12.1966.

¹⁶² Kegel, Zur Deutschlandpolitik der beiden Deutschlands, in: Einheit 23 (1968), S. 739ff., und auch Herbert Häber, Entwicklungen in Westdeutschland: Andere Szene - dasselbe Spiel, in: Einheit 22 (1967), S. 195ff.

¹⁶³ BA Potsdam, D-2/37, Ausarbeitung vom 19.2.1966, S. 1ff.

Bei den Bemühungen Bonns und West-Berlins um humanitäre Erleichterungen etwa ging es nach Ostberliner Lesart nur darum, „die Zielsetzung des Gegners dadurch [zu] verhüllen, daß die menschlichen Belange hochgespielt werden“¹⁶⁴. Als Beweis für die Bonner Vorbereitung von Aggressionen gegen die DDR und als Dreh- und Angelpunkt der deutschlandpolitischen Einschätzungen in Ost-Berlin mußte eine als „Grauer Plan“ titulierte Studie des in seiner politischen Bedeutung bereits in den letzten Zügen liegenden „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen dienen. Die hypothetischen Gedanken der westdeutschen Experten über mögliche Wege bei der Lösung der nationalen Frage wurden zu akut bedrohlichen und konkret bevorstehenden „imperialistischen Zielsetzungen zur Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR“ aufgebauscht¹⁶⁵.

Im Mai 1967 alarmierte eine Studie aus dem Staatssekretariat die deutschlandpolitisch befaßten Stellen mit angeblichen Erkenntnissen über „Die Zentralisierungs- und Koordinierungsbestrebungen der Kiesinger-Strauß-Regierung hinsichtlich ihrer Aufweichungspolitik gegenüber der DDR sowie der Entfaltung neuer Methoden des Eindringens mit Hilfe des Weißen Plans“¹⁶⁶. Gegenstand der Einschätzung waren die wiederholten Bemühungen der Bonner Regierung, ihre deutschlandpolitischen Stellen besser zu koordinieren, was im Februar unter anderem zur Umbildung des „Staatssekretärausschusses für gesamtdeutsche Fragen“ in einen „Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen“ geführt hatte. In der Studie wurde vor allem auch gegen eines der Memoranden polemisiert, das Wilhelm Wolfgang Schütz, der Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, im März 1967 vorgelegt hatte. Ost-Berlin sah darin in direkter Fortsetzung des sogenannten Grauen Plans einen „Weißen Plan“, hinter dessen Konzeption letztlich wieder das Gesamtdeutsche Ministerium vermutet wurde¹⁶⁷. Nicht allein deshalb wurde Herbert Wehner, der Nachfolger Mendes im Gesamtdeutschen Ministerium, zum roten Tuch der „Westarbeiter“ und Deutschlandpolitiker der SED. Geradezu manisch war man in den Folgejahren auf alles fixiert, was Wehner sagte, dachte und schrieb. Im Mittelpunkt dieses von Diversionsängsten geprägten Analysepapiers stand denn auch Wehner, den man für all diese als Bedrohung empfundenen deutschlandpolitischen Aktivitäten verantwortlich machte. Die saloppe Notiz des SPD-Pressedienstes vom April 1967, daß „seit der Übernahme des gesamtdeutschen Ministeriums durch Wehner eine neue Phase der Deutschlandpolitik begonnen [hat], und statt der Ära lauen Denkens und des fehlenden Mutes zum Handeln mit Wehner die Zeit der Aktion begonnen [habe]“¹⁶⁸, klang in den Ohren der Deutschlandpolitiker der SED wie eine Drohung.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 2.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 3.

¹⁶⁶ BA Potsdam, D-2/50, Einschätzung vom 9.5.1967.

¹⁶⁷ BA Potsdam, D-2/53, Schreiben J. Herrmanns an Norden vom 23.6.1967.

¹⁶⁸ BA Potsdam, D-2/50 vom 9.5.1967, S. 2, Bl. 150.

Deutlicher hätte sich auch hier die spezifische Perzeptionsweise der Ostberliner Experten nicht zeigen können: Es sei damit zu rechnen, „daß Wehner und sein Ministerium demnächst mit einer Vielzahl von Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten wird, mit denen er hoffte, das Kräfteverhältnis in der DDR nach Bonner Vorstellungen verändern zu können“, heißt es in einer Analyse. „In verstärktem Maße wird Wehner die Frage einer sogenannten Demokratisierung der DDR als angebliche Voraussetzung für eine Anerkennung der DDR durch die Bonner Regierung stellen.“¹⁶⁹ Hier wurde der Bonner Regierung genau das unterstellt, was man als eigene Deutschlandpolitik gegenüber der Bundesrepublik betrieb. Wehner erschien den Ostberliner Machthabern auch deshalb als so gefährlich, weil man in seiner Deutschland- und Ostpolitik eine Kopie der eigenen Taktik erblickte¹⁷⁰. Die Bundesrepublik-Experten im Staatssekretariat jedenfalls sahen sich – analog der vorherrschenden Stamokap-Theorie¹⁷¹ – darin bestätigt, daß damit „der westdeutsche Imperialismus von der Etappe der Restaurierung zur Expansion übergegangen [ist] und die SP-Minister die Rolle der Erfüllungsgelhilfen spielen“¹⁷².

Das Staatssekretariat achtete aber auch als Instanz für die Herstellung eines verbindlichen Bundesrepublik-Bildes auf die Einhaltung der „reinen deutschlandpolitischen Lehre“. Beschlußvorlagen und Argumentationshinweise wurden auf ihre ideologische Linientreue überprüft und die Zustimmung verweigert, wenn die Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik nicht deutlich genug ausfiel¹⁷³. Eine Mitte 1967 eingesetzte Koordinierungsgruppe hatte dabei die Aufgabe, „die für die Arbeit nach Westdeutschland verantwortlichen Gremien in den zentralen staatlichen Organen mit den wichtigsten Problemen der jüngsten Entwicklung in Westdeutschland vertraut zu machen und sie bei der Qualifizierung und Verstärkung der ideologischen Arbeit in ihrem Verantwortungsbereich zu unterstützen“¹⁷⁴. „Die Beschlüsse des VII. Parteitagés in der täglichen Arbeit konsequent anwenden. Sie sind Gesetz. Keine Verwässerung oder gar Abweichung zulassen“, lautete die knappe Maxime der deutschlandpolitischen Supervisoren aus dem Staatssekretariat¹⁷⁵.

¹⁶⁹ BA Potsdam, D-2/1, undatiert, Bl. 5f., „Informationen über das Wehner-Ministerium“. In der Ostberliner Westkommission und damit auch im Staatssekretariat hatte man ein relativ genaues Bild über die Aussagen Wehners, da über einen Informanten aus dem SPD-Parteivorstand wöchentlich die Berichte aus der Baracke in Ost-Berlin eintrafen. Vgl. den allerdings nicht lückenlosen Bestand der Berichte in: ZPA, IV A2/2028/24.

¹⁷⁰ Vgl. auch BA Potsdam, D-2/1, Bl.1, „Wehner-Ministerium plant neue Diversionsakte gegen die DDR“ vom 7.9.1967.

¹⁷¹ Die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus spielte schon seit Anfang der sechziger Jahre als Perzeptionsmuster eine Rolle. Sie wurde aber seit 1967 neu akzentuiert in dem Sinne, daß man davon ausging, daß die Herrschaft des Monopolkapitals, die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, in Westdeutschland in eine neue Etappe seiner Entwicklung getreten war. Vgl. dazu Interview mit Otto Reinhold am 27.2.1991.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ BA Potsdam, D-2/30, Ausarbeitung, undatiert.

¹⁷⁴ BA Potsdam, D-2/16, Notiz vom 9.2.1968.

¹⁷⁵ Ebenda.

Tatsächlich gelang es rasch, die Westgremien aus dem Staatsapparat auf den neuen Abgrenzungskurs einzuschwören. Insbesondere die Westabteilung des MfAA profilierte sich als eifriger Befürworter der deutschlandpolitischen Konfrontationsstrategie. Eine Einschätzung der zukünftigen Politik des neuen Berliner Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz vom Mai 1967 etwa kam zu dem absurden Schluß, daß „damit gerechnet werden [kann], daß Versuche zur Unterwanderung der DDR unternommen werden, die bis zur faktischen Anerkennung der Existenz der DDR gehen“¹⁷⁶. Auch der Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Ministerpräsident Stoph im Juli/September 1967 erhielt in den Augen der MfAA-Experten seine Bedeutung weniger durch die Anerkennungsgewinne, die die Deutschlandpolitiker der SED verbuchen konnten; erstmals hatte ein Bundeskanzler einen Brief des DDR-Regierungschefs entgegengenommen und auch noch im Kabinett behandelt. Die Westabteilung des MfAA sah im Bonner Entgegenkommen nur ein „neues Täuschungsmanöver“, „vielleicht etwas flexibler“ als bisher¹⁷⁷. Die westdeutsche Regierung würde in ihrer Antwort zweifellos erneut versuchen, von der Regelung der „Hauptfragen“ auf die Klärung der Frage der sogenannten menschlichen Erleichterungen auszuweichen. Es sei sogar nicht auszuschließen, daß aus Bonn ein konkretes Verhandlungsangebot komme, wobei als Gegenstand der Verhandlungen „solche Probleme vorgeschlagen werden dürften, die sich zur Unterminierung der DDR eignen“. Auf diese Weise werde die seit einiger Zeit eingeschlagene Taktik fortgesetzt, „eine angebliche Bereitschaft zur innerdeutschen Entspannung vorzutauschen, gleichzeitig aber die Liquidierung der DDR mit flexiblen Methoden vorzubereiten“¹⁷⁸.

Trotz der regen deutschlandpolitischen Aktivitäten sah sich das Staatssekretariat im Oktober 1968 mit einem Beschluß des ZK-Sekretariats konfrontiert, in dem eine Verbesserung der „Westarbeit“ gefordert und kritische Einwände gegen die bisherige Arbeit erhoben wurden. Als zentrale Aufgabe des Staatssekretariats wurde dabei

¹⁷⁶ BA Potsdam, D-2/55, Einschätzung der Westabteilung des MfAA vom 31.5.1967.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ BA Potsdam, D-2/55, Einschätzung vom 27.5.1967. Dabei schimmerte auf Ostberliner Seite immer auch jenes Verunsicherung auslösende Bewußtsein durch, daß man im Falle einer Annahme der als bloßes propagandistisches Geplänkel gedachten „Initiative“ durch Bonn in arge Bedrängnis geraten konnte. Für die Westexperten des MfAA ging es beim Vertragsangebot im Stoph-Brief um die auch schon gegenüber Adenauer und Erhard praktizierte Taktik, durch deutschlandpolitische Köder die neue Konzessionsbereitschaft auszutesten, „herauszubekommen, wie weit gehen die?“. Vgl. Interview mit Voß am 21.2.1991. Tatsächlich hatte Bonns plötzliches Einlenken für die DDR gleich ein zweifaches Risiko bedeutet. „Wenn es zu Gesprächen gekommen wäre“, so der Leiter der Westabteilung im MfAA, Voß, im Rückblick, „wäre das sicherlich gar nicht so einfach geworden. Man schreibt natürlich vieles in Vorstellungen und Vertragsentwürfe, das beim genaueren Hinsehen in Verhandlungen dann also doch eine besondere Brisanz bekommen kann. Aber die Vorstellung, der Vertragsentwurf könnte von Kiesinger angenommen werden, gab es damals nicht.“ Als sich die Bundesregierung zu Regierungsverhandlungen ohne Vorbedingungen bereit erklärt hatte, war Ost-Berlin daher gezwungen, die Latte plötzlich höher zu legen. Die SED-Führung machte jede offizielle Kontaktaufnahme von der vorherigen, zumindest gleichzeitigen völkerrechtlichen Anerkennung abhängig.

die „Gewährleistung der Leitung und Koordinierung der Arbeit nach Westdeutschland und die Zusammenfassung der Kräfte in geeigneter Form gesehen, um die Beschlüsse der Partei und des Ministerrates schnell und einheitlich in der Westarbeit durchzuführen“¹⁷⁹. Insbesondere dem Rat für gesamtdeutsche Fragen wurde dabei die Funktion als „zentrales Arbeitsgremium für das Zusammenwirken und die Koordinierung der wichtigsten Organisationen und Institutionen, die nach Westdeutschland wirken“, zugeschrieben¹⁸⁰.

Ein neuer Arbeitsplan konkretisierte das Aufgabenspektrum des Staatssekretariats in sechs Punkten: Am Anfang stand die „ständige Beobachtung und Analyse der Entwicklung des staatsmonopolistischen Systems in Westdeutschland“, um der Partei- und Staatsführung entsprechende Unterlagen zur Verfügung stellen zu können und auch „im geeigneten Falle für die Verwendung in Westdeutschland“ vorzubereiten. Verbunden damit war die „Einrichtung einer regelmäßigen Information an Genossen der Partei- und Staatsführung sowie nach Notwendigkeit an verantwortliche Genossen im Bereich der Westarbeit über Vorgänge in Westdeutschland“. Hinzu kam die Teilnahme an der Agitationsarbeit nach Westdeutschland „zur Erläuterung der Politik der DDR und der Auseinandersetzung mit dem Gegner“. Das sollte durch die Mitarbeit in der von Norden geleiteten Westabteilung des ZK geschehen. An dritter Stelle stand die politisch-ideologische Koordinierung der „Westarbeit“ der im Rat für westdeutsche Fragen vertretenen Blockparteien und Organisationen entsprechend der gefaßten Beschlüsse. Dazu sollten Ratstagungen zu vorbereiteten Problemen sowie bei wichtigen aktuellen Anlässen stattfinden. Im gleichen Sinne sollte die politisch-ideologische Koordinierung der „Westarbeit“ zentraler staatlicher Organe erfolgen. Aufgabe war auch „die Verbreitung der Wahrheit über die Politik und die sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR“; das hatte durch die Herausgabe und den Vertrieb entsprechender Schriften des Staatssekretariats zu geschehen. Schließlich war die Mitarbeit im wissenschaftlichen Rat für Imperialismusforschung beim Institut für Gesellschaftswissenschaften des ZK, die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wirtschaftsinstitut sowie der Vertragsforschung mit wissenschaftlichen Instituten vorgesehen¹⁸¹.

Ost-Berlins veränderte Sicht der gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik bedeutete für die „Westarbeit“ insgesamt einen Einschnitt. Da sich das kapitalistische System offensichtlich als beständiger und flexibler erwies als erwartet, konnte mit einer Veränderung der Kräfteverhältnisse und der Einführung des Sozialismus in ganz Deutschland offensichtlich nicht mehr ganz so schnell gerechnet werden. Westagitation setzte nun nicht mehr an der Umgestaltung der Bundesrepublik von innen her an, wie es mit den vielen Alternativmodellen zu den

¹⁷⁹ BA Potsdam, D-2/16, Notiz, undatiert.

¹⁸⁰ BA Potsdam, D-2/16, „Probleme der zukünftigen Arbeit des Rates“ vom 15.10.1968.

¹⁸¹ BA Potsdam, D-2/16, Arbeitsplan für 1969, und BA Potsdam, D-2/73, „Vorschläge für den Maßnahmenplan zur Auswertung des 7. Plenums des ZK und der Tagung der Volkskammer“ vom 12.8.1968.

einzelnen gesellschaftlichen Bereichen angestrebt worden war, sondern verlegte sich nun nahezu ganz auf die Propagierung des eigenen Modells eines sozialistischen deutschen Staates. Mit der Durchsetzung der Perzeption der Bundesrepublik entsprechend der Stamokap-Theorie hatte sich praktisch auch die Denkgrundlage der „Westarbeit“ verändert.

Auch die Arbeit der Westabteilung des ZK wurde seit der deutschlandpolitischen Wende des VII. Parteitages ganz von einer Mischung aus Konfrontation und Selbstdarstellung geprägt. Durch die „schöpferische Auswertung“ der 14. ZK-Tagung und der Neujahrsansprache Ulbrichts hatte man schon im Januar 1967 wesentliche Teile der neuen deutschlandpolitischen Positionsbestimmung vorweggenommen und die weitere Marschrichtung festgelegt. „Haupterkennnis“ war dabei, daß „die Kiesinger-Strauß-Regierung und ihre SP-Minister die Bonner Spalterpolitik fort[setzen], sie wollen kein friedliches Nebeneinanderleben, sondern Revanche und Vorherrschaft. [...] Hinter dem Bonner Gerede von menschlichen Kontakten, von Wiedervereinigung, versteckt sich nichts anderes als die imperialistische Expansionspolitik des Bonner Finanzkapitals.“¹⁸² „Hauptaufgabe“ war daher die „systematische und prinzipielle Auseinandersetzung mit der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und der sogenannten flexiblen Ostpolitik, die man als „hoffnungslosen Versuch der westdeutschen Militaristen in der neuen Periode der Expansion und politischen, militärischen und ökonomischen Vorherrschaft nach der Periode der Restauration“ bezeichnete¹⁸³. Der Arbeitsplan der Westabteilung bis Ende 1967 sah daher im einzelnen vor, eine Reihe von Aktionsplänen und Konzeptionen als Vorlagen an das Politbüro und das ZK-Sekretariat zu liefern, die sich mit den politischen Einflußnahmen auf die Entwicklung in West-Berlin und dem „weiteren Kampf gegen Neonazismus und Notstandsdictatur und Expansion“ beschäftigten, aber auch zur „Entwicklung der Klassenkräfte und der linken oppositionellen Gruppierungen in Westdeutschland“ Stellung nahmen und nicht zuletzt „die Wahrheit über Wehner und seine Politik“ aufzudecken vorgaben¹⁸⁴.

Über die Effektivität der Einflußversuche und den Realitätsgehalt der Analysen machte man sich aber in der Westabteilung nach wie vor offenbar keine Gedanken. Man war sich seiner Sache sicher. In einer zusammenfassenden Information der Westabteilung über die „Arbeit nach und in Westdeutschland“ an das Politbüro vom März 1968 präsentierte Norden eine stolze Bilanz. Insgesamt habe man 490 Veranstaltungen mit 26.000 Teilnehmern durchgeführt, auf denen die „progressiven Kräfte der westdeutschen Arbeiterklasse“ mit der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut gemacht und politische Grundfragen erläutert worden waren¹⁸⁵. Die

¹⁸² ZPA, IV A2/2028/5, Notiz vom 12.1.1967.

¹⁸³ Ebenda.

¹⁸⁴ ZPA, A2/2028/5, Arbeitsplan vom 24.5.1967.

¹⁸⁵ ZPA, IV A2/2028/37, Information vom 5.3.1968.

veränderte Konzeption der „Westarbeit“ war damit deutlich: Das Ziel war nun nicht mehr, aktiv im Westen einzugreifen, um dort eine Änderung der Kräfteverhältnisse herbeizuführen, sondern die „Entwicklung des Klassenbewußtseins der westdeutschen Arbeiterklasse, damit sie *selbständig* demokratische und sozialistische Alternativvorstellungen verbreiten und vorantreiben können“¹⁸⁶.

Anders als die Westabteilung tat sich die Westkommission mit dem neuen politischen Kurs offenbar schwer. Auf einer Sitzung im Januar 1967 wurden Bedenken dagegen formuliert, daß die DDR, anstatt flexibel auf die neue Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition in Bonn zu reagieren, nur auf ihren alten starren Positionen beharre. Insbesondere sei eine differenziertere Sicht der Entwicklungen notwendig¹⁸⁷. Kegel warnte vor einer Unumkehrbarkeit der Wiedervereinigungsfrage durch die Abgrenzungspolitik: „Wir können den Oberbegriff Deutschland nicht dem Gegner überlassen. Wir sind das sozialistische Deutschland. Wir müssen darüber nachdenken, daß wir unsere Positionen so präsentieren, daß wir die politische Waffe nicht dem Gegner überlassen. Müssen wir nicht zum Beispiel sagen, wenn in Westdeutschland die antimonopolistische Umwälzung stattgefunden hat, kann ein Zusammenwachsen, eine Vereinigung der beiden sozialistischen deutschen Staaten erfolgen?“¹⁸⁸

Das vollständige Einschwenken der Westkommission auf den neuen Abgrenzungskurs erfolgte erst im Juli 1967, als das Gremium im Gefolge des VII. Parteitages auch formell neu berufen und seine personelle Zusammensetzung verändert wurde. Vorsitzender der 22 Mitglieder blieb Albert Norden, sein Stellvertreter Geggel, als Leiter der Westabteilung beim ZK der eigentlich einflußreiche Mann. Überhaupt war mit insgesamt sechs Westexperten aus der Westabteilung des ZK nun ein eindeutiges Übergewicht der eher dogmatisch orientierten Deutschlandpolitiker gegeben. Hinzu kam Joachim Herrmann als Staatssekretär für westdeutsche Fragen. Die Vertreter aus dem „Westarbeits“-Apparat der Blockparteien und Massenorganisationen sowie die mit immerhin sieben Mitgliedern vertretenen BRD-Fachleute aus den akademischen „think tanks“ der SED (davon vier Ökonomen) besaßen dagegen wenig Einfluß¹⁸⁹.

Dennoch verwies der hohe Anteil von Hochschulangehörigen auf die Konfliktlinien, die die zukünftigen Diskussionen der Westkommission prägten. Denn während die Dogmatiker aus dem ZK-Bereich ganz auf Konfrontation setzten, kamen von den Wissenschaftlern mehr und mehr kritische und differenzierende Töne: Das System der Bundesrepublik Deutschland funktioniere offensichtlich doch anders, als es sich die Parteiführung vorgestellt habe, und überhaupt könne man nicht in die

¹⁸⁶ Ebenda.

¹⁸⁷ ZPA, IV A2/1002/2, Sitzungsprotokoll der Westkommission vom 30.1.1967.

¹⁸⁸ Ebenda.

¹⁸⁹ ZPA, IV A2/1001/2, Aufstellung vom 3.7.1967. Daneben saßen noch drei Westsekretäre von Massenorganisationen, zwei Medienfunktionäre und zwei Agitations-Sekretäre aus den SED-Bezirksleitungen in der Westkommission.

Bundesrepublik hineinwirken und deren Probleme innerhalb der DDR verbreiten, wenn man nicht auch über die eigenen Probleme spreche¹⁹⁰. In den Protokollen schlugen sich diese kritischen Diskussionen nicht nieder, denn „Norden und Geggel faßten das immer anders zusammen, und dann war das durch den Rost gefallen, was man angemerkt hatte“, erinnert sich der ehemalige Westexperte Klein¹⁹¹.

Auch das Aufgabenspektrum der Westkommission wurde, zumindest auf dem Papier, neu festgelegt. „Die Kommissionen des Politbüros sind beratende Organe und sollen in gewissem Umfang auch eine koordinierende Funktion ausüben“, hieß es in einer Ausarbeitung Nordens, der damit freilich nur die seit 1965 bestehende Regelung wiederholte. „Die Kommissionen sind nicht befugt, Entscheidungen zu treffen, und ihre Aufgabe ist es auch nicht, die gesellschaftlichen Organisationen oder die staatlichen Organe anzuleiten. Als beratende Organe sollen sie Empfehlungen für die Parteiführung beraten und ausarbeiten, Probleme des jeweiligen Arbeitsgebietes diskutieren und beraten, wie die Beschlüsse der Parteiführung am besten umgesetzt werden können. Die Westkommission beim Politbüro sollte sich in Zukunft vor allen Dingen mit den Grundfragen unserer Arbeit nach Westdeutschland in der Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus und mit der prognostischen Einschätzung der Entwicklung in Westdeutschland beschäftigen, d.h., daß wir mit größerer Regelmäßigkeit als bisher Grundfragen unserer Arbeit im Kreis der Westkommission zur Beratung stellen werden.“¹⁹²

Aus der Sicht Nordens lief das aber nicht auf die Fortsetzung der bisherigen Arbeit der Westkommission hinaus; vielmehr „erforderte die vom VII. Parteitag beschlossene Linie völlig neue Überlegungen“, sowohl hinsichtlich des Inhalts als auch der Methoden der Arbeit. Als „Hauptkomplexe“ ergaben sich demnach: „Die weitere Arbeit an der Analyse über den Stand und die weitere Entwicklung des westdeutschen Imperialismus. Wir brauchen eine exakte Gesellschaftsprognose nicht nur über den zukünftigen Weg der DDR, sondern auch im Hinblick auf Westdeutschland. – Die ständige Beobachtung und Einschätzung, wie sich die Klassenwidersprüche auf dieser Grundlage entwickeln. – Die Verwirklichung und ständige Präzisierung der Grundlinie unserer Politik für die Einigung der deutschen Arbeiterklasse. Hierzu gehört z.B. auch unser Verhältnis zur SPD. – Schließlich die Politik des friedlichen Nebeneinander der beiden Staaten.“¹⁹³

Das Problem der neuen Methoden in der „Westarbeit“ kleidete das wohl von Norden selbst erarbeitete Konzeptpapier in zwei selbstkritische Fragen: „Wie erreichen wir eine exakte Abgrenzung und gleichzeitig eine ‚Konzertierte Aktion‘ der verschiedenen in der Westarbeit tätigen Institutionen? Jetzt wird noch vieles doppelt und manches gar nicht getan. Wie verwirklichen wir die differenzierte staatliche

¹⁹⁰ Vgl. Interview mit Klein am 28.10.1991.

¹⁹¹ Ebenda.

¹⁹² ZPA, IV A2/1002/2, Konzeption für die Sitzung der Westkommission am 3.7.1967.

¹⁹³ Ebenda, S. 3a.

Politik auf diesem Gebiet und die der gesellschaftlichen Organisationen? Der FDGB z.B. muß und kann anders auftreten als Genosse Stoph oder das Staatssekretariat.“¹⁹⁴

Die Vorstellung von den Verhältnissen in der Bundesrepublik, deren möglichst genaue und wissenschaftliche Analyse man als Voraussetzung für die „Westarbeit“, aber auch insgesamt für die Deutschlandpolitik brauchte, war dabei nach wie vor von der einfachen Dichotomie der „Kräfteverhältnisse“ geprägt: „Einerseits“, so die Einschätzung Nordens ganz auf der Linie der Status-quo-Politik, die mit dem VII. Parteitag eingeleitet wurde, „sind die Beherrscher Westdeutschlands, die ihre Herrschaft auch über die DDR ausdehnen möchten, dazu nicht in der Lage; andererseits sind die fortschrittlichen Kräfte Westdeutschlands noch nicht in der Lage, gestützt auf die Errungenschaften der DDR, die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland im Sinne einer grundlegenden demokratischen Umwälzung zu verändern.“¹⁹⁵ Die Chancen für ein Eingreifen bzw. eine Einflußnahme von außen schienen dabei gut, denn allenthalben wurde konstatiert, daß die Bundesrepublik „durch eine erhöhte Labilität der Wirtschaft und durch größere Bewegung im politischen Kräfteverhältnis gekennzeichnet wird“¹⁹⁶. Die „Verschärfung der Widersprüche“ und die „Polarisierung der Klassenkräfte“ waren nach Nordens Ansicht vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erwarten, zum anderen aber auch „im Zusammenhang mit den reaktionären Maßnahmen der sogenannten inneren Staatsreform“, das heißt „der Zuflucht zu autoritären Herrschaftsformen und der verschärften geistigen Manipulierung der westdeutschen Bürger“¹⁹⁷.

Die westdeutschen Probleme in der Rezessionsphase 1966/67 und die gleichzeitigen Reformmaßnahmen der Großen Koalition wurden damit in ein grobschlächtiges Krisenschema gepreßt. Dennoch merkte man offensichtlich, daß sich die wirkliche gesellschaftspolitische Entwicklung in Westdeutschland in ihrer Differenziertheit und Komplexität dem banalen Perzeptionsschema entzog – nicht nur was die „Entlarvung“, sondern vor allem auch was die Erarbeitung von sozialistischen Gegenmodellen betraf. Norden jedenfalls merkte in seiner Vorlage selbstkritisch an, daß „wir oft zu impressionistisch an die Dinge [herangehen]. Wir warten auf das, was von Westdeutschland kommt, hören und lesen die Reden von Ministern, Parteiführern usw., kommentieren sie richtig. Natürlich muß das sein. Aber was bei uns noch ungenügend entwickelt ist, das ist die Analyse der Erscheinungen. Wir haben ausgezeichnete Informationen über die Lage der Gewerkschaften. Aber wo ist die Abstraktion aus den verschiedenen Materialien, die analytische Verarbeitung der aus vielen Quellen fließenden Informationen? [...] Ohne Analyse der Informationen ist doch eine Prognose gar nicht möglich, d.h. die Entwicklung einer auf

¹⁹⁴ Ebenda, S. 3b.

¹⁹⁵ Ebenda, S. 4.

¹⁹⁶ Ebenda, S. 5.

¹⁹⁷ Ebenda, S. 6.

Jahre vorberechneten langfristigen Politik. Was wollen wir auf lange Sicht mit der Sozialdemokratie? Wir sind für eine Kräftigung der Opposition innerhalb der Sozialdemokratie. Aber keiner unter uns wird doch die Illusion haben, daß wir die Partei dem Wehner-Apparat entreißen können. Also wohin des Weges? Welche Etappen wollen wir gehen? Welche Vorstellungen machen wir uns über eine legale sozialistische Partei? Wie wird gesichert, wenn wir für eine solche Partei sind, daß es keine Sekte, sondern eine Massenpartei wird? All das setzt eine exakte wissenschaftliche Analyse vieler Faktoren voraus. [...] Natürlich ist es klar, daß solche Erwägungen nur im engsten Kreis ventiliert werden dürfen. In der Arbeit der Westkommission muß man sich gerade auch mit Themen beschäftigen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, wo es noch keine ausgearbeitete Linie gibt. In einer Art müssen wir an die Dinge herangehen, daß wir die verschiedensten Varianten durchprobieren, so wie es bei der Vorbereitung des Referates des Ersten Sekretärs auf dem Parteitag geschehen ist.“¹⁹⁸

Auf die Arbeit der Westabteilung hatten die Überlegungen Nordens aber keinen Einfluß. Im Arbeitsplan für 1968 waren nach wie vor ganz im Sinne der Abgrenzung die Analyse und der Kampf gegen Strategie und Taktik des westdeutschen Imperialismus vorgesehen, ferner die „Einschätzung und Auseinandersetzung mit der politischen Plattform der SP-Führung zum SP-Parteitag“ sowie ein „Schwerpunktplan für den Kampf gegen Revanchismus und Renazifizierung“¹⁹⁹. Und wie zuvor umfaßte die „Anleitung und Kontrolle der Themen- und Maßnahmepläne aller Westorgane“ einen ebenso großen Teil der Arbeit der Westabteilung wie die Ausarbeitung von Grundsatzargumentationen (was eigentlich die Aufgabe der Westkommission war) oder die „Kontrolle der Durchführung des Beschlusses des ZK-Sekretariats zur Verbesserung der schriftlichen Agitation nach Westdeutschland“²⁰⁰.

Bis Mitte 1969 hatte man sich in der Westabteilung schließlich sogar der internationalen Unterstützung bei der Bekämpfung der Bonner Regierung versichert. Als Folge der Auswertung einer „internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“ in Moskau startete die Westabteilung unter der Losung „Bilanz der Großen Koalition – Bilanz einer großen Verschwörung“ einen propagandistischen Generalangriff auf die Deutschlandpolitik Bonns und insbesondere Brandts²⁰¹. Und auch als die neue Regierung Brandt/Scheel 1969 den früher in Ost-Berlin so lange erhofften Machtwechsel brachte, kursierte in den Einschätzungen und Analysen der Ostberliner Deutschland-Experten noch immer die Formel vom „unverändert revanchistischen Charakter“ der Bonner Politik, mit der Brandts neue Deutschland- und Ostpolitik etikettiert wurde²⁰².

¹⁹⁸ Ebenda, S. 18f.

¹⁹⁹ ZPA, A2/1002/1, Arbeitsplan vom 7.2.1968.

²⁰⁰ Ebenda.

²⁰¹ ZPA, IV A2/2028/37, Auswertung vom 8.7.1969.

²⁰² Interview mit Reinhold am 27.2.1991.

IV. „Westarbeit“ am Vorabend des Grundlagenvertrages 1970/71

Hinter der Feindseligkeit Ost-Berlins gegenüber der neuen Bonner Regierung stand deutlich der Versuch, die veränderte Lage mit Unnachgiebigkeit und neuen Forderungen im Griff zu behalten. In einem Vertragsentwurf „über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik, den Ulbricht am 17. Dezember 1969 Bundespräsident Heinemann übergeben ließ, wurden nun offizielle diplomatische Beziehungen gefordert. Als Reaktion auf Brandts These von der Nation als dem „Band um das gespaltene Deutschland“ nahm Ulbricht mit dem Schlagwort von der Herausbildung und Entwicklung einer eigenen sozialistischen deutschen Nation in der DDR eine grundlegende Neuorientierung vor. Die Ausformung einer eigenen „Nation-Theorie“ der SED schien um so dringlicher, als die Treffen von Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph im März und Mai 1970 in Erfurt und Kassel in einem für die SED bedrohlichen Ausmaß zu einer Belebung von Wiedervereinigungshoffnungen in beiden Staaten führten²⁰³.

Dennoch konnte man sich der Tendenz zum Pragmatismus in den nun einsetzenden Verhandlungen nicht entziehen. Noch im Januar 1970 begann die erste Verhandlungsrunde zwischen Bahr und dem sowjetischen Außenminister Gromyko über einen deutsch-sowjetischen Vertrag, und Brandt skizzierte in Kassel die Umriss eines Normalisierungsvertrages mit der DDR auf der Basis der Anerkennung der staatsrechtlichen Existenz, aber noch unterhalb der Schwelle der völkerrechtlichen Anerkennung; die SED hatte diesem Vorschlag lediglich eine selbstverordnete „Denkpause“ entgegenzusetzen²⁰⁴. Im August 1970 wurde schließlich der deutsch-sowjetische Vertrag unterzeichnet, und Ende November 1970 sah man sich auch auf Ostberliner Seite gezwungen, vorsichtige Gesprächsbereitschaft anzudeuten. Es dauerte aber noch fast ein Jahr, ehe Anfang September 1971 mit dem Beginn der Kohl-Bahr-Gespräche eine ständige, offizielle deutsch-deutsche Verhandlungsschiene eröffnet wurde.

Je größer die Annäherungszwänge wurden, desto stärker versuchte die DDR, sich wenigstens propagandistisch abzugrenzen. Mit ihrer zunehmend starren Haltung nahm die Westabteilung des ZK immer mehr das Heft in die Hand. Der in den Vertragsverhandlungen zwischen Kohl und Bahr zum Ausdruck kommende Pragmatismus brachte geradezu zwangsläufig das am stärksten ideologisch-dogmatische Gremium in den Vordergrund. Nicht mehr Joachim Herrmann, sondern Heinz

²⁰³ Kuppe, *Deutsch-deutsche Beziehungen*, S. 560.

²⁰⁴ Ebenda.

Geggel führte nun auf den Tagungen des Rates beim Staatssekretariat für westdeutsche Fragen das Wort, und mehr als früher hatten die „Beratungen“ und „Diskussionen“ den Charakter von Belehrungen. „Westarbeit“, das wurde beispielsweise aus Geggels Ausführungen am 19. Februar 1970 deutlich, verlor im Kontext der internationalen Verständigungsbemühungen nun immer mehr ihre Stoßrichtung nach außen. Statt dessen rückte die Stabilisierung des Systems nach innen zunehmend in den Mittelpunkt. „Erläuterung der Taktik unserer Partei in der Systemauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus, um seine Aktionsfähigkeit einzuzengen, seine Macht zurückzudrängen und einen maximalen Zeitgewinn für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR zu erreichen“, lautete die Maxime. „Er [Geggel] hob hervor, daß die erste und wichtigste Aufgabe in der allseitigen Stärkung der DDR besteht.“²⁰⁵ Der streng vertrauliche Rechenschaftsbericht der Westabteilung für das Jahr 1970 vermerkte denn auch, daß man auf insgesamt 1535 propagandistischen Veranstaltungen mit rund 60 900 Teilnehmern erfolgreich politisch-ideologisch gearbeitet habe und zur „Förderung einer klassenmäßigen Haltung gegenüber der sozialistischen DDR“ beitragen konnte²⁰⁶.

Erstmals wurde dabei aber auch die eigene Arbeit kritisch reflektiert. Ziemlich ernüchert wurde hinsichtlich der Erfolge bei den „individuellen Gesprächen und Kontakten“ und bei einer Bilanz der „inhaltlichen Resultate der Arbeit in der BRD“ festgestellt, „daß unter dem Einfluß der verstärkten antikommunistischen Kampagne der SPD- und DGB-Führung sich ein Teil von Funktionären der SPD und der Gewerkschaften, insbesondere auf mittlerer Ebene, unseren Genossen gegenüber reserviert verhielt, ohne daß die meisten von ihnen die Kontakte gänzlich abbrechen wollten. [...] Durch das Auftreten unserer Genossen ist es [zwar] gelungen, bei großen Teilen der Gesprächspartner eine realistischere Einstellung zur DDR zu fördern. [...] Zugleich ist nicht zu übersehen, daß es in solchen Grundfragen, wie das Wesen der Staatsmacht in der DDR, Inhalt und Funktion der sozialistischen Demokratie, führende Rolle der Arbeiterklasse und der SED, große Unklarheiten gibt. Selbst viele progressive Sozialdemokraten und Gewerkschafter betrachten den Sozialismus in der DDR nicht klassenmäßig und als historische Alternative zum spätkapitalistischen System, sondern allgemein unter dem Gesichtspunkt der Vorteile dieser oder jener Seite der sozialistischen Entwicklung. Wir haben die Einsicht gefördert, daß die neuen Momente für Frieden und Sicherheit in Europa ihre Ursache im veränderten internationalen Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte des Friedens und Sozialismus und in der beharrlichen Friedensinitiative der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten haben. [...] Eine große Zahl der Gesprächspartner vertritt jedoch die Auffassung, daß nur durch die ‚neue Politik‘ der SPD/FDP-Regierung und besonders durch Brandt eine solche Entwicklung eingeleitet werden konnte. [...] Das Argument, jetzt müsse die DDR

²⁰⁵ BA Potsdam, D-2/70, Kurzprotokoll der Ratstagung vom 19.2.1970.

²⁰⁶ ZPA, IV A2/2028/37, Informationsbericht, undatiert.

gewisse Zugeständnisse in der Westberlin-Frage und beim Ausbau der ‚innerdeutschen Beziehungen‘ machen, ist weit verbreitet. [...] Unsere Propagandisten und Beauftragten waren bestrebt, den Gesprächspartnern die klassenmäßigen Ursachen der Verschärfung der sozialen und gesellschaftlichen Konflikte zu erklären und die Erkenntnis zu verbreiten, daß das herrschende staatsmonopolistische System in der BRD den Interessen und Forderungen der arbeitenden Menschen völlig widerspricht. Aber es ist selbst bei uns wohlgesinnten Leuten nur zum Teil gelungen, die große Illusion über die Politik der gegenwärtigen Regierung abzuschwächen.“²⁰⁷

Auch in der Konzeptionsbildung war nun die Westabteilung des ZK das bestimmende Gremium. Geggel war es, der im Februar 1971 zuerst über die aktuellen Entwicklungen in der Deutschlandpolitik der DDR-Spitze informiert wurde. Norden hatte ihm die internen Informationen über die von Ulbricht geforderte Vorbereitung eines neuen Dokuments zur nationalen Frage und die Ergebnisse der dabei erfolgten Abstimmung mit dem ZK der KPdSU übergeben²⁰⁸. Darin wurde deutlich, daß sich die Einflußkonstellationen in der „Westarbeit“ in einem weiteren Bereich wesentlich verändert hatten. Denn im Vergleich zu 1963, als die „Westarbeiter“ erstmals in Moskau gewesen und auf freundliches Desinteresse gestoßen waren, ließ sich nun feststellen, daß das ZK der KPdSU die West-Agitatoren eng an die Leine genommen hatte. Als Geggel und Häber beispielsweise im Oktober 1971 nach Moskau bestellt wurden, war deutlich von einer engeren „Abstimmung und Koordinierung der gesellschaftlichen Tätigkeit in die Bundesrepublik Deutschland zwischen den verantwortlichen Abteilungen des ZK der KPdSU und der SED“ die Rede²⁰⁹.

Der zunehmenden Einflußnahme der Sowjetunion war es auch zu verdanken, daß Ulbricht mit seinem deutschlandpolitischen Kurs immer mehr in die Isolierung geriet. Nach wie vor besteht Unklarheit über das, was Ulbricht in den Jahren 1970/71 wirklich wollte. Es scheint, daß er eine zunehmend eigenwillige Linie verfolgte, die noch einmal auf die Verständigung mit der Sozialdemokratie setzte, gleichzeitig aber dem Entspannungskurs Moskaus zuwiderlief²¹⁰. Im Frühjahr 1971 wurde Ulbricht entmachtet, der VIII. Parteitag der SED vom 15. bis 19. Juni 1971 fand bereits in seiner Abwesenheit statt, und das große Wort führte sein Nachfolger Erich Honecker. Die deutsche Frage wurde ganz an die Seite gedrängt und fast als Nebensache behandelt. Der Blick auf die Beziehungen zur Bundesrepublik war einer globalen Perspektive gewichen, in der die Vorstellung vom unaufhaltsamen Sieg des Sozialismus und vom notwendigen Kampf gegen den Imperialismus dominierte. Der

²⁰⁷ Ebenda, S. 6ff.

²⁰⁸ ZPA, IV A2/2028/37, Brief Nordens an Geggel vom 24.2.1971.

²⁰⁹ ZPA, IV A2/2028/37, Bericht vom 15.10.1971.

²¹⁰ Vgl. zu den deutschlandpolitischen Gründen des Sturzes Ulbrichts 1970/71 die inzwischen veröffentlichten Politbüroprotokolle in: Spiegel vom 1.4.1991, S. 48ff., und Stern 51/1990, S. 64ff., sowie die Zeit vom 3.10.1991, S. 49f. Vgl. auch Przybylski, Tatort Politbüro I; ders., Tatort Politbüro II, sowie Bericht Reinholds als damaliger Teilnehmer der Politbüro-Sitzung (Interview am 27.2.1991).

Begriff „Deutschland“ tauchte in dem Bericht Honeckers gar nicht mehr auf, und wo von der Bundesrepublik noch dezidiert die Rede war, ging es nunmehr um die objektive und zwangsläufige Entwicklung, daß „die Gegensätzlichkeit zwischen uns und der Bundesrepublik Deutschland sich verstärkt und daß darum der Prozeß der Abgrenzung zwischen beiden deutschen Staaten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens immer tiefergehender wird“²¹¹.

Es konnte nicht ausbleiben, daß sich der mit dem Sturz Ulbrichts eingeleitete Kurswechsel auch in der organisatorischen und inhaltlichen Ausrichtung der „Westarbeit“ niederschlug. Als Norden im Mai 1971 eine Neuorganisation konzipierte, war zwar nach wie vor vorgesehen, daß sich die Westkommission unter der Leitung des zuständigen Sekretärs des ZK aus den Experten zusammensetzen sollte, die in den einzelnen Bereichen für die „Westarbeit“ verantwortlich waren (alles in allem 12 bis 14 Fachleute). Die inhaltliche Ausrichtung der Westkommission änderte sich aber entsprechend der Linie des VIII. Parteitages schnell. Aufgabe der Westkommission war gemäß eines Beschlusses des Politbüros nun vor allem der „Kampf gegen den Imperialismus der BRD“ bzw. die „Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie einschließlich des Sozialdemokratismus“²¹². Die Westabteilung blieb weiterhin verantwortlich für „die Anleitung, Koordinierung und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Partei im Bereich der Westarbeit“; sie organisierte nun aber vor allem auch die politisch-ideologische Hilfe für die DKP und die SEW²¹³. Die bisherige Verantwortung für die Agitation und Argumentation über „Fragen der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins“ gegenüber der eigenen Bevölkerung wurde nun an die Agitationsabteilung des ZK abgegeben.

Das Staatssekretariat für westdeutsche Fragen schließlich wurde am 7. Juli 1971 kommentarlos aufgelöst. „Zwecks Zentralisation und einer möglichst effektiven Nutzung aller vorhandenen Kapazitäten“ wurde aus Teilen des bisherigen Staatssekretariats, dem Deutschen Wirtschaftsinstitut und dem Institut für Zeitgeschichte ein zentrales Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) gebildet. Es hatte die Aufgabe, „die politischen Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin zu analysieren, schnell darüber zu informieren und entsprechende Ausarbeitungen vorzunehmen sowie die bisherige Forschungsarbeit über den Imperialismus der Bundesrepublik Deutschland voll fortzusetzen“. Es ist bezeichnend, daß die Idee, Joachim Herrmann zum Leiter des IPW zu machen, zugunsten von Herbert Häber verworfen wurde²¹⁴.

In einer ausführlichen „Gedankenführung“ zur konstituierenden Sitzung der Westkommission am 9. September 1971, sechs Tage nach Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin, umriß Albert Norden noch einmal seine Vorstellung

²¹¹ Zieger, Haltung der SED, S. 134f., sowie Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED 1971, Bd. I, S. 47ff.

²¹² ZPA, IV A2/2028/5, „Überlegungen zur Organisation der Westarbeit“ vom 11.5.1971.

²¹³ Ebenda.

²¹⁴ Ebenda, S. 2.

gen über die weitere Ausrichtung der „Westarbeit“. Unfreiwillig skizzierte er dabei die Widersprüchlichkeit, in die man sich manövriert hatte²¹⁵: „Unsere Partei hat auf dem VIII. Parteitag mit großer Dringlichkeit auf die Dialektik von offensiver Politik der friedlichen Koexistenz und prinzipieller ideologischer Auseinandersetzung mit dem Gegner, auf die Dialektik von objektiver Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland und einer beweglichen Außenpolitik auch gegenüber diesem imperialistischen Staat hingewiesen.“ Es gelte daher, den Verständigungsprozeß nicht zu stören, sondern ihn für sich auszunutzen. Das Berlin-Abkommen etwa zeige „die großen Möglichkeiten, die sich für uns auf der Basis der allseitigen Festigung des Sozialismus, bei Beachtung des unverändert aggressiven Wesens des Imperialismus und gestützt auf eine sachliche und nüchterne Einschätzung der Lage für die Ausnutzung der Widersprüche und Differenzierungen im Lager des Gegners ergeben“. Die taktische Notwendigkeit lasse es gegenwärtig nicht zweckmäßig erscheinen, eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Brandt-Regierung und ihrer „neuen“ Ostpolitik zu führen. Darüber dürfe aber nicht „die Klarstellung des imperialistischen Feindbildes, die gerade gegenwärtig von großer aktueller Bedeutung ist“, vergessen werden²¹⁶. Überhaupt schien es Norden dringend erforderlich, die neue Bonner Politik als „Verschleierungstaktik des Imperialismus“ zu „entlarven“. „Die Politik der Anpassung“, so hieß es in seinem Papier, „ist Ausdruck der allgemeinen Krise des Imperialismus, seiner historischen Defensive – er kann nicht mehr Politik machen, wie er allein will und es seinem aggressiven Wesen entspricht. Er ist gezwungen, sich anzupassen. Diesen Zwang und seine Ursachen müssen wir gebührend herausarbeiten.“²¹⁷

Probleme bereitete Norden vor allem das positive Echo, das Brandts Politik auch innerhalb der DDR fand. „Die innerdeutsche Variante ist eine spezifische Form der Anwendung des bürgerlichen Nationalismus im Kampf gegen die DDR“, notierte er. „Besonders die sozialdemokratische Variante des Nationalismus tritt uns in vielfältiger Weise entgegen, wird auf der Kultur-, Sport-, Wissenschafts- und Wirtschaftsflanke und anderen Gebieten in unsere Bevölkerung eingeschleust [...]. In der psychologischen Kriegsführung des Gegners gegen uns und die eigene Bevölkerung spielt die Verwischung des Feindbildes, die Verschleierung des Wesens des Imperialismus, die These vom Wandel des Kapitalismus, eine große Rolle. Die Illusionen über die Politik der Brandt-Regierung, die wir alle kennen, zeigen, daß hier öffentliche Wirkung erzielt wird. In der Runde unserer Westkommission sollten wir daher gemeinsam Überlegungen anstellen, wie wir unseren Angriff gegen den aggressiven, ausbeuterischen Imperialismus [...] verschärfen können.“

Die Gefahr, die von dieser Politik Bonns ausging, bestärkte daher die neue Orientierung der „Westarbeit“: „Die Westkommission muß maßgeblich mithelfen,

²¹⁵ ZPA, A2/2028/5, Gedankenführung vom 9.9.1971.

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ Ebenda.

diese prinzipielle ideologische Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Gegner und seiner psychologischen Kriegsführung *innerhalb* unserer Republik, im Leben unserer Partei, in unseren Massenorganisationen und unseren Massenmedien zu befruchten und organisieren zu helfen. D.h., wir dürfen unsere Energie keineswegs in der Unterstützung des Kampfes in der BRD und in Westberlin erschöpfen, sondern wir müssen in diesem Kreis unseren Blick stets auch und gerade auf die DDR richten [...]. Damit ist die Frage prinzipiell beantwortet, die in der praktischen Westarbeit immer wieder eine Rolle spielt: Natürlich bedeutet Abgrenzung nicht, daß uns das Schicksal der Arbeiter der BRD gleichgültig ist. Aber prinzipielle Schlußfolgerungen aus der klassenmäßigen Beantwortung der nationalen Frage auf dem VIII. Parteitag sind auch hier zu ziehen. Die Arbeiterklasse der BRD muß unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei die Aufgabe der Befreiung der Arbeiterklasse selbständig lösen. [...] Auch in den Formen dieser Arbeit gilt es, Überholtes [zu] beseitigen.“²¹⁸

Blickt man auf die Anfänge organisierter Westpolitik in den fünfziger Jahren zurück, so wird man feststellen können, daß sich die „Westarbeit“ – trotz der über lange Zeit hin gleichbleibenden Parolen – sowohl in ihren Methoden als auch in ihrer Zielsetzung und in ihren Inhalten durchaus veränderte. Hatte man sich zwischen 1956 und 1961 noch bei der „gesamtdeutschen Arbeit“ auf die Einheit der Nation als Bezugsrahmen gestützt, so brachte die Tauwetterphase zwischen 1962 und 1966 für die „Arbeit nach Westdeutschland“ mit dem Niedergang des Konföderationskonzepts und dem Aufkommen der Politik der kleinen Schritte eine Verschiebung der Orientierungslinien, ehe seit dem VII. Parteitag 1967 „Westarbeit“ im Zeichen einer langfristig getrennten Entwicklung beider deutschen Staaten konzipiert und praktiziert wurde.

„Westarbeit“ der SED hatte auch bedeutet, durch ständige „Einschätzungen“, „Schlußfolgerungen“ und Situationsanalysen ein möglichst aktuelles Bild von der gesellschaftspolitischen Situation in der Bundesrepublik und deren augenblicklichem „Gesamtcharakter“ zu erhalten und dabei – bewußt oder unbewußt – das eigene Selbstverständnis und die eigene Situation mitzudefinieren. Je mehr man merkte, daß die zunehmend komplexeren und rasch wechselnden politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre mit dem engen ideologischen Perzeptionsraster und Deutungsrahmen nicht zu erfassen waren, daß sich die Realität der Ideologie entzog, desto starrer wurde die eigene Position. Ende der sechziger Jahre hatten sich damit die beiden Komponenten der Deutschlandpolitik der DDR deutlich in unterschiedliche Richtungen bewegt und lagen nun weiter auseinander denn je: die pragmatische Annäherung auf der Ebene regierungsoffizieller Verhandlungen und die politisch-ideologische Abgrenzung auf der Ebene der Systemrivalität und der politischen Normen-Konkurrenz. Die Aufrechterhaltung dieser Spannung in der widersprüchlichen Deutschlandpolitik der DDR kostete in den folgenden Jahren viel Kraft, bedrohte doch ihre Auflösung die Legitimationsgrundlage und das Selbstverständnis der SED.

²¹⁸ Ebenda.

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

- Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach (ADL)
Bundesgeschäftsstelle der FDP, Ostbüro/Referat Wiedervereinigung
2381, 2382, 2636
Nachlaß Thomas Dehler
N1-2228, 3119
Akten Erich Mende
A31-27, 88, 144
Akten/Aufzeichnungen Wolfgang Schollwer
6949-15, 6965-95
LDPD
13478, 17343, 28621, 28685, 28688, 28707, 28708, 28819, 28822, 31694, 31714, 31734, 5422/
2-3
Zentrales Parteiarchiv der SED, Berlin (ZPA)
Nachlaß Walter Ulbricht
NL 182/1305, 1306
Nachlaß Albert Norden
NL 217/68
Bereich Befreundete Organisationen
IV 2/15/2, IV 2/15/8, IV 2/15/22 - IV 2/15/25, IV A215/241
Westkommission/Westabteilung
IV 2/1002/1, IV 2/1002/8, IV 2/1002/44, IV A2/1002/1-2
Büro Friedrich Ebert
IV 2/2031/34
Büro Albert Norden
IV 2/2028/6, IV 2/2028/7, IV 2/2028/10, IV 2/2028/11, IV 2/2028/16, IV 2/2028/28, IV 2/
2028/65, IV A2/2028/5, IV A2/2028/24, IV A2/2028/37, IV A2/2028/3940, IV A2/2028/
84, IV A2/2028/94
Politbüro
I/IV 2/2/685, I/IV 2/2/814, I/IV 2/2/851, I/IV 2/2/873
Bundesarchiv, Abteilungen Postdam (BA Potsdam)
Staatssekretariat für westdeutsche Fragen
D-2/1, D-2/16, D-2/30, D-2/37, D-2/38, D-2/50, D-2/53, D-2/55, D-2/70, D-2/71, D-2/
73, D-2/185, D-2/222
Büro Alexander Abusch C-20 I/2-1387
Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)
Nachlaß Hans Constantin Paulssen (unverzeichnet)
Privatarchiv Wolfram Dorn, Bonn (unverzeichnet)
Privatarchiv Hans Dieter Jaene, Berlin (unverzeichnet)

2. Zeitungen und Zeitschriften

Frankfurter Allgemeine Zeitung
 Frankfurter Rundschau
 Der Morgen
 Neues Deutschland
 Neue Zürcher Zeitung
 Der Spiegel
 Stern
 Stuttgarter Zeitung
 Süddeutsche Zeitung
 Tagesspiegel
 Die Welt
 Die Zeit

3. Interviews

Hermann von Berg, Berlin, 14.11.1990 und 22.1.1991
 Dettmar Cramer, Köln, 4.10. und 24.10.1990
 Gerhard Dengler, Berlin, 25.10.1991
 Wolfram Dorn, Bonn, 21.6.1991
 Manfred Gerlach, Berlin, 21.3.1991
 Hans Dieter Jaene, Berlin, 13.11.1990
 Dieter Klein, Berlin, 28.10.1991
 Wolfgang Mischnick, Suhl, 1.11.1991
 Rudi Müller, Berlin, 20.3.1991
 Otto Reinhold, Berlin, 27.2.1991
 Wolfgang Schollwer, Bonn, 21.2.1991
 Jochen Steinmayr, München, 25.6.1991
 Hans Voß, Berlin, 21.1.1991
 Kurt Wünsche, Berlin, 19.3.1991
 Round-table-Gespräch
 mit Gerhard Dengler, Peter Bender, Manfred Rexin, Herbert Bertsch, Norbert Podewin,
 Werner Baumgärtel, Hans Dieter Jaene und Hermann Oxfort, Berlin, 28.10.1991
 (Die Tonbandaufzeichnungen sowie deren Transkripte werden im Archiv des IfZ verwahrt)

4. Gedruckte Quellen und Literatur

8. Parteitag der LDPD, 5.-8. Juli in Weimar, hrsg. vom Zentralvorstand der LDPD, Gera 1960.
 Agsten, Rudolf und Manfred Bogisch: Die LDPD auf dem Weg in die DDR, Ost-Berlin 1974.
 Agsten, Rudolf, Manfred Bogisch und Wilhelm Orth: LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, 2. durchges. u. erw. Aufl., Ost-Berlin 1987.
 Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.
 Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986.
 Benz, Wolfgang, Günter Plum und Werner Röder: Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978.
 Berg, Hermann von: Vorbeugende Unterwerfung. Politik im realen Sozialismus, München 1988.

- Bertsch, Herbert: Die Konzeption der FDP in der Deutschlandfrage, in: Dokumentation der Zeit, H. 336, Ost-Berlin 1965.
- Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.
- Bleek, Wilhelm: Einheitspartei und nationale Frage 1945-1955, in: Der X. Parteitag der SED. 35 Jahre SED-Politik. Versuch einer Bilanz, Köln 1980, S. 87-99.
- Bruns, Wilhelm: Deutsch-deutsche Beziehungen. Prämissen – Probleme – Perspektiven, Opladen 1984.
- Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. XIII, Ost-Berlin 1969.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reihe III-V, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen / Innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt/M. 1961-1987.
- Dorn, Wolfram und Wolfgang Wiedner: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring. Eine politische Biographie, Bonn 1974.
- Ende, Heinrich: Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konfliktes 1949-1972, Köln 1973.
- FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954-1960, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1991.
- Fleck, Hans-Georg: Liberale an einen Tisch? Die Weimarer Gespräche zwischen FDP und LDPD im Oktober 1956, in: Deutschland-Archiv 20 (1987), S. 67-74.
- Freudenhammer, Alfred und Karlheinz Vater: Herbert Wehner. Ein Leben mit der Deutschen Frage, München 1978.
- Gerlach, Manfred: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991.
- Gesamtdeutscher Disput in Bad Homburg. Wortlaut der Podiumsdiskussion zwischen FDP und LDPD am 31. März 1966, hrsg. vom LDP-Bundesbeirat der Freien Demokratischen Partei, Bonn 1966.
- Gläser, W.: Die Konföderationspläne der SED von 1957-1967, ihr politischer Hintergrund und ihre Funktion im Rahmen der kommunistischen Deutschlandpolitik, Diss. Erlangen-Nürnberg 1976.
- Glazeder, Sebastian J.: Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980.
- Grewe, Wilhelm G.: Neun Wochen Genfer Konferenz, in: Außenpolitik 10 (1959), S. 773-787.
- Ders.: Ist die Gipfeldiplomatie kompromittiert?, in: Außenpolitik 11 (1960), S. 429-435.
- Ders.: Rückblenden. 1976-1951, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979.
- Gutscher, Jörg Michael: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Meisenheim 1967.
- Häber, Herbert: Entwicklungen in Westdeutschland: Andere Szene – dasselbe Spiel, in: Einheit 22 (1967), S. 195-207.
- Hofmann, Jürgen: Ein neues Deutschland soll es sein. Zur Frage nach der Nation in der Geschichte der DDR und der Politik der SED, Berlin 1989.
- Ders.: Es ging um Deutschland. Vorschläge der DDR zur Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten 1946 bis 1967, Berlin 1990.
- Horn, Wolfgang: Der Kampf der SED um die Festigung der DDR und der Übergang zur zweiten Etappe der Revolution, Ost-Berlin 1959.
- Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964.
- Janka, Walter: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Hamburg 1989.
- Ders.: Spuren eines Lebens, Berlin 1991.
- Juling, Peter: Dialog mit großen Pausen (FDP – LDPD), in: Liberaldemokratische Korrespondenz, hrsg. vom LDP-Bundesbeirat der FDP, Sonderausgabe Juli 1975 (Bonn).

- Ders.: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim 1977.
- Ders.: Offen und überall mit der DDR reden, in: *liberal* 24 (1982), S. 637-648.
- Just, Gustav: Zeuge in eigener Sache, Frankfurt/M. 1990.
- Kegel, Gerhard: Die Decke wird immer dünner, in: *Deutsche Außenpolitik* 9 (1964), S. 583-594.
- Ders.: Zur Deutschlandpolitik der beiden Deutschlands, in: *Einheit* 23 (1968), S. 739-743.
- Ders.: In den Stürmen unseres Jahrhunderts. Ein deutscher Kommunist über sein ungewöhnliches Leben, Ost-Berlin 1983.
- Kertzscher, Günter: Unser Standpunkt in der deutschen Frage, hrsg. vom Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin 1968.
- Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Göttingen 1988.
- Klingl, Friedrich: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. Eine Analyse der außenpolitischen Konzeption und des außenpolitischen Verhaltens Thomas Dehlers, München 1987.
- Koch, Diether: Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972.
- Koch, Klaus-Uwe: Das Problem der Nation in der Strategie und Taktik der SED in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, Diss. Ost-Berlin 1985.
- Koenen, Reiner: Nation und Nationalbewußtsein aus der Sicht der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bochum 1975.
- Kopp, Fritz: Kurs auf ganz Deutschland? Die Deutschlandpolitik der SED, Stuttgart 1965.
- Krippendorf, Ekkehart: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1961.
- Krone, Heinrich: Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969, in: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hrsg.), *Adenauer-Studien Bd. III, Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie*, Mainz 1974, S. 134-201.
- Küsters, Hanns Jürgen: Wiedervereinigung durch Konföderation. Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56, in: *VfZ* 40 (1992), S. 107-153.
- Kuppe, Johannes: Vergleich der sowjetischen und der DDR-Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Frage nach dem Spielraum der DDR-Deutschlandpolitik 1964-1969, Diss. München 1977.
- Ders.: Die deutsch-deutschen Beziehungen aus der Sicht der DDR, in: Werner Weidenfeld, Hartmut Zimmermann (Hrsg.), *Deutschland-Handbuch, eine doppelte Bilanz 1949-1989*, München 1989, S. 551-567.
- Kupper, Siegfried: Der innerdeutsche Handel. Rechtliche Grundlagen, politische und wirtschaftliche Bedeutung, Köln 1972.
- Lapp, Peter Joachim: Die Blockparteien in der DDR. Zwischen totaler Anpassung und latenter Konfliktbereitschaft, in: *Beiträge zur Konfliktforschung* 10 (1980), S. 103-122.
- Ders.: Die „befreundeten“ Parteien der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988.
- Löwenthal, Richard: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Ders./Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die Zweite Republik*, Stuttgart 1974, S. 604-699.
- Loth, Wilfried: Ost-West-Konflikt und deutsche Frage, München 1989.
- Ludz, Peter Christian: Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln 1968.
- Marburg, 13.1.61, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, bearb. von Theo Hanemann, Ost-Berlin 1961.
- Matz, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.

- Mende, Erich: Die neue Freiheit. 1945-1961, München 1984.
- Ders.: Von Wende zu Wende. 1962-1982, München 1986.
- Mischnick, Wolfgang: Deutschlandpolitik – ein zähflüssiger Prozeß, in: liberal 29 (1987), H. 4, S. 3-6.
- Ders.: Von Dresden nach Bonn. Erlebnisse – jetzt aufgeschrieben, Stuttgart 1991.
- Mleczkoski, Wolfgang: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der DDR, in: liberal 24 (1982), S. 649-659.
- Ders.: Bewegung im Monolith. Das „sozialistische Mehrparteiensystem“ der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, 21.4.1984, S. 3-17.
- Moersch, Karl: Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer, Frankfurt/M. 1978.
- Müller, Vincenz: Ich fand das wahre Vaterland, hrsg. von Klaus Mammach, Ost-Berlin 1963.
- Münch, Ursula: Die Zusammenarbeit der SED mit der DBD, CDU, LDPD und NDPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, Diss. Ost-Berlin 1989.
- Nationalkongreß, Berlin Juni 1962, Dokumente, hrsg. von der Nationalen Front, Bd. I, Berlin 1962.
9. Parteitag der LDPD, 15.-17. Februar 1963 in Weimar, hrsg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD, Leipzig 1962.
- Norden, Albert: Fünf Jahrzehnte im Dienst seiner Klasse. Ausgewählte Aufsätze und Reden 1922-1974, Ost-Berlin 1974.
- Papke, Gerhard: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956, Baden-Baden 1992.
- Posser, Diether: Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, München 1991.
- Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED 1963, Bd. I, Berlin 1963.
- Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED 1971, Bd. I, Ost-Berlin 1971.
- Przybylski, Peter: Tatort Politbüro I. Die Akte Honecker, Berlin 1991.
- Ders.: Tatort Politbüro II. Honecker, Mittag, Schalck-Golodkowsky, Berlin 1992.
- Richert, Ernst: Die DDR-Elite oder Unsere Partner von morgen?, Hamburg 1968.
- Rudolph, Hermann: Die Gesellschaft der DDR – eine deutsche Möglichkeit, München 1972.
- Rütten, Theo: Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984.
- Säuberlich, Dietmar: Das Problem der Nation in der Strategie und Taktik der SED in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, Diss. Ost-Berlin 1984.
- Schenk, Fritz: Im Vorzimmer der Diktatur, Köln 1962.
- Schirdewan, Karl: Fraktionsmacherei oder gegen Ulbrichts Diktatur? Eine Stellungnahme vom 1. Januar 1958, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S. 498-512.
- Schollwer, Wolfgang: Der Weg zur Entspannung. Deutschlandpolitik der F.D.P. seit 1952, Bonn 1972.
- Ders.: Auf der Suche nach neuen Wegen. Die Zeit der Kanzlerschaft Adenauers und Erhards (1949-1966), in: Hans Wolfgang Rubin (Hrsg.), Freiheit, Recht und Einheit. Zur Entspannungs- und Deutschlandpolitik der Liberalen, Baden-Baden 1980, S. 111-127.
- Ders.: Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957-1961, hrsg. von Monika Faßbender, München 1990.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-1958, Stuttgart 1979.
- Ders.: Die Ära Adenauer I. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart 1981.
- Ders.: Die Ära Adenauer II. Epochenwechsel 1957-1963, Stuttgart 1983.
- Ders. (Hrsg.): Berlinkrise und Mauerbau, Bonn 1985.
- Ders.: Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967, Stuttgart 1991.

6. Parteitag der LDPD in Wort und Bild, hrsg. vom Sekretariat der Parteileitung der LDPD, Berlin 1955.
7. Parteitag der LDPD, 5.-8. Juli 1957 in Weimar, hrsg. vom Zentralvorstand der LDPD, Berlin 1957.
- Siewert, Regina und Helmut Billstein: Gesamtdeutsche Kontakte. Erfahrungen mit Parteien- und Regierungsdialog, Opladen 1969.
- Spanger, Hans-Joachim: Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982.
- Suckut, Siegfried: Persönlicher oder politischer Eigensinn im demokratischen Block? Bisher verschlossene Archive geben neue Informationen über die Haltung der SED gegenüber den Blockparteien, in: Das Parlament vom 8.5.1991, S. 10.
- Ders.: Die Gespräche zwischen FDP und LDPD im Jahre 1956 – Vorgeschichte, Verlauf, DDR-interne Erwartungen und Reaktionen, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 4 (1992), S. 85-141.
- Tessmer, Carsten: Innerdeutsche Parteienbeziehungen vor und nach dem Umbruch in der DDR, Nürnberg – Erlangen 1991.
- Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 37-40, 45, Bonn 1957/58, 1960.
- Weber, Hermann: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946-1971, Hannover 1971.
- Ders.: Die SED nach Ulbricht, Hannover 1974.
- Ders.: Geschichte der DDR, München 1985.
- Ders.: Die DDR 1945-1986, München 1988.
- Wettig, Gerhard: Der Dialog zwischen SPD und SED in der kommunistischen Deutschland-Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, 1.3.1967, S. 13-24.
- Wohin? Gedanken über eine demokratische Zukunft der Bundesrepublik, hrsg. vom Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, Ost-Berlin 1966.
- Wollweber, Ernst: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S. 350-378.
- Zieger, Gottfried: Die Haltung von SED und DDR zur Einheit Deutschlands 1949-1987, Köln 1988.

Abkürzungen

ADL	Archiv des Deutschen Liberalismus
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
Agitprop	Agitation und Propaganda
ASTA	Allgemeiner Studentenausschuß
BA	Bundesarchiv
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Bundestag
BV	Bezirksverband
BZ	Berliner Zeitung
BZG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFE	Deutscher Fernsehfunk
DFU	Deutsche Friedensunion
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DJD	Deutsche Jungdemokraten
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DPA	Deutsche Presseagentur
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
fdk	freie demokratische korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei
FVP	Freie Volkspartei
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdsU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LDPD/LDP	Liberaldemokratische Partei Deutschlands

LSD	Liberaler Studentenbund Deutschlands
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	Nordatlantisches Bündnis
ND	Neues Deutschland
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front
NIB	Nationale und internationale Beziehungen
NL	Nachlaß
NÖSPL	Neues ökonomisches System der Planung und Leitung
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
Stamokap	Staatsmonopolistischer Kapitalismus
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organisation
UPI	United Press International
USA	United States of America
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WV	Wiedervereinigung
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv der SED
ZV	Zentralvorstand

Personenregister

- Abusch, Alexander 118, 120, 162f.
Achenbach, Ernst 19, 55, 69, 72, 74, 77f.,
81f., 88, 95, 101, 108f., 121
Acker, Paula 143f.
Adenauer, Konrad 17, 19, 35, 49f., 55f.,
58, 60f., 65, 69, 71-74, 78, 87, 92, 94,
98ff., 102f., 108, 118f., 131, 137, 139,
141, 145f., 162, 181, 184
Agsten Rudolf 21f., 27, 34, 37, 41, 46, 50,
53, 104, 130
Ahlers, Conrad 84
Altmeier, Peter 59
Anclam, Kurt 55
Augstein, Rudolf 44, 114, 116
Bahr, Egon 158, 191
Barzel, Rainer 119
Baum, Gerhard 131
Becker, Max 55, 68
Benjamin, Hilde 25, 27
Berg, Hermann von 115f., 120, 155, 161,
167
Behrendt, Heinz 120
Bertsch, Herbert 167
Blücher, Franz 19
Bolz, Lothar 43, 74
Borm, William 51f., 121
Bräutigam, Alois 128
Brandt, Willy 13, 146, 190ff., 195
Brasch, Horst 74, 143
Brenner, Eduard 76
Brentano, Heinrich von 74, 103, 147
Breschnew, Leonid 178
Brugsch, Theodor 76
Bucher, Ewald 55, 64, 68, 108
Chajm, Leon 27
Chruschtschow, Nikita 8, 65, 95, 98, 116,
121, 133, 149, 177f.
Dahlgrün, Rolf 108
Dehler, Thomas 17, 19ff., 29, 31f., 37, 46,
49, 51ff., 60f., 63ff., 68, 72, 74ff., 77f.,
81f., 87, 98, 101, 107f., 117, 121
Dengler, Gerhard 79f., 103-106, 122, 126,
130, 143, 168
Dieckmann, Johannes 52, 83-87, 94, 103f.,
107, 110, 115ff., 120, 162f.
Döring, Wolfgang 18-28, 30-37, 42-47,
49ff., 53, 59f., 63-77, 88, 91, 98f., 101,
118
Dörr, Dietrich 122
Dorn, Wolfram 19, 28ff., 33, 55, 60, 83,
85f., 91, 108, 120ff.
Duckwitz, Georg Ferdinand 74
Ebelt, Claus-Jürgen 104
Eckardt, Felix von 115, 162
Eisler, Gerhart 169f.
Elten, Jörg Andrees 36
Engelhard Edgar 55
Erhard, Ludwig 103, 108, 119, 131, 172,
184
Erler, Fritz 72, 146, 151
Esch, Arno 110
Euler, August Martin 20
Flach, Karl-Hermann 14, 46, 55, 62, 68,
83, 85f., 110ff., 121, 162f.
Foertsch, Hermann 147
Fränkel, Wolfgang 147
Freund, Erich 122
Frey, Eugen 74
Fries 108
Gärtner, Volker 108
Geggel, Heinz 106, 124, 131, 140, 143 -
146, 152, 161, 168, 173, 175, 187f., 192f.
Gehlen, Reinhard 147
Genscher, Hans-Dietrich 14, 30, 46, 55,
68, 82, 117f.
Gerlach, Manfred 17, 22f., 27ff., 34, 37ff.,
42f., 46f., 50f., 58, 74, 83ff., 91ff., 95f.,
113, 116, 124, 128-131, 158
Gerstenmaier, Eugen 72ff., 103
Gillmann 108
Globke, Hans 147
Götting, Gerald 43

- Goldenbaum, Ernst 130
 Gottschalck, Kurt 76
 Gradl, Johann Baptist 72
 Gries, Ekkehard 122f., 126
 Gromyko, Andrej 74, 163, 191
 Grotewohl, Otto 23, 27, 37-43, 56, 62
 Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von 119
 Gyzicki, von 108
 Häber, Herbert 140, 152, 166ff., 193f.
 Hager, Kurt 159
 Hallstein, Walter 177
 Hamann, Karl 28, 52
 Hamm-Brücher, Hildegard 121
 Hammarskjöld, Dag 35
 Hanemann, Theo 104
 Hardtke, G. R. [= Kegel, Gerhard] 159
 Harich, Wolfgang 52
 Haußmann, Wolfgang 46f., 67
 Heinemann, Gustav 61, 72, 191
 Heinicke, Reinhold 123, 125-128, 130
 Hellwege, Heinrich 59
 Herrmann, Kai 108
 Herrmann, Joachim 140, 166-169, 171, 179ff., 187, 191, 194
 Herter, Christian 73, 119
 Herzberg, Ernst Günter 29f.
 Heusinger, Hans-Joachim 67
 Heyl, Wolfgang 130
 Hitler, Adolf 87
 Hofé, Günter 23, 43
 Hoffmann 104f.
 Hoffmann 108
 Homann, Heinrich 130
 Honecker, Erich 93, 159f., 193f.
 Horn, Klaus 82-87, 103-109, 111, 126, 131
 Hoven, Victor 66, 122
 Hucklenbroich, Volker 30
 Hummel, Karl Hermann 46, 55, 129
 Jacobi, Claus 114
 Jacobus, Hans 115
 Jähne, Günter 74
 Jaene, Hans Dieter 114-118, 162f.
 Janka, Walter 52
 Kaisen, Wilhelm 59
 Kaiser, Jakob 53
 Kalmring, Gerhard 126ff.
 Kastenmeyer, Günther 117
 Kastner, Hermann 28
 Kegel, Gerhard 70, 72-77, 116, 158f., 168f., 181, 187
 Kennedy, John F. 102f., 146
 Kerenski, Alexander Fjodorowitsch 98
 Kiesinger, Kurt-Georg, 131, 177, 181f., 184, 186
 Kinzelbach 108
 Kirchner, Rudolf 42
 Klaas 108
 Klein, Dieter 143, 188
 Klingl, Friedrich 63
 Kochrain 108
 Köhler, Irene 27, 94, 130f.
 Kohl, Michael 158, 167, 175, 191
 Kohut, Oswald 30, 77, 98, 108, 121
 Krauss, Otto 74
 Krone, Heinrich 69
 Krupp, Alfred 78
 Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von 118
 Külz, Wilhelm 107
 Lammerz, Werner 130, 179
 Lemmer, Ernst 53
 Leupold, Harri 50, 77, 81f.
 Leuze, Eduard 67
 Leverenz, Bernhard 30, 55f.
 Lieutenant, Arthur 107
 Linde, Dieter 106, 108, 111
 Lindner, Gerhard 108, 111, 124, 129, 131
 Linser, Karl 76
 Loch, Hans 17, 20, 22, 31ff., 35, 41, 51, 53, 56f., 61f., 67
 Luchsinger, Fred 61, 73
 Lüders, Marie-Elisabeth 55, 63, 68
 Maier, Reinhold 46f., 49f., 60-64, 66, 68, 100
 Majonica, Ernst 72
 Matern, Hermann 17, 22, 33, 36, 42f., 70, 113, 130f.
 Meißner, Wilhelm 77
 Mende, Erich 20ff., 24-27, 30f., 33, 35, 38, 42, 45f., 49f., 56, 61, 63f., 66-69, 71f., 74, 77, 84f., 89, 95, 99, 101f., 107f., 116-120, 122, 124f., 127-130, 163, 169, 182
 Middelhaue, Friedrich 19
 Mikojan, Anastas 64
 Milch 108
 Mischnick, Wolfgang 14, 30, 46, 55, 68, 125-128, 130f.
 Müller, Helmut 29f.
 Müller, Rudi 80, 104
 Müller, Vincenz 54
 Muhlack 108

- Naase, Karl-Heinz 26, 30, 46
 Naumann, Werner 19
 Neumann, Alfred 160
 Niemöller, Martin 76
 Nörneberg, Walter 74
 Norden, Albert 79, 83f., 104f., 115, 124f.,
 127, 138, 140, 142ff., 147, 151f., 159f.,
 163, 167, 171ff., 175f., 179, 185-190,
 193ff.
 Nowack, Wilhelm 30, 32, 46, 62
 Nuschke, Otto 43, 53
 Ollenhauer, Erich 69, 72
 Ollesch, Alfred 122
 Opitz, Rudolf 122
 Otting, Liselotte 50
 Paulssen, Constantin 120
 Pfleiderer, Karl Georg 20, 49, 68, 89
 Plate, Ernst 59
 Podewin, Norbert 180
 Porst, Hannsheinz 102
 Puschkin, Georgij Maksimowitsch 54
 Rademacher, Willy Max 19, 31, 55, 59, 98,
 108, 118f.
 Radecker, Joachim 126, 128
 Rahn, Rudolf 68
 Rapacki, Adam 61
 Reinhold, Otto 172, 179
 Rehan, Arne 122, 140
 Reintanz, Gerhard 76
 Rentmeister, Hans 78, 140, 143
 Rieger, Alfred 66
 Riemenschneider 108
 Rodenberg, Hans 115
 Rost, Erich 50
 Rubin, Hans-Wolfgang 64
 Ruthmann 108
 Sasse, Gertrud 106, 108
 Schäfer, Hermann 19
 Schäffer, Fritz 54
 Scheel, Walter 14, 20ff., 24ff., 30, 33ff.,
 41f., 45f., 64, 66f., 75, 91, 190
 Schirdewan, Karl 22f., 37
 Schlimme, Hermann 118
 Schmid, Carlo 72
 Schmidt, Max 175
 Schmidt 108
 Schneider, Günter 50
 Schneider, Heinrich 98
 Schneider, Mechthild 108
 Schneider, Theo 104
 Schnitzler, Eduard von 115
 Schnoor 108
 Schollwer, Wolfgang 15, 30, 32, 46, 61f.,
 65, 68f., 87, 92, 100ff., 119f.
 Schröder, Gerhard 103
 Schütz, Klaus 184
 Schütz, Wilhelm Wolfgang 182
 Schuchardt, Werner 62
 Schulz-Tomale, Joachim 29
 Schwann, Hermann 55, 76
 Schwehn 108
 Sethe, Paul 44
 Skorla 23
 Sonnenhol, Gustav-Adolf 68
 Speer, Helmuth 18, 29, 36, 50, 55f., 80
 Steenbeck, Max 76
 Steinmayr, Jochen 156
 Stephan, Werner 46
 Steuer, Lothar 19
 Stibi, Georg 115f., 162f.
 Stoph, Willi 120, 155, 157, 159, 161, 184,
 189, 191
 Strauß, Franz-Josef 63, 100, 103, 119, 131,
 147, 177, 181f., 186
 Suhrbier, Max 46, 50, 57, 63f., 75f.
 Tenzler, Wolfgang 111
 Thedieck, Franz 59
 Töplitz, Heinrich 74, 77
 Ulbricht, Walter 15, 17, 22f., 25, 27, 52,
 54, 56ff., 62, 70, 74, 78, 80, 82ff., 88, 93,
 95, 103, 109, 113-116, 127, 131, 135,
 137f., 140f., 143, 145ff., 149f., 152, 154,
 157-162, 164-167, 170-173, 176-181, 186,
 191, 193f.
 Ungeheuer, Josef 55, 62, 64, 68, 74, 76f.,
 88
 Unger, Rolf 30
 Verner, Paul 93, 159f., 179
 Vesper, Walter 70, 72, 74, 76
 Voitel, Gottfried 126f.
 Voß, Hans 168
 Wächtershäuser 108
 Warnke, Karl 29
 Wehner, Herbert 71ff., 82, 125, 146, 151,
 182f., 186, 190
 Weiß, Gerhard 120
 Wehrli, Hans 76
 Wendt, Erich 120, 158, 162f.
 Werthmann, Harald 20, 22, 27, 31, 34, 41,
 45, 47, 50f., 65ff., 98

Westfalen, Graf von 76

Weyer, Willi 22, 47, 50, 55, 63, 66f., 71, 88,
91, 99

Wildberger, Karl 122, 140, 143, 161

Will, Rudolf 30, 46, 62

Wünsche, Kurt 80, 85, 96, 104-112, 117f.

Zinn, Georg-August 59

Zwecker 108